

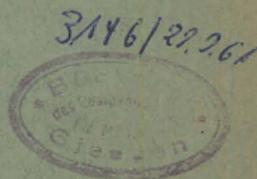
# Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins

Herausgegeben von

Karl Glöckner



Neue Folge

Fünfundvierzigster Band

GIESSEN 1961

---

Mittelhessische Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Gießen

## Oberhessischer Geschichtsverein

**Mitgliedsbeitrag 6,— DM** jährlich, dazu 50 Pfg. Kosten des Versands der Zeitschrift. Zahlung jeweils bis 1. April an Postscheckkonto Nr. 291 39 Frankfurt am Main oder Bankkonto des Vereins bei der Handels- und Gewerbebank Gießen.

**Die Mitgliedschaft berechtigt:**

1. Zum kostenfreien Bezug der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. (Wohnungswechsel rechtzeitig mitteilen!)
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und Veranstaltungen des Geschichtsverein.

**Die Schriftleitung der „Mitteilungen“** fügt jedem Bande eine Jahresrundschau über die geschichtliche Forschung in Oberhessen und seiner Nachbarschaft bei und **bittet um Einsendung von Büchern und Aufsätzen** (auch in der Tagespresse).

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasser verantwortlich. Beiträge werden völlig druckfertig (nachträgliche Änderungen verteuern die Druckkosten außerordentlich) auf einseitig beschriebenen Blättern erbeten.

**Frühere Jahrgänge der „Mitteilungen“,** zumal **Band 38 (1942),** werden nicht selten gesucht. Wer entbehrliche Stücke besitzt, wird um freundliche Mitteilung gebeten.

**A n s c h r i f t :**

Oberhessischer Geschichtsverein, Gießen, Universitätsbibliothek.

*Die Herausgabe dieses Bandes  
wird der Beihilfe  
des Landkreises Gießen verdankt*

Gesamtherstellung Mittelhessische Druck- u. Verlagsgesellschaft mbH, Gießen,  
Marburger Straße 18 – 20, Fernsprecher 2957, 2958 und 2959

# Mitteilungen

des

Oberhessischen Geschichtsvereins

Herausgegeben von

Karl Glöckner

Neue Folge

Fünfundvierzigster Band

GIESSEN 1961

---

Mittelhessische Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Gießen



Prof. Dr. W. Abendroth:



## Vorwort

Wahl- und parteigeographische Arbeiten — wie sie in der französischen politischen und historischen Wissenschaft seit langen Jahrzehnten angeregt worden sind — haben in Deutschland erst seit einigen Jahren begonnen, sich ihren Raum in der wissenschaftlichen Literatur zu erstreiten. Sie sind aber nicht nur erforderlich, um die politikwissenschaftliche Forschung über die Struktur und die Organisationsformen der politischen Parteien zu fördern, sondern auch vonnöten, um der landesgeschichtlichen Forschung dazu zu verhelfen, sich die Probleme der neueren und neuesten Geschichte zu erschließen.

Deshalb ist das Marburger Institut für wissenschaftliche Politik, das die vorliegende Veröffentlichung von Erwin Knauß angeregt hat, dem Verfasser für diese Publikation zu großem Dank verpflichtet. Der Verfasser und das Institut waren sich von vornherein bewußt, daß die Erarbeitung der parti- und wahlgeschichtlichen Entwicklung des Raumes Gießen seit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts große Schwierigkeiten bieten würde, so daß wegen des Mangels an Vorarbeiten und des Schweigens der unmittelbar erfaßbaren Quellen zu einer Reihe der wichtigsten Fragen unvermeidlich manche Probleme offenbleiben. Zweifellos bedarf der innere Aufbau der politischen Parteien, der Austausch ihrer Funktionärgruppen (hier sei an die Verschiebung zwischen SPD und USPD 1919, zwischen DNVP und völkischen Gruppen ab 1922 erinnert), aber auch ihre Beziehung zwischen bestimmten Verbänden (sozialistische Parteien und Gewerkschaften) und meinungsbildenden Bevölkerungsgruppen (evangelisches Pfarrhaus im Verhältnis zu den Rechtsparteien in der Weimarer Periode) und ihre Arbeit finanzierende Sozialschichten (Unternehmerschaft und bürgerliche Parteien) noch weiterer Klärung. Auch bei der Einordnung der Parteientwicklung in die allgemeinen politischen Tendenzen, die sich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs ergeben haben, mußten manche Fragestellungen noch ergänzungsbedürftig bleiben: Die Veränderung des sozialen Klimas durch die Währungsreform des Jahres 1948 konnte noch nicht in ihrer vollen Bedeutung belegt werden. Die per-

sonellen Kontinuitäten in denjenigen Parteien, die sich nach 1945 wieder bildeten, aber auch die Veränderungen der Parteikader durch Generationswechsel und Verschiebungen in der sozialen Schichtung der jeweiligen Träger der Parteiarbeit konnten noch nicht voll überprüft werden, weil hierzu außerordentlich umfangreiche Vorarbeiten und schwierig zu beschaffende Unterlagen erforderlich gewesen wären. Auch das Problem der für die Bevölkerungsstimmung ausschlaggebenden Wahlschlagworte und Wahlparolen bedarf noch weiterer Untersuchung: So hat für das Wahlverhalten bei den Landtagswahlen der Jahre 1950 und 1954 die Frage der Wiederbewaffnung sicher eine erhebliche Rolle gespielt, deren Einfluß nur durch eine Kombination von empirisch-soziologischen Methoden voll aufgedeckt werden könnte, wenn sie z. Z. dieser Wahlen angesetzt worden wären. Der Verfasser konnte diese damals versäumte Arbeit nicht nachträglich leisten. Mit ähnlichen Mitteln — vor allem auch durch den Einbau der auf Bundesebene vorgenommenen Meinungsbefragungen in die lokalgeschichtliche Untersuchung — könnte möglicherweise gezeigt werden, in welchem Ausmaße die Bundestagswahlen von 1953 und 1957 Personalplebiszite zugunsten des Bundeskanzlers und Akklamations-Volksentscheide zugunsten vorher gefallener wirtschaftlich-sozialer und politischer Entscheidungen gewesen sind.

Diese Erwägungen vermögen jedoch nach Auffassung des Instituts für wissenschaftliche Politik am großen Wert der vorliegenden Arbeit nichts zu ändern: Sie hat das Material über die geschichtliche Entwicklung der Parteien und der Wahlen im Raume Gießens systematisch ermittelt und aufbereitet und dadurch die Grundlage für weitere Fragestellungen geboten. Es wäre zu begrüßen, wenn sie zu ähnlichen Arbeiten für andere Bereiche Hessens anregen könnte.

Prof. Dr. W. Abendroth

Institut für wissenschaftliche Politik  
Philipps-Universität Marburg

## INHALTSVERZEICHNIS

### A. Die politischen Kräfte und das Wählerverhalten im Landkreis Gießen während der letzten 60 Jahre

Vorwort von Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg

Einleitung

	Seite
I. Entwicklung und Struktur des Kreises Gießen . . . . .	15—30
1. Geographische Lage . . . . .	15
2. Zur Geschichte des heutigen Kreises Gießen . . . . .	16
3. Die Bevölkerung . . . . .	18
a) Die alteingesessene Bevölkerung . . . . .	18
b) Heimatvertriebene und Evakuierte . . . . .	20
4. Die Konfessionen . . . . .	21
5. Die Struktur der Gemeinden . . . . .	22
6. Die Wirtschaft des Kreises . . . . .	24
a) Landwirtschaft . . . . .	24
b) Industrie . . . . .	24
c) Handwerk . . . . .	25
d) Verkehrswesen . . . . .	25
e) Fremdenverkehr . . . . .	26
f) Die Bevölkerung in der Wirtschaft . . . . .	26
g) Die Pendelwanderung . . . . .	28
7. Das Bildungswesen . . . . .	29
8. Die Presse . . . . .	29

	Seite
II. Die politische Entwicklung im Kreis Gießen vor dem ersten Weltkrieg seit der Reichstagswahl von 1898 . . . . .	31—44
1. Allgemeine Betrachtungen . . . . .	31
2. Die Antisemitenbewegung in Oberhessen und ihre Erfolge . . . . .	33
3. Die Reichstagswahl von 1903 . . . . .	36
4. Die Reichstagswahl von 1907 . . . . .	37
5. Die Reichstagswahlen von 1911/12 . . . . .	39
6. Zusammenfassung . . . . .	42
III. Die politische Entwicklung im Kreis Gießen in der Zeit der Weimarer Republik . . . . .	45—74
1. Vorbemerkungen . . . . .	45
2. Die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920 . . . . .	47
3. Die Reichstagswahlen von 1924 . . . . .	51
4. Die Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1925 . . . . .	53
5. Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung vom 20. 6. 1926 . . . . .	56
6. Die Volksabstimmung über die Auflösung des 3. Hessischen Landtags vom 5. 12. 1926 . . . . .	57
7. Die Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 . . . . .	58
8. Der Volksentscheid vom 22. 12. 1929 . . . . .	60
9. Die größeren Wahlen von 1930—1933 . . . . .	61
a) Die Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 . . . . .	61
b) Die Landtagswahlen vom 15. 11. 1931 und 19. 6. 1932 . . . . .	63
c) Die Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1932 . . . . .	65
d) Die Reichstagswahlen des Jahres 1932 . . . . .	67
e) Die Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 und das Ende der Weimarer Republik . . . . .	69
10. Zusammenfassung . . . . .	71
IV. Die politische Entwicklung im Kreis Gießen nach 1945 . . . . .	75—132
1. Die Lage nach dem Zusammenbruch des Hitlerstaates und der Wiederaufbau der Verwaltung . . . . .	75
2. Die Neubildung politischer Parteien . . . . .	77
a) Die Wiedergründung der SPD . . . . .	78
b) Die Gründung der CDU . . . . .	79

	Seite
e) Die Gründung der LDP . . . . .	80
d) Die Wiedergründung der KPD . . . . .	81
e) Die Gründung der NDP . . . . .	82
f) Das Christliche Landvolk . . . . .	83
3. Die Wahlen des Jahres 1946 . . . . .	83
a) Die Gemeindewahl vom 20. 1. 1946 . . . . .	83
b) Die Kreistagswahl vom 28. 4. 1946 . . . . .	85
c) Die Wahlen zur verfassungberatenden Landesversammlung vom 30. 6. 1946 und zum Landtag vom 1. 12. 1946 . . . . .	86
d) Die Volksentscheide über die Verfassung und den Art. 41 der Verfassung . . . . .	87
4. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 25. 4. 1948 . . . . .	90
5. Die Bundestagswahl vom 14. 8. 1949 . . . . .	95
6. Die Wahlrechtsänderung durch Volksentscheid vom 9. 7. 1950 . . . . .	93
7. Die Landtagswahl vom 19. 11. 1950 . . . . .	99
8. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4. 5. 1952 . . . . .	102
9. Die Bundestagswahl vom 6. 9. 1953 . . . . .	105
10. Die Landtagswahl vom 28. 11. 1954 . . . . .	107
11. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 28. 10. 1956 . . . . .	110
12. Die Bundestagswahl vom 15. 9. 1957 . . . . .	113
13. Die Landtagswahl vom 23. 11. 1958 . . . . .	118
14. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 23. 10. 1960 . . . . .	121
15. Zusammenfassende Betrachtung der Parteienentwicklung und des Wählerverhaltens im Kreis Gießen in der Zeit von 1945—1960 . . . . .	128
V. Exkurs: Organisation und Struktur der größeren politischen Parteien im Landkreis Gießen . . . . .	135—142
1. Die SPD . . . . .	136
2. Die CDU . . . . .	137
3. Die FDP . . . . .	138
4. Der BHE . . . . .	139
5. Die DP . . . . .	140
6. Die KPD . . . . .	140
7. Für die Kreistagswahlen 1948—1960 aufgestellte und gewählte Kandidaten der einzelnen Parteien . . . . .	141
Verzeichnis der Quellen und Darstellungen . . . . .	143—145
Mündlich befragte Personen . . . . .	146—147

### Abkürzungen der Parteinamen

BdD = Bund der Deutschen	FW = Freie Wählervereinigung (1949)
BHE = Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten	KPD = Kommunistische Partei Deutschlands
CDU = Christlich-Demokratische Union	LDP = Liberaldemokratische Partei
CNP = Christlich-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei	NDP = Nationaldemokratische Partei
CSVD = Christlich-Sozialer Volksdienst	NL = Nationalliberale Partei
DDP = Deutsche Demokratische Partei, ab 1930 Staatspartei	VL = Vereinigte Liberale (1912)
DNVP = Deutschnationale Volkspartei	NSDAP = Nationalsozialistische bzw. NS Deutsche Arbeiterpartei
DP = Deutsche Partei	SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
DRP = Deutsche Reichspartei	USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
DVP = Deutsche Volkspartei	ÜL = Überparteiliches Landvolk
FDP = Freie Demokratische Partei	WVgg = Wirtschaftliche Vereinigung (1907—1912)
FV = Fortschrittliche Volkspartei (1911)	WP = Wirtschaftspartei
FVP = Freie Volkspartei	Z = Zentrum

### Verzeichnis der Karten, graphischen Darstellungen und Tabellen I. Karten

	Seite
Nr. 1: Geschichtliche Entwicklung des Kreises Gießen seit 1821 . . . . .	16
Nr. 2: Struktur der Gemeinden des Kreises . . . . .	17
Nr. 3: Reichstagswahl von 1907, 1. Wahlgang . . . . .	40
Nr. 4: Reichstagswahl von 1912, 1. Wahlgang . . . . .	41
Nr. 5: Vergleich der Reichstagswahlen vom 19. 1. 1919 u. 6. 6. 1920	48
Nr. 5a: Vergleich der Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 u. 20. 5. 1928	49

	Seite
Nr. 6: Vergleich der Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 u. 31. 7. 1932	56
Nr. 7: Reichspräsidentenwahlen von 1932, 1. Wahlgang . . . . .	64
Nr. 7a: Stimmenanteile für SPD/KPD bei der Reichstagswahl vom 6. 11. 1932 in 24 Gemeinden verschiedener Struktur und Größe . . . . .	64
Nr. 8: Landtagswahl vom 1. 12. 1946 . . . . .	88
Nr. 8a: Vergleich der Kreistagswahlen vom 25. 4. 1948 und 4. 5. 1952	89
Nr. 9: Volksentscheide vom 1. 12. 1946 und 9. 7. 1950 . . . . .	96
Nr. 10: Landtagswahl vom 15. 11. 1950 . . . . .	97
Nr. 10a: Bundestagswahl vom 14. 8. 1949 . . . . .	104
Nr. 11: Vergleich der Bundestagswahl vom 6. 9. 1953 mit der Land- tagswahl vom 28. 11. 1954 . . . . .	105
Nr. 12: Bundestagswahl vom 15. 9. 1957, Erststimme . . . . .	112
Nr. 13: Der Zug zum Zweiparteiensystem bei der Bundestagswahl vom 15. 9. 1957 . . . . .	112
Nr. 14: Vergleich der Bundestagswahl vom 15. 9. 1957 mit der Landtagswahl vom 23. 11. 1958 . . . . .	113
Nr. 15: Stimmenanteile der CDU bei der Bundestagswahl von 1957 in allen Gemeinden des Kreises . . . . .	113
Nr. 16: Stimmenanteile der SPD bei der Landtagswahl von 1958 in allen Gemeinden des Kreises . . . . .	120
Nr. 17: Vergleich der Kreistagswahl vom 28. 10. 1956 mit der Kreis- tagswahl vom 23. 10. 1960 . . . . .	121
Nr. 18: Die Verankerung der politischen Parteien in den einzelnen Gemeinden bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 23. 10. 1960 . . . . .	121

## II. Graphische Darstellungen

Nr. 1: Absolute Stimmenzahlen im Wahlkreis Gießen-Nidda- Büdingen bei den Reichstagswahlen 1903—1912 . . . . .	32
Nr. 2: Die Entwicklung der Stimmenanteile der größeren Parteien im Kreis Gießen bei den Reichstagswahlen von 1928—1933 in Prozent . . . . .	57
Nr. 3: Stimmenanteile der NSDAP im Reich, in Hessen-Darmstadt und im Kreis Gießen bei den Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 bis 5. 3. 1933 in Prozent . . . . .	65
Nr. 4: Stimmenanteile aller Parteien außer SPD, KPD und NSDAP bei den Reichstagswahlen der Weimarer Republik im Kreis Gießen in Prozent . . . . .	65

	Seite
Nr. 5: Stimmenanteile von SPD und CDU bei den Bundestags- wahlen von 1949, 1953 und 1957 in der Bundesrepublik, im Land Hessen u. im Wahlkreis 133 Gießen-Alsfeld in Prozent	120
Nr. 6: Prozentsatz der Heimatvertriebenen und Katholiken im Vergleich zu den Stimmenanteilen der CDU und des BHE von 1950 bis 1960 im Kreis Gießen . . . . .	128
Nr. 7: Wahlbeteiligung und gültige Stimmen im Landkreis Gießen und im Land Hessen von 1946 bis 1960 in Prozent . . . . .	128
Nr. 8: Stimmenanteile von BHE und LDP/FDP/FVP/Landvolk im Kreis Gießen von 1946 bis 1960 in Prozent . . . . .	129
Nr. 9: Entwicklung der Stimmzahlen der großen Parteien in den Landtags- und Bundestagswahlen von 1946 bis 1958 . . . . .	129
Nr. 10a: Absolute Stimmzahlen der größeren Parteien im Kreis Gießen bei allen Wahlen seit 1953 . . . . .	138
Nr. 10b: Absolute Stimmzahlen der kleineren Parteien und Gruppen im Kreis Gießen bei allen Wahlen seit 1953, . . . . .	138

### III. Tabellen

1. Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen . . . . .	27
2. Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag und zu den beiden letzten Landtagen im Kreis Gießen von 1919—1933 . . . . .	73
3. Ergebnisse der politischen Wahlen im Kreis Gießen von 1946—1960	74
4. Wahlergebnisse im Bundesland Hessen Gemeinde- und Kreistagswahlen 1946—1960 . . . . .	133
5. Wahlergebnisse im Bundesland Hessen Landtags- und Bundestagswahlen 1946—1958 . . . . .	134
6. Für die Kreistagswahlen 1948—1960 aufgestellte und gewählte Kandidaten der einzelnen Parteien nach Berufszweigen . . . . .	141
B. Literaturbericht des Oberhessischen Geschichtsvereins . . . . .	148

## EINLEITUNG

Die vorliegende Untersuchung verdankt ihre Entstehung einer Anregung des Direktors des Instituts für wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg Prof. Dr. W. Abendroth. Der Verfasser unterzog sich bereitwillig dieser Aufgabe, weil er so Gelegenheit erhielt, einen wesentlichen Teil der neuesten politischen Geschichte seiner engeren Heimat darzustellen.

Prof. Dr. Abendroth, der die im Rahmen seines Instituts entstandene Arbeit durch wertvolle Hinweise sehr förderte, wies in einem grundlegenden Aufsatz (s. Darst. Nr. 1) darauf hin, daß „Wahlanalysen empirischer Art einen echten Korrekturwert gegenüber vorwiegend geistesgeschichtlichen parteistrukturellen Forschungen und der Parteiengeschichte haben“.

In der Tat gibt es kaum eine bessere Quelle, um die politische Struktur eines Gebietes und die Wandlungen in der politischen Einstellung seiner Bevölkerung kennenzulernen, als die Ergebnisse der politischen Wahlen für die einzelnen Parlamente. Klarer als die Presse oder die Literatur spiegeln die Wahlergebnisse Stand und Wandel der politischen Kräfte wider und lassen Ursachen und Folgen des Handelns der Parteien und ihrer führenden Persönlichkeiten deutlich werden. Daneben registriert der aufmerksame Beobachter an den Wahlergebnissen das Aufkommen neuer politischer Bestrebungen ebenso wie Umschichtungen in der Parteienstruktur oder das völlige Verschwinden bisheriger Zielsetzungen.

Verschiedene Überlegungen bestimmten die Konzeption der Arbeit:

Ohne eine eingehende Darstellung der geographischen Verhältnisse, der jüngeren geschichtlichen Entwicklung, sowie der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur des zu untersuchenden Gebietes, des heutigen Landkreises Gießen, ist ein Verständnis der politischen Vorgänge und des Verhaltens der Wähler und Parteien nicht gegeben. So war es notwendig, der Arbeit eine Strukturuntersuchung im Teil I voranzustellen und auch in den einzelnen Abschnitten auf sozial-ökonomische Umschichtungen im Landkreis hinzuweisen. Es erwies sich dabei als Nachteil, daß die größeren Veränderungen des letzten Jahrzehnts noch nicht in ihrer Gesamtheit erfaßt werden konnten, da die nächste Volkszählung erst 1961 durchgeführt wird.

Wenn man berücksichtigt, daß vor 1888 geborene Männer bereits im Jahre 1912 und Wähler, die vor 1913 geboren wurden, vor der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft wählen durften, wird deutlich, daß eine Darstellung der Parteiengruppierungen und eine Analyse des Wählerverhaltens für die Zeit nach 1945 nur dann sinnvoll erfolgen kann, wenn man in die historischen Vorgänge und Zusammenhänge hineinleuchtet, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in dem Untersuchungsgebiet zugetragen haben. Trotz mancher technischer und zeitbedingter Einschränkungen lassen sich dabei überraschend viele Kontinuitäten in Parteienentwicklung und Wählerverhalten konstatieren, die im wesentlichen dem Einfluß lokaler, auch ideologischer Traditionen zugeschrieben werden können. Eine Darstellung der politischen Konstellationen und des Wählerverhaltens — wenigstens für die größeren Wahlen — in der Zeit vor und nach dem 1. Weltkrieg bis 1933 war somit in Teil II und III geboten. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag auf der Zeit nach dem Zusammenbruch 1945, die infolge-

dessen im Teil IV auch den breitesten Raum einnimmt. Hier galt es, besonders den Kommunal- und Landtagswahlen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn man die dem heutigen Wähler immanenten Meinungen über Politik und Parteien und seine möglichen Reaktionen im Verhalten bei politischen Wahlen relativ sicher erkennen will.

Schließlich war es dem Verfasser wesentlich, der Entwicklung der lokalen Parteiorganisationen und ihren Strukturen nachzugehen, wobei sowohl die Gründungsphase nach 1945 als auch die letzten 15 Jahre bis zum heutigen Stand Berücksichtigung fanden. Hier waren vor allem auch die führenden Persönlichkeiten und Kandidaten der Parteien auf Kreisebene in die Betrachtung einzubeziehen. Obwohl dieser Erhebung gewisse technische und sachliche Schwierigkeiten entgegenstanden, konnten doch eine Reihe von aufschlußreichen Fakten ermittelt werden, die für das Verständnis der Wahlentscheidungen unentbehrlich sind. Diese mehr soziologischen und parteiorganisatorischen Feststellungen wurden teilweise im Kapitel IV, im wesentlichen aber im Teil V dieser Arbeit als Exkurs niedergelegt.

Das methodische Vorgehen konzentrierte sich zunächst auf die mitunter recht schwierige Auffindung und Sichtung des statistischen Materials, das den verschiedensten Quellen entstammt. (Siehe Verzeichnis der Quellen.) Neben den in Presse und Literatur, sowie in den Veröffentlichungen der statistischen Ämter gedruckten Unterlagen wurden auch die Akten der Wahlämter der Stadt Gießen (bis 1933) und des Landkreises (nach 1945) herangezogen. Neben der Aufstellung und Systematisierung der meist absoluten Zahlen erforderten die Übersichten die Ausrechnung Hunderter von Prozentwerten, um ein einigermaßen richtiges Verhältnis in Darstellung und Vergleich zu gewährleisten.

Eine Wahlanalyse aber durfte sich nicht mit einem reinen Zahlenspiel begnügen. Vielmehr war es für eine Interpretation geboten, die tieferen Ursachen für dieses oder jenes Wählerverhalten in der Bevölkerung aufzuspüren und historisch-politische und sozial-ökonomische Zusammenhänge in die richtige Relation zu der jeweils behandelten Fragestellung zu setzen. Zu diesem Zweck sprach der Verfasser im zweiten Halbjahr 1960 zahlreiche Menschen aus allen Schichten der Kreisbevölkerung an, um durch dieses „Hineinhorchen“ Meinungen und Einstellungen zu den Parteien und zur Politik im allgemeinen zu erfahren. Außerdem wurden 30 längere Einzelbefragungen durchgeführt. Hier handelte es sich zumeist um Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der lokalen Parteiorganisationen. In elastischer Gesprächsführung, die der Auskunftsbereitschaft der Partner, sowie den Gegebenheiten von Raum und Zeit angepaßt werden mußten, sollten Vorgänge des politischen Lebens, Einstellungen und Verhaltensweisen der Parteien und ihrer Führung auf Kreisebene und deren Ursachen und Motive erforscht werden. Trotz mancher Skepsis bei Einzelnen, zeigte sich allgemein doch großes Verständnis und Entgegenkommen, so daß dieses Vorgehen sich als sehr fruchtbar für die Gesamtuntersuchung erwies. Bei dem Fehlen von schriftlichem Material über das politische Leben im Kreis Gießen in der ersten Zeit nach 1945, vermittelten diese Gespräche vor allem wertvolle Aufschlüsse über bis dahin weithin unbekanntes politische Vorgänge und Strukturveränderungen innerhalb

des Untersuchungsgebietes. Es muß allerdings festgestellt werden, daß nicht alle auf diese Weise erhaltenen Angaben bei allem Willen zur Wahrheit objektiv richtig waren; es schien daher geboten, alle Aussagen einer strengen Prüfung zu unterziehen, im besonderen, soweit sie sich auf die eigene politische Tätigkeit der Befragten und ihre Reaktion in dieser oder jener politischen Entscheidung bezogen.

Nach den Vorbildern französischer wahlgeographischer Forschungen hat der Verfasser versucht, Wahlentscheidungen, Änderungen im Wählerverhalten und aus den Wahlergebnissen abzulesende Tendenzen im Kartenbild und in der graphischen Darstellung anschaulich zu machen. Im Verein mit den statistischen Übersichten konnten diese Karten und graphischen Darstellungen, deren Anzahl ebenfalls begrenzt bleiben mußte, den Text in vielen Fällen entbehrlich machen.

Der Bearbeitung waren insofern Grenzen gesetzt, als sie zu Beginn des Jahres 1961 vorliegen sollte und die Drucklegung eine Beschränkung im Umfang erforderte. Durch die Ausweitung des untersuchten Zeitraumes auf die letzten 60 Jahre mußten daher bestimmte Probleme außerhalb der Betrachtung bleiben oder konnten nur andeutungsweise behandelt werden, so u. a. die Einwirkungen außerparlamentarischer Kräfte wie der Pressure-Groups und Interessenverbände, die Haltung und Aktivität lokaler sozialer Führungsschichten, die politische Willensbildung und ihre Lenkung in den Parteien auf der lokalen Ebene und die Einflüsse von Propagandamitteln wie Flugblätter und Wahlplakate auf das Wählerverhalten.

Bei der systematischen und kontinuierlichen Betrachtung der Reichstagswahlen und Volksabstimmungen von 1898—1933 und sämtlicher politischer Wahlen nach 1945 mußte ferner auch eine eingehende Untersuchung einzelner Gemeinden unterbleiben. Dadurch wäre vielleicht hier und da eine spezifische Aussage möglich gewesen, die aber für die Wahlanalyse des gesamten Kreises in keinem Falle relevant erscheint. Gleichwohl könnte eine exakte Untersuchung der Wahlergebnisse, etwa einer Wahl in allen Gemeinden oder aller Wahlen in einer Gemeinde, sicher stichhaltigere Angaben über Wählerfluktuationen erbringen und damit die vorliegende Darstellung wertvoll ergänzen, sofern sie die rational zu erfassenden Einwirkungen auf das Wählerverhalten einbezieht.

Andererseits hat die soziologische Forschung längst erwiesen, daß die politische Meinungsbildung in der Bevölkerung von zahlreichen Faktoren abhängt, die nicht alle rational zu erfassen und zu interpretieren sind. Eine Analyse politischer Wahlentscheidungen wird aber nicht nur das Vorhandensein von Einflüssen irrationaler Art auf das Wählerverhalten einzukalkulieren haben, sondern sie muß sich auch vor die Frage gestellt sehen, inwieweit die auffindbaren Faktoren der Meinungsbildung tatsächlich zur politischen Willensbildung und ihrem Ausfluß im Wahlakt beigetragen haben. Darüber hinaus ergaben sich bei der Betrachtung und Analyse der einzelnen Wahlen Einflüsse aus 2 Richtungen, nämlich von der kommunalen Ebene einerseits und der Landes- bzw. Bundespolitik andererseits. Der gemeindebezogene und der übergemeindliche Einfluß waren aber nirgends streng zu trennen, und so hieß es nicht nur, diese Verflechtungen zu erkennen, sondern in jedem einzelnen Falle auch zu

untersuchen, wieweit sich tatsächlich erfolgte Verschiebungen aus den örtlichen bzw. kreisgebundenen Bedingungen ableiten lassen, oder wie stark Tendenzen allgemeiner Art und Einflüsse der Landes- und Bundespolitik wirksam waren. Unter Berücksichtigung der angedeuteten Schwierigkeiten war es in vielen Fällen nicht leicht, relativ gültige Aussagen für das Wählerverhalten des ganzen Kreises mit seinen 85 sehr verschieden strukturierten Gemeinden zu machen.

Abschließend noch ein Wort über den Sinn derartiger Wahlanalysen. Prof. Dr. Conze (siehe Darstellungen Nr. 8) hat einmal vom Wahlakt als der „entscheidenden Kontaktstelle zwischen Volkswillen und Regierungsbildung“ gesprochen, und Prof. Dr. Abendroth sagte (siehe Darstellungen Nr. 1), daß sich bei der Wahl die „vielfältigen Reaktionen der ökonomisch wie der weltanschaulich und religiös bedingten sozialen Gruppen auf das Parteiwesen zeigen, wie umgekehrt der Wahlakt die Parteien zwingt, auf diese Gruppenbildungen zu achten und sich auf sie zu orientieren“. Die vorliegende Untersuchung soll daher vor allem Stoff für politische Information und Selbstbesinnung des Bürgers liefern, ohne die eine Demokratie auf die Dauer nicht auskommen kann. Sie soll ferner dem Leser auf Grund der historischen Entwicklung ein Bild des politischen Lebens im Kreis Gießen mit allen Licht- und Schattenseiten vermitteln, an Hand dessen er seine heutige Meinung und Entscheidung überprüfen kann.

Schließlich dürfte die Darstellung das Verständnis dafür erleichtern helfen, daß die Parteien nicht nur nach der Verfassungsnorm (Art. 21 GG), sondern auch in der politischen Realität an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, damit zu den wesentlichsten Trägern eines demokratischen Staates gehören und für ihre Funktion das seit 12 Jahren ausstehende Parteiengesetz eine zwingende Notwendigkeit ist.

Hat die Arbeit darüber hinaus noch den Erfolg, daß sie als brauchbarer Ansatz für weitere Forschungen auf dem Gebiet der politischen Parteien und Wahlen gewertet wird und dazu anregt, so ist der Verfasser dankbar. Ich darf allen denen herzlich danken, die mir bei der Beschaffung der Unterlagen behilflich waren, so vor allem den beiden Gießener Tageszeitungen, den Gesprächspartnern der verschiedenen Parteien und Organisationen, Herrn Münch von der Universitätsbibliothek, den Beamten und Angestellten des Landratsamtes, im besonderen den Herren Zeug, Stein und Bodenbender und den vielen anderen, die durch Anregungen und Hinweise den Fortgang der Arbeit gefördert haben. Hier gilt der Dank vor allem dem Assistenten am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg Dr. Kliem sowie Frau Dr. Neusüß-Hunkel (Marburg).

Die Drucklegung ermöglichte der Oberhessische Geschichtsverein zu Gießen unter seinem Vorsitzenden Oberstudiendirektor Dr. Glöckner im 45. Band seiner „Mitteilungen“, womit ein breiterer Kreis der Bevölkerung Gelegenheit erhält, die Entwicklung der Parteien und des Wählerverhaltens im Landkreis Gießen im Verlauf der letzten 60 Jahre kennenzulernen. Für das großzügige Entgegenkommen der Kreisverwaltung und des Kreistages darf ein besonders herzlicher Dank gesagt werden.

Die Arbeit wurde im wesentlichen Ende März 1961 abgeschlossen.

Erwin Knauß

# I.

## Entwicklung und Struktur des Kreises Gießen

### 1. Geographische Lage

Der Landkreis Gießen liegt ungefähr in der geographischen Mitte des Bundeslandes Hessen und erstreckt sich über eine Fläche von 637,93 qkm. Er ist damit der viertgrößte Kreis des Regierungsbezirks Darmstadt. Sein Gebiet gehört zu einem kleinen Teil zum Lahntal und zur nördlichen Wetterau, während der größere Teil vom nordwestlichen Vorland des Vogelsberges eingenommen wird. Dieses Hügelland, das in der östlichen Kreishälfte Höhenlagen nahe 450 m aufweist, senkt sich allmählich nach Westen, wo es im Gießener Becken in das Lahntal übergeht. Diesem Zuge folgen auch die Wasserläufe der Lumda, Wieseck, Wetter und Horloff, die sämtlich, im Vogelsberg oder seinen Randgebieten entspringend, dem Stromgebiet des Rheins angehören. Der „Landrücken“, mit Höhen bis zu 300 m von NO nach SW verlaufend, trennt dabei die Einzugsgebiete der Lumda und Wieseck, die in die Lahn münden, von denen die Wetter und Horloff, die über die Nidda dem Main zufließen. Er trennt auch das Gießener Becken von den nördlichen Ausläufern der Wetterau. Die kleinen Flußtäler sind unter sich wiederum durch mäßig hohe, meist bewaldete Höhenzüge voneinander geschieden. In den Niederungen dieser Täler, sowie im Süden (nördliche Wetterau) und Südwesten (Gießener Becken) des Kreisgebietes finden sich in Höhenlagen zwischen 160 und 200 m besonders günstige klimatische Bedingungen. Die mittlere Jahrestemperatur des Kreises schwankt um 8°, die Niederschlagsmenge zwischen 550 und 850 mm. Der Frühling beginnt im Durchschnitt zwischen dem 5. und 10. Mai. Will man die historisch entstandene und oft sehr willkürliche Grenze des Landkreises Gießen annähernd geographisch bestimmen, so bildet im W die Lahn mit dem Stadtkreis Gießen mit kleinen Ausnahmen — Heuchelheim und Ruttershausen als einzige Orte links der Lahn — eine natürliche Grenze. Im N wird der Kreis durch den bewaldeten Höhenzug begrenzt, der das Lumdatal vom Ebsdorfer Grund im Kreis Marburg scheidet. Im O bildet der wildreiche Laubacher Wald einen natürlichen Abschluß gegen die ansteigenden Hänge des Vogelsberges, während im S der Kreis gegen die fruchtbare Wetterau hin offen liegt.

Ein Drittel der Kreisfläche ist mit Wald bedeckt; größere Waldflächen sind bei Lich, im O von Laubach und im Nordosten des Kreises beiderseits der Lumda zu finden.

Der Lehmboden des Kreisgebietes ist von mittlerer Güte; in der nördlichen Wetterau und im südlichen Teil des Gießener Beckens findet sich auch fruchtbarer, feinsandiger Löß. Sand, Kies und Ton sind als nutzbare Erden zahlreich vorhanden. Als nutzbare Steine werden Basalt, Grauwacke, Sandstein, Quarzit und Kalksteine an mehreren Stellen gewonnen. An wichtigen Erzen kommt der Basalteisenstein vor. Im S wird Braunkohle und im Randgebiet des Vogelsbergs Bauxit gefunden.

Die größte Breite des Kreises in Ost-West-Richtung (Allendorf/Lahn-Laubach) beträgt 38 km, die größte Höhe in Nord-Süd-Richtung (Utphe-Rüddingshausen) 30 km und die schmalste Stelle (Muschenheim-Grünberg) 19,5 km.<sup>1)</sup>

## 2. Zur Geschichte des heutigen Kreises Gießen

Ein Überblick über die Geschichte des Gießener Raumes würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen<sup>2)</sup>, doch soll hier kurz die Entstehung des heutigen Kreises und seine Entwicklung geschildert werden. (Siehe Karte Nr. 1.)

Nach den Befreiungskriegen wurden in Oberhessen im Jahre 1821 folgende Landratsbezirke gebildet:

**Gießen** aus Stadt- und Landamt Gießen, dem Amt Hüttenberg, der Stadt Allendorf/Lda., den Patrimonialgerichten Busecker Tal und Hermannstein, aus dem ehemaligen Amt Blankenstein der Ort Crumbach und aus dem ehemaligen Amt Königsberg die Orte Königsberg, Frankenbach, Naunheim und Waldgirmes.

**Grünberg** aus dem Amt Grünberg, dem Patrimonialgericht Londorf mit Climbach und den Gerichten Winnerod und Ober-Ohmen.

**Hungen** (erst 1822)<sup>2)</sup> aus den ehemals solmsischen Ämtern Laubach, Hungen und Lich, sowie das hessische Gericht Rodheim/Horloff. Im Herbst 1832 wurden die Landratsbezirke Grünberg und Gießen zu Kreisen umgewandelt, wobei der Kreis Gießen auf den heutigen Stadtkreis mit Wieseck (20. 10. 1832 hinzugekommen), Klein- und Großen-Linden und einen Teil des sogenannten Hinterlandes beschränkt wurde. Der Kreis Grünberg reichte damals bis Pohl-Göns im SW und bis Lollar/Staufenberg im NW.

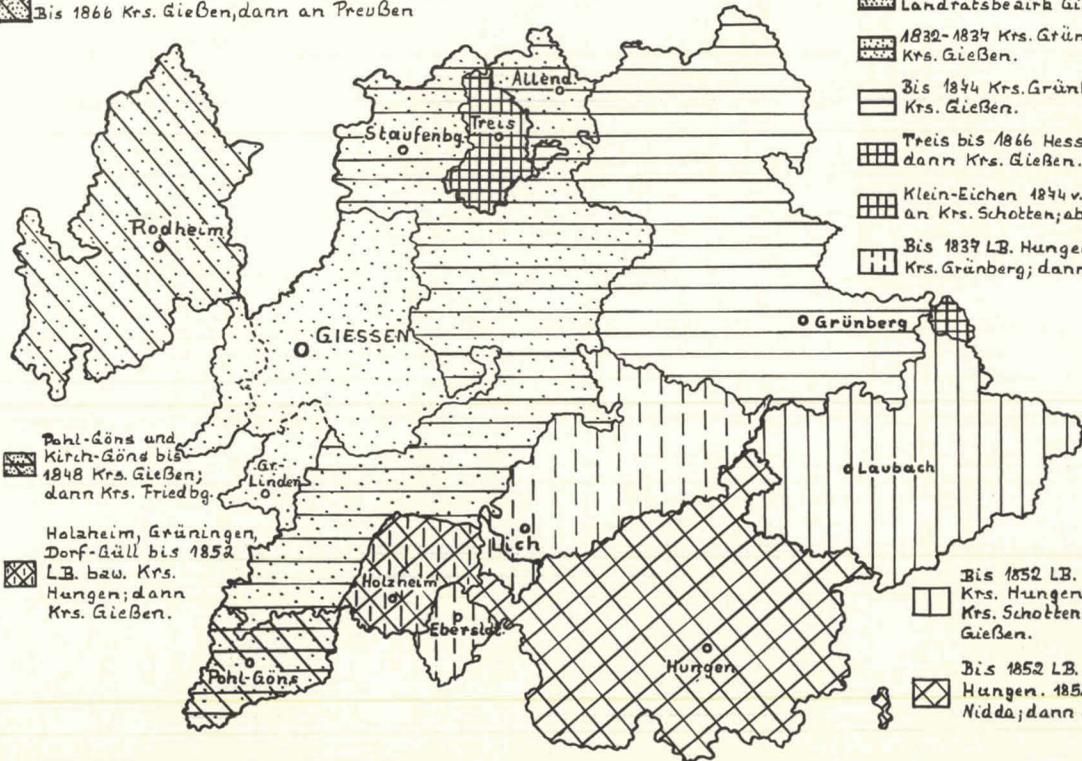
<sup>1)</sup> Alle Angaben über die geographischen Merkmale des Kreises Gießen stammen aus folgenden Quellen: „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, 1957; G. Nordmann: „Der Kreis Gießen“, 1950; Material des Statistischen Amtes beim Landratsamt; „Handbuch für den Landkreis Gießen“, 1953.

<sup>2)</sup> Siehe hierzu: W. Müller: „Die althessischen Ämter im Kreis Gießen“; Schriften des Instituts für geschichtliche Landeskunde von Hessen und Nassau, Bd. 19, Marburg 1940; K. Glöckner: „Land, Leute und Geschichte des Kreises Gießen“ im Handbuch für den Landkreis Gießen, S. 11 ff.

Karte Nr. 1

Geschichtliche Entwicklung des Kreises Gießen,  
seit 1821.

 Bis 1866 Krs. Gießen, dann an Preußen



 Landratsbeir. Gießen ab 1821.

 1832-1837 Krs. Grünberg; dann Krs. Gießen.

 Bis 1844 Krs. Grünberg; dann Krs. Gießen.

 Treis bis 1866 Hessen-Kassel; dann Krs. Gießen.

 Klein-Eichen 1844 v. Krs. Grünberg an Krs. Schotten; ab 1938 Krs. Gießen.

 Bis 1837 LB. Hungen. 1837-1852 Krs. Grünberg; dann Krs. Gießen.

 Pohl-Göns und Kirch-Göns bis 1848 Krs. Gießen; dann Krs. Friedbg.

 Holtheim, Grünigen, Dorf-Güll bis 1852 LB. bzw. Krs. Hungen; dann Krs. Gießen.

 Bis 1852 LB. Hungen bzw. Krs. Hungen. 1852-1938 Krs. Schotten; dann Krs. Gießen.

 Bis 1852 LB. bzw. Krs. Hungen. 1852-1864 Krs. Nidda; dann Krs. Gießen.

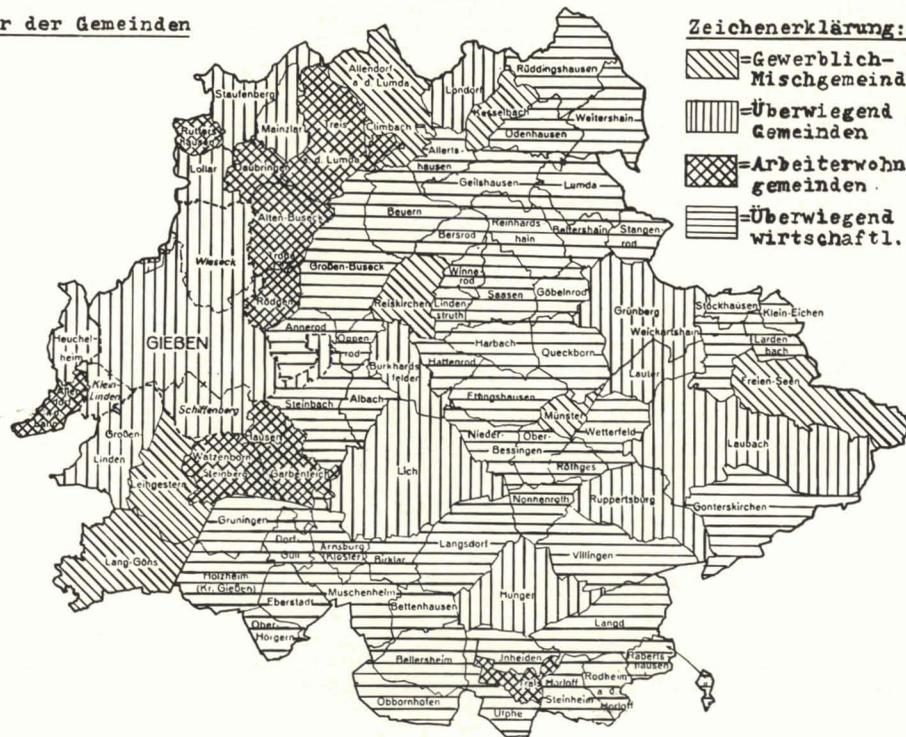
# STADT- u. LANDKREIS GIEßEN

Karte Nr. 2

## Struktur der Gemeinden

### Zeichenerklärung:

-  = Gewerblich-landw. Mischgemeinden
-  = Überwiegend gewerb. Gemeinden
-  = Arbeiterwohn-gemeinden
-  = Überwiegend Land-wirtschaftl. Gem.



Am 1. 7. 1837 wurden diese Grenzen erneut geändert. Der Kreis Gießen erhielt den Südwesten des Kreises Grünberg und im übrigen bei der Linie Allendorf/Lda./Bersrod/Reiskirchen wieder seine Grenze mit Grünberg von 1821. Dafür wurde dem Kreis Grünberg vom Landratsbezirk Hungen der Raum Lich mit Eberstadt und Ober-Hörgern, außerdem auch Inheiden, Utphe, Trais-Horloff und Wohnbach zugeschlagen.<sup>3)</sup>

Im Revolutionsjahr 1848 wurden die bisherigen Kreise Gießen und Grünberg zu einem Regierungsbezirk Gießen zusammengefaßt. Der bisherige Landratsbezirk Hungen und die Dörfer Pohl-Göns und Kirch-Göns kamen zum Regierungsbezirk Friedberg.

Das Jahr 1852 brachte dann neben der Wiederherstellung der Kreise Gießen und Grünberg die endgültige Auflösung des Kreises Hungen: Der Raum Lich kam mit Eberstadt und Oberhörgern zum Kreis Gießen, das Gebiet um Laubach wurde dem Kreis Schotten und Hungen mit seinem Hinterland dem Kreis Nidda zugeteilt. Vom Hungener Gebiet kamen damals schon Holzheim, Grüningen und Dorf-Güll zum Kreis Gießen.

Nach dem Kriege von 1866 verlor Hessen-Darmstadt und damit der Kreis Gießen mit Ausnahme von Heuchelheim und Ruttershausen alle Gebiete westlich der Lahn an Preußen, erhielt aber als Gebietsabrundung im N bei der Annexion Kurhessens durch Preußen das Dorf Treis/Lda. mit seiner ausgedehnten Gemarkung.

Das Jahr 1874 brachte im Zuge einer Verwaltungsreform die Auflösung der Kreise Grünberg und Nidda. Der Ostteil des Kreises Grünberg kam an den Kreis Alsfeld, Klein-Eichen an den Kreis Schotten und das alte Amt Grünberg mit dem ehemaligen Gericht Londorf an den Kreis Gießen. Vom Kreis Nidda erhielt der Kreis Gießen das Gebiet um Hungen mit Muschenheim, Birkklar und Nonnenroth bis zur heutigen Südgrenze des Kreises.

Die letzten Änderungen brachte schließlich das Jahr 1938 mit der Auflösung des Kreises Schotten. Seit diesem Jahre gehören auch die Orte Freienseen, Gonterskirchen, Klein-Eichen, Lardenbach, Laubach, Ruppertsburg, Wetterfeld und der Stockhäuser Hof zum Kreis Gießen. Gleichzeitig wurde Gießen kreisfreie Stadt und bildet seitdem mit den Vororten Wieseck und Klein-Linden den Stadtkreis Gießen. Nach 1945 hat der Kreis keine wesentlichen Änderungen mehr erfahren. Mit Arnsburg ist 1953 eine neue selbständige Gemeinde gebildet worden, während eine Reihe von ehemals selbständigen Gemarkungen ohne oder mit wenigen Einwohnern aufgelöst und auf Nachbargemarkungen aufgeteilt wurden.<sup>4)</sup>

---

<sup>3)</sup> Nach neuesten Untersuchungen des Landesamtes für geschichtliche Landeskunde in Marburg unter Leitung von Prof. Dr. Büttner. Mitgeteilt im November 1960 durch Dr. W. Görlich.

<sup>4)</sup> Handbücher für den Landkreis Gießen 1950 und 1953.

### 3. Die Bevölkerung

Die folgende Übersicht zeigt, daß sich die Bevölkerungszahl seit 1828 fast verdoppelt hat. Langsam aber stetig vollzog sich dieser Anstieg bis zum Jahre 1939. Von 1939 bis 1950 erfolgte dann ein sprunghafter Anstieg um rd. 36 000 oder fast 52%, was auf den Zustrom der Evakuierten und Heimatvertriebenen zurückzuführen ist. Von 1950 bis 1958 nahm die Bevölkerung wieder um rd. 4% ab, da vor allem Heimatvertriebene und Evakuierte in die benachbarten Städte abwanderten. Seit kurzer Zeit steigt die Bevölkerungszahl wieder geringfügig an, was darauf hindeutet, daß in der Wanderungsbewegung eine gewisse Ruhe eingetreten ist.

#### Die Bevölkerungsbewegung seit 1828: <sup>5)</sup>

1828 : 49 123	1900 : 56 772	1946 : 101 278
1846 : 55 890	1910 : 62 639	1949 : 105 550
1861 : 51 934	1925 : 65 932	1950 : 104 835
1871 : 52 766	1933 : 68 480	1951 : 103 623
	1939 : 69 114	1952 : 102 620
		1956 : 100 837
		1959 : 100 916
		1960 : 101 183

Am 31. 12. 1959 betrug die Einwohnerzahl 100 916, von denen 53 053 weiblichen Geschlechts waren. Die Bevölkerungsdichte, die am 17. 5. 1939 108,2/qkm betragen hatte, stieg bis zum 13. 9. 1950 auf 164,1/qkm an und steht heute bei 158/qkm (Hessen 222/qkm), was etwa dem Durchschnitt hessischer Landkreise entspricht.

#### a) Die alteingesessene Bevölkerung

Die einheimische Bevölkerung läßt sich im großen Rahmen in drei Gruppen einteilen: Die im mittleren und östlichen Kreisgebiet wohnenden Vogelsberger Bauern, die im südlichen und südwestlichen Teil wohnenden Wetterauer Bauern und die meist in größeren Gemeinden in der Nähe der Stadt Gießen lebenden Arbeiter, Handwerker und Angestellten. Dazwischen gibt es natürlich zahlreiche Übergänge, da relativ wenig reine Bauern- oder Arbeiterfamilien im Kreis Gießen registriert werden können. Die Bauernbevölkerung ist im allgemeinen ernst und schwerfällig. Ihr ist ein zähes Rechtsbewußtsein eigen. Ein gewisser Eigensinn und eine

<sup>5)</sup> Die folgenden Zahlen nach: G. Nordmann: „Der Kreis Gießen“, S. 71; Handbuch für den Landkreis Gießen, S. 48; „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, S. 81 f.; Amtl. Mitteilungsblatt der Kreisverwaltung, 16. Jg., Nr. 6, v. 22. 4. 1960, und Nr. 14, v. 27. 9. 1960. Der außergewöhnlich starke Anstieg der Bevölkerungszahl von 1900 bis 1910 beruhte vor allem auf dem starken Zuzug von Familien aus dem Westerwaldgebiet und den Kreisen Marburg, Frankenberg und Fritzlar-Homberg, die im Zuge der Industrialisierung im Gießener Raum bessere Lebens- und Berufsmöglichkeiten sahen.

natürliche Zurückhaltung haben im Zusammenleben mit den Heimatvertriebenen in der Not der ersten Nachkriegszeit manche Schwierigkeiten heraufbeschworen. Doch bestehen zwischen dem Vogelsberger und dem Wetterauer Bauern auch deutliche Wesensunterschiede. Bei dem letzteren spürt man die Offenheit der Landschaft und die Nähe des Rhein-Maingebietes. Er ist durch den besseren Boden und das mildere Klima schon immer wohlhabender gewesen, legt auch größeren Wert auf seine Kleidung und versucht, über die Peripherie seines Besitzes hinaus am Geschehen in der Welt und am kulturellen Leben teilzunehmen. Im Gegensatz zu seinem Vogelsberger Standesgenossen ist er auch geselliger und zeigt eine lebhaftere Phantasie.

Allen Bauern ist eine konservative, traditionsliebende Grundhaltung gemeinsam, die mit einem starken Sinn für Pflichten verknüpft ist. Ihr Standesbewußtsein ist ausgeprägt, wenn auch Sitte und Brauchtum kaum noch gepflegt werden. Neben seinem eigenen Hof schätzt der Bauer auch den Wert des Geldes, wobei Sparsamkeit oft zu Geiz ausartet. Das Verhältnis zur Religion ist traditionsgebunden. Man hält sich zur Kirche, ohne eigentlich kirchlich zu sein; man ist stolz auf den angestammten luth.-prot. Glauben und hat eine gewisse Abneigung gegen den kath. Glauben oder gegen Frömmerei, was dem Zusammenleben mit Zugezogenen nicht immer dienlich war und Sekten oder christliche Gemeinschaften, soweit sie überhaupt entstehen konnten, in die Isolierung trieb.

Die in abhängiger Arbeit stehende Bevölkerung des Kreises, die in überwiegender Zahl in stadtnahen Dörfern oder den kleinen Landstädtchen wohnt, ist im allgemeinen weltoffener und umgänglicher. Sie hat einen wachen Sinn für das Tagesgeschehen und steht auch dem politischen Leben näher. Wie der Bauer ist man auch in diesen Kreisen arbeitsam, pflichtbewußt und zuverlässig und hat Freude am kleinen Besitz, der — oft nur ein Stück Land oder ein Eigenheim — die Entwurzelung durch Abwanderung in die Stadt verhütet und vor radikalen politischen Strömungen weitgehend schützt. Die Bindung zur Kirche hat sich im Laufe der Zeit gelockert, doch hält man auch hier an den traditionellen kirchlichen Feiern und Familienfesten zäh fest. Die familiären Bande sind bei den Bauern und Arbeitern gleichermaßen sehr eng; man hält etwas auf ein gutes Familienleben und pflegt den Zusammenhalt besonders bei den freudigen und traurigen Ereignissen des Lebens.

Abschließend kann festgestellt werden, daß früher so starke Unterschiede in der Bevölkerung durch den Einfluß der nahen Stadt Gießen und durch die ständig wachsende Erschließung des gesamten Kreisgebietes mit Hilfe des Verkehrs und der anderen modernen Kommunikationsmittel sich mehr und mehr abschwächen. Auch in den einzelnen Dörfern tritt die Kluft zwischen Bauern und Arbeitnehmern einerseits und zwischen Einheimischen und Zugezogenen andererseits immer stärker zurück. Eine große Hilfe für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls unter der heranwachsenden Jugend bieten die zahlreichen Vereine. Vor allem Sport- und Gesangsvereine fehlen in kaum einem Dorf.

b) Heimatvertriebene und Evakuierte

Mit der im Jahre 1946 erfolgten Einweisung der Vertriebenen hatte der Kreis eine große Belastungsprobe zu bestehen, zumal er zu diesem Zeitpunkt bereits mit Evakuierten überbelegt war. Die folgenden Zahlen vom Ende des Jahres 1950 dürften annähernd den höchsten Stand bezeichnen, da zu jener Zeit die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen abgeschlossen war, zum anderen größere Abwanderungen an die Orte des Arbeitsplatzes und in die Städte damals noch nicht erfolgt waren.<sup>9)</sup>

Heimatvertriebene:

1949	1950	1952	1956	1959	
26 416	26 780	24 667	23 123	21 719	
25,0%	25,5%	24,2%	23,3%	21,5%	der Gesamtbevölkerung

Herkunftsländer der Vertriebenen:	1949	1952
CSSR (Sudetengebiete) . . . . .	20 191	18 896
Östlich der Oder/Neiße . . . . .	4 185	4 188
Ungarn . . . . .	1 166	804
Polen . . . . .	214	168
Jugoslawien . . . . .	146	137
Österreich . . . . .	141	187
Rumänien . . . . .	89	72
Übriges Ausland . . . . .	284	215

Der Anteil der Flüchtlinge betrug 1950 in Hessen 20,5% und im Bundesgebiet 19,8%, während der Kreis Gießen mit 25,5% an 3. Stelle aller hessischen Landkreise stand. Über 75% aller Vertriebenen des Kreises Gießen stammen aus dem Sudetenland. Der angewandten Praxis bei der Vertreibung ist es zuzuschreiben, daß die Flüchtlinge aus den verschiedensten Landschaften des Sudetengebietes kommen und nur in Ausnahmefällen geschlossene Transporte aus einer Gemeinde eintrafen. Stark zu beachten ist die Tatsache, daß die weit überwiegende Zahl der Heimatvertriebenen der katholischen Konfession angehört und damit die Konfessionsstruktur des bis dahin fast rein evangelischen Kreises entscheidend verändert wurde.

Durch die Bombenangriffe auf die Städte strömten schon während des Krieges zahlreiche Menschen besonders aus dem Frankfurter Raum und aus dem nahegelegenen Gießen in das Kreisgebiet. Am 30. 9. 1950 waren es 8 294 Evakuierte; die Zahl sank bis zum Ende des Jahres 1952 auf 6 644 ab und betrug Ende 1959 noch 4 042. Ein großer Teil ist in die alten Heimatorte zurückgekehrt. Eine Ausnahme bilden Bewohner der Zone, für die eine Rückwanderung oft nicht ohne weiteres gegeben ist. Bei einem Teil der Evakuierten, die eine gegebene Rückkehrmöglichkeit ablehnen,

<sup>9)</sup> Die folgenden Zahlen nach: V. Aschenbrenner: „Heimatvertriebene und Evakuierte im Kreis Gießen“ im Handbuch für den Landkreis Gießen, S. 43; Laufende Veröffentlichungen des Hess. Statistischen Landesamtes; Erhebungen des Statistischen Amtes beim Landratsamt.

wird man heute schon von einer normalen Zuwanderung sprechen können, wie sie ja ständig innerhalb eines Landes in geringem Ausmaß stattfindet.

Der Gesamtanteil der Vertriebenen und Evakuierten betrug im Jahre 1950 33,5% und im Jahre 1952 noch 30,5%. Er geht seitdem langsam aber stetig zurück. 1956 waren es noch 26,1% Vertriebene und Zugewanderte. Zur gleichen Zeit beliefen sich die Prozentsätze im Land auf 23,8% und im Bund auf 22,6%, so daß der Landkreis nach wie vor weit über dem Durchschnitt liegt. Da der Prozeß der wirtschaftlichen Eingliederung als abgeschlossen betrachtet werden kann, wird auch der Anteil der Heimatvertriebenen und Evakuierten im wesentlichen zunächst konstant bleiben.

#### 4. Die Konfessionen

Der Kreis Gießen war bis zum Beginn des 2. Weltkrieges fast ausschließlich von Protestanten bewohnt. Nur in wenigen größeren Orten lag der Anteil der Katholiken bei 5% wie z. B. in Lich und Hungen; im übrigen blieb er weit darunter und erreichte meist nicht einmal 1%. Dagegen gab es in einigen Gemeinden des Kreises verhältnismäßig starke jüdische Anteile, die durch die unmenschlichen Gewaltmaßnahmen des Hitlerreiches restlos verschwunden sind. So hatten z. B. Londorf 6,5% (58), Reiskirchen 4,4% (42), Hungen 4,2% (73) und Allendorf/Lda. 4,1% (52) Juden im Jahre 1925.<sup>7)</sup> In einzelnen Orten sind auch außerhalb der beiden großen Konfessionen stehende Sekten stärker vertreten.

Folgende Zahlen zeigen die Entwicklung:

1828:	Evangelisch 96,7%	Katholisch 0,3%	Sonstige 3,0%
1900:	97,2%	0,9%	1,9%
1933:	97,3%	1,3%	1,4%
1946:	75,9%	22,0%	2,1%
1950:	76,5%	22,0%	1,5%

Die Aufstellung macht die Wandlung deutlich, die durch den Zustrom der meist katholischen Heimatvertriebenen erfolgt ist. In mehreren Gemeinden sank der ev. Anteil unter 65%, so in Dorf-Güll, Eberstadt, Oberhörgerm, Oppenrod, Rabertshausen, Reinhardshain und Winnerod.

Nach den neuesten Zahlen der Diözese Mainz beträgt der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung des Kreises am 1. 1. 1960 noch 18,5%. Der Rückgang von 3,5% seit der letzten Volkszählung im Jahre 1950 ist auf die Abwanderung katholischer Heimatvertriebener aus dem Kreisgebiet zurückzuführen.<sup>8)</sup>

<sup>7)</sup> Unterlagen des Statistischen Amtes beim Landratsamt; Handbuch für den Landkreis Gießen, 1953.

<sup>8)</sup> Errechnet aus: „Schematismus der Diözese Mainz“, 1960. Andere Zahlen über die Konfessionszugehörigkeit liegen seit 1950 nicht vor.

## 5. Die Struktur der Gemeinden

Von den 85 Gemeinden des Landkreises hat keine mehr als 5000 Einwohner. Lich (4910), der größte Ort, erreicht diese Zahl beinahe; daneben überschreiten Heuchelheim (4583), Lollar (4413), Großen-Linden (4110) und Watzenborn-Steinberg (4092) die 4000er Grenze. 25 Dörfer haben unter 500 Einwohner, aber nur Winnerod bleibt mit 85 Bewohnern unter 100.

Die folgende Gegenüberstellung macht das Auf und Ab in der Zugehörigkeitsordnung der Gemeindegrößenklassen deutlich: <sup>9)</sup>

Einwohner	1939	1950	1959
0— 100	1	—	1
100— 500	35	12	24
500—1000	25	39	30
1000—2000	16	21	19
2000—3000	6	2	2
3000—4000	1	7	4
4000—5000	—	3	5

Gegenwärtig ist die Bevölkerung auf die Gemeindegrößen wie folgt verteilt:

In 25 Gemeinden von 0— 500 Einwohnern wohnen 9,3% d. Bevölkerung

In 30 Gemeinden von 500—1000 Einwohnern wohnen 21,8% d. Bevölkerung

In 19 Gemeinden von 1000—2000 Einwohnern wohnen 28,0% d. Bevölkerung

In 11 Gemeinden von 2000—5000 Einwohnern wohnen 40,9% d. Bevölkerung

Stadtrechte besitzen die Gemeinden Lich, Grünberg, Hungen, Laubach, Großen-Linden, Staufenberg, Grüningen und Allendorf/Lda. Von ihnen haben aber nur die vier ersten kleinstädtisches Gepräge, während das Stadtrecht der anderen Orte lediglich der historischen Entwicklung des späten Mittelalters entspringt. Die Verwaltung des Kreises hat ihren Sitz in der seit 1938 kreisfreien Stadt Gießen, die aber nicht zentral, sondern am westlichen Kreisrand gelegen ist.

Rund  $\frac{2}{5}$  der Bevölkerung wohnen in Gemeinden mit überwiegend landwirtschaftlicher Struktur (mehr als 55% der Beschäftigten arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben), 34% der Bevölkerung wohnen in den 13 vorwiegend gewerblichen Gemeinden (mehr als 55% der Beschäftigten arbeiten in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben). In den 7 Mischgemeinden (45—55% der Beschäftigten in landwirtschaftlichen bzw. nichtlandwirtschaftlichen Betrieben) wohnen 11% der Bevölkerung, während in den 12 Arbeiterwohngemeinden (weniger als 60% der Beschäftigten sind in der Gemeinde tätig) 16% der Bevölkerung ihren Wohnsitz haben <sup>10)</sup>. (Siehe Karte Nr. 2.)

<sup>9)</sup> Die folgenden Zahlen nach: G. Nordmann: „Der Kreis Gießen“ und eigene Errechnung; „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, S. 81 f.

<sup>10)</sup> „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, S. 81 f.

Seit 1939 ist durch Krieg und Flüchtlingsstrom eine erhebliche Strukturveränderung der einzelnen Gemeinden erfolgt. Die Verluste an Gefallenen, Vermißten und getöteten Zivilisten belaufen sich im gesamten Kreisgebiet auf etwas über 5000 Menschen (darunter etwa 200 Zivilisten). Die Zunahme der Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden durch den Zustrom von Heimatvertriebenen und Evakuierten ist sehr unterschiedlich erfolgt. 13 vor allem kleinere Gemeinden nahmen bis 1949 um mehr als 70% zu; in einigen Orten blieb der Zuwachs unter 35%. Infolgedessen war auch der Prozentsatz der Heimatvertriebenen an der Bevölkerung örtlich sehr verschieden. Über 40% hatten Eberstadt, Hattenrod, Rabertshausen und Winnerod. Unter 16% blieb der Anteil in Londorf, Reiskirchen, Allertshausen, was teilweise durch alliierte Besatzung bedingt war. Einen besonders hohen Prozentsatz an Evakuierten wiesen die Städtchen Lich, Hungen und Laubach auf.

Durch eine tiefgreifende Fluktuation innerhalb des Kreisgebietes und nach außerhalb haben sich diese Strukturen im letzten Jahrzehnt wieder wesentlich verändert, doch kann darüber erst etwas gesagt werden, wenn die Ergebnisse der Volkszählung von 1961 einmal vorliegen werden.

Kleinere Orte mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur nehmen seit 1950 ständig an Einwohnerzahl ab und nähern sich wieder ihrer Zahl von 1939, wie es die folgende Übersicht zeigt <sup>11)</sup>:

	1939	1950	1959	1960
Bettenhausen	326	520	401	391
Hattenrod	433	807	544	542
Klein-Eichen	166	231	178	173
Rabertshausen	208	361	258	252
Weitershain	496	706	536	533
Ober-Hörgern	330	585	392	383
Stockhausen	158	289	236	234

Etwa 15 Gemeinden des Kreises nehmen dagegen trotz des allgemein von 1950—1958 vorherrschenden Bevölkerungsrückgangs auch seit 1950 mehr oder weniger stark zu. Günstige Lage, Nähe der Kreisstadt, eigene ausbaufähige Industrien und besondere Aufnahmemöglichkeiten spielen dabei eine große Rolle. Einzelne Gemeinden erhöhten ihre Einwohnerzahl seit 1939 um fast 100%, was folgende Aufstellung deutlich macht <sup>11)</sup>.

	1939	1950	1959	1960
Großen-Linden	2 487	3 831	4 083	4 110
Hungen	1 723	3 149	3 247	3 228
Hausen	645	951	1 051	1 050
Laubach	1 795	3 157	2 945	2 920
Lollar	2 676	4 037	4 348	4 413
Mainzlar	755	1 441	1 368	1 353

Hand in Hand mit dieser Bevölkerungsverschiebung gehen die Änderungen in der wirtschaftlich-soziologischen Struktur und in der Konfessionsstruktur. Ihr Einfluß auf die Entscheidung der Wähler muß bei der Wahlanalyse einzelner Gemeinden berücksichtigt werden.

<sup>11)</sup> Aus Unterlagen des Statistischen Amtes des Landratsamtes.

## 6. Die Wirtschaft des Kreises

### a) Landwirtschaft

Die Landwirtschaft — früher der vorherrschende Wirtschaftszweig des Kreises — ist in einem Prozeß der Umstrukturierung begriffen. Überwiegend landwirtschaftliche Gemeinden finden sich nur noch im weiteren Wiesektal, der nördlichen Wetterau und am Ostrand des Kreises. Die Gesamtzahl der Betriebe geht seit 1949 ständig zurück. Von diesem Rückgang sind vor allem die kleineren Höfe bis zu 10 ha betroffen, während die Betriebe über 10 ha eine leichte Zunahme zu verzeichnen haben. Es zeichnet sich also die Tendenz ab, kleinere, oft unrentable Wirtschaften aufzulösen, andererseits Höfe zwischen 5 und 10 ha zu vergrößern. Trotz dieser Entwicklung herrscht der landwirtschaftliche Kleinbetrieb noch immer vor. Nur 49 Betriebe bewirtschaften mehr als 20 ha, 11 davon haben über 100 ha. Hier handelt es sich meist um Hofgüter, die unter der Leitung eines Pächters stehen und im Besitz ehemaliger Standesherrn sind. Die Tabelle zeigt die Entwicklung <sup>12)</sup>:

	Gesamt	unter 5 ha	5—10 ha	10—20 ha	20 u. mehr ha
1949	8 284	5 827	1 985	424	48
1955	7 949	5 520	1 907	474	48
1960	7 497	5 052	1 819	577	49

Die klimatischen Verhältnisse und die Güte des Bodens sind fast durchweg günstig für eine landwirtschaftliche Nutzung, wenn dabei auch der Süd- und Südwestteil etwas besser abschneidet als der Norden und Osten des Kreisgebietes. Von der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche entfallen 37,8% auf Ackerland, 32,2% auf Wald und 17,2% auf Wiesen und Weiden. Die Ernteerträge entsprechen im allgemeinen den Durchschnittswerten des Landes Hessen. Bei der Viehhaltung liegen die Zahlen über den Durchschnittswerten des Landes, doch ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

### b) Industrie

Mit 122 Industriebetrieben zählt der Landkreis Gießen zu den mittelstark industrialisierten Landkreisen Hessens. 71% davon sind Klein- und Kleinstbetriebe bis zu 50 Beschäftigten. Insgesamt waren 1956 rd. 10 200 Menschen in den Betrieben des Kreises tätig, d. h. etwa 36% mehr als 1950. Industrie und Gewerbe sind am stärksten in folgenden Orten des Kreisgebietes konzentriert <sup>13)</sup>:

	Einpendler 1956	Einpendler 1960
Lollar	2 292	2 680
Heuchelheim	1 354	2 475
Hungen	438	586
Grünberg	558	567
Lich	482	500
Laubach	289	400
Mainzlar	279	287

<sup>12)</sup> Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung 1955 des Hess. Statistischen Landesamtes. Hessische Kreiszahlen des Hess. Statistischen Landesamtes, 1960/I.

<sup>13)</sup> Aus Hess. Kreisstatistik, 1958. Unterlagen des Statistischen Amtes des Landratsamtes.

In den Industriegruppen stehen die Eisen- und Stahlgießereien (Lollar und Laubach) mit 3 180 Arbeitern an erster Stelle, gefolgt von der optischen und elektrotechnischen Industrie (Heuchelheim). Weit verbreitet ist auch die Fabrikation von Zigarren und Zigarillos, die 13 Betriebsstätten in verschiedenen Orten des Landkreises aufweist. In diesem Zweig sind 1 800 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Mit mehr als 20 größeren und kleineren Betrieben ist die Textil- und Bekleidungsindustrie vertreten, vor allem im Raume Grünberg sind mehrere Fabriken konzentriert. Dieser Zweig hat rd. 2 000 Beschäftigte. Die Stein- und Erdeindustrie behauptet einen festen Platz im Erwerbsleben mit 1 700 Arbeitern. Meist nur örtliche Bedeutung haben für den Arbeitsmarkt die 26 Unternehmen der Holzverarbeitungsindustrie, mit denen oft Zimmereigeschäfte verbunden sind. Der Bergbau spielt im Kreisgebiet nur eine untergeordnete Rolle; im Januar 1960 waren dort 137 Personen tätig.

#### *c) Handwerk*

Die Zahl der Handwerksbetriebe ist von 1949 bis 1960 ständig zurückgegangen, was einestails auf die fortschreitende Fabrikation und Konfektionierung und andererseits auf die Konzentration bestehender Handwerksbetriebe zurückzuführen ist. Außerdem üben die besseren Arbeitszeitbedingungen und die höhere Bezahlung in der Industrie eine große Anziehungskraft aus.

Trotz dieses Rückgangs waren 1956 noch 6 900 Menschen in 2 120 Handwerksbetrieben beschäftigt. Die größte Bedeutung hat im Kreis Gießen das Bauhandwerk mit 25 Beschäftigten auf je 1 000 Einwohner. In vielen Handwerkszweigen macht sich ein fühlbarer Nachwuchs- und Arbeitskräftemangel bemerkbar.

#### *d) Verkehrswesen*

Der Landkreis Gießen verfügt über ein dichtes Netz von Bundes- und Landstraßen mit rd. 500 km Länge, die sich dank des intensiven Ausbaus seitens der Kreisverwaltung im Laufe der letzten 10 Jahre durchweg in gutem Zustand befinden. In einer Länge von 27 km läuft die Autobahn Gießen—Kassel durch das Kreisgebiet.

Der Nord-Süd-Verbindung dient die B 3 am westlichen Kreisrand, während die B 49 von Westen nach Osten durch das Wiesektal zieht. Die Straßenverbindung der einzelnen Kreisorte untereinander und zu den Zentren Gießen, Lich, Hungen und Grünberg ist im allgemeinen vorteilhaft und gut.

32 Gemeinden haben Bahnanschluß, die meisten anderen Busverbindung nach Gießen oder größeren Nachbarorten. Die beiden von Gießen ausgehenden oberhessischen Bahnen nach Grünberg—Alsfeld—Fulda und nach Lich—Hungen—Nidda—Gelnhausen berühren zahlreiche Kreisorte. Die Querverbindungen der Bundesbahn sind teilweise stillgelegt und durch Omnibusse ersetzt worden. Eine wichtige Bahnlinie führt von Gießen über Lollar durch das Lumdatal nach Grünberg, eine andere von Hungen nach Friedberg durch die nördliche Wetterau. Gießen als Eisenbahnknotenpunkt verbindet das Kreisgebiet mit dem Fernverkehr, einmal durch die Main-Weser-Bahn nach Frankfurt und Kassel, andererseits durch die Linien zum Rhein und ins Ruhrgebiet über das benachbarte Wetzlar.

### e) Fremdenverkehr

Eine wachsende Bedeutung kommt dem Fremdenverkehr zu, weil der Kreis vor allem im Norden und Osten über ruhige, landschaftlich reizvolle Gegenden verfügt, in denen bei entsprechender Erschließung Erholungssuchende Aufnahme finden können. Während bisher nur der Luftkurort Laubach und in geringerem Maße auch Lich und Grünberg Fremdenbeherbergungen zu verzeichnen hatten — am 1. 4. 1958 265 Betten — sollen in Zukunft weitere Gemeinden im Lumdatal und am Vogelsbergstrand für den Fremdenverkehr erschlossen werden.

### f) Die Bevölkerung in der Wirtschaft

Der Strukturwandel des Kreises in den letzten Jahrzehnten wird besonders deutlich, wenn man die Verteilung der Bevölkerung nach den einzelnen Wirtschaftszweigen gegenüberstellt und dabei die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg mit der Nachkriegszeit vergleicht. Leider muß dieser Vergleich lückenhaft bleiben, weil einmal für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg genauere und zusammenfassende Darstellungen fehlen<sup>14)</sup>, zum anderen die Strukturänderungen der letzten 10 Jahre erst erfaßt werden können, wenn die Ergebnisse der Volkszählung 1961 vorliegen.

Die Schaubilder der folgenden Seite zeigen den ständigen Rückgang des landwirtschaftlichen Sektors und das gleichzeitige Ansteigen des Bevölkerungsanteils in Industrie und Handwerk. Eine gewisse Ausnahme bildete natürlich das Notjahr 1946 mit einem großen Prozentsatz der Berufslosen und einem geringeren Anteil an Industrie und Handwerk.

Der Zweig der Dienstleistungen, vor allem des öffentlichen Dienstes, nimmt dagegen stetig weiter zu, eine Erscheinung, die ja nicht auf den Kreis Gießen beschränkt ist.

Betrachten wir nur den Anteil der Erwerbstätigen an den einzelnen Wirtschaftszweigen und vergleichen wir hier die Zahlen der Jahre 1925 und 1950, so werden uns die Wandlungen der Struktur noch viel eindringlicher klar.

	Kreis <sup>15)</sup>		Land Hessen <sup>15)</sup>	
	1925	1950	1925	1950
Land- und Forstwirtschaft	51,8	37,8	31,2	23,3
Industrie und Handwerk	29,5	38,0	36,8	43,1
Handel und Verkehr	7,9	10,3	13,2	16,0
Dienstleistungen, vor allem öffentlicher Dienst	10,9	13,9	15,8	17,6

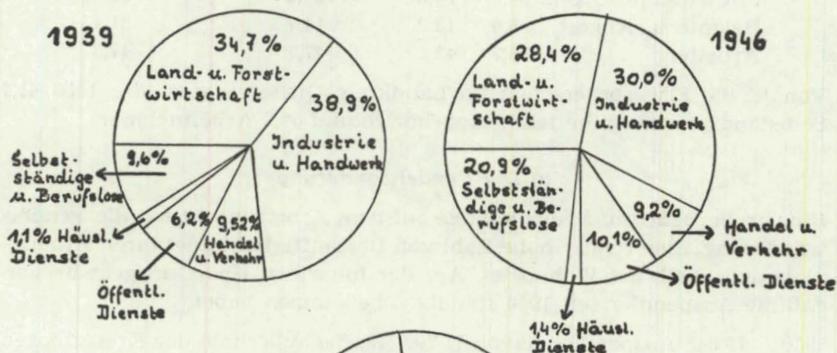
<sup>14)</sup> Für Einzeluntersuchungen der soziologischen Struktur der Gemeinden des Kreises Gießen für die Zeit vor 1930 eignet sich sehr gut: G. Heß: „Die Bevölkerung der Provinz Oberhessen und deren berufliche Gliederung, dargestellt in ihrer Entwicklung während der letzten 150 Jahre“, Gießen 1932. Nach Angaben in dieser Darstellung auf Seite 155 verteilte sich die Bevölkerung in ganz Oberhessen wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftszweige:

	Landwirtschaft	Industrie, Bergbau Handwerk	Handel und Verkehr	Übrige
1895	49,7%	29,1%	9,3%	11,9%
1907	41,3%	33,6%	11,6%	13,5%

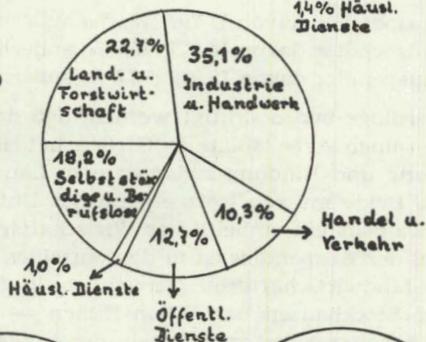
<sup>15)</sup> Die folgenden Zahlen nach: „Zehnjahresbericht des Landkreises Gießen“, 1957; Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen, 1929; Eigene Errechnungen aus den vorgefundenen Zahlen.

# Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen

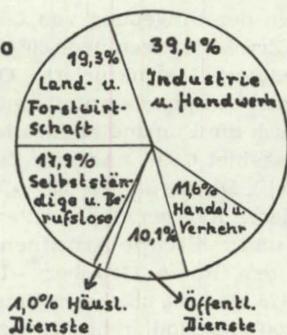
## Kreis Gießen



## 1950

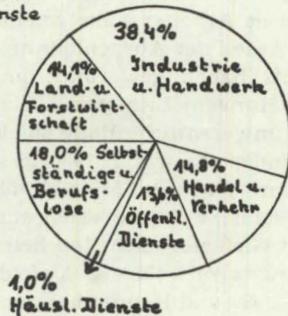


## 1950



## übrige Landkreise

## 1950



## Land Hessen

Ergänzt werden die Schaubilder der folgenden Seite und diese Übersicht durch einen Blick auf die Stellung der Erwerbstätigen im Beruf in den Jahren 1939 und 1950 <sup>16)</sup>:

	Kr. Gießen		Übrige Landkr.	Land Hessen
	1925	1950	1950	1950
Selbständige	18,8	16,9	16,3	15,4
Mithelfende Angeh.	34,5	24,8	21,3	16,2
Beamte u. Angest.	8,0	13,2	14,7	21,1
Arbeiter	38,7	45,1	47,7	47,3

Von je 100 Erwerbspersonen im Landkreis Gießen waren also 1950 41,7 Selbständige und mithelfende Angehörige und 58,3 Arbeitnehmer.

#### g) Die Pendelwanderung

Eine große Bedeutung für die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die Pendelwanderung. Eine relativ hohe Zahl von Beschäftigten findet ihren Arbeitsplatz außerhalb des Wohnortes. Aus der folgenden Übersicht geht hervor, daß die Auspendler seit 1950 ständig zugenommen haben:

1950	15 845 Auspendler davon 11 709 (73,9%) außerhalb der Kreisgrenzen
1956	18 571 Auspendler davon 14 077 (75,8%) außerhalb der Kreisgrenzen
1959	20 950 Auspendler davon 15 900 (76,0%) außerhalb der Kreisgrenzen

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der überwiegende Teil dieser Pendler seinen Arbeitsplatz in Gießen hat. Hier zeigt sich, welche enge Verflechtung und Bindung zwischen dem Landkreis und der Stadt Gießen besteht. Beide müssen trotz erheblicher Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur als ein einheitlicher Wirtschaftsraum angesehen werden. Die Anzahl der Auspendler ist in den einzelnen Orten sehr verschieden. Während landwirtschaftliche Gemeinden in Stadtferne — so am Vogelsbergrand Stockhausen und Klein-Eichen — nur wenige Pendler haben, gibt es Arbeiterwohngemeinden in der Umgebung von Gießen, in denen der Anteil der Auspendler an den Erwerbstätigen über 80% beträgt. Andererseits haben gewerblich und industriell strukturierte Orte wie Grünberg, Hungen, Lich und Lollar einen Auspendleranteil unter 25%. Eine nicht unwesentliche Rolle spielen auch die Einpendler für die einzelnen Gemeinden. Es waren 1950 im Kreisgebiet 6 997, und ihre Zahl stieg bis zum Jahre 1956 um 7,5% auf 7 534 an <sup>17)</sup>. Davon kamen 56,4% aus dem Landkreis selbst, während 43,6% aus anderen Kreisen einpendelten, so vor allem viele Gießener nach Heuchelheim und zahlreiche Arbeitnehmer aus dem industriearmen Kreis Alsfeld in den Raum Grünberg—Laubach. Lollar mit 2 680 und Heuchelheim mit 2 475 sind die stärksten Einpendlergemeinden. Im Jahre 1956 kamen auf 100 Auspendler im Kreisgebiet 43 Einpendler.

<sup>16)</sup> Die Übersichten und Schaubilder dieses Abschnitts stützen sich auf: G. Nordmann: „Der Kreis Gießen“, „Zehnjahresbericht des Landkreises Gießen“, „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, eigene Errechnungen.

<sup>17)</sup> „Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte“, „Zehnjahresbericht des Landkreises Gießen“, Unterlagen des Statistischen Amtes beim Landratsamt.

Die Zahlen der Aus- und Einpendler dürften sich im Laufe der letzten Jahre nicht mehr wesentlich verändert haben. Es sind kaum noch Arbeitskraftreserven vorhanden; auch hat der Sog der Stadt spürbar nachgelassen. Ein Blick auf die Zahl der Arbeitslosen bestätigt diese Entwicklung. Während 1950 noch 4 172, d. h. rd. 10% der Erwerbstätigen arbeitslos waren, sank diese Zahl über 3 438 im Jahre 1952 auf 670 im September 1959. Darin ist eine größere Zahl von Personen enthalten, die entweder gerade einen Arbeitsplatzwechsel vornehmen oder als ältere Menschen im erlernten Beruf nicht mehr unterkommen können<sup>17)</sup>.

## 7. Das Bildungswesen

Im Kreisgebiet gibt es 83 Volksschulen. Mit Ausnahme der Zwerggemeinden Arnsburg und Winnerod hat also jede Gemeinde ihre eigene Schule. Nur 10 Schulen sind allerdings voll ausgebaut. 56 Gemeinden haben ein- oder zweiklassige Schulen. Der Bau mehrerer Mittelpunktschulen und die Bildung von Schulverbänden ist in Vorbereitung.

An 3 Volksschulen in Lich, Laubach und Allendorf/Lda. sind Mittelschulzüge angeschlossen. In Grünberg, Hungen und Laubach befinden sich neunklassige höhere Schulen mit zusammen rd. 1 000 Schülern. Von ihnen ist das Paul-Gerhardt-Gymnasium in Laubach eine Einrichtung der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau.

Neben der bedeutenden Landwirtschaftsschule in Grünberg gibt es 6 Berufsschulzweigstellen in Großen-Buseck, Großen-Linden, Grünberg, Laubach, Lich und Londorf.

Von großem Einfluß auf die Aus- und Weiterbildung der Kreisbewohner sind natürlich die Justus-Liebig-Universität, die verschiedenen höheren Schulen, die Volkshochschule und die anderen Bildungsmöglichkeiten in der Kreisstadt Gießen. Aber auch im Kreisgebiet ist die Erwachsenenbildung sehr großzügig ausgebaut. Nahezu 60 Gemeinden haben Kulturringe oder sind Volksbildungsvereinigungen angeschlossen; in 72 Orten gibt es Volksbüchereien, eine Kreisbücherei umfaßt über 7000 Bände. Eine ausgedehnte Vortragsplanung und ein Filmdienst dienen dazu, die Bevölkerung im Kreis Gießen auf kulturellem Gebiet weiterzubilden.

## 8. Die Presse

Im Gießener Raum gab es vor dem ersten Weltkrieg als althergebrachte Tageszeitung den „Gießener Anzeiger“, der, ohne das offen auszuweisen, den Nationalliberalen nahestand. Seine erste Ausgabe war schon 1750 als Wochenblatt in einfachster Form erschienen.

Daneben erschien etwa seit 1890 ein Organ der SPD, an dem in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts auch Philipp Scheidemann als Redakteur tätig gewesen ist. Die Zeitung, die sich seit 1906 „Oberhessische Zeitung“ nannte, bestand bis zu ihrem Verbot im Jahre 1933 und hatte in der Weimarer Zeit eine Auflage von 5 000. Sie wurde nicht in Gießen, sondern im Betrieb der „Frankfurter Volksstimme“ gedruckt<sup>18)</sup>.

<sup>18)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 11. Juli, 24. August und 18. Oktober 1960.

Seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erschien in Gießen für den Leser „in Stadt und Land“ ein Blatt stark konservativer Prägung, die „Oberhessischen Nachrichten“, das aber um 1890 wieder einging<sup>19)</sup>.

Um die gleiche Zeit gaben auch die Freisinnigen eine eigene Zeitung unter dem Namen „Gießener Zeitung“ heraus, die ebenfalls ihren Charakter als Parteiorgan sehr bald verlor und von 1900 bis 1914 von der Druckerei Klein als unabhängige „Gießener Neueste Nachrichten“ in verhältnismäßig kleiner Auflage herausgegeben wurde. Nach dem Kriege wurde dieses Blatt als „Gießener Zeitung“ noch einmal von 1918 bis 1925 bei dreimaligem Erscheinen in der Woche veröffentlicht.

Während diese Zeitung nur eine äußerst geringe Verbreitung hatte, blieb der „Gießener Anzeiger“ auch nach dem ersten Weltkrieg die führende Zeitung im Gießener Raum. Er stand jetzt der Deutschen Volkspartei nahe. Von der SPD wurde nach wie vor die „Oberhessische Volkszeitung“ verbreitet, die in Gießen ein eigenes Redaktionsbüro unterhielt, aber nach wie vor in Frankfurt gedruckt wurde. Von dort kam auch von 1919 bis 1922 eine Wochenschrift der USPD nach Gießen<sup>20)</sup>.

Als der politische Kampf härter wurde, erschienen nacheinander die „Oberhessische Tageszeitung“, das Organ der NSDAP, ebenfalls in Frankfurt gedruckt, und das „Gießener Echo“, ein provisorisch im Abzugsverfahren hergestelltes kommunistisches Wochenblatt von 8 Seiten. Es hatte eine Auflage von rd. 2 000 Exemplaren<sup>21)</sup>.

Nach der Machtübernahme Hitlers blieb neben dem Parteiorgan der NSDAP nur noch der „Gießener Anzeiger“ bestehen. Im Jahre 1943 wurden der „Gießener Anzeiger“ (Auflage etwa 12 000) und die „Oberhessische Tageszeitung“ (Auflage etwa 40 000) im Zuge weiterer Straffung der Parteipresse zur „Gießener Zeitung“ zusammengefaßt.

Nach dem zweiten Weltkrieg erschien als erste Zeitung für den Gießener Raum die am 1. 10. 1945 lizenzierte „Oberhessische Presse“ in Marburg, die bis zum 31. 12. 1945 einen Gießener Teil hatte. Dann entstand am 8. 1. 1946 die „Giessener Freie Presse“. Sie ist ebenso parteipolitisch neutral wie der am 1. 1. 1950 wieder erschienene „Gießener Anzeiger“. Beide Zeitungen sind heute in einer Auflage von je rd. 20 000 im gesamten Kreisgebiet verbreitet und werden in eigenen Druckereien hergestellt. Daneben erscheint dreimal wöchentlich bei der Druckerei Robert in Grünberg noch eine kleine Heimatzeitung für die Städtchen Grünberg und Laubach und ihre weitere Umgebung, die den lokalen Teil stark betont.

<sup>19)</sup> Siehe auch: E. Keyser: „Hessisches Städtebuch“, Stuttgart 1957, S. 191 ff. Im Gießener Stadtarchiv finden sich mehrere Exemplare.

<sup>20)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. August 1960. Gespräch Betriebsleiter Heinrich Kümmel am 19. Oktober 1960.

<sup>21)</sup> Gespräch Krankenkassenangestellter Walter Deeg am 12. Oktober 1960. Nach Mitteilung von Herrn Deeg gab in den Jahren von 1930 bis 1933 die Wiesacker Ortsgruppe der KPD eine eigene Zeitung im Abzugsverfahren, die „Fanfare“, in einer Auflage von 500 Exemplaren heraus.

## II.

# Die politische Entwicklung im Kreis Gießen vor dem 1. Weltkrieg seit der Reichstagswahl von 1898

### 1. Allgemeine Betrachtungen

Die Gemeinden des heutigen Kreisgebietes zählten vor dem ersten Weltkrieg mit Ausnahme der Orte Freienseen, Gonterskirchen, Lardenbach, Laubach, Ruppertsburg und Wetterfeld zum Wahlkreis Hessen 1 (Gießen—Nidda—Büdingen). Außer der Stadt Gießen mit Schiffenberg, Wieseck und Klein-Linden gehörten zu diesem Wahlkreis noch je 13 Gemeinden der Kreise Alsfeld und Schotten (bis 1938 selbständiger Kreis), sowie 36 Gemeinden des Kreises Büdingen. Die Bevölkerungszahlen ergeben sich aus nachfolgender Tabelle <sup>1)</sup>:

	1900			
	Gesamt	Ev.	Kath.	Übrige
Wahlkreis Gießen	112 220	106 182	3 239	2 799
		94,6%	2,9%	2,5%
Kreis Gießen	56 772	55 189	488	1 095
(ohne heutigen Stadtkreis)		97,6%	0,5%	1,9%
	1910			
	Gesamt	Ev.	Kath.	Übrige
Wahlkreis Gießen	125 924	118 116	4 502	3 306
		93,8%	3,6%	2,6%
Kreis Gießen	62 772	60 710	915	1 147
		96,8%	1,5%	1,7%

Das Wahlrecht zum alten Reichstag bestimmte, daß nur Männer über 25 Jahre eine Stimme abgeben konnten. Gewählt wurde nach dem Grundsatz der absoluten Mehrheitswahl, d. h. nur der Bewerber zog in den

<sup>1)</sup> Die folgenden Zahlen nach: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250, S. 137. Amtliche Ergebnisse der Volkszählungen von 1900 und 1910. Handbücher des Landkreises Gießen, 1950 und 1953. Eigene Errechnungen aus den vorliegenden Zahlen.

Reichstag ein, der über die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Diese Bestimmung brachte es mit sich, daß in einer großen Zahl der Wahlkreise ein 2. Wahlgang notwendig war, der die beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen aus dem 1. Wahlgang gegenüberstellte. Es ist für die politische Struktur des Wahlkreises Gießen-Nidda-Büdingen bezeichnend, daß dort in allen 5 Reichstagswahlen seit 1898 der 2. Wahlgang erforderlich war.

Die Verteilung der Konfessionen zeigt, daß der Anteil der Katholiken im Wahlkreis außerordentlich gering war. Infolgedessen war das Zentrum als politische Kraft nicht vertreten. Es fehlten aber auch die konservativen Parteien, was auf die kleinbäuerliche Struktur des Kreises und auf das Vorherrschen der antisemitischen Bewegung zurückgeführt werden kann. Bis zum Auftreten der Antisemiten im Jahre 1890 war der Wahlkreis Gießen-Büdingen durch Abgeordnete folgender Parteien im Reichstag vertreten <sup>2)</sup>:

1871—1881	Liberaler Reichspartei, dann Deutsche Reichspartei (Freikonservative)
1881—1884	Liberaler Vereinigung, dann Fortschrittspartei
1884—1890	Nationalliberaler Partei
1890	Deutsche Freisinnige Partei, dann Antisemiten

Im wesentlichen handelt es sich dabei um links- oder rechtsliberale politische Kräfte, die im Wahlkreis Gießen die Mehrheit der Stimmen von 1871 bis 1890 auf sich vereinigen konnten.

Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung des Wahlkreises war — abgesehen von der Stadt Gießen — in der Landwirtschaft tätig. Keine Gemeinde hatte über 5 000 Einwohner, doch spielte in den kleineren Landstädtchen auch das mittelständische Bürgertum in Handel und Handwerk eine bedeutende Rolle. Da größere Industriebetriebe kaum vorhanden waren, blieb der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung relativ niedrig.

Bei einer kritischen Betrachtung der Wahlergebnisse des Kreises Gießen innerhalb des fast doppelt so großen Wahlkreises Gießen-Nidda-Büdingen zwischen 1890 und 1912 ergibt sich folgendes allgemeine Bild: Drei politische Kräfte bestimmen den politischen Raum. Die Liberalen, zumeist getragen vom mittelständischen Bürgertum, die in ihrer Stärke mehr und mehr zurückgehen, der ständig wachsende Einfluß der Sozialdemokraten, die über die Arbeiterschaft hinaus an Stimmen gewinnen und das konservative Element, das vor allem unter den Bauern vertreten ist und von der antisemitischen Bewegung bestimmt wird.

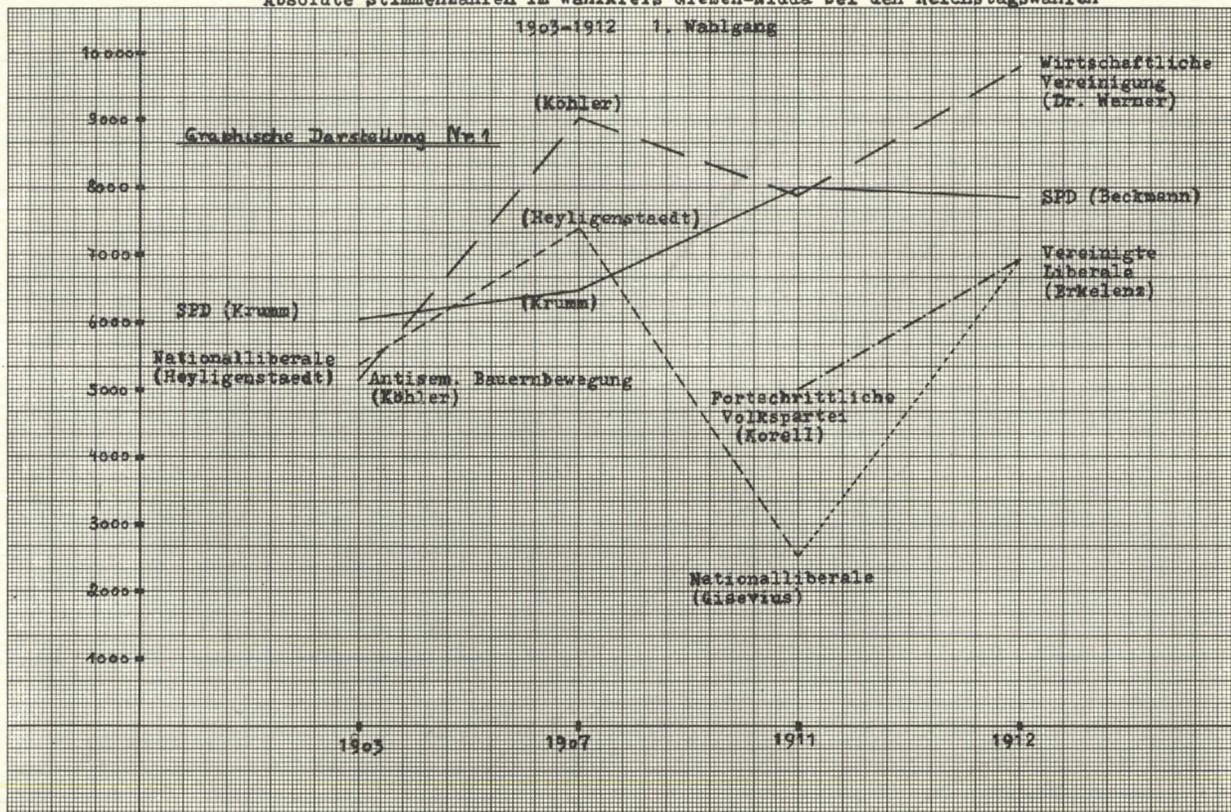
Da der Antisemitismus nicht nur den politischen Kampf vor dem ersten Weltkrieg im Kreis Gießen entscheidend beeinflußt hat, sondern, in der Bevölkerung weiterwirkend, auch beim Anstieg der Hitlerpartei mitgewirkt hat, muß auf diese Bewegung näher eingegangen werden.

---

<sup>2)</sup> Kürschners „Deutscher Reichstag“, Biographisch-Statistisches Handbuch 1912—1917, VI. Ausgabe, S. 339.

Absolute Stimmzahlen im Wahlkreis Gießen-Nidda bei den Reichstagswahlen

1903-1912 1. Wahlgang





## 2. Die Antisemitenbewegung in Oberhessen und ihre Erfolge

In Nachwirkung der Gründerzeit und unter dem Einfluß einiger Publizisten war in Berlin um 1880 eine antisemitische Bewegung entstanden, die — nach mancherlei Rückschlägen — bei den Reichstagswahlen von 1893 erstmals in gewisser Stärke in Erscheinung trat und gleich 16 Sitze (5 im Jahre 1890) erringen konnte<sup>3)</sup>.

Die neue Bewegung fand in Oberhessen einen sehr fruchtbaren Boden, weil hier die Bauern infolge fehlender Organisation wirtschaftlich zum Teil von Juden abhängig geworden waren. Die ersten Anhänger sind daher auch meist Bauern und Kleinbürger gewesen, die bis dahin konservativ oder liberal gewählt hatten. Doch schlossen sich in der Anfangszeit auch Freisinnige den Antisemiten an, die das offene Eintreten der Juden für die Deutsche Freisinnige Partei mißbilligten. Der Ursprung des Antisemitismus war zunächst rein wirtschaftlicher Natur, wobei die weithin verbreitete Betätigung von Juden im Vieh- und Getreidehandel eine stete Agitationsmöglichkeit ergab. In zwei im politischen Kampf gegen die antisemitische Bewegung verwendeten Flugblättern aus jener Zeit wird der Hintergrund der Auseinandersetzungen deutlicher<sup>4)</sup>. In einem konservativen Flugblatt heißt es 1890:

„Wir müssen eine Agitation auf das Entschiedenste verdammen, welche den Haß gegen eine ganze Klasse unserer Mitbürger zu entfachen bestrebt ist und sich an die niedere Begehrlichkeit der minder Begüterten wendend, nur die Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung auch in unsere ländliche Bevölkerung hineinträgt.“

Im Jahre 1893 heißt es in einem anderen Flugblatt:

„Die Juden unserer Gegend leben seit Jahren und Jahren mit ihren christlichen Mitbürgern in Frieden. Sie haben für den Landesherrn zu jeder Zeit Gut und Blut hergegeben. Wo es gilt, Armen zu helfen, Kranke zu heilen, Kinder zu pflegen, Wissenschaft und Kunst zu fördern, haben auch Juden freudig dazu beigetragen. Demgegenüber kann die Tatsache nicht ins Gewicht fallen, daß es unter den Juden, ebenso wie in allen anderen Glaubensgemeinschaften, vereinzelte schlechte Elemente gibt. Die Juden sind ja auch nur Menschen. Die Antisemiten benutzen aber diese bedauerlichen, glücklicherweise seltenen Erscheinungen zu lügnerischen, tendenziösen Übertreibungen und zu grundloser Verallgemeinerung, anstatt, wenn sie sich selbst rein fühlen, uns bei der Besserung dieser Elemente zu helfen.“

Sehr bald schon erhielt die Bewegung einen deutsch-völkischen Anstrich, was vor allem auf die Tätigkeit ihrer hessischen Führer Böckel und Köhler zurückzuführen ist.

<sup>3)</sup> L. Bergsträsser: „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland“, München 1952, S. 152; E. Richter: „Politisches ABC-Buch“, Berlin 1892, S. 11 f.

<sup>4)</sup> E. Schmah: „Entwicklung der völkischen Bewegung“, Gießen 1933, S. 47 und 88; E. Richter: a. a. O., S. 12. Einen umfassenden Einblick in die damals im Gesamtreich bestehenden Verhältnisse gibt P. W. Massing: „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, Frankfurt 1959.

Der Marburger Bibliothekar Dr. O. Böckel, ein durch seine Volksliedersammlungen in Oberhessen weithin bekannter Mann, wurde der erste und zugleich bedeutendste Führer der hessischen antisemitischen Bewegung. Er begann seine politische Laufbahn im Jahre 1883. Mit 3 verschiedenen Agitationsschriften konnte er seine antisemitischen Gedanken sehr schnell unter der Bevölkerung verbreiten. Seine ersten Anhänger waren Gießener und Marburger Studenten<sup>5)</sup>.

Infolge eines fortschrittlich sozialen und zugleich national betonten Programms erhielt er sehr bald die Unterstützung vieler kleiner Bauern und Bürger<sup>6)</sup>. Schon 1887 zog er im Wahlkreis Marburg-Frankenberg in den Reichstag ein. Mit Hilfe der von ihm gegründeten Vereine, dem „Mitteldeutschen Bauernverein“ und dem „Mitteldeutschen Handwerkerverein“ und unter geschickter Ausnutzung der in der Bauernbevölkerung geschaffenen Stimmung, schuf er sich Mittel für einen praktischen Antisemitismus, der die Ausschaltung aller Juden aus Handel, Wirtschaft und öffentlichem Dienst betrieb. Als Sprachrohr diente ihm der im Januar 1887 erstmals in Marburg erschienene „Reichsherold“<sup>7)</sup>. Sein politischer Kampf ging sowohl gegen den Liberalismus wie gegen den Marxismus und stemmte sich auch gegen die industrielle Entwicklung. Der Antisemitismus Böckels gab sich „demokratisch“, stellte sich seit 1887 in offenen Gegensatz zu Stöckers christlich betontem Antisemitismus und lehnte 1889 auch ein Zusammengehen mit der Antisemitengruppe um Liebermann v. Sonnenberg ab, weil sie ihm zu weit „rechts“ stand. Er konnte sich aber in Oberhessen auf eine so treue Anhängerschaft stützen, daß er 1890 eine eigene „Antisemitische Volkspartei“ ins Leben rief<sup>8)</sup>. Trotz dieser Spaltung erlebte die Antisemitbewegung in Hessen 1893 einen Höhepunkt, als 7 antisemitische Abgeordnete in den Reichstag einzogen. Fritsch schrieb damals in seinem „Antisemiten-Katechismus“: „Nirgends in Deutschland erwies sich die breite Masse der Bevölkerung für die antisemitischen Ideen so empfänglich, als gerade in Hessen, besonders in Oberhessen.“ In Langsdorf waren schon 1849—1853 Ausschreitungen gegen die Juden vorgekommen<sup>9)</sup>.

<sup>5)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 21 f. Unter dem Pseudonym Capistrano (ein Mönch, der im 15. Jh. als Inquisitor gegen die Juden tätig war) schrieb Böckel 1883 „Die europäische Judengefahr“, 1886 „Die Juden, die Könige unserer Zeit“ und 1889 „Die Quintessenz der Judenfrage“. Siehe dazu auch: K. Wawrzinek: „Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien“, Berlin 1927, S. 64. E. Schmahl: a. a. O., S. 29 f. Im Verlag des Leipziger Antisemiten Theodor Fritsch erschien in der Schriftenreihe „Brennende Fragen“ im Jahre 1887 eine weitere Darstellung Böckels, „Güterschlächtereien in Hessen“.

<sup>6)</sup> K. Wawrzinek: a. a. O., S. 65. K. Demandt: „Geschichte des Landes Hessen“, Wiesbaden 1959, S. 435.

<sup>7)</sup> E. Neusüß-Hunkel: „Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945“, Maschinenschrift im Institut für Wissenschaftliche Politik Marburg, S. 4. O. Dascher: „Der politische Antisemitismus im Marburger Raum 1887—1893“, Staatsexamensarbeit im Institut für Wissenschaftliche Politik Marburg, S. 28.

<sup>8)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 39. O. Dascher: a. a. O., S. 52. Hauptvertreter waren neben Böckel: Pickenbach, Werner (Hersfeld) und Zimmermann.

<sup>9)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 30. F. Heymann: „Langsdorfer Heimatbuch“, S. 28 f. u. P. W. Massing: a. a. O., S. 87.

In den folgenden Jahren entstanden heftige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen antisemitischen Richtungen und auch innerhalb der Böckel-Bewegung, die vor allem in seiner Person ihren Ausgangspunkt hatten. Seine heftige, demagogische Art verwickelte ihn in mehrere Beleidigungsprozesse; außerdem hatte er familiäre Schwierigkeiten und große finanzielle Mißerfolge. Am 16. 9. 1894 legte er in Lang-Göns den Vorsitz im „Mitteldeutschen Bauernverein“ nieder und verläßt auch die von ihm gegründete Antisemitenpartei. Seine Ämter gehen an den Reichstagsabgeordneten Köhler aus dem Kreis Gießen über<sup>10)</sup>. 1898 gelingt es Böckel noch einmal mit Hilfe der Nationalsozialen im Marburger Wahlkreis in den Reichstag zu kommen, aber 1903 verliert er sein Mandat und zieht sich von der Politik zurück<sup>11)</sup>.

Es ist für die politische Entwicklung in dem von uns zu untersuchenden Raum wesentlich, daß Böckels Nachfolge von Ph. Köhler, einem Bauern aus Langsdorf im Kreis Gießen, angetreten wird. Mit ihm erhalten die Bauern die Führung und den entscheidenden Einfluß in der Antisemitenbewegung. Köhler war als Politiker stets ein Außenseiter, der mit großer Leidenschaft und zähem Trotz seine oft recht unklaren Ziele verfocht. Er war ebenso freiheitlich gesinnt wie Böckel, stand aber noch weiter „links“. Die Nationalliberalen waren für ihn größere Gegner als die Sozialdemokraten. Im Gegensatz zu Böckel vertrat er einseitig die Belange des Bauerntums und hatte gerade darum bei den oberhessischen Bauern so große Erfolge. In der „Deutschen Volkswacht“, die den von Böckel begründeten „Reichsherold“ 1894 abgelöst hatte, verkündete er seine sozialreformerischen und antisemitischen Gedanken und verknüpfte in geschickter Weise die völkische Bewegung mit den sozialen Anliegen des Bauerntandes. Da Köhler — nach Berichten von Zeitgenossen — ein gläubiger evangelischer Christ war, gab er seinem Antisemitismus auch einen religiösen Anstrich und näherte sich damit der christlich-sozialen Richtung Stöckers. Seine Bewegung wurde auf diese Weise viel fester im oberhessischen Bauerntum verankert, das damals noch einen betont konservativ-protestantischen Grundzug trug<sup>11a)</sup>.

Nach Böckels Abgang schlossen sich Köhler und seine Anhänger im Jahr 1895 der Deutsch-sozialen Partei an<sup>12)</sup>. Nachdem 1890 im Wahlkreis Gießen-Büdingen der Kandidat Gutfleisch von der Deutschen Freisinnigen Partei mit 9018 Stimmen in der Stichwahl gegen Böckel mit 8519 Stimmen knapp erfolgreich geblieben war, brachte die durch Doppelwahl Gutfleischs erforderlich gewordene Nachwahl am 10. 4. 1890 den Sieg des als Persönlichkeit stark umstrittenen Antisemiten Pickenbach<sup>13)</sup>. Im Jahre

<sup>10)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 90 f.

<sup>11)</sup> E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 4—6. Weitere Einzelheiten über die Person und die politische Tätigkeit Böckels in der erwähnten Arbeit von O. Dascher u. bei P. W. Massing: a. a. O., S. 84 f. und 119.

<sup>11a)</sup> Näheres über Phil. Köhler in den erwähnten Büchern von Dr. Schmahl und Dr. Heymann.

<sup>12)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 103. Böckels Partei nannte sich seit 1893 Deutsche Reformpartei.

<sup>13)</sup> E. Schmahl: a. a. O., S. 61.

1893 wurde dann Köhler selbst Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Gießen, nachdem er bereits seit 1890 dem hessischen Landtag angehörte. Er siegte mit 8163 Stimmen in der Stichwahl über die Nationalliberalen, die es nur auf 6987 Stimmen brachten <sup>14)</sup>.

Unter Köhlers Führung nahm die antisemitische Bewegung weiter zu. In den Berichten des Kreisamtes Gießen aus den neunziger Jahren heißt es, daß einzelne Dörfer des Raumes Hungen-Lich völlig antisemitisch seien; auch in Langsdorf, Köhlers Wohnsitz, Oberbessingen, Inheiden, Muschenheim und Lang-Göns sei der größte Teil der Einwohner antisemitisch eingestellt. Auch im Lumdatal war die Bewegung sehr stark. Überall im oberhessischen Land wurden auf Köhlers Initiative judenfreie Märkte veranstaltet <sup>15)</sup>.

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1898 siegte Köhler erneut in der Stichwahl am 24. 6. mit 8839 Stimmen und großem Vorsprung vor seinem Rivalen, dem später so bedeutenden SPD-Politiker Ph. Scheidemann (5467 Stimmen), der damals als Redakteur in Gießen tätig war <sup>16)</sup>.

### 3. Die Reichstagswahl von 1903

Zu der Reichstagswahl im Jahre 1903 waren im Wahlkreis Gießen-Büdingen nur 3 Kandidaten aufgestellt worden: Köhler als Vertreter der antisemitischen Bewegung, der Großhandelskaufmann Krumm für die SPD und der Gießener Fabrikant Heyligenstaedt als Nationalliberaler. Bei insgesamt 26 418 wahlberechtigten Männern hatte die Wahl folgendes Ergebnis <sup>17)</sup>:

	Köhler	Krumm	Heyligenstaedt
1. Wahlgang	5 123 = 30,6%	6 025 = 37 %	5 355 = 32,4%
2. Wahlgang		7 804 = 42,5%	10 581 = 57,5%

Die große Überraschung des 1. Wahlganges war nicht nur der Sieg des Sozialdemokraten Krumm, sondern vor allem die Niederlage Köhlers, der nur an die 3. Stelle kam und nicht einmal die Stichwahl erreichte. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend: In scharfem Gegensatz zu dem 1899 aus dem Mitteldeutschen Bauernverein entstandenen Hessischen Bauernbund, der die Tradition und Politik der völkischen Bauernbewegung Böckels unter der Leitung von Köhler fortsetzte, war inzwischen auch in Oberhessen der Bund der Landwirte getreten, der seinerseits die Politik der Nationalliberalen unterstützte. Bei dem Einfluß, den die berufsständischen Organisationen der Bauern bis in die Gegenwart auf die Politik im Kreis Gießen ausüben, ist es nicht verwunderlich, daß sich die Rivalität der beiden Verbände auch auf die Wahlergebnisse auswirken

<sup>14)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 89.

<sup>15)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 79 und 83.

<sup>16)</sup> Ergänzungsheft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1898, III, S. 24. Gespräch Betriebsleiter Heinrich Kümmel am 19. Oktober 1960.

<sup>17)</sup> Gießener Anzeiger vom 26. Juni 1903.

mußte. Hinzu kam, daß Köhler selbst — ähnlich wie Böckel — in Beleidigungsprozesse verstrickt war und über der Agitation für seine Bewegung sein Reichstagsmandat vernachlässigte. Man warf ihm vor, in Berlin nur selten anwesend gewesen zu sein<sup>18)</sup>.

Es darf dabei auch nicht übersehen werden, daß die antisemitische Bewegung im Reich ihren ersten Höhepunkt überschritten hatte. Ihre Stimmzahl sank von 284 000 (1898) auf 249 000 (1903), und es verblieben den Antisemiten nur 9 Reichstagsmandate<sup>19)</sup>.

Das Anwachsen der Sozialdemokraten entsprach ebenfalls der Tendenz im Reich; außerdem war ihr Kandidat Krumm ein in weiten Kreisen der Landbevölkerung beliebter Mann, der über zahlreiche persönliche und berufliche Kontakte zur Wählerschaft verfügte.

In den repräsentativ untersuchten 24 Gemeinden des Kreises behielt Köhler in den Bauerndörfern Eberstadt, Holzheim, Klein-Eichen, Langsdorf, Lauter, Mainzlar, Muschenheim, Rabertshausen, Ober-Hörgern und Weitershain die Oberhand. In Ober-Hörgern erhielt er sogar 100% der Stimmen. Krumm siegte in den stadtnahen Gemeinden Großen-Buseck, Großen-Linden, Hausen, Heuchelheim, Leihgestern, Lich, Lollar, Reiskirchen und Watzenborn-Steinberg. In Grünberg, Hungen, Londorf, Nonnenroth und Stockhausen erreichte schon im 1. Wahlgang Heyligenstaedt die Mehrheit der Stimmen.

In der Stichwahl wurden die Anhänger Köhlers „trotz großer Bedenken“ aufgefordert, für Heyligenstaedt zu stimmen<sup>20)</sup>. Wenn auch nicht alle Köhler-Wähler dieser Aufforderung folgten, so trug sie doch dazu bei, daß der nationalliberale Kandidat zu einem sicheren Wahlsieg kam. Lediglich in den stadtnahen Gemeinden Heuchelheim, Leihgestern, Lollar, Reiskirchen und Watzenborn-Steinberg erhielt Krumm auch im 2. Wahlgang die meisten Stimmen. Dazu bemerkenswerterweise auch in der reinen Bauerngemeinde Weitershain, die sich so entschied:

	Köhler	Krumm	Heyligenstaedt
1. Wahlgang	27	7	6
2. Wahlgang	—	25	17

Hier hatte anscheinend Köhlers frühere These, daß die Nationalliberalen größere Widersacher der völkischen Bauernbewegung seien als die SPD, noch nachgewirkt.

#### 4. Die Reichstagswahl von 1907

In der hessischen Bauernschaft war es am 24. August 1904 zu einer Vereinigung der bisher „feindlichen Brüder“ Bund der Landwirte und Hessischer Bauernbund gekommen<sup>21)</sup>. Auch im politischen Bereich schlossen sich die Deutsch-Sozialen, zu denen Köhler zählte, mit den Christlich-Sozialen und dem Bund der Landwirte enger zusammen und bildeten die

<sup>18)</sup> Gießener Anzeiger vom 12. und 14. Juni 1903. Gespräch Pfarrer Heymann am 17. Dezember 1960.

<sup>19)</sup> Kürschners „Deutscher Reichstag“, S. 28 f.

<sup>20)</sup> Gießener Anzeiger vom 21. und 23. Juni 1903.

<sup>21)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 121.

sogenannte Wirtschaftliche Vereinigung, die im Reichstag zeitweise Fraktionsstärke erreichte. Ihr Vorsitzender wurde der schon seit den achtziger Jahren vor allem in Kurhessen für die antisemitische Bauernbewegung tätige Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg. Auch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hatte inzwischen in Oberhessen mit der im Juli 1903 erfolgten Gründung der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Friedberg festen Fuß fassen können. Mit deren erstem Direktor Otto Hirschel, der als antisemitischer Abgeordneter den Bezirk Allendorf/Lda.-Grünberg von 1898—1908 im hessischen Landtag vertrat, war auch hier die Ausrichtung im Sinne Köhlers und seiner Anhänger gesichert. Die Stellung der Bauernvertreter im politischen Leben wurde durch diese Ereignisse nicht unwesentlich gestärkt.

Genau wie 1903 standen sich zur Reichstagswahl von 1907 Köhler (Wirtschaftl. Vereinig.), Krumm (SPD) und Heyligenstaedt (Nationalliberal) gegenüber. Die Ergebnisse zeigen, daß sich die Änderungen im wirtschaftlichen und politischen Raum, die sich sowohl im Wahlkreis Gießen (seit 1904) als auch im Reich (seit 1906) ereignet hatten, auch auf die Entscheidung der Wähler im Kreis Gießen auswirkten. (Siehe Karte Nr. 3.)<sup>22)</sup>

	25. 1. 1907	Wahlberecht.	Beteil.	Gült.	Heyligenst.	Köhler	Krumm
1. Wahlgang	28 315	81,1%	22 905	7 484	9 017	6 396	
				32,7%	39,4%	27,9%	
5. 2. 1907	28 315	80,4%	22 118	10 575	11 543	—	
2. Wahlgang				47,8%	52,2%		

Die SPD gelangte nicht in die Stichwahl, obwohl sie ihre absolute Stimmenzahl gegenüber 1903 knapp erhöhen konnte. Dies war in erster Linie eine Folge der im Reich seit 1906 eingeleiteten Blockpolitik Bülow's, die sich im Wahlkreis Gießen infolge Fehlens des Zentrums einseitig gegen die SPD richten mußte<sup>23)</sup>. Köhler dagegen errang trotz des Übergewichts der Nationalliberalen in der Stadt Gießen die meisten Stimmen. Aus der beigefügten Karte wird die Entscheidung der Wähler in den einzelnen Gemeinden im 1. Wahlgang deutlich. Zum besseren Verständnis der besonderen politischen Konstellation des Wahlkreises Gießen-Büdingen seien hier noch die Vergleichszahlen der drei kandidierenden Parteien für das Land Hessen und das Reich angeführt<sup>24)</sup>:

	Wahlbeteiligung	Nationallib.	Wirtschaftl. Ver.	SPD
Hessen	85,3%	26,7%	9,5%	32,7%
Reich	84,7%	14,7%	3,1%	28,9%

Im 2. Wahlgang mußten die Stimmen der SPD-Wähler den Ausschlag geben. Wegen der Situation in der Reichspolitik war es für die SPD-Anhänger sehr schwer, sich in der Stichwahl zu entscheiden. Es erklärt auch die niedrigere Wahlbeteiligung und die um fast 800 geringere Zahl der gültigen Stimmen, daß die örtliche SPD bei der Stichwahl für keinen

<sup>22)</sup> Gießener Anzeiger vom 7. Februar 1907 und eigene Errechnung.

<sup>23)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 165 ff.

<sup>24)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250/I.

der beiden Kandidaten öffentlich eintrat, was bei allen anderen Stichwahlen von 1898—1912 im Wahlkreis Hessen 1 nicht der Fall war. Nur etwa zur Hälfte entschieden sich die Wähler der SPD für den Kandidaten der NL. Rund 2 500 SPD-Wähler folgten den Parolen Köhlers und verhalfen ihm so zu einem knappen Sieg in der Stichwahl. Die Einzelergebnisse zeigen, daß Köhler vor allem in den überwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden die Mehrheit der Stimmen erhielt, während Heyligenstaedt in den größeren Orten zum Sieg kam. Eine Ausnahme bildeten Lich und Watzenborn-Steinberg, wo die überwiegende Zahl der im 1. Wahlgang siegreichen SPD-Wähler sich für Köhler entschieden. Dort bewiesen die Ergebnisse des 2. Wahlganges am deutlichsten, daß in jener Zeit schwerster wirtschafts- und agrarpolitischer Auseinandersetzungen der Industrielle Heyligenstaedt weder für die Bauern noch für die Arbeiter ein annehmbarer Kandidat war. So gab man, wenn auch oft widerstrebend, dem einheimischen Bauernvertreter Köhler den Vorzug.

### 5. Die Reichstagswahlen von 1911/12

Durch den am 10. 1. 1911 erfolgten Tod des Abgeordneten Köhler war im Wahlkreis Gießen eine Nachwahl erforderlich geworden, die im März 1911 stattfand. Bereits im Januar 1912 folgte die nächste große Reichstagswahl, die gleichzeitig die letzte vor dem ersten Weltkrieg war.

Ein Blick auf die Ergebnisse der ersten Wahlgänge zeigt deutlich, daß die schon seit 1898 zu beobachtende Dreiteilung der politischen Kräfte im Wahlkreis Gießen bis 1912 im wesentlichen unverändert geblieben ist. Dabei müssen schon für das Jahr 1911 die beiden liberalen Gruppen, die sich dann zur Wahl von 1912 vereinigt haben, als eine Einheit gesehen werden <sup>25)</sup>:

Reichstagswahl 1911							
	Berecht.	Beteil.	Gült.	NL	FV	SPD	WVgg
				Gisevius	Korell	Beckmann	Werner
10. 3.	29 830	79,0%	23 504	2 511	5 059	7 976	7 958
				10,7%	21,5%	33,9%	33,8%
21. 3.	29 830	82,1%	24 197			11 619	12 578
						48,0%	52,0%
Reichstagswahl 1912							
				VL			
				Erkelenz			
12. 1.	30 168	82,1%	24 707		6 969	7 943	9 784
					28,2%	32,2%	39,6%
22. 1.	30 168	83,9%	24 916			11 884	13 032
						47,7%	52,3%
NL und FV							
Hessen 1. Wahlg.		85,4%			41,4%	39,3%	8,9%
Reich 1. Wahlg.		84,9%			25,9%	34,8%	2,9%

<sup>25)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250/I; Gießener Anzeiger vom 22. März 1911 und 22. Januar 1912 und eigene Errechnung.

In Dr. Ferdinand Werner hatte die völkische Bauernbewegung einen befähigten Nachfolger Köhlers erhalten, der auch in weiten Kreisen des Bürgertums Ansehen genoß. Dies zeigte sich vor allem bei dem überraschenden Ausgang der Stichwahl 1911, bei der er den SPD-Kandidaten Beckmann, der im 1. Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, verhältnismäßig klar besiegte. Die im 1. Wahlgang geschlagenen liberalen Parteien, die stark dezimierten Nationalliberalen und die 1910 neu gegründete Fortschrittliche Volkspartei — eine Vereinigung dreier linksliberaler Gruppen<sup>26)</sup> —, die gemeinsam auf etwa 32% der Stimmen gekommen waren, entschieden sich im 2. Wahlgang zu rd. 60% für Dr. Werner und zu 40% für den Sozialdemokraten Beckmann. Es war dabei von großem Einfluß, daß sich der den NL nahestehende Gießener Anzeiger eindeutig auf die Seite Dr. Werners stellte und die Liberalen aufforderte, in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen<sup>27)</sup>.

Knapp 9 Monate später standen sich nun Dr. Werner und Beckmann erneut gegenüber. Die Nationalliberalen hatten diesmal auf Grund einer Wahlabsprache im Reich auf einen eigenen Kandidaten verzichtet und ihren Wählern empfohlen, für den Verbandssekretär Erkelenz von der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen. Das Kartenbild mit den relativen und absoluten Mehrheiten in den einzelnen Gemeinden zeigt die geringfügigen Änderungen gegenüber der Wahl von 1907. (Siehe Karte Nr. 4.)

Die SPD siegte in den stadtnahen Industrie- und Arbeiterwohngemeinden, dazu erstaunlicherweise auch in Lich, Rüdtingshausen und einigen Gemeinden des Wiesektals. Die Liberalen behielten in ihrer Hochburg Gießen mit Klein-Linden, sowie in den Landstädtchen Grünberg und Hungen die Oberhand. Auch im Lumdatal, in Londorf, Kesselbach und Daubringen behaupteten sie die Mehrheit. Alle übrigen Gemeinden wählten deutschvölkisch mit teilweise überwältigender Mehrheit. Obwohl Dr. Werner seine Stimmenzahl gegenüber 1911 um fast 6% erhöhen konnte und die SPD gleichzeitig eine geringe Einbuße zu verzeichnen hatte, war der Ausgang der Stichwahl durchaus ungewiß. Das Zünglein an der Waage bildeten die Liberalen, die trotz ausgedehnter Versammlungstätigkeit und starker Unterstützung durch den Hansabund und den Gießener Anzeiger im 1. Wahlgang knapp unterlegen waren, weil das liberale Gedankengut auf dem Lande bei den Bauern nur wenig Anklang fand.

Durch eine Wahlvereinbarung der Fortschrittlichen Volkspartei mit den Sozialdemokraten im Reich, waren die Liberalen auch im Wahlkreis Gießen-Nidda-Büdingen genötigt, den SPD-Kandidaten Beckmann zu unterstützen<sup>28)</sup>. Obwohl dies offiziell durch eine ganzseitige Anzeige im Gießener Anzeiger geschah, hat man doch auf Grund anderer Stellungnahmen liberaler Vertreter den Eindruck, daß die Unterstützung der SPD nur

---

<sup>26)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 168.

<sup>27)</sup> Gießener Anzeiger vom 18. März 1911.

<sup>28)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 170. Gespräch Verleger A. Weller am 24. August 1960.

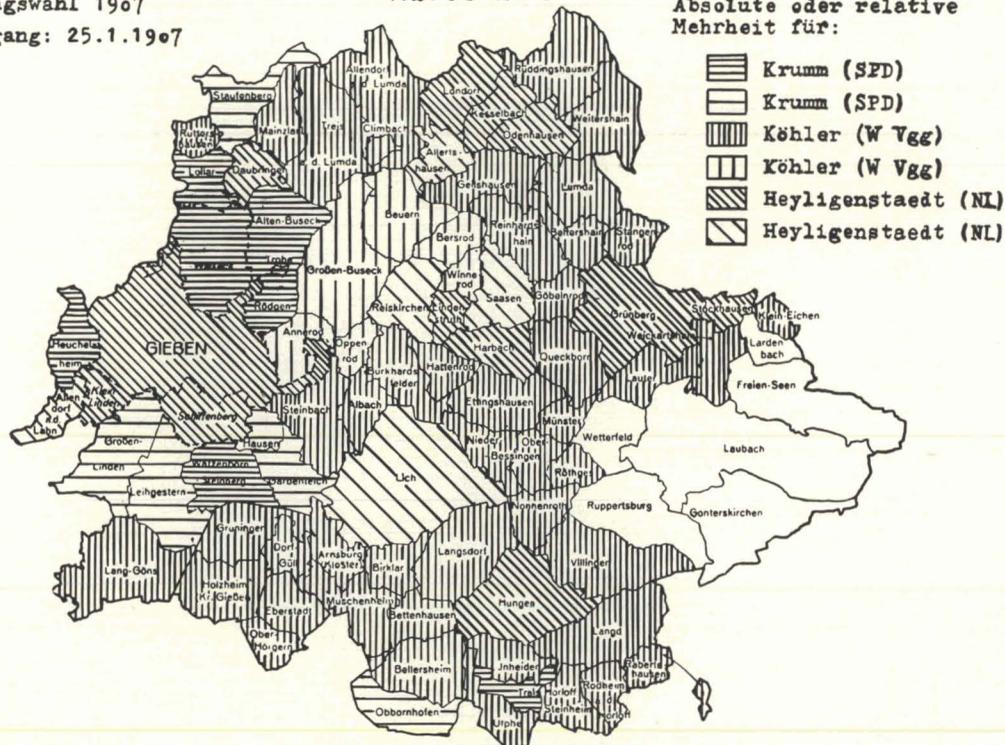
# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

## Karte Nr. 3

Reichstagswahl 1907

1. Wahlgang: 25.1.1907

Absolute oder relative  
Mehrheit für:





zögernd oder gar ungerne erfolgte<sup>29)</sup>. Hinzu kamen außerordentlich häßliche, teilweise persönliche Angriffe und Diffamierungen in großen Anzeigen und Zuschriften an die Zeitung gegen die SPD, die oft von privater Seite und von Interessengruppen veröffentlicht wurden. Liberale Redner, wie der Privatdozent Dr. Vogt wandten sich gegen die „Brutalität“ antisemitischen Vorgehens im Wahlkampf und gegen frühere Äußerungen Dr. Werners in den „Deutsch-sozialen Blättern“ und dem Gießener Anzeiger<sup>30)</sup>. Neben ihre wirtschaftlichen Forderungen stellten die Deutsch-Völkischen nun auch die Rassenfrage in den Mittelpunkt ihrer antisemitischen Agitation. Beide Komponenten wurden in ihrer Wirkung bei der bäuerlichen Bevölkerung des Wahlkreises verstärkt durch die noch unklaren und oft gefürchteten Vorstellungen, die man sich von der SPD machte. Zudem wurde der SPD von Seiten der Werneranhänger vorgeworfen, daß die sozialistische Politik bauernfeindlich und judenfreundlich ausgerichtet sei. Es war für die SPD auch sehr ungünstig, daß ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Bevölkerung noch beschränkt waren. Es fehlte der Partei nicht nur an Geld für Zeitungsanzeigen, die ohnehin in der bürgerlichen Presse nicht sehr bereitwillig aufgenommen wurden, sondern sie hatte auch nicht genügend ausgebildete Redner und geeignete Kandidaten zur Verfügung. Die parteieigene Zeitung verfügte nur über eine geringe Auflage<sup>31)</sup>. Ihr Reichstagsbewerber Beckmann, der nach dem ersten Weltkrieg einige Zeit führend in der USPD tätig gewesen ist, war überdies als Persönlichkeit kein gleichwertiger Gegner für den redege wandten Oberlehrer Dr. Werner. Hinzu kam, daß in der überwiegend konservativen und kaisertreuen Bevölkerung des Kreisgebietes eine gewisse Abneigung gegen die SPD bestand<sup>31) 32)</sup>.

Dennoch kam der verhältnismäßig klare Wahlsieg Dr. Werners überraschend, weil die völkisch-antisemitische Wirtschaftliche Vereinigung nicht nur die Nachbarkreise verlor, sondern allgemein im Reich an Stimmen einbüßte<sup>33)</sup>. Die bäuerlich-konservative und teilweise antisemitische Haltung der Mehrheit der Kreisbevölkerung hatte den Ausschlag gegeben. Der erneut gewählte Abgeordnete Dr. Werner war seit 1909 Vorsitzender des Landesverbandes der Deutsch-sozialen Partei und daneben noch im

<sup>29)</sup> Gießener Anzeiger vom 20. Januar 1912 und verschiedene Ausgaben dieser Zeitung zwischen dem 13. Januar und dem 21. Januar 1912.

<sup>30)</sup> In verschiedenen Ausgaben des Gießener Anzeigers vom Januar 1912. Gießener Anzeiger vom 18. November 1907.

<sup>31)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. August 1960.

<sup>32)</sup> Gespräch Prof. Dr. Werner am 20. und 27. August 1960.

<sup>33)</sup> Nach Kürschners „Deutscher Reichstag“, S. 341, siegte im Wahlkreis Hessen 3 (Lauterbach/Alsfeld/Schotten) der Nationalliberale Heck mit 1 200 Stimmen Vorsprung gegen den bisherigen Abgeordneten, den Antisemiten Bindewald von der WVgg. Nach Kürschners „Deutscher Reichstag“, S. 28 f., gab es 1911 im Reich 22, in Kurhessen und Hessen-Nassau 6 und in Hessen-Darmstadt 4 Abgeordnete für die WVgg. und Antisemitengruppen. Im Jahre 1912 gab es dagegen im Reich nur noch 11, in Kurhessen und Hessen-Nassau 4 und in Hessen-Darmstadt 1 Abgeordneten (Dr. Werner) für die genannten Parteien.

Keplerbund, im Alldeutschen Verband und im Deutsch-völkischen Schriftstellerverband tätig. 1913 schloß er sich der damals neu gegründeten Deutsch-völkischen Partei an und wurde 1915 deren Vorsitzender. Im Reichstag, dem er zunächst bis 1918 angehörte, setzte er sich vor allem für die Belange des Mittelstandes ein und galt als Fachmann für Fragen der Reichspostverwaltung <sup>34)</sup>.

Bei der Betrachtung der Einzelergebnisse in 24 Gemeinden des Kreises ergibt sich, daß Beckmann in Großen-Buseck, Großen-Linden, Grünberg, Hausen, Heuchelheim, Hungen, Leihgestern, Lich, Lollar, Londorf, Reiskirchen und Watzenborn-Steinberg, also in den größeren, gewerblich orientierten Orten Sieger blieb. In allen anderen Gemeinden erhielt Dr. Werner meist große Mehrheiten. In Eberstadt, Holzheim, Nonnenroth und Stockhausen waren es über 90%, in Klein-Eichen, Ober-Hörgern und Rabertshausen sogar 100% aller gültigen Stimmen.

Es macht nachdenklich, daß gerade in Gemeinden mit stärkeren jüdischen Minderheiten, wie Großen-Buseck, Hungen, Lich, Londorf und Reiskirchen Dr. Werner schon im 1. Wahlgang klar geschlagen blieb <sup>35)</sup>.

## 6. Zusammenfassung

Die Entscheidung der wahlberechtigten Männer des Kreises Gießen vollzog sich in den letzten 5 Reichstagswahlen vor dem ersten Weltkrieg für drei etwa gleichstarke Gruppen, von denen die Sozialdemokraten ständig zunahmen, während die Liberalen in gleichem Maße abnahmen. Eine verhältnismäßig gleichbleibende Stärke hielten die konservativen Kräfte, die seit 1890 vor allem durch deutsch-völkische und antisemitische Gruppen politisch erfaßt wurden und in bäuerlichen und kleinstädtischen Kreisen Erfolg hatten. Der Einfluß von Führerpersönlichkeiten wie Dr. Böckel, O. Hirschel, Ph. Köhler und Dr. Werner war dabei von entscheidender Bedeutung. Die liberalen Wähler, die seit 1903 nicht mehr die Stichwahl erreichen konnten, entschieden sich in den zweiten Wahlgängen zu etwa gleichen Teilen für die SPD und die Antisemiten. Sie zeigten damit eine starke Fluktuation und gleichzeitig eine gewisse Neigung zu radikaleren Strömungen.

Um das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vor dem ersten Weltkrieg noch besser durchleuchten zu können, werden hier noch einmal die Zahlen für die kleineren und größeren Gemeinden des Kreises und der Stadt Gießen neben die Zahlen des Wahlkreises, des Landes Hessen-Darmstadt und des Deutschen Reiches gestellt <sup>36)</sup>:

<sup>34)</sup> Gespräch Prof. Dr. Werner am 20. und 27. August 1960.

<sup>35)</sup> Diese Minderheiten reichten aber kaum bis 5% (siehe Seite 21 dieser Arbeit), wie überhaupt der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Großherzogtums Hessen mit rd. 20 000 nur bei 1,5% lag.

<sup>36)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250/I, und eigene Errechnung.

	Bevölkerg.	Beteiligg.	Liberales	SPD	WVgg
Gemeinden			2 833	4 248	8 297
unter 2 000 Einw.	75 711	80,4%	18,4%	27,6%	54,0%
Hessen		82,7%	17,1%	28,2%	17,9%
Gemeinden von			1 256	1 857	708
2 000—10 000 Einw.	19 060	85,5%	32,8%	48,6%	18,6%
Hessen		86,8%	16,7%	45,6%	3,7%
Gießen-Stadt	31 153	84,9%	2 880	1 838	779
			52,4%	33,4%	14,2%
Wahlkreis	125 924	82,1%	28,2%	32,2%	39,6%
Hessen-Darmstadt		85,4%	41,4%	39,3%	8,9%
Reich		84,9%	25,9%	34,8%	2,9%

Die Übersicht ist deshalb so aufschlußreich, weil aus ihr die ganz unterschiedliche politische Entscheidung der Wähler in Gießen und im Landkreis zu ersehen ist. Während hier die WVgg in den kleineren Gemeinden die absolute und die SPD in den größeren Gemeinden beinahe die absolute Mehrheit erreichte, siegte in der Stadt Gießen der liberale Kandidat ebenfalls mit absoluter Mehrheit. Die besondere Konzentration der antisemitisch-deutsch-völkischen Kräfte in den kleineren Gemeinden des Landkreises wird deutlich, wenn man daneben die Prozentzahlen im Land und im Bund ansieht. Das liberale Element ist in den Kreisorten unter 2 000 Einwohnern — wie überall in Hessen — nur relativ schwach vertreten; dagegen hat es im Vergleich zum Landesdurchschnitt ein starkes Gewicht in den Gemeinden von 2 000—10 000 Einwohnern und überragt in Gießen sogar den hohen Landesdurchschnitt bei weitem<sup>37)</sup>. Eine beträchtliche Stärke hatte die SPD in den 6 Gemeinden über 2 000 Einwohnern<sup>38)</sup>, während sie im übrigen unter dem Landes- und Reichsdurchschnitt verblieb. Ihr geringer Rückgang im Wahlkreis gegenüber 1911 ist übrigens sonst nirgends in Hessen zu konstatieren und muß auf den bereits geschilderten Ablauf des Wahlkampfes im Wahlkreis Gießen und die besondere Haltung der liberalen Wähler zurückgeführt werden. Ein Einbruch

<sup>37)</sup> Siehe hierzu: E. Viele: „Die Wahlen in Gießen...“, Staatsexamensarbeit im Institut für Wissenschaftliche Politik Marburg. Diese Untersuchung stellt die Parteienentwicklung und die Wahlergebnisse in der Stadt Gießen dar. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Zeit nach 1945.

<sup>38)</sup> In Gießen und seiner näheren Umgebung waren in der Zeit von 1890 bis 1918 außer Philipp Scheidemann auch andere führende und bedeutende Sozialdemokraten als Redner und Popagandisten vorübergehend tätig, so der langjährige hessische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. David, der von 1886 bis 1894 in Gießen wohnte, und Wilhelm Liebknecht, der 1826 in Gießen geborene Gründer der SPD. Auch Dr. Karl Liebknecht, sein 1919 ermordeter Sohn, und August Bebel, der Mitbegründer der SPD, hielten sich gelegentlich in Gießen auf, von wo sie auch die Ortsgruppen in den stadtnahen Gemeinden besuchten. Dies erklärt die relativ starke Position der SPD in Orten zwischen 1 500 und 3 000 Einwohnern.

der sozialistischen Ideen war nur dort erfolgt, wo nicht landwirtschaftliche oder bürgerliche Interessen im Vordergrund standen, nämlich in den Arbeiterwohngemeinden und den gewerblich-industriell orientierten Orten. Dort zeigte sich die Bevölkerung auch politisch aufgeschlossener, was besonders an der höheren Wahlbeteiligung zu ersehen ist. Außerdem waren in diesen Gemeinden gewisse Klassengegensätze ausgeprägter zu spüren <sup>38)</sup>. Von besonderem Einfluß auf die immer stärker werdende Ausweitung der SPD war die Aktivität der Freien Gewerkschaften im Gießener Raum, die vor allem von den Metall- und Tabakarbeitern, aber auch von den Druckern getragen wurde <sup>39)</sup>.

---

<sup>38)</sup> Gespräch Betriebsleiter H. Kümmel am 19. 10. 1960 u. Verwaltungsangestellter W. Zeug am 27. 11. 1960.

### III.

# Die politische Entwicklung im Kreis Gießen in der Zeit der Weimarer Republik

## 1. Vorbemerkungen

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Revolution vom 9. 11. 1918 eröffneten die Möglichkeit, eine parlamentarische Demokratie aufzubauen. Wie jede Revolution, so barg auch die Situation im November 1918 die Gefahr in sich, daß der politisch, wirtschaftlich und militärisch darniederliegende deutsche Staat in eine Regierungsform übergeführt werden könnte, die nicht demokratisch war. Es ist in erster Linie das Verdienst der Mehrheitssozialdemokraten, daß diese Gefahr gebannt wurde. Gewiß war mit der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November die Revolution noch nicht abgeschlossen <sup>1)</sup>, aber in den folgenden Kämpfen und Auseinandersetzungen um die neue Staatsform haben die Führer der SPD konsequent auf die baldige Wahl einer deutschen Nationalversammlung hingearbeitet, um eine Verankerung des jungen Staates in der breiten Masse des Volkes zu gewährleisten <sup>2)</sup>.

Von nun an wurde nach dem allgemeinen, freien, geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nicht nur für den Reichstag, sondern auch in den Ländern und Kommunen gewählt. Alle Männer und jetzt auch die Frauen über 20 Jahre (bisher 25 Jahre) durften ihr Stimmrecht ausüben. Maßgebend für die Verteilung auf die für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmzahlen war nicht mehr wie im Reichstag der Zeit vor 1918 das absolute Mehrheits-, sondern im Prinzip das Verhältniswahlsystem <sup>3)</sup>. Abgesehen von den äußeren Geschehnissen in den Jahren 1912 bis 1919, vor allem der schweren Kriegszeit, erscheint es schon angesichts der einschneidenden Änderungen im Wahlrecht gewagt, die Wahlen von 1912 mit denen zur Nationalversammlung von 1919 bzw. zum Reichstag von 1920

<sup>1)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 202.

<sup>2)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 203 ff.

<sup>3)</sup> Nach dem Wahlgesetz vom 30. 11. 1918 galt für die Wahl zur Nationalversammlung von 1919 das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren, wobei auf rd. 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen sollte. Nach dem Wahlgesetz vom 27. 4. 1920 wurde das Verhältniswahlrecht in der Weise geändert, daß auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfiel, d. h., daß die Zahl der Reichstagsitze von der Wahlbeteiligung abhängig war.

zu vergleichen. Dies darf auch deswegen nur sehr bedingt geschehen, weil die Parteienentwicklung seit 1912 nicht geradlinig verlaufen ist und neu auftretende Gruppen oder unter neuem Namen marschierende alte Parteien nicht ausschließlich eine frühere Partei fortgesetzt haben<sup>4)</sup>. Nachdem eine Zeitlang der Gedanke einer Republik Groß-Hessen in aller Öffentlichkeit und in Versammlungen von bedeutenden Persönlichkeiten propagiert worden war<sup>5)</sup>, dann aber wieder fallengelassen wurde, blieb es im wesentlichen bei den alten Grenzen des früheren Großherzogtums Hessen, das nunmehr Volksstaat Hessen hieß. Auch die längst überholte und für das absolute Mehrheitswahlssystem so ungerechte Einteilung der Wahlkreise aus der Kaiserzeit war aufgegeben worden. Der Kreis Gießen zählte jetzt zum Wahlkreis Hessen-Darmstadt, was allerdings bei der reinen Listenwahl der Weimarer Zeit von untergeordneter Bedeutung war. Bei der nun folgenden Betrachtung der Wahlergebnisse des Kreises Gießen in der Weimarer Republik wird der heutige politische Kreis, ohne die 7 Gemeinden des Laubacher Gebietes erfaßt, die damals noch zum Kreis Schotten gehörten<sup>6)</sup>. Außerdem bleibt die Stadt Gießen im großen und ganzen außerhalb der Betrachtung, weil deren Wahlergebnisse bereits bearbeitet sind<sup>7)</sup>. Dagegen sind die heute nach Gießen eingemeindeten Vororte Wieseck und Klein-Linden mit berücksichtigt. In Ergänzung der im I. Teil dieser Arbeit geschilderten Struktur des Landkreises Gießen, und um gleichzeitig eine gewisse Korrelation des Wählerverhaltens mit der Soziologie der Bevölkerung besser zu erkennen, werden nachfolgend einige Zahlen der Volkszählung von 1925 für den Landkreis Gießen wiedergegeben<sup>8)</sup>:

Fläche: 560,53 qkm; Bevölkerungsdichte: 117/qkm

Seine 80 Gemeinden verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Größenklassen:

Unter 500 Einwohner: 35 Gemeinden  
 500—2 000 Einwohner: 38 Gemeinden  
 2 000—5 000 Einwohner: 7 Gemeinden

14 575 Haushaltungen stehen 12 045 bewohnte Wohnhäuser gegenüber.

Gesamt	Bevölkerung					
	männl.	weibl.	ev.	kath.	isr.	sonst.
65 932	32 292	33 516	63 681	783	817	527
			96,6%	1,2%	1,3%	0,7%

Von 41 704 Erwerbstätigen (= 63,2% der Gesamtbevölkerung) sind beschäftigt in:

<sup>4)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 174 bis 211.

<sup>5)</sup> Gießener Anzeiger vom 6. Januar 1919 und vom 20. Januar 1919.

<sup>6)</sup> Freisen, Gonterskirchen, Klein-Eichen, Lardenbach, Laubach, Ruppertsburg und Wetterfeld.

<sup>7)</sup> Siehe die Arbeit von E. Wiele: „Die Entwicklung der politischen Parteien und Wahlen in Gießen von 1945 bis 1958“, Staatsexamensarbeit im Institut für Wissenschaftliche Politik Marburg, 1959.

<sup>8)</sup> Die Zahlen sind entnommen: Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen, IV. Ausgabe, Darmstadt 1929, 3, 2 und 8, und eigene Errechnungen.

Land- und Forstwirtschaft . . . . .	21 571	= 51,8%
Industrie, Bergbau und Baugewerbe . . . . .	12 311	= 29,5%
Handel, Verkehr und Gaststätten . . . . .	3 303	= 7,9%
Verwaltung, Kirche und freie Berufe . . . . .	869	= 2,0%
Häusl. Dienste, Gesundheitswesen u. Wohlfahrtsplf. . . . .	1 085	= 2,5%
Ohne Beruf oder ohne Berufsangabe . . . . .	2 565	= 6,3%

Von den 41 704 Erwerbstätigen waren 13 247 (= 31,7%) Arbeiter und 7 927 (= 19,0%) Selbständige.

Von den Selbständigen gehörten 5 464 (= 13,1%) zur Landwirtschaft.

Aus den Zahlen läßt sich ersehen, daß der Landkreis Gießen im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen noch wesentlich stärker von der Landwirtschaft bestimmt war. Der Anteil der industriellen und gewerblichen Arbeiter war relativ niedrig, wenn man berücksichtigt, daß von der Gesamtzahl von 13 247 Erwerbstätigen 1 890 landwirtschaftliche Arbeiter waren. Auch die Zweige des Handels, des Verkehrswesens und vor allem des öffentlichen Dienstes waren im Jahre 1925 noch nicht so stark.

## 2. Die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und zum Reichstag 1920

Bei den ersten Wahlen am 19. 1. 1919, den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung von Weimar, bewarben sich 6 große Parteien im Landkreis Gießen um die Gunst der Wähler <sup>\*)</sup>:

- SPD auch Mehrheitssozialdemokraten genannt, die in Organisation und Zielsetzung — mit gewissen Einschränkungen — die Partei aus der Zeit vor 1914 fortführte.
- USPD eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die sich während des Krieges Ostern 1917 von der Hauptpartei abgespalten hatte, im wesentlichen aber am Programm der alten SPD festhielt.
- DDP Deutsche Demokratische Partei, gegründet am 15. 11. 1919 als Fortsetzung der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei. Ihr schlossen sich auch linksstehende Nationalliberale an.
- DVP Deutsche Volkspartei, wenig später vom rechten Flügel der Nationalliberalen begründet, als ein Einigungsversuch der bisherigen liberalen Parteien gescheitert war.
- DNVP Deutschnationale Volkspartei, eine Vereinigung bisher weit rechts stehender Parteien (Deutsch- und Freikonservative mit Christlich-Sozialen), zu denen auch noch antisemitische Gruppen wie die Deutsch-völkische Partei stießen.
- Z Zentrumspartei, blieb in enger Anlehnung an den katholischen Bevölkerungsteil im wesentlichen eine Fortsetzung des alten Zentrums aus der kaiserlichen Aera, wobei man sich freilich um eine Verbreiterung der Basis bemühte.

<sup>\*)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 205 ff. Dittmann: „Das politische Deutschland vor Hitler“, Zürich 1945.

Um einen besseren Vergleich der so unterschiedlichen Wahlergebnisse von 1919 und 1920 zu ermöglichen, werden nachfolgend die Zahlen für den Kreis, die Stadt Gießen, das Land Hessen und das Reich gegenübergestellt<sup>10)</sup>:

		SPD	DDP	Zentr.	DVP	DNVP	USPD
Kreis	1919	14 418	6 141	104	1 539	8 304	1 237
		45,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	0,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	4,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	25,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	3,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
	1920	10 087	2 122	101	2 208	11 595	4 143
		33,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	7,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	0,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	7,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	38,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	13,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Gießen	1919	32,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	27,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	7,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	11,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	4,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
	1920	17,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	14,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	5,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	31,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	11,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Hessen-D.	1919	43,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	17,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	11,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	6,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
	1920	30,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	10,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	14,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	12,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Reich	1919	37,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	18,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	4,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	10,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	7,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
	1920	21,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	8,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	13,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	14,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	15,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	18,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

Die von den Sozialdemokraten, den eigentlichen Trägern der Revolution, ersehnte absolute Mehrheit, mit deren Hilfe sie den Staat auf demokratischem Wege nach ihren Vorstellungen hätten umgestalten können, wurde schon 1919 nicht erreicht. Ursache dafür waren in erster Linie die von radikalen Linksgruppen angezettelten Umsturzversuche, die in der Masse des Besitzbürgertums einen nicht geringen Schock auslösten<sup>11)</sup>. Die KP, am 1. 1. 1919 gegründet, hatte gegen den Willen von Rosa Luxemburg beschlossen, demokratischen Wahlen zunächst fernzubleiben und den Kampf gegen Eberts Regierung mit Gewalt (Streiks und Aufstände) zu führen<sup>12)</sup>.

Auch das Frauenstimmrecht wirkte sich für die SPD ungünstig aus<sup>13)</sup>.

<sup>10)</sup> Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 28. Jg., 1919, 1. Ergänzungsheft; Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 291/II; Gießener Anzeiger vom 20. November 1919 und 7. Juni 1920 und eigene Errechnung.

<sup>11)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 207 ff. Gießener Anzeiger vom 21. Januar 1919.

<sup>12)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 204 f. 1. Präsident der Nationalversammlung wurde der durch seine Tätigkeit aus den neunziger Jahren im Gießener Raum hoch angesehene Sozialdemokrat Dr. Eduard David.

<sup>13)</sup> W. Liebe: „Die DNVP 1918—1924“, Düsseldorf 1956, S. 131. Im Jahre 1920 wurden bei der Reichstagswahl 849 762 Wahlberechtigte nach Geschlechtern getrennt ausgezählt. Es erhielten:

	Männerstimmen	Frauenstimmen
SPD	57 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	43 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
USPD	59 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	41 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
KPD	63 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	37 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
DDP	53 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	47 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
DVP	49 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	51 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
DNVP	44 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	56 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Zentrum	41 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	59 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

G. Bremme: a. a. O., S. 71 ff. Für die SPD, die in den ersten Wahlen relativ wenig Frauenstimmen auf sich vereinigte, ergab sich bis 1933 eine stetige Zunahme des Frauenstimmenanteils.

# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

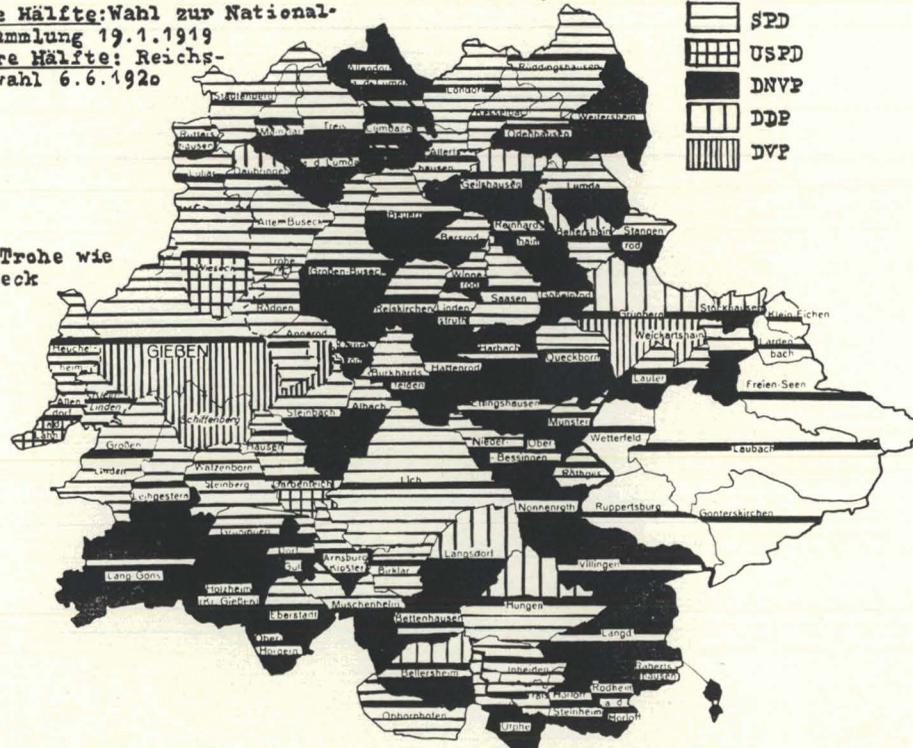
Karte Nr. 5

Relat. Mehrheit für:

Vergleich:  
 Obere Hälfte: Wahl zur National-  
 versammlung 19.1.1919  
 Untere Hälfte: Reichs-  
 tagswahl 6.6.1920

-  SPD
-  USPD
-  DNVP
-  DDP
-  DVP

1= Troche wie  
 Wieseck





Schließlich darf nicht übersehen werden, daß eine echte, vom gesamten Volk innerlich bejahte Revolution nicht stattgefunden hatte. Die Dienststellen der öffentlichen Verwaltung blieben meist mit dem gleichen Personal besetzt und nach der Demobilmachung kehrten viele Soldaten zurück, die dem bürgerlichen Leben fremd oder gar ablehnend gegenüberstanden. Der Zusammenbruch des alten Reichs wurde in seiner Ursache und Konsequenz von ihnen oft nicht erkannt, ja weite Teile des politisch desinteressierten Bürgertums empfanden ihn als nationale Schande und hielten Ausschau nach Sündenböcken, denen man die Schuld am „deutschen Unglück“ in die Schuhe schieben konnte. Es muß dabei betont werden, daß die Politik der Siegermächte, die bei Aufrechterhaltung der Blockade im Vertrag von Versailles den härtesten Grad erreichte, kaum geeignet war, die Einsicht des deutschen Volkes in die reale Situation zu fördern.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse von 1919 zeigt, daß SPD und USPD im Reich und in Hessen auf etwa 45% kamen, während sie im Kreis Gießen mit 49,6% beinahe die absolute Mehrheit erreichten.

Um eine regierungstragende Mehrheit zu erzielen, mußte die SPD im Reich mit Z und DDP eine Koalition, die sogenannte „Weimarer Koalition“, eingehen. Diese drei Parteien verfügten im Reich über 76,1%, im Kreis Gießen dagegen nur über 65,5%, obwohl doch die Stimmenanteile von SPD und DDP dort über den Vergleichszahlen des Reichs lagen. Dies ist auf die untergeordnete Rolle zurückzuführen, die das Z während der Weimarer Zeit im Kreis spielte; es blieb in allen Reichstagswahlen unter 240 Stimmen. Sein prozentualer Stimmenanteil lag stets unter 0,6%, während der katholische Bevölkerungsanteil 1925 1,2% betrug.

Der bereits 1919 verhältnismäßig starke Anteil der USPD im Kreis und in der Stadt Gießen, ist auf sehr aktive sozialistische Kräfte im Gießener Raum zurückzuführen<sup>14)</sup>.

Der erstaunlich hohe Prozentsatz an Stimmen, den schon 1919 die DNVP auf sich vereinigen konnte, macht deutlich, daß sich das Wählerverhalten der bäuerlich-kleinbürgerlichen Bevölkerung im Kreis seit 1912 nicht wesentlich geändert hatte. Eine große Anzahl ehemaliger Wähler der antisemitischen Bauernbewegung gab dieser Partei ihre Stimme, zumal der bisherige Reichstagsabgeordnete der Deutsch-völkischen Partei, Dr. Ferdinand Werner, noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung in den geschäftsführenden Vorstand der DNVP im Reich berufen worden war<sup>15)</sup>. Auch die DDP setzte mit einem beträchtlichen Stimmenanteil die Tradition der linksliberalen Fortschrittspartei von 1911/12 im Kreis fort. Die schon vor dem ersten Weltkrieg wahrnehmbare Labilität ihrer Wählerschaft sollte sich allerdings sehr bald zeigen.

---

<sup>14)</sup> Gespräch Lok.-Führer Heinrich Schäfer am 7. August 1960. Verleger Adolf Weller am 11. Juli 1960. Der führende Vertreter der USPD im Gießener Raum war der frühere Reichstagskandidat der SPD Beckmann. Der Parteiapparat der SPD blieb im wesentlichen von der Abspaltung der USPD unberührt.

<sup>15)</sup> W. Liebe: a. a. O., S. 35. Gespräch Prof. Dr. Werner am 27. August 1960.

Die Reichstagswahl vom 6. 6. 1920 brachte — für viele überraschend — ein völlig anderes Resultat. Die großen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, denen sich die Regierung der Weimarer Koalition gegenüber sah, hatten ihre Stellung im Volke nicht stärken können. Radikale Kräfte von rechts und links versäumten keine Gelegenheit, die Regierungsparteien für die Notstände der ersten Nachkriegszeit verantwortlich zu machen und die demokratische Staatsform zu diskreditieren.

Die Folge war ein großer Stimmenzuwachs der Parteien rechts und links von der Regierung. Die DNVP, damals noch mit dem Hessischen Bauernbund vereinigt, errang 11 595 Stimmen im Kreisgebiet und wurde dort stärkste Partei; die damals ähnlich wie die DNVP dem monarchischen Gedanken zuneigende DVP Stresemanns erhöhte ebenfalls ihre Stimmenzahl. Auf der Linken gewann die USPD fast 3 000 Stimmen und erzielte mit 13,6% einen höheren Prozentsatz als im Land Hessen.

Die großen Verlierer waren — wie im Reich — die SPD und die DDP, deren Rückgang um über 4 000 Stimmen besonders stark ins Auge fällt. Während der Rückgang der SPD ziemlich geschlossen der USPD zugutekam<sup>10)</sup>, verteilte sich der Verlust der DDP auf DVP und DNVP. Es sind aber zweifellos auch SPD-Wähler wieder nach rechts abgewandert, was aus nachstehender Aufstellung ersichtlich wird:

	SPD u. USPD	DDP u. DVP u. DNVP
1919	49,6%	50,1%
1920	46,9%	52,9%

Auffällig ist auch die geringere Wahlbeteiligung im Kreis, die von 82,1% auf 78,7% abgesunken war.

Kaum begründet war die junge Demokratie schon wieder in eine bedrohliche Lage geraten. Die beiden Parteien USPD und DNVP, die mehr oder weniger offen die geltende Staatsform ablehnten, verfügten im Kreis Gießen über 52,1% aller Stimmen (Reich 33,1%).

Mit 45,8% erreichten die sich zu dieser Zeit noch nahestehenden Rechtsparteien DVP und DNVP beinahe die Stärke der sozialistischen Parteien. Neben der Masse der ehemaligen Nationalliberalen hatte 1920 auch ein Teil der linksliberalen Wähler eine der beiden Rechtsparteien gewählt. Diese liberalen Wählerschichten hatten schon vor dem ersten Weltkrieg — wie bereits geschildert — eine starke Neigung zur Fluktuation im Kreisgebiet gezeigt. Es mußte sich in der weiteren politischen Entwicklung herausstellen, wie weit sich diese Bevölkerungskreise bereithalten würden, für die staatstragenden Parteien einzutreten.

Nur noch in wenigen größeren Gemeinden behielt die SPD 1920 die relative Mehrheit; in allen anderen Gemeinden des Kreises wurde die DNVP stärkste Partei. In Grünberg allerdings erhielt — wie in der Stadt Gießen — die DVP die meisten Stimmen; diese Partei war auch in Lich sehr stark vertreten, während die DDP ihre Mehrheiten überall verlor. (Siehe Karte Nr. 5.)

<sup>10)</sup> Die diesmal an der Wahl beteiligten Kommunisten blieben mit 8 (!) Stimmen im Kreis bedeutungslos.

Eine Sonderstellung nahm der Gießener Vorort Wieseck ein, denn dort gelangte die USPD mit 723 gegenüber nur 689 Stimmen der SPD an die erste Stelle. Auch Trohe, Garbenteich und Allendorf/Lahn hatten Mehrheiten für die USPD.

Ein Vergleich der 7 Gemeinden über 2 000 Einwohner mit dem übrigen Landkreis ergibt folgendes aufschlußreiche Bild <sup>17)</sup>:

	Einw.	Beteil.	Gült.	SPD	DDP	Z	DVP	DNVP	USPD
Über 2 000	17 257	80,1%	8 365	3 035	844	42	923	1 552	1 966
				36,8	10,1	0,5	11,0	18,6	23,5
Übrige Gem.	46 986	77,3%	21 899	7 052	1 278	59	1 285	10 043	2 177
				32,2	5,8	0,3	5,9	45,9	9,9

Das Übergewicht der sozialistischen Parteien in den größeren, stadtnahen Gemeinden wird deutlich, aber auch in den kleineren Gemeinden hielt die SPD einen höheren Prozentsatz als im Land und im Reich. Der außerordentlich hohe Anteil der DNVP deutet hier darauf hin, daß diese Partei in den landwirtschaftlich orientierten Orten zu einem Sammelbecken früher deutsch-völkischer Kräfte aus der Bauernschaft geworden war. Auch konservative, der Monarchie treugebliebene Kreise aus dem Bürgertum unterstützten diese Partei. Ihr ungewöhnlicher Anstieg und der gleichzeitig überdurchschnittliche Rückgang der DDP, weisen darauf hin, daß die Tendenzen, die im Reich abzulesen sind, im Kreis Gießen oft verstärkt auftreten. Diese Entwicklung ist nicht nur ein Hinweis auf die politisch indifferente Haltung des größeren Teils der Bevölkerung im Kreis, sondern zeigt auch ihre Anfälligkeit für radikalere Strömungen und intensive Propaganda <sup>18)</sup>. (Siehe Karte Nr. 5.)

### 3. Die Reichstagswahlen von 1924

Die beiden Wahlen des Jahres 1924 brachten im Kreis folgende Ergebnisse <sup>19)</sup>:

	Beteil.	SPD	DDP	DVP	DNVP	KPD	NS	Bauern
4. 5. 24	73,4%	10 213	1 506	1 808	3 236	1 749	749	9 992
		34,0%	5,0%	6,0%	10,6%	5,8%	2,4%	33,1%
7. 12. 24	74,3%	12 138	1 847	2 138	3 250	757	374	9 675
		40,0%	6,1%	7,2%	10,7%	2,5%	1,2%	32,0%

<sup>17)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 291/II, und eigene Errechnung.

<sup>18)</sup> E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 20, berichtet, daß die DNVP alle Wähler vor der DVP und der DDP gewarnt hat, weil auf deren Listen Juden aufgestellt waren.

<sup>19)</sup> Gießener Anzeiger vom 5. Mai und 8. Dezember 1924 und eigene Errechnung. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 314/II und 315/IV. Das Zentrum mit 150 Stimmen im Kreis blieb unberücksichtigt.

<sup>20)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 314/II und 315/IV, M. Hagmann: „Der Weg ins Verhängnis“, München 1946, S. 28/29. W. Liebe: a. a. O., S. 181. Die Nach- und Neuwahlen zwischen Mai und Dezember 1924 blieben unberücksichtigt.

Zum Vergleich werden die Prozentzahlen für das Land Hessen-Darmstadt und das Reich gegenübergestellt <sup>20)</sup>:

	Hessen	Beteil.	SPD	DDP	DVP	DNVP	KPD	NS	Bauern
4. 5. 24	74,1%	29,5	7,4	10,8	6,1	9,3	2,9	14,0	
7. 12. 24	75,1%	35,5	8,7	11,8	7,7	5,4	1,3	12,6	
Reich									
4. 5. 24	77,4%	20,4	5,6	9,2	21,4	12,7	6,5	2,4	
7. 12. 24	78,8%	26,0	6,3	10,1	22,1	8,9	3,0	3,3	

Die Parteienstruktur hatte sich seit dem Jahre 1920 ein wenig verschoben. In die Front der DNVP war inzwischen der Hessische Bauernbund eingebrochen, der bei der ersten Reichstagswahl noch mit ihr gemeinsam operierte. Da sich die DNVP im Reich in erster Linie auf die Großagrарrier und das gehobene Bürgertum stützte, fühlten sich die Bauern in Hessen wirtschaftlich nur ungenügend vertreten <sup>21)</sup>. Außerdem hatte der Antisemitismus in der Partei als „Sprengpulver“ gewirkt <sup>22)</sup>, und nach den Auseinandersetzungen auf dem Görlitzer Parteitag der DNVP im Oktober 1922 gründeten die deutsch-völkischen Kreise unter den Reichstagsabgeordneten v. Graefe und Wulle eine eigene antisemitische Partei, die Deutsch-völkische Freiheitspartei <sup>23)</sup>. Von nun an wurde der Antisemitismus in der DNVP nicht mehr ausdrücklich betont. Neben dem Auftreten einer eigenständigen Bauernpartei muß auch diese innere Richtungsänderung als Grund dafür angesehen werden, daß die DNVP im Kreis einen so starken Rückgang erlebte, weil die antisemitische Grundhaltung in weiten Teilen der Bauern und Kleinbürger tief verwurzelt war. (Siehe Karte Nr. 5a.)

Während die DNVP im Reich bei den Maiwahlen 1924 zur stärksten Fraktion anstieg, verlor sie im Kreis über 8 000 Stimmen und sank an die dritte Stelle. Als einer ihrer hessischen Abgeordneten zog Dr. Werner, der sich trotz seiner deutsch-völkischen Grundhaltung nicht von der Partei getrennt hatte <sup>24)</sup>, noch einmal für 4 Jahre in den Reichstag ein.

Die Verluste der DNVP kamen in überwiegendem Maße dem Bauernbund zugute. Doch kommen auch die 749 Stimmen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei aus dem deutschnationalen Lager, denn die unter diesem neuen Namen auftretende politische Gruppe war nichts anderes als die 1922 von der DNVP abgespaltene Deutsch-völkische Freiheitspartei. In ihr wirkten neben v. Graefe auch Ludendorff und Gregor Strasser an führen-

<sup>21)</sup> W. Liebe: S. 61 und 77 a. a. O.

<sup>22)</sup> A. Dix: „Reichstagswahlen 1871—1930“, Tübingen 1930, S. 23.

<sup>23)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 221; W. Liebe: a. a. O., S. 67 ff. Die Abspaltung erfolgte, weil der Parteitag die Forderung der Deutsch-völkischen nach einem militanten und antisemitischen Kurs ablehnte.

<sup>24)</sup> Dr. Werner führte von 1920 bis 1922 in Hessen den Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund, eine antisemitische und nationalistische Organisation, die nach der Ermordung Rathenaus der Auflösung verfiel. (Schmahl: S. 26.)

der Stelle mit, nachdem die NSDAP infolge des Münchener Putschversuchs vom 9. 11. 1923 verboten worden war<sup>25)</sup>. Da auch der in Festungshaft sitzende Hitler hinter dieser Partei stand<sup>26)</sup>, darf sie als Nachfolgeorganisation der NSDAP angesprochen werden.

Einen Teil ihrer Verluste im Kreis Gießen konnte die DNVP dadurch wettmachen, daß ihr Stimmen aus den Reihen der DVP und der DDP zufließen. Auch die sozialistischen Parteien verloren über 2 000 Stimmen, die zum größten Teil ins bürgerliche Lager abwanderten. Doch wurde die SPD, die sich 1922 wieder mit der USPD vereinigt hatte, stärkste Partei im Kreis und konnte ihre eigene Stimmenzahl leicht erhöhen. Zusammen mit der KPD verfügte sie aber nur noch über 39,8% der gültigen Stimmen, während sie 1920 mit der USPD 46,9% hatte. Im Kreis Gießen hatten 1922 die führenden Kräfte der USPD die Wiedervereinigung mit der SPD unterstützt. Nur vereinzelt erfolgten Übertritte zur KPD.

Waren die Maiwahlen ein Ausdruck der „katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse“ nach der Inflation<sup>27)</sup>, was durch das Anwachsen der radikalen Parteien deutlich wurde, so ließen die Dezemberwahlen das Pendel wieder wesentlich zurückschlagen, nachdem sich inzwischen nach der Schaffung der Rentenmark die Lage einigermaßen stabilisiert hatte.

Im Kreis verfügten die Parteien der Weimarer Koalition immerhin wieder über 46,4%, während die radikalen Kräfte — KPD und NS Freiheitspartei — zusammen unter 5% blieben. Die SPD gewann nicht nur rd. 1 000 kommunistische Stimmen, sondern zog auch wieder Wähler aus dem bürgerlichen Lager an. Zwischen den Rechtsgruppen und den Parteien der Mitte zeigten sich geringe Fluktuationen.

#### 4. Die Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1925

Die nach dem Tode des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert notwendigen Neuwahlen wurden nach dem Gesetz zur Wahl des Reichspräsidenten vom 4. 5. 1920 nach dem Prinzip der Mehrheitswahl durchgeführt, wobei allerdings dann 2 Wahlgänge erforderlich waren, wenn im 1. Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

---

<sup>25)</sup> W. Schäfer: „NSDAP“, Schriftenreihe des Instituts für Wissenschaftliche Politik Marburg, 1926, S. 5—7. Die Deutsch-völkische Freiheitspartei trat im Raume Gießen-Marburg auch unter dem Namen Völkisch-sozialer Block auf. (E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 25 f. und Gießener Anzeiger vom 6. Mai 1924.) Sie erzielte bei den Maiwahlen 1924 im Landkreis Gießen lediglich in der Stadt Grünberg mit 25,8% einen überraschend hohen Stimmenanteil und erreichte dort sogar die relative Mehrheit. Zu den Dezemberwahlen 1924 nahm die Partei den Namen Nationalsozialistische Freiheitsbewegung an; sie verlor fast 400 Stimmen und blieb im Kreis bedeutungslos.

<sup>26)</sup> Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 241 f.

<sup>27)</sup> L. Bergsträsser: a. a. O., S. 224 f.

Im 1. Wahlgang stellten alle Parteien Zählkandidaten auf, von denen keiner begründete Aussicht hatte, die absolute Mehrheit zu erreichen. Nachfolgend die Namen der einzelnen Bewerber und ihre Parteien:

Jarres	Vereinigte Rechte (vor allem DVP/DNVP)
Held	Bayrische Volkspartei
Ludendorff	NSDAP (am 27. 2. 1925 neugegründet)
Braun	SPD
Marx	Zentrum
Hellpach	DDP
Thälmann	KPD

Im 1. Wahlgang wurde so gewählt <sup>28)</sup>:

Jarres	Held	Ludendorff	Braun	Marx	Hellpach	Thälmann
Kreis Gießen						
13 917	35	110	11 006	111	1 207	432
52,0	0,1	0,4	41,0	0,4	4,5	1,6
Stadt Gießen						
6 795	28	97	3 944	711	1 768	453
49,2	0,2	0,7	28,6	5,2	12,8	3,3
Provinz Oberhessen						
70 051	266	829	44 928	7 398	7 818	3 209
52,0	0,3	0,8	33,2	5,5	5,8	2,4
Hessen-Darmstadt						
33,3	0,3	0,6	37,2	17,4	7,5	3,7
Deutsches Reich						
38,8	3,7	1,1	29,0	14,5	5,8	7,0

Verglichen mit den Ergebnissen im Land Hessen und im Reich zeigt die Entscheidung der Wähler im Kreis ein viel ausgeprägteres Gesicht. Die Außenseiter erhielten nur sehr geringe Stimmenzahlen, vor allem KPD und NS verloren gegenüber 1924 beträchtlich an Boden. Der Kandidat der Rechten, der Düsseldorfer Oberbürgermeister Jarres, bekam im Kreis Gießen und in der Provinz Oberhessen die absolute Mehrheit; der Sozialdemokrat Braun erreichte im Kreis mit 41% einen verhältnismäßig hohen Anteil.

Nur in 6 von den größeren Gemeinden des Kreises, nämlich in Großen-Linden, Hausen, Heuchelheim, Lollar, Watzenborn-Steinberg und Wieseck

<sup>28)</sup> Gießener Anzeiger vom 30. März 1925 und eigene Errechnung. M. Hagmann: a. a. O., S. 38.

hatte Braun mehr Stimmen als Jarres. Die gleichen Gemeinden behielten diese Entscheidung auch im 2. Wahlgang bei und gaben Marx vor Hindenburg den Vorzug.

Die Stichwahl am 26. 4. 1925 brachte neue Fronten. Statt 7 Kandidaten waren nur noch 3 Bewerber aufgestellt. Außer dem Kommunisten Thälmann, der auch diesmal seine Zählkandidatur aufrechterhielt, stellten sich Marx und v. Hindenburg zur Wahl. Der Zentrumsolitiker Marx, vom November 1923 bis Januar 1925 Reichskanzler, war der Kandidat der Weimarer Koalition, damals Volksblock genannt, auf den sich SPD, Zentrum und DDP geeinigt hatten. Die Rechtsparteien, die nach dem für die Weimarer Koalition so günstigen Ausgang des 1. Wahlganges mit einer Niederlage rechnen mußten, konnten in letzter Minute den 78jährigen ehemaligen Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eine im Volk schon fast legendäre Gestalt, zu einer Kandidatur bewegen.

Im Reich siegte v. Hindenburg mit einem Vorsprung von rund 900 000 Stimmen. Sein Erfolg ist in erster Linie auf den steilen Anstieg der Wahlbeteiligung zurückzuführen, die sich von 68,9% am 29. März auf 77,6% am 26. April erhöht hatte. Marx vermochte die Stimmenzahl seiner ihn unterstützenden Parteien aus dem 1. Wahlgang um rund 500 000 zu übertreffen, obwohl seine Kandidatur als die eines Katholiken stark umstritten war.

Die Ergebnisse des 2. Wahlganges <sup>29)</sup>:

	v. Hindenburg	Marx	Thälmann
Kreis Gießen	19 133	6 572	441
	73,1%	25,2%	1,7%
Stadt Gießen	10 321	6 345	384
	60,1%	37,4%	2,5%
Provinz Oberhessen	99 202	58 418	3 226
	61,8%	36,4%	1,8%
Hessen-Darmstadt	41,3%	55,2%	3,5%
Deutsches Reich	48,3%	45,3%	6,4%

Das Ergebnis im Kreis kündigt an, was sich 7 Jahre später vollzogen hat. Gewiß war der Zentrumsolitiker Marx für den überwiegend konservativ-protestantischen Landkreis Gießen ein sehr ungünstiger Kandidat, aber der Verlust von 5 650 Stimmen, den die Weimarer Koalition gegenüber dem 1. Wahlgang hinnehmen mußte, wobei mindestens 4 500 Sozialdemokraten v. Hindenburg gewählt haben, zeigt doch sehr eindrucksvoll, wie labil sich große Teile der Wähler verhielten. Mit Hilfe eines klangvollen Namens und unter polemischer Ausnutzung der so schwierigen Lage Deutschlands war die Weimarer Republik und die sie tragenden Parteien bei Bauern und Bürgern, ja sogar schon in Teilen der Arbeiterschaft in Mißkredit gebracht worden. Es ist bezeichnend, daß zu jener Zeit ein bürgerliches Organ

<sup>29)</sup> Gießener Anzeiger vom 27. April 1925 und eigene Errechnung.

wie der Gießener Anzeiger offen zur Wahl des Reichsblocks aufrufen und gegen den Volksblock zu Felde ziehen konnte<sup>30)</sup>.

Bei der Entscheidung der 24 repräsentativ untersuchten Gemeinden (siehe Seite 37 und Karte Nr. 7a, wo diese Orte genannt werden) zeigt sich eine überraschend starke Mehrheit für Marx in den Industriegemeinden Heuchelheim (60%) und Lollar (56%). Auch Hausen (53%) und Watzenborn-Steinberg (51%) haben absolute Mehrheiten für den Kandidaten der Weimarer Koalition.

Alle anderen Orte hatten Mehrheiten für Hindenburg, die vor allem in den überwiegend landwirtschaftlich orientierten Gebieten über 75% lagen. Die unterschiedliche Entscheidung in den dicht beieinander liegenden größeren Orten Watzenborn-Steinberg (51% für Marx), Leihgestern (43% für Marx) und Großen-Linden (48% für Marx) war in erster Linie durch die verschiedenartige Bevölkerungsstruktur dieser Gemeinden bedingt.

## 5. Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung vom 20. 6. 1926

Das von KPD und SPD eingeleitete Volksbegehren über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen führte zu einem Volksentscheid, der im ganzen Land hart umkämpft wurde. Der Entscheid verfiel der Ablehnung, da nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten mit „ja“ stimmte<sup>31)</sup>.

Im Reich waren 36,3%, in Hessen 40,0%, in Oberhessen 29,9% und im Kreis Gießen (mit Stadt) 33,1% der Stimmberechtigten für „ja“<sup>32)</sup>.

Es war nicht zu erwarten, daß das Begehren der Linksparteien im Kreis zum Erfolg führen würde, aber die hohe Zahl der für „ja“ abgegebenen Stimmen kam doch überraschend, so daß angenommen werden kann, daß außer Kommunisten und Sozialdemokraten auch Wähler anderer Parteien für die Fürstenenteignung stimmten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Anonymität der Wahlentscheidung bei dieser Abstimmung nicht vollständig gesichert war. Wer die Volksabstimmung boykottieren wollte, blieb einfach zu Hause; wer aber zur Wahl ging, galt als zu den „Roten gehörig“<sup>33)</sup>. So konnte es nicht verwundern, daß z. B. in Geilshausen, wo 1924 noch 24 Stimmen für die SPD abgegeben wurden, und in Dorf-Güll überhaupt niemand mit „ja“ wählte. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so starke Diskrepanzen lassen sich noch in anderen kleinen Dörfern feststellen.

<sup>30)</sup> Gießener Anzeiger vom April 1925 in mehreren Ausgaben. Im Gegensatz zu dem „Volksblock“ der Weimarer Koalitionsparteien nannten sich die für Hindenburg eintretenden Parteien „Reichsblock“. Neben DVP, DNVP und Bayrischer Volkspartei gehörten dazu auch die am 27. 2. 1925 wiedergegründete NSDAP. Vor dem 2. Wahlgang war vom „Reichsblock“ das persönlich-emotionale Moment in Reden und Propaganda besonders stark angesprochen worden. Obwohl die Präsidentenwahl in den Beginn der Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik fiel, konnte demgegenüber die mehr politisch-programmatische Konzeption des „Volksblocks“ in der Bevölkerung nicht durchdringen.

<sup>31)</sup> Nach dem Reichsgesetz über den Volksentscheid vom 27. 6. 1921 und dem Art. 75 der Weimarer Reichsverfassung.

<sup>32)</sup> Veröffentlichungen der Zentralstelle für die Landesstatistik Darmstadt, 1926. Gießener Anzeiger vom 21. Juni 1926 und eigene Errechnung.

<sup>33)</sup> R. Stampfer: „Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik“, Hamburg 1953, S. 487.

# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

## Karte Nr. 6

Relative Mehrheit für:

Vergleich:

Obere Hälfte:

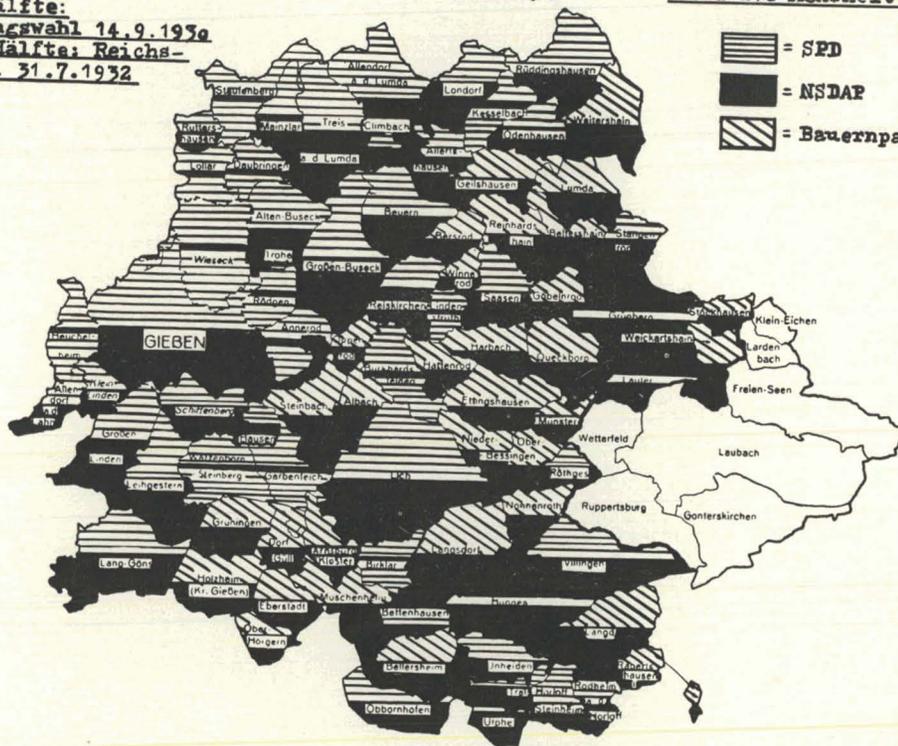
Reichstagswahl 14.9.1930

Untere Hälfte: Reichs-  
tagswahl 31.7.1932

 = SPD

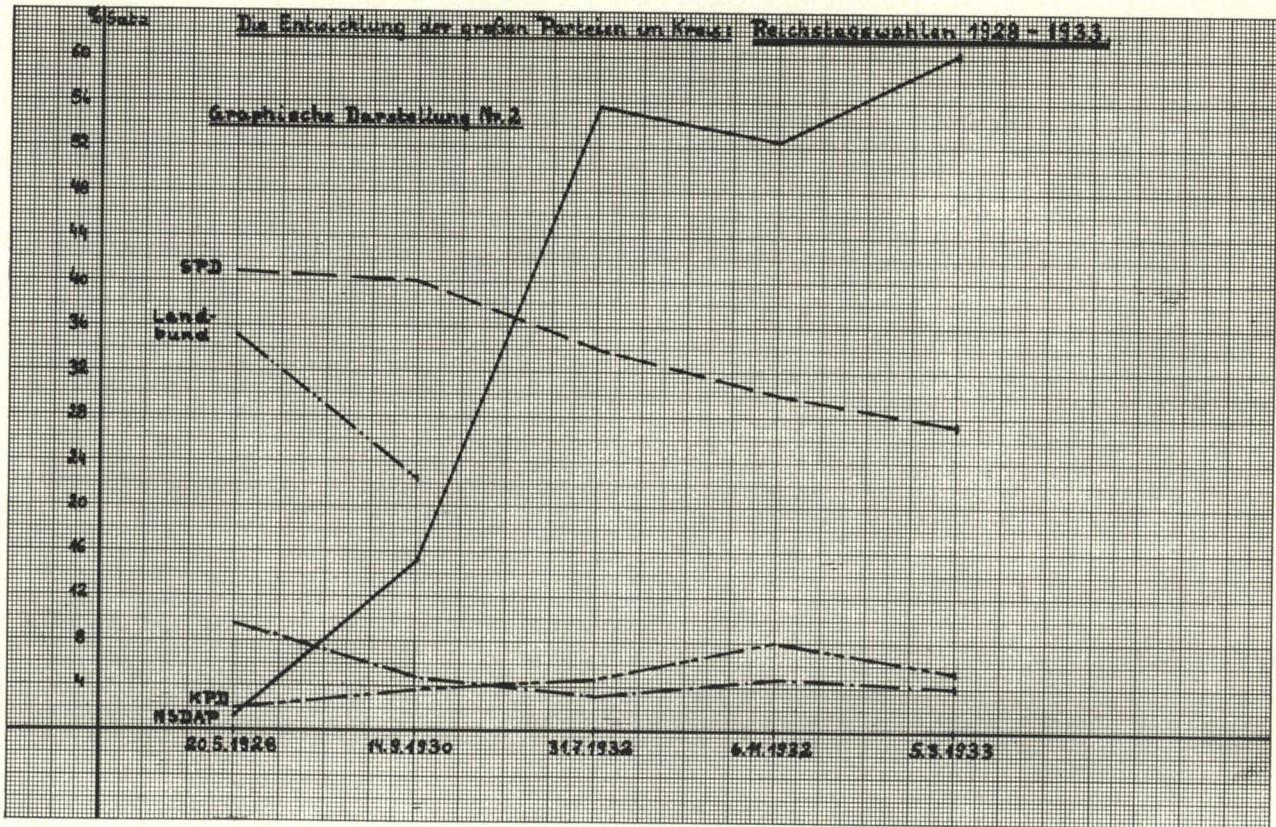
 = NSDAP

 = Bauernpartei



Die Entwicklung der großen Parteien im Kreis: Reichstagswahlen 1928 - 1933

Graphische Darstellung Nr. 2



Folgende Gemeinden des Kreises hatten mehr Jastimmen für den Volksentscheid als für SPD, KPD und DDP abgegebene Stimmen bei der Landtagswahl vom Dezember 1924: Annerod (1924 : 139 — 1926 : 173), Burkhardtsfelden (129 — 183), Climbach (30 — 51), Harbach (19 — 77), Hausen (164 — 200), Heuchelheim (942 — 1167), Nonnenroth (27 — 49), Rödgen (236 — 316), Ruttershausen (86 — 149), Staufenberg (265 — 309) und Wieseck (1436 — 1767). Erstaunlich ist dabei, daß unter diesen Orten auch überwiegend landwirtschaftlich orientierte Dörfer vertreten sind, in denen also eine große Zahl von Bauern für den Volksentscheid stimmte. In einigen Gemeinden des Kreises gaben über 50% der Stimmberechtigten ihr „ja“ zum Volksentscheid: Alten-Buseck (55,5), Daubringen (54,2), Garbenteich (53,8), Hausen (58,0), Heuchelheim (66,5), Kesselbach (51,3), Rödgen (63,4), Staufenberg (58,4), Trohe (66,2) und Wieseck erbrachte sogar 77,5%. Hier übertrafen die Jastimmen beim Volksentscheid auch die Zahl aller abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl (1767 gegen 1717), was als ein außergewöhnliches Ergebnis angesehen werden kann <sup>32)</sup>.

## 6. Die Volksabstimmung über die Auflösung des 3. Hessischen Landtags vom 5. 12. 1926

Die im Hessischen Landbund (früher Bauernbund) politisch vertretene hessische Bauernschaft hatte sich zu Beginn des Jahres 1926 mit DNPV und DVP im sogenannten „Hessischen Wirtschafts- und Ordnungsblock“ zusammengeschlossen, um eine vorzeitige Auflösung des Landtags herbeizuführen. Dem eingeleiteten Volksbegehren schlossen sich auch die KPD, die NSDAP (damals noch NS-Freiheitsbewegung) und die Deutsche Wirtschaftspartei an, da sowohl wirtschaftliche als auch politische Interessen im Spiele waren. Die antragstellenden Parteien sahen sich verständlicherweise dem geschlossenen Widerstand aller anderen Parteien, vor allem der Weimarer Koalition gegenüber.

Bei der letzten Landtagswahl im Dezember 1924 betrug die Stimmenzahl der für das Volksbegehren eintretenden Gruppen 248 407, die der Gegner der Auflösungsforderung 376 725. Durch den günstigen Ausgang der Reichspräsidentenwahl waren die Rechtsparteien sehr optimistisch geworden. Das Ergebnis erbrachte tatsächlich einen großen Zuwachs der Rechtsparteien, wenn auch der Antrag auf Auflösung des Landtags knapp der Ablehnung verfiel.

Bei einer Beteiligung von 48,8% (Kreis Gießen 55,5%) erhielten im Land:

Antragsteller:	202 326 = 48,0%
Antraggegner:	219 845 = 52,0%

der gültigen Stimmen <sup>34)</sup>.

<sup>34)</sup> Mitteilungen der Zentralstelle für die Landesstatistik Darmstadt, 1927. Gießener Anzeiger vom 6. Dezember 1926 und eigene Errechnung.

Im Kreis Gießen hatte die Volksabstimmung folgendes Ergebnis (ohne die Stadt, aber mit Wieseck und Klein-Linden)<sup>34)</sup>:

Stimmrecht.	Gült.	Ungült.	Ja	Nein	Landtag 1924	
					Für	Gegen
42 179	23 241	219	13 401	9 840	16 140	14 122
			58,0%	48,0%	53,3%	46,7%

Die Wahlbeteiligung war verständlicherweise wesentlich niedriger als 1924, weil vor allem die Wähler der Weimarer Koalition der Abstimmung fernblieben. Obwohl auch ein Teil der Rechtswähler nicht abstimmte, erhielten die Befürworter der Landtagsauflösung im Kreis doch rund 10% mehr Stimmen als im Landesdurchschnitt. Da andererseits ein absoluter Verlust von rund 2 700 Stimmen für die Antragsteller gegenüber 1924 zu verzeichnen ist und der Landbund sich vordringlich aus berufsständischen und wirtschaftlichen Überlegungen mit den Rechtsparteien verbunden hatte, läßt sich zu dieser Zeit trotz der 58% Jastimmen von einem gefährlichen Anwachsen der radikalen Kräfte im Kreisgebiet noch nicht sprechen. Bei der Einzeluntersuchung ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Reichspräsidentenwahl 1925: Mit Ausnahme von Steinbach und Oppenrod erbrachte kein Ort am unmittelbaren Stadtrand von Gießen eine Mehrheit für die Rechtsparteien. Im ganzen lehnten 21 Gemeinden die Landtagsauflösung ab. Von ihnen liegen nur die 3 Wetteraudörfer Rodheim, Obbornhofen und Trais-Horloff, sowie die 2 Lumdatalgemeinden Kesselbach und Rüdtingshausen in der Stadt ferner gelegenen, überwiegend landwirtschaftlichen Gebieten.

Bei einem Vergleich mit den Präsidentenwahlen des Jahres 1932, die auch wieder eine gemeinsame Entscheidung mehrerer Einzelparteien erforderte, fällt auf, daß 18 der 21 Gemeinden, die 1926 das von den Bauern mit den Rechtsparteien und der KPD eingeleitete Volksbegehren ablehnten, im 1. Wahlgang 1932 noch eine Mehrheit für v. Hindenburg erbrachten, lediglich in Rüdtingshausen, Treis und Trais-Horloff bekam Hitler schon eine knappe Mehrheit. (Siehe Karte Nr. 7.)

## 7. Die Reichstagswahl vom 20. 5. 1928

Die Wahlen zum Reichstag 1928 brachten im Kreis Gießen der SPD und den Parteien der Mitte größere Verluste an absoluten Stimmen, die allerdings in erster Linie auf die außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung zurückzuführen waren. Mit 60,1% blieb der Kreis Gießen noch weit unter den Vergleichszahlen für das Land Hessen-Darmstadt (65,9%) und das Reich (75,6%), die ebenfalls niedriger lagen als in den vorhergehenden Wahlen und in denen sich eine allgemeine Wahlmüdigkeit ausdrückte.

Aus den Verlusten der demokratischen Parteien vermochten die radikalen

<sup>34)</sup> R. Kress: „Die Wahlen im Kreis Marburg“, Staatsexamensarbeit im Institut für Wissenschaftliche Politik Marburg, 1959, S. 15. Im Gegensatz zum Kreis Marburg erhielt die NSDAP im Kreis Gießen noch in keinem Ort eine relative Mehrheit oder eine größere Stimmenzahl.

Kräfte von rechts und links keinen Gewinn zu ziehen<sup>35)</sup>. Sie blieben unter dem Landes- und Reichsdurchschnitt. Die SPD auf der Linken und der Landbund auf der Rechten waren noch fest in der Wählerschaft des Kreises verankert und konnten ihre Prozentanteile sogar erhöhen. Sie verfügten zusammen über 76,6% der gültigen Stimmen, was weit über dem Durchschnitt von Land und Reich lag, wie es die nachstehende Aufstellung zeigt<sup>36)</sup>:

	SPD	DDP	Z	DVP	DNVP	NS	Bauern	KPD	WP
Kreis	10 766	1 108	118	1 592	789	481	9 289	786	288
	41,0	4,2	0,4	6,7	3,0	1,8	35,6	2,9	1,1
Land	32,3	6,3	16,0	11,3	3,5	1,9	13,4	8,7	1,3
Reich	29,8	4,9	12,1	8,7	14,3	2,6	2,9	10,2	4,5

Einen starken Rückgang erlebte die DNVP, die infolge ihrer inneren Spannungen<sup>37)</sup> und ihrer schwankenden Politik im Reich bei Bauern und Kleinbürgern an Ansehen verloren hatte. Die Partei konnte nur noch rund 7% der Stimmen auf sich vereinigen, die sie 1920 erhalten hatte, als der Bauernbund noch nicht selbständig kandidierte.

Infolge der geringen Wahlbeteiligung lassen sich Fluktuationen der Wähler nur sehr schwer ermitteln.

In 29 Gemeinden des Kreises erhielt die SPD die relative Mehrheit, in den übrigen 48 Orten blieb der Landbund stärkste Partei. (Siehe Karte Nr. 5a.)

Einen interessanten Einblick in die Wählerentscheidung der Frauen ergibt die bei der Wahl von 1928 getrennt durchgeführte Auszählung der Stimmen, deren Ergebnisse für Kreis und Stadt Gießen wie folgt lauten<sup>38)</sup>:

		Kreis Gießen								
	SPD	DDP	Z	DVP	DNVP	NS	Bauern	KPD	WP	
Männer	6 146	652	60	928	431	388	5 119	512	188	
	42,6	4,5	0,4	6,4	3,0	2,7	35,6	3,6	1,2	
Frauen	4 620	456	58	664	358	123	4 170	274	100	
	42,6	4,2	0,5	6,1	3,3	1,1	38,8	2,5	0,9	
		Stadt Gießen								
	SPD	DDP	Z	DVP	DNVP	NS	Bauern	KPD	WP	
Männer	2 350	698	347	1675	729	140	64	396	516	
	34,1	10,1	5,0	24,2	10,3	2,1	0,9	5,8	7,5	
Frauen	2 179	575	444	1919	746	65	47	253	486	
	32,4	8,6	6,6	28,6	11,2	0,9	0,7	3,8	7,2	

<sup>36)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 372/II, Gießener Anzeiger vom 21. Mai 1928 und eigene Errechnung.

<sup>37)</sup> A. Dix: a. a. O., S. 29 f. S. Neumann: „Die deutschen Parteien“, Berlin 1932, S. 60 f.

<sup>38)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 372/II. Die Prozentzahlen sind ohne Berücksichtigung der Stimmen kleinerer Parteien und Gruppen ausgerechnet worden, weil diese Reststimmen im Kreis Gießen nur eine bedeutungslose Minderheit darstellten. Insgesamt standen 19 Listen auf dem Wahlzettel des Wahlkreises 33 Hessen-Darmstadt.

Abgesehen von auffälligen Unterschieden im Wählerverhalten von Männern und Frauen in der Stadt Gießen und im Landkreis, wie sie etwa bei der SPD und bei der DVP zu verzeichnen sind, ergeben sich gewisse gemeinsame Merkmale: Die Frauen waren zu jener Zeit weniger geneigt, radikalen Kräften ihre Stimme zu geben<sup>39)</sup>. Auch die Parteien der Mitte wurden von den Frauen nicht so bevorzugt wie die Rechte: ebenso hatte das Z einen höheren Anteil an Frauenstimmen<sup>40)</sup>. Die SPD erhielt im Kreis einen gleich hohen Anteil an Männer- und Frauenstimmen, was ihren festen Platz in einem großen Teil der Bevölkerung dokumentiert. Das Ergebnis der Stadt folgt dem allgemeinen Trend, nach dem die SPD stärker von Männern als von Frauen gewählt wird.

Im Kreisgebiet erreichte vor allem der Landbund einen wesentlich höheren Anteil an Frauen- als an Männerstimmen. Das kann darauf zurückgeführt werden, daß schon damals große Teile der männlichen Bauernbevölkerung als Nebenerwerbslandwirte tätig waren und sich als tägliche Pendler eine eigene politische Meinung bildeten, die nicht von allen Frauen in den Dörfern übernommen wurde. Der Frau, deren Arbeitswelt auf die eigene Landwirtschaft und das Heimatdorf beschränkt blieb, stand die bäuerliche Interessenpartei oft näher als dem Mann, der das Geld in einer anderen Atmosphäre verdienen mußte<sup>41)</sup>. In gewisser Weise wirkte auch der neue Name — Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei —, unter dem sich die hessischen Bauern seit 1928 zur Wahl stellten, auf die Entscheidung der Frauen ein.

Der relativ hohe Prozentsatz an Frauenstimmen der DVP in der Stadt Gießen stellt eine Parallelerscheinung dar. Kriegerwitwen, alleinstehende und berufstätige Frauen, die dort in größerer Zahl wohnten, sahen die DVP als ihre rechte politische Vertretung an.

## 8. Der Volksentscheid vom 22. 12. 1929

Der von Hugenberg (Parteiführer der DNVP seit Herbst 1928) unternommene Versuch, durch ein Volksbegehren gegen die Unterzeichner des Youngplanes, die Regierung der demokratischen Mitte unter Reichskanzler Müller zu Fall zu bringen, scheiterte. Trotz großer Unterstützung Hitlers und seiner Parteiorganisationen und lautstarkem Appell an die nationalen Gefühle des deutschen Volkes gaben im Reich nur 13,8% der Wahlberechtigten eine Stimme für das Volksbegehren der radikalen Rechten ab. In Hessen-Darmstadt gab es sogar nur 8,5% Jastimmen.

---

<sup>39)</sup> G. Bremme: „Die politische Rolle der Frau in Deutschland“, Göttingen 1956, S. 73 ff. S. 75: Bei den letzten Wahlen 1932/33 war das erheblich anders.

<sup>40)</sup> G. Franz: „Politische Wahlen in Niedersachsen“, S. 31. G. Bremme: a. a. O., S. 69 ff.

<sup>41)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. Oktober 1960.

Auch in Stadt und Kreis Gießen blieb das Ergebnis weit unter den von DNVP und NSDAP gehegten Erwartungen. Da die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Bauern das Volksbegehren nicht offiziell unterstützten, gaben von 67 383 Wahlberechtigten nur 8 416 (12,3%) eine Jastimme ab <sup>42)</sup>. Berücksichtigt man allerdings, daß DNVP und NSDAP bei der Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 in Stadt und Kreis Gießen nur 2 950 Stimmen auf sich vereinigen konnten, dann war das Ergebnis des Volksentscheids auch im Gießener Raum ein deutliches Alarmzeichen für die demokratischen Kräfte.

## 9. Die größeren Wahlen von 1930 bis 1933

Die vier letzten Reichstagswahlen der Weimarer Republik waren von äußerst heftigen politischen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Krisen bestimmt, in deren Verlauf die radikalen Kräfte ständig an Boden gewannen, während die demokratischen Gruppen der Mitte weiter zersplitterten und aus vielerlei Gründen die Kraft und Fähigkeit einbüßten, den drohenden Untergang der parlamentarischen Staatsform zu verhindern <sup>43)</sup>.

Der nun folgenden Gegenüberstellung der Wahlergebnisse der Reichstagswahlen in Kreis, Stadt Gießen, Land Hessen und Reich, soll hier zunächst eine Übersicht vorangestellt werden, die zeigt, wie sich die 78 Gemeinden des Kreises von 1928 bis 1932 in ihrer Mehrheitsentscheidung für die Parteien geändert haben (siehe Karten Nr. 5a und 6) <sup>44)</sup>:

	Bauern	SPD	NSDAP	KPD	
20. 5. 1928	48	30	—	—	Gemeinden
14. 9. 1930	30	42	6	—	Gemeinden
31. 7. 1932	—	12	65	1	Gemeinden

### a) Die Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930

In der folgenden Tabelle werden verschiedene kleine Parteien nicht berücksichtigt, da sie im Kreis noch weit bedeutungsloser waren als im Land und im Reich <sup>45)</sup>.

Kreis Gießen (Wahlbeteiligung: 72,2%) <sup>46)</sup>								
SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	Bauern	KPD	WP
13 732	1 699	1 549	1 305	689	5 227	7 783	1 322	709
40,0	4,9	4,5	3,7	2,0	15,1	22,5	3,8	2,1

<sup>42)</sup> Gießener Anzeiger vom 23. und 24. Dezember 1929.

<sup>43)</sup> Siehe hierzu vor allem die neue Untersuchung von E. Matthias u. R. Morsey: „Das Ende der Parteien“, Düsseldorf 1960.

<sup>44)</sup> Gießener Anzeiger vom 21. Mai 1923, 15. September 1930 und 1. August 1932.

<sup>45)</sup> Im Kreis Gießen waren das bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 im einzelnen: Volksrechtspartei: 90, Deutsche Bauernpartei: 92, Konservative Volkspartei: 101, Zentrum: 162 und Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenpartei: 54 Stimmen.

Stadt Gießen (Wahlbeteiligung: 79,1%) <sup>46)</sup>								
SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	Bauern	KPD	WP
5 040	1 500	634	2 637	840	3 714	61	1 730	1 452
26,2	7,8	3,0	13,8	4,3	19,4	0,3	9,1	7,5
Hessen-Darmstadt (Wahlbeteiligung: 79,4%) <sup>46)</sup>								
SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	Bauern	KPD	WP
28,9	5,2	2,6	6,7	1,6	18,5	7,7	11,3	2,3
Deutsches Reich (Wahlbeteiligung: 82,0%) <sup>46)</sup>								
SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	Bauern	KPD	WP
24,5	3,8	2,5	4,5	7,0	18,3	3,2	13,1	3,9

Bei der gegenüber 1928 um 12,1% gestiegenen Wahlbeteiligung konnten trotz des Hinzutretens zahlreicher neuer Parteien und Interessenverbände die meisten Parteien im Kreis ihre Stimmenzahlen erhöhen. Die Gewichtsverteilung in den Wahlergebnissen läßt sich daher besser an den Verhältniszahlen ablesen. Der große Verlierer danach ist im Kreis Gießen die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, deren Wähler zu einem nicht geringen Teil zur NSDAP übergangen. Gerade in ausgesprochen landwirtschaftlichen Gegenden wie der nördlichen Wetterau und dem Raum Grünberg war die Hitlerbewegung erfolgreich und hatte die Bauernpartei zurückgedrängt. Die Dörfer Lauter, Utphe, Rodheim/Horl. und Bettenhausen zeigten eine relative Mehrheit für die NSDAP; in zahlreichen anderen Orten wurde sie zweitstärkste Partei.

Die relative Mehrheit für Hitler in den Landstädtchen Hungen und Grünberg, in denen vor und nach dem Weltkrieg das liberale Element immer stark vertreten war, beweist, daß auch die Verluste der DVP in überwiegendem Maße der NSDAP zugute gekommen sind.

Die SPD behauptete ihren überdurchschnittlichen Prozentanteil von rd. 40% und gewann absolut sogar 3 000 Stimmen. Kleinere Abwanderungen ins Lager der KPD konnte sie durch Gewinne aus dem bürgerlichen Lager und durch Hinzutreten von Neuwählern mehr als ausgleichen.

Der geringe Zuwachs des Zentrums im Kreis hatte kaum symptomatische Bedeutung<sup>47)</sup>; dagegen hatte sich die am 27. 7. 1930 erfolgte Verbindung der DDP mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei im Kreis als durchaus erfolgreich erwiesen<sup>48)</sup>. Im Gegensatz zur Entwicklung im Land und im Reich konnte die neue Partei fast 600 Stimmen gewinnen, weil der Jungdeutsche Orden im Gießener Raum über eine ausgebaute Organisation und eine breite Anhängerschaft vor allem in bäuerlichen und

<sup>46)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 382/II. Gießener Anzeiger vom 15. September 1930 und eigene Errechnung.

<sup>47)</sup> E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 748.

<sup>48)</sup> K. D. Bracher: „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Freiburg 1955, S. 332 und 355.

kleinbürgerlichen Kreisen verfügte, die zu jener Zeit dem radikalen Ansturm der NSDAP noch standzuhalten vermochte<sup>49)</sup>.

Auch der erstmals 1930 im Kreis Gießen auftretende Christlich-soziale Volksdienst, eine vorwiegend evangelische Partei, erzielte mit 4,5% der gültigen Stimmen einen verhältnismäßig hohen Anteil; seine Wähler kamen aus streng protestantischen Bauernkreisen, die bisher der DNVP nahestanden oder ihre Interessenpartei gewählt hatten<sup>50)</sup>. Eine breitere Basis in der rein evangelischen Kreisbevölkerung konnte diese Bewegung nicht erreichen, weil die große Mehrheit der Evangelischen keine enge Bindung zu ihrer Kirche besaß und von dieser Richtung her keine Bereitschaft bestand, eine Abwehrstellung gegen den Radikalismus zu beziehen<sup>51)</sup>.

Der weitere Rückgang der DNVP ist natürlich in erster Linie auf die Abspaltungen von der Partei im Reich zurückzuführen, von denen im Kreisgebiet allerdings nur der CSVD einige Bedeutung erhielt<sup>52)</sup>. Daneben darf aber für den Gießener Raum nicht übersehen werden, daß am 1. Mai 1930 der langjährige hessische Führer der deutsch-völkischen Bauernbewegung, Dr. Ferdinand Werner, seit 1921 Mitglied des Landtags und von 1924 bis 1928 deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, die Partei verließ und zur NSDAP übertrat<sup>53)</sup>. Dieser Schritt löste Jubel auf der einen, Enttäuschung und Beunruhigung auf der anderen Seite aus und trug 1930 und in der Folgezeit dazu bei, daß viele seiner Anhänger ebenfalls zur Hitlerbewegung übergingen. Da Professor Dr. Werner auch in den Kreisen der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei und im Hessischen Landbund großes Vertrauen besaß, wurden auch diese Gruppen bald von dem Sog zur NSDAP erfaßt.

Trotzdem spricht es für die konservative Haltung der Landbevölkerung im Kreis, daß sowohl die NSDAP als auch die KPD noch 1930 prozentual niedriger lagen als in der Stadt Gießen, im Land und im Reich. (Siehe Karte Nr. 6.)

#### *b) Die Landtagswahlen vom 15. 11. 1931 und 19. 6. 1932*

Zwischen der Reichstagswahl des Jahres 1930 und der von 1932 wurden in Hessen noch einmal 2 Landtagswahlen durchgeführt<sup>54)</sup>.

Sie brachten als wichtigstes Ergebnis neben der starken Zunahme der NSDAP die völlige Aufreibung der Mittelparteien. Hatten diese bei der

---

<sup>49)</sup> Gespräch Rektor i. R. Krausch am 8. Dezember 1960. A. Dix: a. a. O., S. 44 f.

<sup>50)</sup> Gespräch Rechtsanwalt F. J. Zimmer am 14. November 1960. S. Neumann: a. a. O., S. 60 ff.

<sup>51)</sup> Über die Bedeutung reinkatholischer Gebiete für die Wählerentscheidung gegen Hitler siehe auch: G. Franz: „Politische Wahlen in Niedersachsen“, S. 46 und 59; J. Schauff: „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei“, Köln 1928.

<sup>52)</sup> Über Abspaltungen von der DNVP siehe: L. Bergsträsser: a. a. O., S. 235 ff.; S. Neumann: a. a. O., S. 60 ff.; E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 544 ff. und 750 ff.

<sup>53)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 127 f. Gespräch Prof. Dr. Werner am 20. und 27. August 1960.

<sup>54)</sup> Die erste (normale) Wahl vom 15. November 1931 war auf Grund einer Klage der Wirtschaftspartei vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt worden.

Novemberwahl 1931, damals noch jede für sich auftretend, im Kreis 5 236 Stimmen erhalten, so bekam im Juni 1932 die sogenannte „Nationale Einheitsliste“, zu der sich die politisch noch aktiven Reste des Landbundes, die DVP, die Volksrechtspartei, die Staatspartei, die Wirtschaftspartei und der Christlich-soziale Volksdienst zusammengeschlossen hatten, nur noch 1 333 Stimmen, was einem Verlust von etwa 80% entspricht.

Die Ergebnisse für die größeren Parteien im Kreis lauten <sup>55)</sup>:

	SPD	KPD	DNVP	NSDAP	Nation. Einheitsliste
15. 11. 1931	12 150	2 841	400	16 400	5 236
	32,8	7,7	1,1	44,3	14,1
19. 6. 1932	11 360	2 160	1 585	18 633	1 333
	32,4	6,2	4,5	53,2	3,7

Das schlechte Abschneiden des Landbundes bei der Novemberwahl — die Partei hatte nur noch 2 Abgeordnete erhalten — führte Anfang 1932 dessen restlose Zerschlagung durch die NSDAP herbei. Seine Führung erklärte ihre politische Neutralität; kurz darauf traten nationalsozialistische Funktionäre in den Vorstand ein und gaben durch diese „Unterwanderung“ der eigenständigen politischen Vertretung des Bauernturns in Hessen den Todesstoß <sup>56)</sup>. Auch auf diese Entwicklung hatte der Übertritt Dr. Werners zur NSDAP maßgebend eingewirkt. Erstaunlich ist der Stimmengewinn der DNVP in den Juniwahlen zum Landtag, weil die Partei im Landesdurchschnitt und in den Nachbarkreisen wiederum verloren hatte. Dies ist auf den Übertritt des Landbundabgeordneten Fenchel aus Ober-Hörgern zurückzuführen, der zu Beginn des Jahres 1932 erfolgte. Das hohe Ansehen, das Fenchel unter der bäuerlichen Bevölkerung seiner engeren Heimat genoß, ließ die Stimmzahlen der DNVP besonders im südlichen Teil des Kreises anschwellen <sup>57)</sup>:

	Eberstadt	Holzheim	Muschenheim	Langsdorf	Ober-Hörgern
1931	4	22	8	8	2
1932	43	142	35	54	105

Infolge der geringeren Wahlbeteiligung — rd. 2 000 Stimmen wurden weniger abgegeben — und dem Zuwachs der DNVP, können nicht alle Gewinne der NSDAP von den Mittelparteien herrühren; vielmehr ist es der Hitlerpartei gelungen, in geringerem Ausmaß auch Sozialdemokraten und Kommunisten zu sich herüberzuziehen. Die beiden Linksparteien verloren rd. 1 500 Stimmen und gingen auch prozentual um 1,9% zurück. Nach der Auflösung der selbständigen politischen Vertretung der Bauern — bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 war eine Bauernpartei im Kreis Gießen nicht mehr vorhanden — war der NSDAP eine günstige Ausgangsposition für die kommenden Wahlentscheidungen erwachsen. Es ist bezeichnend

<sup>55)</sup> Gießener Anzeiger vom 16. November 1931 und 20. Juni 1932 und eigene Errechnung. Kleinere Parteien blieben bei der Ausrechnung in Prozent unberücksichtigt.

<sup>56)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 164 f.

<sup>57)</sup> Gießener Anzeiger vom 16. November 1931 und 20. Juni 1932 und Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. Oktober 1960.



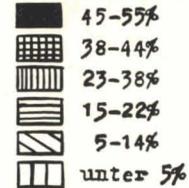
# STADT- u. LANDKREIS GIEßEN

Karte Nr. 7a

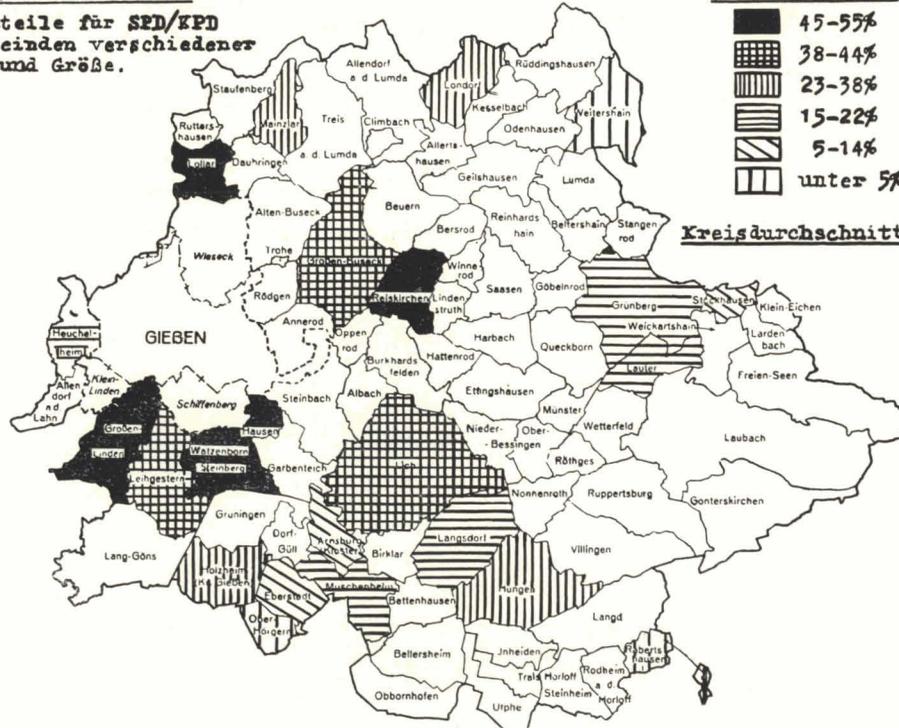
Reichstagswahl 6.11.1932

Stimmenanteile für SPD/KPD  
in 24 Gemeinden verschiedener  
Struktur und Größe.

Stimmenanteile:

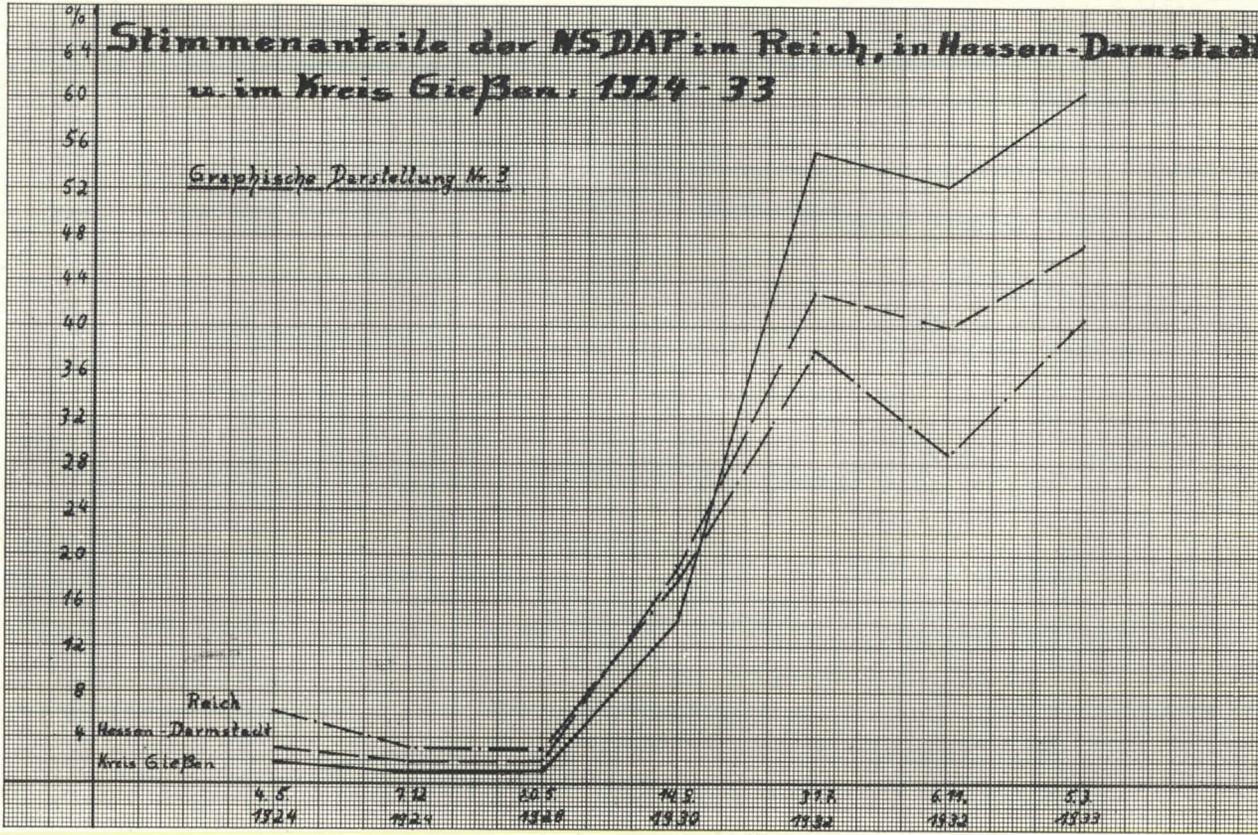


Kreisdurchschnitt: 38%

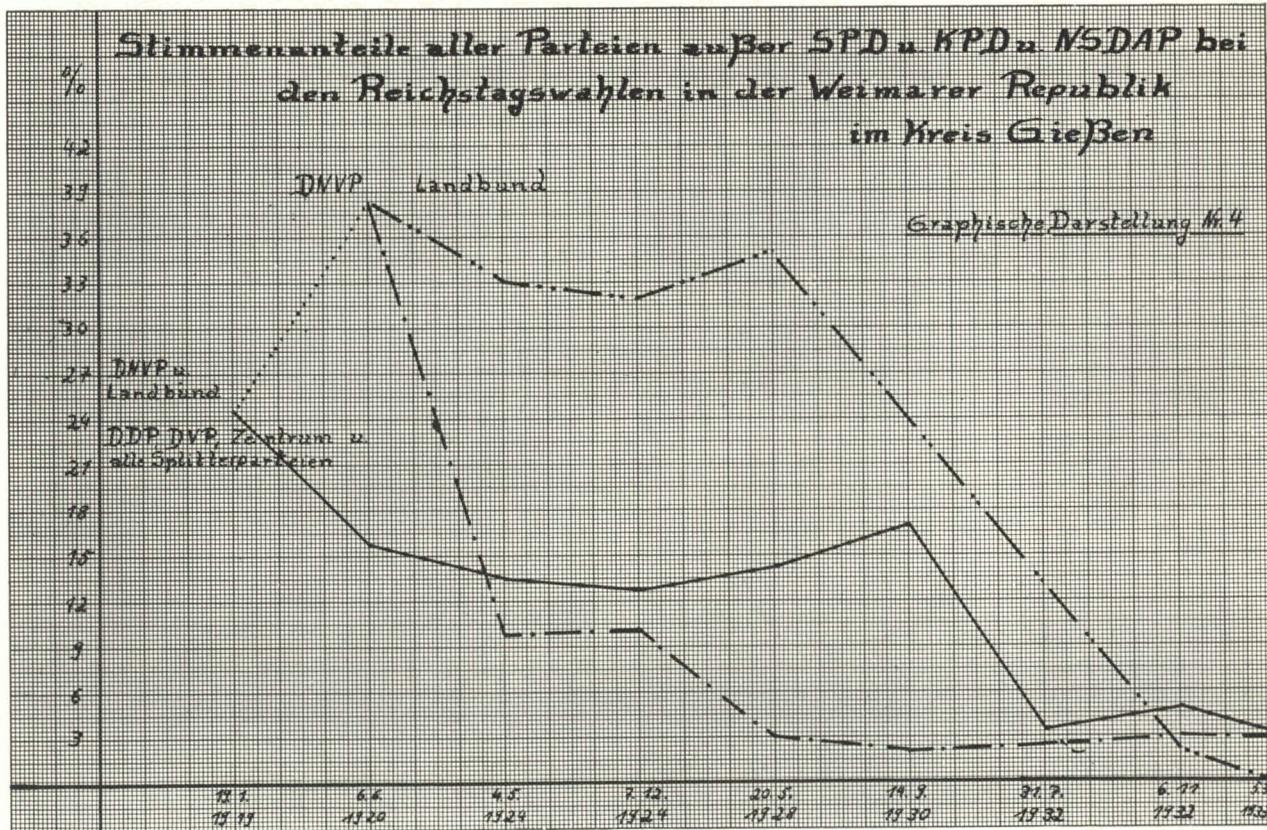


# Stimmenanteile der NSDAP im Reich, in Hessen-Darmstadt u. im Kreis Gießen, 1924-33

Graphische Darstellung Nr. 3



# Stimmenanteile aller Parteien außer SPD u KPD u NSDAP bei den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik im Kreis Gießen



für die seit 1890 im oberhessischen Raum entwickelte geistig-politische Haltung der Menschen, daß nach Aussage von nationalsozialistischen Bauernführern keine Parole der Hitlerbewegung so durchschlagskräftig war wie der Kampf gegen das Judentum; der alte Antisemitismus Böckelscher Prägung<sup>58)</sup>, latent immer vorhanden, durch die immer drückender werdende wirtschaftliche Krisensituation erneut ins unmittelbare Bewußtsein gehoben, bildete den nur allzu aufnahmebereiten Boden.

Für den von uns zu untersuchenden Raum ist der Antisemitismus des Nationalsozialismus und seiner bäuerlichen Redner und Führer einschließlich der Rassentheorie eine gradlinige Fortsetzung der deutsch-völkisch antisemitischen Bewegung der neunziger Jahre, deren Entwicklung im zweiten Teil dieser Arbeit kurz dargestellt wurde<sup>59)</sup>.

### c) Die Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1932

Das an größeren politischen Wahlen so reiche Jahr 1932 war durch die zweiten Präsidentenwahlen eingeleitet worden, die in 2 Wahlgängen am 13. März und am 10. April durchgeführt wurden.

Im 1. Wahlgang stellten sich der Kommunistenführer Thälmann — der Kandidat des Stahlhelms — einer der DNVP nahestehenden Frontkämpferorganisation — Duesterberg, der Führer der NSDAP, Hitler, und der bisherige Reichspräsident v. Hindenburg zur Wahl<sup>60)</sup>. Es war für die politische Konstellation der damaligen Zeit kennzeichnend, daß keine der demokratischen Parteien einschließlich der SPD es wagte, einen eigenen Kandidaten herauszustellen. Es entstand vielmehr die eigenartige Situation, daß v. Hindenburg nunmehr im wesentlichen von den Parteien gestützt wurde, die ihn 1925 als zu alt, reaktionär und politisch ungeeignet abgelehnt hatten. Daneben traten allerdings auch die DVP und außerparlamentarische Gruppen, wie z. B. der Jungdeutsche Orden, für v. Hindenburg ein, was sich besonders stark auf das Ergebnis in der Stadt Gießen auswirkte<sup>49)</sup>.

Diese „Notlösung“ war aber in der politischen Realität die einzige Möglichkeit, Hitler zu schlagen.

<sup>58)</sup> E. Schmah: a. a. O., S. 145 f.

<sup>59)</sup> Die mehrfach geäußerte Ansicht, daß der politisch und sozial begründete Antisemitismus der neunziger Jahre keinen Einfluß auf die Rassenlehre und den Antisemitismus des Nationalsozialismus gehabt habe — so z. B. E. G. Reichmann: „Flucht in den Haß“, Frankfurt 1956, und H. Grebing: „Der Nationalsozialismus“, 1960, S. 12 — müßte also eingehend für den oberhessischen Raum überprüft werden. Beide Untersuchungen stellen zu stark auf die Theorie der NSDAP ab und berücksichtigen zu wenig die Mentalität der Wähler, die in den Bestrebungen der Hitlerpartei eine Auferstehung der Ideen von Böckel und Köhler erblickten. Fr. Heymann: a. a. O., S. 269: „Phil. Köhlers politische Gedanken decken sich weitgehend mit den Ideen der NSDAP.“ Über den Zusammenhang der völkischen Bewegung vor dem ersten Weltkrieg mit dem Antisemitismus Hitlers und der Rassenlehre des Nationalsozialismus siehe auch: P. W. Massing: a. a. O., S. 106 ff. und 273 f.

<sup>60)</sup> Der 5. Kandidat, Winter, war eine nicht bestimmbare, völlig bedeutungslose Person.

Die Ergebnisse der beiden Wahlgänge im Kreis Gießen werden nachfolgend denen in der Stadt Gießen, der Provinz Oberhessen, dem Volksstaat Hessen und dem Reich gegenübergestellt <sup>61)</sup>:

Kreis Gießen						
	Beteil.	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Duesterberg	
1. Wahlg.	84,4	18 388 47,4	17 588 45,3	2 047 5,3	681 1,8	
2. Wahlg.	85,1	18 573 47,4	19 328 49,4	1 247 3,2	—	
Stadt Gießen						
	Beteil.	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Duesterberg	
1. Wahlg.	85,5	11 764 55,4	6 825 32,1	1 564 7,4	1 057 5,0	
2. Wahlg.	84,1	11 443 55,5	8 299 40,1	952 4,6	—	
Oberhessen						
	Beteil.	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Duesterberg	
1. Wahlg.	86,3	83 378 42,5	95 038 48,4	13 097 6,7	4 620 2,0	
2. Wahlg.	86,4	85 067 43,2	104 047 52,7	8 006 4,1	—	
Hessen-Darmstadt						
	Beteil.	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Duesterberg	
1. Wahlg.	86,2	51,5	33,8	12,7	2,0	
2. Wahlg.	84,7	53,2	38,2	8,6	—	
Deutsches Reich						
	Beteil.	Hindenburg	Hitler	Thälmann	Duesterberg	
1. Wahlg.	86,2	49,6	30,1	13,2	6,8	
2. Wahlg.	83,5	53,0	36,8	10,2	—	

Schon die Ergebnisse des 1. Wahlganges im Kreis Gießen sprechen eine deutliche Sprache. Die Bevölkerung war zu einem großen Teil zu Hitler übergegangen, dessen wohlklingende Propagandareden mit nationalem und antisemitischen Zungenschlag besonders in bäuerlichen und kleinstädtischen Kreisen Anklang fanden <sup>62)</sup>. Die beigegebene Karte zeigt anschaulich, daß sich der Kreis in seiner Entscheidung im 1. Wahlgang in zwei Teile spaltet. Im westlichen Kreisgebiet finden wir überwiegende Mehrheiten für Hindenburg, während im Ostteil des Kreises Hitler fast überall die absolute Mehrheit errang. (Siehe Karte 7.) Der 2. Wahlgang brachte im Gegensatz zu Land und Reich eine höhere Wahlbeteiligung, insbesondere in den kleineren Dörfern. Dies hat dazu beigetragen, daß Hitlers Stimmenzahl die Hindenburgs übertraf. Aus den Ergebnissen läßt sich erkennen, daß die Duesterberg-Wähler größtenteils zu Hitler übergegangen sind <sup>63)</sup>, während die Abwanderung der Thälmann-Wähler den beiden

<sup>61)</sup> Gießener Anzeiger vom 14. und 15. März 1932 und 11. und 12. April 1932 und eigene Errechnung. M. Hagmann: a. a. O., S. 38.

<sup>62)</sup> Das Auftreten Hitlers in Gießen, seine Übernachtung beim Grafen Solms in Laubach und seine große Kundgebung auf dem Hoherodskopf, dem Hausberg der Oberhessen, hatten ihre Wirkung nicht verfehlt.

<sup>63)</sup> E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 762. Duesterberg hatte dagegen seine Anhänger zur Wahl Hindenburgs aufgerufen, während Hugenberg, der Führer der DNVP, seinen Anhängern die Entscheidung in der Stichwahl freistellte.

Hauptkandidaten zu gleichen Teilen zukam<sup>64)</sup>. Dies hing meist davon ab, wie weit der kommunistische Wähler die politische Lage überschaute.

d) Die Reichstagswahlen des Jahres 1932

Die Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 und 6. 11. 1932 brachten für den Landkreis, die Stadt Gießen, den Wahlkreis Hessen-Darmstadt und das Reich folgende Ergebnisse<sup>65)</sup>:

		Kreis Gießen						
	Beteil.	SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	KPD
31. 7. 1932	87,7	14 016	150	421	468	986	22 642	1 929
		34,1	0,3	1,1	1,2	2,4	55,0	4,7
6. 11. 1932	83,6	11 748	159	476	671	1 153	20 723	3 105
		30,0	0,4	1,2	1,7	2,9	53,0	8,0
		Stadt Gießen						
	Beteil.	SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	KPD
31. 7. 1932	85,1	5 282	233	298	756	1 048	10 111	1 469
		25,5	1,1	1,4	3,6	5,1	49,0	7,1
6. 11. 1932	84,4	4 529	333	434	1 478	2 095	8 905	1 970
		21,4	1,5	2,6	7,0	9,9	42,2	9,3
		Hessen-Darmstadt						
	Beteil.	SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	KPD
31. 7. 1932	87,2	26,2	0,6	0,9	1,5	1,9	43,1	10,2
		23,3	0,7	1,2	3,0	3,0	40,2	13,7
6. 11. 1932	84,1	23,3	0,7	1,2	3,0	3,0	40,2	13,7
		23,3	0,7	1,2	3,0	3,0	40,2	13,7
		Deutsches Reich						
	Beteil.	SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	KPD
31. 7. 1932	84,1	21,6	1,0	1,0	1,2	5,9	37,4	14,5
		20,4	1,0	1,2	1,9	8,9	33,1	16,9
6. 11. 1932	80,6	20,4	1,0	1,2	1,9	8,9	33,1	16,9
		20,4	1,0	1,2	1,9	8,9	33,1	16,9

Betrachtet man das Ergebnis der Juliwahlen 1932 im Kreis Gießen, so springt sofort der außerordentliche Stimmengewinn der NSDAP ins Auge, der sowohl nach der allgemeinen politischen Situation im Reich als auch nach den besonderen Veränderungen, die sich im Kreis Gießen seit 1930 in der Parteienentwicklung vollzogen hatten, nicht unerwartet gekommen war. Der Anstieg von 15,1 auf 55,0% war aber doch überraschend, weil damit die Hitlerpartei — im Gegensatz zu 1930 — weit über dem Landes- und Reichsdurchschnitt stand.

Die völlige Aufreibung der Mittelparteien einschließlich der DNVP, das Verschwinden einer eigenen Partei des Bauernstandes und die stark gestiegene Wahlbeteiligung (von 72,2 im Jahr 1930 auf 87,7% im Jahr 1932) haben den Erfolg der NSDAP erleichtert. Die bäuerlichen und bürgerlichen Kreise waren in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Rausch der Hitlerbewegung erfaßt und erhofften sich Erlösung von vermeintlichen

<sup>65)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 434/II und 434/I. Gießener Anzeiger vom 1. August 1932 und 7. November 1932 und eigene Errechnung. Auf Wirtschaftspartei, Zentrum und viele andere kleinere Parteien wurde in der Aufstellung verzichtet. Die DDP hieß seit dem 27. Juli 1930 Deutsche Staatspartei.

<sup>64)</sup> E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 764.

oder tatsächlichen Notständen <sup>66)</sup>. Lediglich in Kreisen der Arbeiterschaft gelingt der Einbruch der NSDAP nur vereinzelt, und die massive Propaganda bleibt dort verhältnismäßig wirkungslos, so daß wir in den Arbeiterwohn- und Industriegemeinden um die Stadt Gießen bei beiden Wahlen des Jahres 1932 meist noch eine relative Mehrheit für SPD und KPD vorfinden. (Siehe Karte 7a.)

Es ist bemerkenswert, daß die SPD im Kreisgebiet auch in den Wahlen des Jahres 1932 einen wesentlich höheren Stimmenanteil behauptet als im Lande Hessen und im Reich <sup>67)</sup>. Dies darf vor allem darauf zurückgeführt werden, daß die Arbeiterbevölkerung der stadtnahen Kreisgebiete, in Abgrenzung gegenüber den Bürgern der Stadt und den Bauern auf dem Lande, ein eigenes Klassenbewußtsein entwickelt hatte. Die Auswirkung dieser Haltung auf den politischen Bereich bedeutete, daß der Arbeiter keine Partei wählte, die allzu stark von Kleinbürgern und Bauern bevorzugt wurde <sup>68)</sup>. Ein Abgleiten in das radikalere Fahrwasser der KPD verhinderte in den meisten Fällen der kleine Eigenbesitz, den die Pendelarbeiter im Heimatdorf besaßen. Nur dort, wo diese Bindungen weithin nicht mehr so stark waren, wie im Gießener Vorort Wieseck, konnte die KPD überdurchschnittliche Erfolge erzielen.

Die Novemberwahl 1932, die im Reich der NSDAP empfindliche Verluste brachte, konnte im Kreis Gießen die Partei Hitlers nicht erschüttern. Der Verlust von knapp 2 000 Stimmen dürfte zum größten Teil auf die geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen sein. Einige hundert Wähler sind auch zur gemäßigteren Rechten (DVP und DNVP) übergegangen.

Die KPD erhielt mit 3 105 Stimmen (8%) eine Stärke, die sie bei keiner anderen Wahl im Kreis Gießen vor 1933 oder nach 1945 erreichen konnte. Ihr prozentualer Gewinn entspricht ungefähr dem Verlust der SPD, doch konnten die Kommunisten durch eine intensive Parteiarbeit auch Jungwähler und enttäuschte Nationalsozialisten anziehen <sup>69)</sup>.

<sup>66)</sup> Siehe dazu: R. Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Berlin 1925, S. 77 ff. Über die tieferen Ursachen für Hitlers Aufstieg zur Macht ist genügend geschrieben und diskutiert worden; es kann im Rahmen dieser Arbeit darauf nicht näher eingegangen werden. Es sei hier nur auf einige Werke verwiesen: E. Eyck: „Geschichte der Weimarer Republik“, Zürich 1956; K. D. Bracher: „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Freiburg 1955; E. Matthias u. R. Morsey: „Das Ende der Parteien“, Düsseldorf 1960; Fr. Stampfer: „Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik“, Hamburg 1953.

<sup>67)</sup> Nur 6 von insgesamt 35 Wahlkreisen hatten am 31. Juli 1932 über 30% Stimmen für die SPD.

<sup>68)</sup> Gespräch Rechtsanwalt Dr. Schneider am 19. August 1960. Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. Oktober 1960.

<sup>69)</sup> Gespräch Krankenkassenangestellter W. Deeg am 12. Oktober 1960. Die KPD entfaltete vor allem in Gießen und seiner näheren Umgebung eine rege Tätigkeit. Der Antifaschistische Kampfbund hatte rd. 100 Mitglieder; außerdem bestand eine sehr aktive Studentengruppe, die von dem Dozenten Dr. Maier inspiriert war. E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 780 f. In diese umfassende Darstellung hat sich in bezug auf den Kreis Gießen ein Fehler eingeschlichen: Auf der im Umschlag wiedergegebenen bunten Karte der Wahlentscheidung vom 6. November 1932 in den politischen Kreisen des Deutschen Reiches wurde eine relative Mehrheit der NSDAP im Kreis Gießen dargestellt, während es in Wirklichkeit mit 53% eine absolute Mehrheit war.

Die Auflösung der Mitte wurde trotz geringer Gewinne, die diese kleinen Parteien und Interessengruppen verbuchen konnten, auch in der Novemberwahl nicht aufgehalten. Die folgende Übersicht zeigt, daß diese Entwicklung im Kreis Gießen besonders ausgeprägt war (siehe graphische Darstellung Nr. 4):

	SPD/KPD/NSDAP	Alle übrigen Parteien und Gruppen
Kreis	91,0%	9,0%
Stadt	72,9%	27,1%
Land	77,2%	22,8%
Reich	70,4%	29,6%

e) Die Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 und das Ende der Weimarer Republik

Die letzten Wahlen vor der formellen Errichtung der Diktatur, die ja schon unter Hitlers Regierung durchgeführt wurden, können nicht mehr als frei bezeichnet werden, da Funktionäre der Linksparteien entweder in Haft waren oder an der Ausübung der Redetätigkeit gehindert wurden <sup>70)</sup>.

Der Wahlausgang konnte unter diesen Bedingungen nicht zweifelhaft sein, zumal die innenpolitischen Vorgänge im Reich seit dem November 1932 dazu beigetragen hatten, die Opposition gegen Hitler mit und ohne Gewalt weiter einzuengen <sup>71)</sup>.

Kreis:	Bet.	SPD	DDP	CSVD	DVP	DNVP	NSDAP	KPD
	89,2%	11 491	140	457	526	1 190	25 744	2 185
		27,5	0,3	1,2	1,3	2,8	61,3	5,2
Stadt:	89,8%	4 353	369	373	931	1 933	11 571	1 700
		19,5	1,6	1,7	4,1	8,9	51,9	7,6
Land:	90,6%	21,7	0,8	1,0	1,7	2,9	47,4	10,9
Reich:	88,6%	18,3	0,9	1,0	1,1	8,0	43,9	12,3

Das Ergebnis des Kreises Gießen ist deshalb so erstaunlich, weil sowohl der Stimmenanteil der NSDAP als auch der von den Sozialdemokraten weit über dem Landes- und Reichsdurchschnitt lag. Dies beweist, daß trotz des massiven Druckes durch Terror und Propaganda der Einbruch der Hitlerpartei in die Arbeiterschaft nicht in dem erhofften Ausmaß gelungen war. Die Gewinne der NSDAP sind vielmehr wiederum in erster Linie auf die stark gestiegene Wahlbeteiligung zurückzuführen. Gerade auf den kleineren Dörfern wurden — nicht selten unter gewissem Druck — Menschen an die Wahlurne herangeführt, die bisher jeglicher Politik fern

<sup>70)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. August 1960. Gespräch Krankenkassenangestellter W. Deeg am 12. Oktober 1960.

<sup>71)</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 434/III. Gießener Anzeiger vom 6. März 1933 und eigene Errechnung.

Nur in 3 Gemeinden war die NSDAP am 5. 3. 1933 nicht die stärkste Partei:

Wieseck	(NS 28,2%	SPD 37,0%	KPD 32,3%	DNVP 0,7%)
Heuchelheim	(NS 44,3%	SPD 45,1%	KPD 5,7%	DNVP 1,5%)
Lollar	(NS 43,1%	SPD 44,4%	KPD 3,1%	DNVP 3,9%)

standen und meist bereitwillig das wählten, was man ihnen „nahelegte“<sup>72)</sup>. Natürlich hat die NSDAP auch Wähler aller anderen Parteien hinzugewinnen können, die mit Ausnahme der SPD und der KPD im Kreis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken waren.

Wie stark sich dieser Schwund seit der ersten Wahl von 1919 ausgewirkt hat, soll nachfolgend eine Übersicht veranschaulichen, die den Prozentsatz der Stimmen zeigt, den gewisse Parteigruppierungen am 6. 11. 1932 und am 5. 3. 1933 im Verhältnis zu ihrer Stimmzahl von 1919 noch erhalten haben<sup>73)</sup>:

	Sozialisten (SPD/KPD)	Liberales (DDP/DVP)	Konservative (DNVP/CSV/Bauern)
6. 11. 1932	94,8%	10,8%	27,7%
5. 3. 1933	87,4%	8,7%	20,4%

Mit der unter starkem Druck der Parteiorganisationen der NSDAP durchgeführten Volksabstimmung über Hitlers Politik vom 12. 11. 1933, die lediglich ein „ja“ oder ein „nein“ vorsah und die im Kreis Gießen bei 51 944 Ja-Stimmen noch 1 062 Nein-Stimmen und 581 ungültige Stimmzettel erbrachte<sup>74)</sup>, war deutlich geworden, daß unter Hitlers Regierung eine freie, geheime Wahl nicht mehr möglich war. Die Parteien waren bereits durch das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien vom 14. Juli 1933 aus dem Hitlerstaat verbannt worden. Nach dem Verbot der SPD vom 22. Juni 1933 lösten sich die übrigen Parteien bald danach selbst auf, meist um einer drohenden staatlichen Zwangsmaßnahme zu entgehen<sup>75)</sup>.

Ein kleiner Teil von SPD- und KPD-Mitgliedern nahm den illegalen Kampf gegen das Hitler-Regime auf und war vor allem in den stadtnahen Gemeinden Wieseck, Alten-Buseck, Trohe, Heuchelheim, Krofdorf, Wißmar und Lollar tätig<sup>76)</sup>. Mehrmals führte die Gestapo Razzien durch und nahm Verhaftungen vor, aber erst nach Zerschlagung einer kleineren Organisation kurz vor dem Krieg schloß der aktive Widerstand ein<sup>77)</sup>. Jetzt bestanden nur noch vertraute Hauskreise, die sich gegenseitige Hilfe leisteten, sich Nachrichten zuspielten und in innerem Widerstand die Zeit der Hitlerdiktatur zu überstehen versuchten. Mitglieder dieser Kreise

<sup>72)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. Oktober 1960. Gespräch Lok.-Führer H. Schäfer am 7. August 1960.

<sup>73)</sup> Eigene Errechnung an Hand der vorliegenden absoluten Stimmzahlen.

<sup>74)</sup> Gießener Anzeiger vom 13. November 1933.

<sup>75)</sup> Gespräch Rechtsanwalt J. F. Zimmer am 14. November 1960.

<sup>76)</sup> Gespräch Frau Maria Deeg am 10. Oktober 1960.

<sup>77)</sup> Nach Angabe von Frau Deeg wurden Ende 1933 und im November 1934 zahlreiche Verhaftungen von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern in Wieseck vorgenommen. Im Sommer des Jahres 1937 wurde die illegale Arbeit durch einige weitere Aktionen der Gestapo zum Erliegen gebracht. In Gießen entging 1934 Maria Sevenich, vor 1933 Kommunistin und nach 1945 Gründungsmitglied der CDU, in letzter Minute einer drohenden Verhaftung. Über die Tätigkeit Maria Sevenichs nach 1945 siehe auch: H. G. Wieck: „Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46“, Düsseldorf 1958, S. 54 und 57 f.

waren alte Sozialisten und Angehörige der Bekennenden Kirche, die in dieser Zeit oft zueinander fanden <sup>78)</sup>).

## 10. Zusammenfassung

Die Wahlen in der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 zeigen im Kreis Gießen — mit Ausnahme der ersten Wahl 1919 — bis zum Jahre 1928 zwei etwa gleichstarke Richtungen, von denen die eine von der SPD, die andere von der DNVP bzw. der bauerlichen Interessenpartei vertreten wird. Beide haben ihren starken Rückhalt in den Berufsgruppen der Arbeiter bzw. Bauern, neben denen das mittelständische Bürgertum und seine politischen Vertretungen relativ bedeutungslos bleiben. 1930 setzt der rapide Anstieg der Hitlerpartei ein, der im wesentlichen auf Kosten der Bauernvertretung und der bürgerlichen Parteien geht, während die SPD bis zuletzt verhältnismäßig gut dem massiven Druck standhält.

Da bei dem Fehlen des katholischen Bevölkerungsteils das Zentrum stets bedeutungslos blieb und die seit 1930 auftretende evangelische Partei, der Christlich-Soziale Volksdienst, ebenfalls keinen Rückhalt in der Bevölkerung fand, konnte die NSDAP schon Mitte 1932 bei den Landtags- und Reichstagswahlen die absolute Mehrheit im Kreis erringen, die sie im März 1933 auf 61,3% erhöhte. Das waren immerhin 17,4% mehr als im Reichsdurchschnitt. Gleichzeitig lag aber auch der Prozentsatz der SPD mit 27,5% noch um 9,3% über dem im Reich.

Neben diesen beiden großen politischen Gruppen ist eine dritte Kraft im Kreis während der Weimarer Republik nicht in bedeutender Stärke in Erscheinung getreten. Die politische Entwicklung unterscheidet sich in diesem Punkte sowohl von der Zeit vor dem 1. Weltkrieg als auch von der Zeit nach 1945, wo jeweils stärkere Kräfte neben zwei großen Parteien in Erscheinung traten.

Die kleineren demokratischen Parteien der Mitte und alle Interessengruppen, die bei den Reichstagswahlen der Weimarer Republik in immer größerer Zahl auftraten, erreichten im Kreis — abgesehen von der DDP 1919 — nie hohe Stimmenzahlen. Bei den letzten Wahlen wurden sie fast völlig aufgegeben, denn SPD/KPD/NSDAP/DNVP verfügten im Juli 1932 über 96,2% und im März 1933 über 96,8% aller gültigen Stimmen <sup>79)</sup>.

Abschließend soll eine Übersicht zeigen, in welchem starkem Ausmaß im Kreis Gießen die radikalen Kräfte gewachsen und gleichzeitig die staats-erhaltenden Parteien abgesunken sind. Dabei werden die KPD (bis 1920 USPD), die NSDAP und die DNVP als mehr oder weniger offen die parla-

---

<sup>78)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. Oktober 1960. Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. August 1960. Gespräch Pfarrer W. Gontrum am 22. August 1960. Die Kirchenwahlen, die Mitte 1933 innerhalb der evangelischen Kirche durchgeführt wurden, geben für den Kreis Gießen keinen Einblick in die Haltung der Bevölkerung, weil in der überwiegenden Mehrzahl Einheitslisten aufgestellt waren.

<sup>79)</sup> Eigene Errechnung nach den vorliegenden Wahlergebnissen.

mentarische Demokratie ablehnende Gruppen den Parteien der Weimarer Koalition gegenübergestellt <sup>80)</sup>.

	SPD/DDP/Zentrum		KPD (USPD)/NSDAP/DNVP	
	Kreis	Reich	Kreis	Reich
1919	65%	76%	29%	18%
1920	40%	44%	52%	34%
1924	39%	40%	19%	39%
1924	46%	46%	15%	33%
1928	46%	47%	8%	28%
1930	45%	40%	21%	38%
1932	35%	35%	62%	58%
1932	31%	33%	64%	59%
1933	28%	30%	69%	64%

<sup>80)</sup> Die Zahlen für das Reich sind entnommen: E. Matthias u. R. Morsey: a. a. O., S. 17 f. Für den Kreis Gießen wurden die Prozentzahlen nach den vorliegenden Wahlergebnissen berechnet. Alle Zahlen sind abgerundet.

Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag und den beiden letzten Landtagen im Kreis Gießen von 1919—1933

Wahlen	Wahlbeteiligung	SPD	USPD	KPD	NSDAP	DNVP	DDP	DVP	Land- bzw. Bauernbund	Ev. Beweg. christl.-sozialer Volksd.	Zentrum	Wirtsch.-Partei
Verfass. Nationalvers. 19. 1. 1919	82,1	14 418 45,7	1 237 3,9	—	—	8 304 25,7	6 141 19,5	1 539 4,9	mit DNVP	—	104 0,3	—
Reichstag 6. 6. 1920	77,3	10 087 33,3	4 143 13,6	8	—	11 595 38,5	2 122 7,0	2 208 7,3	mit DNVP	—	101 0,3	—
Reichstag 4. 5. 1924	73,4	10 213 34,0	—	1749 5,8	749 2,4	3 236 10,6	1 506 5,0	1 808 6,0	9 992 33,1	—	145 0,5	—
Reichstag 7. 12. 1924	74,3	12 138 40,0	—	757 2,5	374 1,2	3 250 10,7	1 847 6,1	2 183 7,2	9 675 32,0	—	90 0,3	—
Reichstag 20. 5. 1928	60,1	10 766 41,0	—	786 2,9	481 1,8	789 3,0	1 108 4,2	1 592 6,7	9 289 35,6	—	118 0,4	288 1,1
Reichstag 14. 9. 1930	72,2	13 732 40,0	—	1 322 3,8	5 227 15,1	689 2,0	1 699 4,9	1 305 3,7	7 783 22,5	1 549 4,5	162 0,5	709 2,1
Landtag 15. 11. 1931		12 150 32,8	—	2 841 7,7	16 400 44,3	400 1,1			5 236 14,1			
Landtag 19. 6. 1932		11 360 32,4	—	2 160 6,2	18 633 53,2	1 585 4,5			1 333 3,7			
Reichstag 31. 7. 1932	87,7	14 016 34,1	—	1 929 4,7	22 642 55,0	986 2,4	150 0,3	488 1,2	—	421 1,1	235 0,5	63 0,1
Reichstag 6. 11. 1932	83,6	11 748 30,0	—	3 105 8,0	20 723 53,0	1 153 2,9	159 0,4	671 1,7	692 1,8	476 1,2	208 0,5	23 0,1
Reichstag 5. 3. 1933	89,2	11 491 27,5	—	2 185 5,2	25 744 61,3	1 190 2,8	140 0,3	526 1,3	36 0,1	457 1,1	191 0,4	—

In dieser Aufstellung sind die 1939 in die Stadt Gießen eingemeindeten Orte Wieseck und Klein-Linden berücksichtigt, während Gießen selbst und 7 Gemeinden des ehemaligen Kreises Schotten um Laubach außer Betracht blieben.

Die Ergebnisse der politischen Wahlen im Kreis Gießen 1946—1960

Wahlen	Wahlberechtigt	Gültige Stimmen	Ungültige Stimmen	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	LDP FDP	KP	BHE	NDP FVP/DP	GVP BGD	Christl. u. Oberpart. Landvolk	Freie Wählervereinig.	DRP
Kreistag 28. 4. 1946	47 481	32 180 96,5	1 162 3,5	70,4	16 401 51,0	4 213 13,1	1 139 3,5	1 788 5,6	—	—	—	8 639 26,8	—	—
Verfass. Landesvers. 30. 6. 1946	49 065	32 560 96,0	1 335 4,0	69,4	17 672 50,8	11 916 41,2	1 327 3,9	1 645 4,1	—	—	—	—	—	—
Landtag 1. 12. 1946	55 726	36 192 92,5	2 918 7,5	70,2	19 074 52,7	9 630 26,6	5 251 14,5	2 237 6,2	—	—	—	—	—	—
Kreistag 25. 4. 1948	66 747	51 502 92,3	4 293 7,7	83,6	20 442 39,7	11 025 21,4	12 284 23,8	2 466 4,8	—	5 285 10,3	—	—	—	—
Bundestag 14. 8. 1949	69 604	51 997 95,8	2 292 4,2	78,0	14 852 28,6	4 303 8,3	18 633 35,8	1 844 3,5	—	—	—	—	12 365 23,8	—
Landtag 19. 11. 1950	69 731	44 698 96,5	1 605 3,5	66,4	18 880 42,3	5 595 12,5	18871 mit BHE 42,2	1 352 3,0	—	—	—	—	—	—
Kreistag 4. 5. 1952	69 329	55 604 95,0	2 904 5,0	84,4	20 981 37,8	5 242 9,4	16636 m. Landv. 29,9	1 513 2,7	11 232 20,2	—	—	—	—	—
Bundestag 6. 9. 1953	68 445	58 169 96,9	1 861 3,1	87,7	21 136 36,3	11 285 19,4	14 643 25,2	718 1,2	8 792 15,1	620 1,1	975 1,7	—	—	—
Landtag 28. 11. 1954	68 274	55 632 98,0	1 149 2,0	83,2	24 517 44,1	6 656 12,0	14 206 25,5	1 280 2,3	8 710 15,6	263 0,5	—	—	—	—
Kreistag 28. 10. 1956	68 637	53 230 95,9	2 251 4,1	80,8	25 267 47,5	16 216 30,5	—	—	8 818 16,5	siehe CDU/FDP	—	2 921 5,5	—	—
Bundestag 15. 9. 1957	68 716	59 761 95,6	2 724 4,4	90,6	23 129 38,7	19 318 32,3	5 237 8,8	—	6 170 10,3	4 994 8,4	80 0,1	—	—	833 1,4
Landtag 23. 11. 1958	69 128	57 886 98,3	978 1,7	85,3	27 150 46,8	12 132 20,9	6 663 11,5	—	8 423 14,5	3 287 5,7	—	—	—	331 0,6
Kreistag 23. 10. 1960	69 227	56 865 96,8	1 907 3,2	84,9	27 646 48,6	9 477 16,7	9 239 m. Landv. 16,2	—	7 367 13,0	1 372 2,4	—	1 764 3,1	—	—

# IV.

## Die politische Entwicklung im Kreis Gießen nach 1945

### 1. Die Lage nach dem Zusammenbruch des Hitlerstaates und der Wiederaufbau der Verwaltung

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates bzw. dem Einrücken der amerikanischen Armee waren die äußeren Bedingungen für eine freie politische Betätigung noch nicht gegeben. Das verhinderten zunächst die dem verständlichen Mißtrauen der Siegermächte gegenüber dem deutschen Volk entsprungene Kontrollratsbestimmungen. Hinzu kam die durch den vollständigen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch bedingte Apathie der Bevölkerung, sich in irgendeiner Form am öffentlichen Leben zu beteiligen. Die Anzahl der Menschen, die angesichts dieser Situation sich bereitfanden, wieder politisch aktiv zu werden und Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, war außerordentlich gering. Das lag allerdings auch vielfach daran, daß es nur wenige Bürger gab, die keine Bindungen zur NSDAP oder ihren verschiedenen Organisationen gehabt hatten.

Die letzten Ergebnisse freier, demokratischer Wahlen hatten ja gezeigt, mit welcher großer Mehrheit die Bevölkerung des Kreisgebietes sich Hitler überantwortet hatte. Es waren nur wenige alte Sozialisten und mit ihnen Bekenntnischristen beider Konfessionen, die sich in passiven Widerstandskreisen heimlich getroffen hatten, um das Ideal einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung in der Zeit der Unterdrückung zu bewahren<sup>1)</sup>.

So konnte auch im Kreis Gießen der Wiederaufbau der Verwaltung und der Neubeginn eines freiheitlich politischen Lebens nur sehr zögernd und unter größten Schwierigkeiten in Gang gebracht werden.

Der Besetzung des Kreisgebietes Ende März/Anfang April 1945, die im großen und ganzen unblutig verlief, folgten zunächst Wochen der Unsicherheit und Not, in der eine einheitliche Verwaltung des Kreises nicht vorhanden war. In den einzelnen Gemeinden hatten unbelastete Persönlichkeiten — oft alte Sozialdemokraten oder Kommunisten, aber auch Vertreter des Bürgertums — als Leiter von antifaschistischen Ausschüssen die Bürgermeisterposten übernommen, was allerdings nur mit ausdrücklicher Billigung der amerikanischen Besatzungsoffiziere erfolgen durfte.

<sup>1)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 11. 7. 1960. Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. 10. 1960. Gespräch Verwaltungsangestellter W. Deeg am 12. 10. 1960.

Die Vereidigung dieser berufenen — noch nicht gewählten — Bürgermeister fand am 6. Juli 1945 in der Turnhalle zu Grünberg statt<sup>2)</sup>. Nach einem Aufruf des Landrats Dr. Wagenbach an die amtierenden Bürgermeister, sich Beigeordnete und Gemeinderäte zu berufen, erfolgte am 12. August 1945 die erste Einführung eines Gemeinderats im Beisein des Landrats in Leihgestern<sup>3)</sup>.

Auch die Verwaltung des Kreisgebietes war inzwischen langsam in Gang gekommen. Erster Landrat nach dem zweiten Weltkrieg wurde der am Landratsamt tätige Regierungsrat Theodor Weber, der aber infolge Erreichens der Altersgrenze schon am 30. Mai 1945 aus dem Dienste schied<sup>4)</sup>. Zu seinem Nachfolger wurde der von antifaschistisch-demokratischen und kirchlichen Kreisen vorgeschlagene Diplomvolkswirt Dr. Wagenbach ernannt, der am 1. 6. 1945 seinen verantwortungsvollen Dienst antrat<sup>5)</sup>. Er blieb etwa ein Jahr im Amt, bis durch die inzwischen gewählten Kreistagsabgeordneten ein neuer Landrat gewählt wurde<sup>6)</sup>.

Mit Dr. Wagenbach stand in jener Notzeit ein Mann an der Spitze der Kreisverwaltung, der mit äußerster Tatkraft und großem Geschick nicht nur bedeutende organisatorische Leistungen vollbrachte, sondern sich darüber hinaus bemühte, auch zum Wiederaufbau des geistigen und kulturellen Lebens beizutragen<sup>7)</sup>. In einer grundlegenden Ansprache „Unsere Lage — unsere Aufgabe“, die er anlässlich der Berufung von Beigeordneten und Ratsmitgliedern im August 1945 in Grünberg gehalten hatte, rief Dr. Wagenbach die gesamte Bevölkerung zur Besinnung und zum tatkräftigen Wiederaufbau auf<sup>8)</sup>.

Eine der ersten Amtshandlungen Dr. Wagenbachs war die Gründung eines Hilfswerks für politische Gefangene des NS-Regimes, das viel persönliche Not lindern half<sup>9)</sup>. Es wurde im Herbst 1945 durch einen Kreisarbeitsausschuß des Hessischen Hilfswerks ergänzt; in ihm waren 20 Männer und 8 Frauen tätig<sup>10)</sup>. Anfang November 1945 berief der Landrat einen vorläufigen Kreisausschuß, der ihm bei der Beratung der Kreisangelegenheiten zur Verfügung stehen sollte. 21 Männer und 3 Frauen aller Berufsschichten und politischen Gruppen waren in diesem Gremium ver-

---

<sup>2)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 2, vom 11. 7. 1945.

<sup>3)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 1, vom 15. 6. 1945; Nr. 5, vom 17. 8. 1945.

<sup>4)</sup> Gespräch Regierungsrat i. R. Th. Weber am 15. 10. 1960. Weber gehörte der Bekennenden Kirche an und war der amerikanischen Militärbehörde als politisch unbelastet für den Posten des Landrats empfohlen worden.

<sup>5)</sup> Gespräch Landrat Dr. Wagenbach am 17. 8. 1960.

<sup>6)</sup> Dr. Wagenbach ging im Juli 1946 als Landrat des Main-Taunus-Kreises nach Höchst (Main), wo er noch heute in dieser Eigenschaft tätig ist.

<sup>7)</sup> Nach einem Vortrag des Gießener Architekten Dirksmöller, den die Giessener Freie Presse am 8. 2. 1948 veröffentlichte, soll General Eisenhower im Jahre 1946 geäußert haben, Dr. Wagenbach sei der beste Landrat der US-Zone.

<sup>8)</sup> Aus persönlichen Akten Dr. Wagenbachs. Die Ansprache wurde trotz großer Schwierigkeiten gedruckt und unter die Bevölkerung des Kreises verteilt.

<sup>9)</sup> Aus den persönlichen Akten Dr. Wagenbachs.

<sup>10)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 9, vom 15. 10. 1945. Die Namen der Ausschußmitglieder sind dort veröffentlicht.

treten<sup>11)</sup>. Dr. Wagenbach begründete ferner noch im Jahre 1945 einen Bürgermeisterversammlung für den Landkreis Gießen und rief eine Arbeitsgemeinschaft oberhessischer Landkreise ins Leben. Beide Organisationen dienten der Koordinierung des Verwaltungsaufbaus<sup>12)</sup>.

## 2. Die Neubildung politischer Parteien

Der Wieder- bzw. Neugründung politischer Parteien waren zunächst noch durch die alliierten Gesetze und Kontrollratsbeschlüsse Schranken gesetzt. Doch hatten schon kurz nach dem Einrücken der Amerikaner politisch aktive Kräfte die Initiative zum Neubeginn ergriffen. Der stärkste Impuls ging dabei von der Stadt Gießen aus. Hier waren es vor allem ehemalige SPD- und KPD-Mitglieder, die in der Hitlerzeit Verbindung untereinander gehalten hatten und keiner Organisation der NSDAP beigetreten waren. Von seiten früher liberaler oder rechtsstehender Kreise wurden dagegen in diesem Anfangsstadium noch keine Schritte zu politischem Neubeginn unternommen, vor allem, weil in erster Linie dort die Anlehnung und das Engagement an den Nationalsozialismus sehr eng gewesen waren.

Die ersten noch geheimen Zusammenkünfte — mehr als 5 Personen durften sich nicht versammeln — fanden in Wohnungen statt und wurden meist von ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam abgehalten<sup>13)</sup>. Alle Bemühungen, zu einer festen Organisation zu kommen, scheiterten aber zunächst an den Verboten der Militärregierung. Am 20. Juni 1945 mußte der Landrat dem späteren SPD-Abgeordneten Dr. Gumbel auf dessen Anfrage vom 16. Juni mitteilen, daß weder er noch der Gießener Oberbürgermeister Dr. Dönges mit Vertretern der SPD und KPD Verhandlungen führen dürfe, weil alle Organisationen und die politischen Parteien verboten seien<sup>14)</sup>.

Am 6. August 1945 ließen die amerikanischen Besatzungsbehörden eine Erklärung veröffentlichen, nach der „demnächst“ Parteien gegründet werden dürften. Aber erst am 15. September lockerte die Militärregierung von Hessen das Verbot und gab Richtlinien heraus, die unter gewissen Bedingungen die Bildung politischer Parteien gestatteten<sup>15)</sup>. In einem Tätigkeitsbericht des Landrats für September wird davon gesprochen, daß die politische Aktivität vor allem in sozialistischen Kreisen der Arbeiterschaft wachse, während unter der bäuerlichen Bevölkerung kaum Interesse für Politik bestehe<sup>16)</sup>.

<sup>11)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 11, vom 2. 11. 1945. Die Namen der Ausschußmitglieder sind dort veröffentlicht.

<sup>12)</sup> Gespräch Dr. Wagenbach am 17. 8. 1960.

<sup>13)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. 8. 1960. Gespräch Maria Deeg am 10. 10. 1960.

<sup>14)</sup> Schriftliche Mitteilung von Dr. Wagenbach vom 13. 9. 1960.

<sup>15)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 7, vom 20. 9. 1945.

<sup>16)</sup> Schriftliche Mitteilung von Dr. Wagenbach vom 13. 9. 1960.

Von vorbereitenden Besprechungen über die Neubildung von Parteien bzw. ihre offizielle Gründung nach dem 15. September 1945 liegen nach Auskunft aller befragten Personen keinerlei schriftliche Aufzeichnungen vor<sup>17)</sup>. Wir sind daher bei der Darstellung der Ereignisse, die zur Bildung von Parteien bzw. parteiähnlichen Organisationen führten, weitgehend auf die mündlichen Mitteilungen der noch lebenden Beteiligten angewiesen.

#### a) Die Wiedergründung der SPD

Bereits am 30. März 1945 — einen Tag nach dem Einmarsch der Amerikaner — kamen in der Wohnung von Heinrich Wilker in Gießen, Frankfurter Straße 5, ehemalige Angehörige der SPD und KPD zusammen, die über einen neuen politischen Weg gemeinsam beraten wollten. Man gründete einen antifaschistischen Ausschuß und hielt ständig Kontakt miteinander. In einer trotz strikten Verbotes der Militärregierung einberufenen Versammlung, die im Mai 1945 in der Wiesecker Schule durchgeführt wurde und an der über 100 Personen teilnahmen, dehnte man den Antifa-Ausschuß auf den Landkreis Gießen aus<sup>18)</sup>.

Die Bemühungen ehemaliger SPD- und KPD-Mitglieder waren unter dem Eindruck der durch den Nationalsozialismus erlittenen Verfolgungen zunächst darauf gerichtet, eine gemeinsame Arbeiterpartei ins Leben zu rufen. Trotz ständiger Überwachung und zeitweiliger Verhaftungen fanden immer wieder illegale Zusammenkünfte und Sitzungen statt, die meist paritätisch von ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt waren<sup>19)</sup>. Die gemeinsamen Bemühungen sozialistischer Kräfte waren in jenen ersten Wochen noch nicht von außerhalb beeinflusst. Im Laufe des Monats Mai wurde noch ernsthaft über einen Zusammenschluß der beiden Parteien verhandelt<sup>20)</sup>. Erst im Juni lockerten sich die engeren Bindungen. Es waren vor allem ehemalige Sozialdemokraten, die bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit doch den radikalen Weg einer Einheitspartei der Arbeiterklasse ablehnten<sup>21)</sup>. Es spielten dabei zweifellos auch schon Weisungen eine Rolle, die man höheren Orts ausgab; maßgebenden Einfluß hatten dabei das rücksichtslose Vorgehen der Roten Armee im Flüchtlingsstrom und die harte Besatzungspolitik in Mitteldeutschland.

Die ehemaligen SPD-Mitglieder gingen nunmehr eigene Wege. Auf Initiative des schon vor 1933 in der aktiven Arbeit seiner Partei stehenden Dr. Gumbel erfolgte dann Anfang Juli in dessen Wohnung die inoffizielle Neugründung der SPD unter Anwesenheit von etwa 8 ehemaligen SPD-Mitgliedern<sup>22)</sup>. Die Arbeit mußte zunächst illegal fortgesetzt werden;

<sup>17)</sup> Auch E. Wiele (a. a. O., S. 12) konnte bei der Bearbeitung der Stadt Gießen keine schriftlichen Aufzeichnungen ermitteln. Über die Entwicklung der Parteien im größeren Rahmen siehe die Arbeiten von H. G. Wieck und M. G. Lange.

<sup>18)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 18. 10. 1960.

<sup>19)</sup> Gespräch Frau Maria Deeg am 10. 10. 1960.

<sup>20)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 41.

<sup>21)</sup> Gespräch Verleger Adolf Weller am 24. 8. 1960.

<sup>22)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 41.

aber als dann im September 1945 die Wiederzulassung politischer Gruppen durch die Besatzungsmacht erlaubt wurde, konnte am 23. September 1945 in einer Feierstunde in Wieseck die SPD für den Gießener Raum offiziell wiedergegründet werden<sup>23)</sup>. Der interne Parteiapparat war inzwischen bereits so gut organisiert worden, daß sich die SPD innerhalb weniger Wochen auf das gesamte Kreisgebiet ausdehnen konnte<sup>24)</sup>. Auf den Dörfern wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten. Am 9. November 1945 eröffnete die SPD als erste Partei in Gießen ein eigenes Sekretariat<sup>25)</sup>. Zum Ersten Vorsitzenden wurde der jetzige Gießener Stadtälteste J. Maier gewählt. Als Parteisekretär führte H. Schäfer aus Londorf die Geschäfte vom 1. November 1945 bis 1. März 1948. Er verstand es, mit Hilfe der alten Kader der SPD eine breite Grundlage im Kreis zu schaffen. So gerüstet, konnte die Partei den ersten Wahlen des Jahres 1946 getrost entgegensehen<sup>26)</sup>.

#### b) Die Gründung der CDU

Im Gießener Raum hatten — zunächst völlig unabhängig voneinander, aber aus den gleichen Beweggründen — schon bald nach der Besetzung durch die Amerikaner die heutigen Bundestagsabgeordneten Pfarrer Gontrum und Dr. Martin Verbindung zu Menschen gesucht, die aus rechtsstaatlichem Denken und positiv christlicher Einstellung auf politischem Gebiet einen neuen Weg gehen wollten. Im Gießener Raum waren es — im Gegensatz zu der Entwicklung in anderen deutschen Landesteilen<sup>27)</sup> — gerade jüngere evangelische Kräfte, die die Gründung einer christlichen Partei anstrebten. Ihnen gesellten sich bald andere evangelische und dann auch katholische Christen zu, die im inneren Widerstand gegen das Hitlerregime zueinander gefunden hatten und nun diese Gemeinschaft fortsetzen wollten. Die Initiative zur Sammlung dieser Kräfte ging von Fr. Reinhard aus<sup>28)</sup>.

Pfarrer Gontrum, seit 1935 in Watzenborn-Steinberg tätig, hatte schon während des Hitlerreiches vertraute Kreise aus seiner Kirchengemeinde um sich gesammelt, mit denen er gleich nach dem Zusammenbruch ein eigenes politisches Programm in 15 Punkten zur Gründung einer „Christlich-demokratischen Partei“ entwickelte<sup>29)</sup>.

<sup>23)</sup> Marburger Presse, 1. Jg., Nr. 1, vom 25. 9. 1945. Bei der Gründungsfeier hielt der spätere Landrat Benner eine Rede.

<sup>24)</sup> Gespräch Bundesbahnangestellter H. Schäfer am 7. 8. 1960.

<sup>25)</sup> Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen vom 9. 11. 1945.

<sup>26)</sup> Gespräch Bundesbahnangestellter H. Schäfer am 7. 8. 1960.

<sup>27)</sup> Über die Entstehung der CDU siehe: H. G. Wieck: „Die Entstehung der CDU und Die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945“, Düsseldorf 1953, S. 37–57; M. G. Lange: „Parteien in der Bundesrepublik“, Stuttgart 1955, S. 6 f.

<sup>28)</sup> Gespräch Dr. Martin am 13. 8. 1960. Fr. Reinhard war kurz nach dem Zusammenbruch im Darmstädter Raum durch Maria Sevenich für die aktive Arbeit im Sinne einer christlichen Partei gewonnen worden.

<sup>29)</sup> Gespräch Pfarrer Gontrum am 22. 8. 1960. Gespräch Landwirt K. G. Philipp am 21. 8. 1960. Dieser Parteiname wurde in Watzenborn-Steinberg noch bis Anfang 1946 beibehalten.

Inzwischen war der sogenannte „Frankfurter Kreis“, dem u. a. der spätere stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hilpert, der Schriftsteller und Publizist Walter Dirks und Prof. Eugen Kogon angehörten<sup>30)</sup>, mit einer Denkschrift zur Gründung einer christlichen Partei an bekannte Persönlichkeiten des Bürgertums in Gießen herangetreten. Dr. Martin nahm diese Verbindung auf und von Juli bis Oktober fanden sich Mitglieder der Bekennenden Kirche, Männer aus der alten DVP und dem Christlich-Sozialen Volksdienst, frühere Anhänger des Zentrums und andere Bürger öfter zusammen und gründeten am 17. 11. 1945 im Kunstwissenschaftlichen Institut zu Gießen eine Ortsgruppe der CDU, die durch das Hinzutreten der Gruppe um Pfarrer Gontrum zugleich auch ihre Organisation auf das Kreisgebiet ausdehnte<sup>31)</sup>.

Ein von außen noch unbeeinflusstes Programm der neuen Partei verkündete 10 Thesen, die ihre Anziehungskraft auf das Bürgertum nicht verfehlten und zahlreiche Anmeldungen im Gefolge hatten. Es stießen auch deswegen viele Menschen zu dieser neuen Partei, weil sie zunächst das einzige Gegengewicht der bürgerlichen Seite gegen die im Jahre 1945 mit Macht auftretenden Antifa-Ausschüsse zu sein schien<sup>32)</sup>. Während die Arbeit der CDU in der Stadt gute Fortschritte machte, fand sie im Kreis — mit Ausnahme von Watzenborn-Steinberg — kaum Anklang und konnte dort ihre Organisation nur geringfügig ausbauen<sup>33)</sup>.

#### c) Die Gründung der LDP

Wesentlich schwerer hatte es die LDP, zu einer Parteiorganisation zu kommen. Auch hier ging die Initiative von der Kreisstadt Gießen aus, wo sich schon im Laufe des Oktober frühere Mitglieder der DDP und der DVP zusammengefunden hatten und in einer Versammlung am 3. November 1945 die „Demokratische Partei“ Gießen gründeten<sup>34)</sup>. Die Anfangsschwierigkeiten waren besonders deswegen so groß, weil im bürgerlichen Lager entweder die Bereitschaft fehlte, wieder am politischen Leben teilzunehmen, oder aber die Belastungen aus der jüngsten Vergangenheit eine politische Tätigkeit untersagten.

In verstärktem Maße trafen diese Schwierigkeiten für den Landkreis Gießen zu, wo die Demokratische Partei bei den Kommunalwahlen im Januar 1946 nur in Hausen mit einer eigenen Liste auftreten konnte, weil sich dort Männer fanden, die in einer solchen Partei ein Gegengewicht zur SPD sahen<sup>35)</sup>. Auch in dem Landstädtchen Laubach war eine

---

<sup>30)</sup> H. G. Wieck: a. a. O., S. 37 ff.

<sup>31)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Dr. Martin am 13. 8. 1960. Mitteilung Frh. Reinhard, Gießen.

<sup>32)</sup> Gespräch Landwirt K. G. Philipp am 21. 8. 1960.

<sup>33)</sup> Marburger Presse vom 25. 11. 1945. In Gießen eröffnete die CDU am 23. 11. 1945 eine Geschäftsstelle.

<sup>34)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 43.

<sup>35)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

größere Bereitschaft zum Aufbau einer Demokratischen Partei vorhanden. Hier wurde am 1. Januar 1946 eine Ortsgruppe gegründet, der 17 Mitglieder beitraten. Es waren in erster Linie frühere Rechtskreise aus DVP und DNVP, Mitläufer der NSDAP und junge Menschen, die der SPD eine politische Kraft entgegenstellen wollten<sup>36)</sup>. Um so erstaunlicher ist es, daß in den erhaltenen Protokollen der ersten Sitzungen dieser Ortsgruppe deutliche Sozialisierungstendenzen zu verspüren sind, die zur damaligen Zeit ohne Einfluß von außen im Kreise der ersten Mitglieder erörtert wurden. Die Ortsgruppe in Laubach hat sich übrigens über alle Höhen und Tiefen der FDP hinweg bis auf den heutigen Tag stabil erhalten und zählte Ende 1960 25 Mitglieder<sup>37)</sup>.

Doch blieben diese Erfolge Einzelercheinungen, und die Demokratische Partei hatte auch nach ihrem Anschluß an die hessische LDP, der am 1. Februar 1946 erfolgte<sup>38)</sup>, noch über zwei Jahre im Landkreis zu kämpfen, ehe sie zu größeren Wahlerfolgen kommen konnte. Für die Wahlen des Jahres 1946 war die Partei noch nicht so organisiert, daß sie mit höheren Stimmenzahlen hätte rechnen können.

#### d) Die Wiedergründung der KPD

Nach dem Scheitern des von ehemaligen KPD-Mitgliedern immer wieder geforderten „Zusammenschlusses der Arbeiterklasse“ in einer einzigen Partei wurden im Spätherbst 1945 die ersten größeren Versammlungen der KPD als eigenständiger Partei abgehalten. Im Laufe des November erfolgte die offizielle Neugründung für den Raum Gießen<sup>39)</sup>.

Der Zulauf, den die Partei in den ersten Monaten nach ihrer Gründung in Gießen zu verzeichnen hatte, beschränkte sich im Landkreis auf einige stadtnahe Orte, in denen die KPD schon vor 1933 stark gewesen war (Alten-Buseck, Trohe, Staufenberg) oder in denen KP-Leute als Vorsitzende von Antifa-Ausschüssen oder als Bürgermeister tätig waren (Leihgestern, Reiskirchen, Watzenborn-Steinberg).

Die KPD trat bald mit größeren antifaschistischen Kundgebungen an die Öffentlichkeit und errichtete in Gießen im Januar 1946 ein Parteibüro<sup>40)</sup>. Eine Kreisorganisation entwickelte sich auch schon gegen Ende des Jahres 1945, so daß die KPD bei den Gemeindewahlen im Januar 1946 in 14 Gemeinden mit eigenen Listen auftreten konnte. Ein großer Teil ihrer Mitglieder gehörte ab 1947 gleichzeitig der Vereinigung der Verfolgten des

---

<sup>36)</sup> Gespräch H. Stein, Laubach, am 10. 10. 1960.

<sup>37)</sup> Die Gründungsprotokolle der Ortsgruppe Laubach der damaligen Demokratischen Partei befinden sich in Händen von Herrn Hans Stein aus Laubach, der bis zum 31. 12. 1960 als Kreisstatistiker beim Landratsamt tätig gewesen ist und ab 1. 1. 1961 als Geschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes für den Stadt- und Landkreis Gießen fungiert.

<sup>38)</sup> Giessener Freie Presse vom 1. 2. 1946.

<sup>39)</sup> Gespräch Frau Maria Deeg am 10. 10. 1960. Über die Wiedergründung der KPD in den Westzonen siehe H. Kluth: a. a. O., S. 17 ff.

<sup>40)</sup> Giessener Freie Presse vom 15. 1. und 1. 2. 1946.

Naziregimes (VVN) an. Eine führende Kommunistin, die während der Hitlerzeit hart verfolgte Maria Deeg, leitete in jener Zeit die Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte<sup>41)</sup>.

Doch blieb trotz rühriger Tätigkeit ihrer Mitglieder die Resonanz der KPD in der Kreisbevölkerung relativ gering.

#### e) Die Gründung der NDP

Etwa gleichzeitig mit den Bemühungen der Demokratischen Partei, im Bürgertum Fuß zu fassen, war im Kreisgebiet auch die bereits seit dem 1. November 1945 im Kreis Friedberg zugelassene Nationaldemokratische Partei in Erscheinung getreten. Ihr Inspirator war der ehemalige Landbundführer Dr. Leuchtgens, der vor 1933 vergeblich versucht hatte, eine eigenständige politische Vertretung der Bauern gegenüber den Nationalsozialisten in Oberhessen zu erhalten.

In einem schon am 18. Oktober veröffentlichten Programm fordert Leuchtgens zur Sammlung einer „Rechten“ auf, die eine einseitige Herrschaft von KPD und SPD verhindern sollte<sup>42)</sup>. In der grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Sozialisierung, der Verteidigung des Privateigentums, der Forderung nach einem Zweiparteiensystem und dem Anschluß an einen westeuropäischen Staatenbund eilte er der Zeit nicht nur voraus, sondern zeigte auch für die damals herrschenden Verhältnisse erstaunlich viel Mut. Es war daher nicht verwunderlich, daß seine Partei von der Militärregierung mehrmals verboten und wieder zugelassen wurde, so daß sie bei den Wahlen des Jahres 1946 noch nicht zum Zuge kommen konnte. Programm, Zeitungsaufrufe und Flugblätter lassen nicht den Schluß zu, in der NDP eine Nachfolgeorganisation der NSDAP zu sehen<sup>43)</sup>. Die Partei hatte auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung etwa 120 Mitglieder im Kreis Gießen; in der Mehrzahl waren es Landwirte, Angestellte und Beamte<sup>44)</sup>.

Im wesentlichen blieb die NDP auf den oberhessischen Raum beschränkt. Lediglich im Jahre 1948 konnte sie bei den hessischen Kommunalwahlen einige relativ bedeutende Erfolge erringen<sup>45)</sup>. Im Kreistag Gießen war sie damals mit 4 Abgeordneten das Zünglein an der Waage<sup>46)</sup>.

Nachdem sich die FDP als die stärkere Kraft auf der Rechten erwiesen hatte, beteiligte sich die NDP an keinen weiteren Wahlen und löste sich

<sup>41)</sup> Gespräch Frau Maria Deeg am 10. 10. 1960.

<sup>42)</sup> Gespräch Kaufmann Otto Conrad am 6. 8. und 20. 8. 1960. Ein gedrucktes Programm der NDP v. 18. 10. 1945 befindet sich im Besitz von Herrn Conrad, Gießen.

<sup>43)</sup> Giessener Freie Presse vom 15. 2. und 22. 2. 1946. Dr. Leuchtgens trat in Presseartikeln mehrmals ausdrücklich für die rechtsstaatliche Demokratie ein.

<sup>44)</sup> Gespräch Kaufmann O. Conrad am 6. 8. 1960.

<sup>45)</sup> Giessener Freie Presse vom 27. 4. 1948: Die NDP erhielt bei den Kommunalwahlen 1948 in Wiesbaden 24,3%, in Marburg 17,0%, in Gießen-Stadt 10,1% und im Landkreis Gießen 10,3% der gültigen Stimmen.

<sup>46)</sup> Gespräch Kaufmann O. Conrad am 20. 8. 1960. Die Gruppe der 4 NDP-Abgeordneten im Kreistag bestand noch bis zum 1. 10. 1952, während sich die Ortsgruppe Gießen bereits im Sommer 1951 aufgelöst hatte.

im Jahre 1951 auf. Auch die finanziellen Möglichkeiten der Partei waren erschöpft<sup>47)</sup>. Den Mitgliedern wurde nahegelegt, sich der FDP oder der DP anzuschließen.

#### f) *Das Christliche Landvolk*

Hauptursache dafür, daß CDU und LDP in den Kommunalwahlen des Jahres 1946 noch nicht zur Entfaltung kamen, war das Auftreten des Christlichen Landvolkes.

Die Gründung erfolgte bereits im Oktober 1945 anlässlich einer Zusammenkunft der Ortslandwirte des Kreises in Gießen. Die Initiative ging dabei von dem damaligen Kreislandwirt Fenchel aus, dessen Vater von 1911 bis 1933 einer der bekanntesten und angesehensten Landvolkpolitiker in Hessen gewesen ist<sup>48)</sup>. Fenchel suchte mit seinem „Christlichen Landvolk“ den Anschluß an die in den letzten Jahren vor Hitlers Machtergreifung in Hessen weitverbreitete Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei herzustellen. Eine von ihm geplante Ausweitung dieser Gruppe auf das ganze Land Hessen scheiterte, weil eine eigene politische Interessenvertretung bei den Bauern keinen Widerhall fand. Lediglich im Gebiet des Kreises Gießen faßte das Christliche Landvolk Fuß, und Fenchel organisierte mit dem Laubacher Ortslandwirt Schmidt eine lockere Verbindung mit gelegentlichen freiwilligen Beiträgen<sup>49)</sup>. Bei den Gemeindewahlen im Januar 1946 trat das Christliche Landvolk in über der Hälfte der Orte des Landkreises mit eigenen Listen auf und errang in 38 Gemeinden Vertreter. Bei den Landtagswahlen des Jahres 1946 rief Fenchel die Bauern zur Wahl der CDU auf. Kurz vor der Kommunalwahl 1948 löste sich die Gruppe auf; die politisch aktiven Kräfte unter den Bauern gingen entweder mit Schmidt zur CDU oder mit Fenchel zur FDP über<sup>50)</sup>.

### 3. Die Wahlen des Jahres 1946

#### a) *Die Gemeindewahl vom 20. 1. 1946*

Die ersten freien Wahlen nach dem Zusammenbruch fanden in Hessen in den Gemeinden unter 20 000 Einwohnern am 20. Januar 1946 statt. Das Gemeindewahlgesetz vom 1. Januar 1946 bestimmte, daß nur die Gruppen oder Parteien an der Sitzverteilung beteiligt werden konnten, die über 15% der gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten.

Alle vor dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetretenen Personen, alle Amtsträger der Partei oder einer ihrer Gliederungen, alle Angehörige der SS und Personen, die nachweislich Hitler und seine Bewegung unterstützt oder

---

<sup>47)</sup> Die NDP hatte vom Januar 1946 bis Ende 1949 in Gießen ein eigenes Parteibüro unterhalten.

<sup>48)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960. Siehe dazu auch Teil III dieser Arbeit.

<sup>49)</sup> Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960.

<sup>50)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960. Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960.

offen mit ihr sympathisiert hatten, waren vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen <sup>51)</sup>. Im Kreis Gießen waren das 7,9% der Wahlberechtigten (Hessen 8,5% <sup>52)</sup>.

Die in Hessen zugelassenen politischen Parteien hatten sich auf einen fairen Wahlkampf geeinigt und einem dementsprechenden Aufruf des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Dr. Bergsträsser zugestimmt <sup>53)</sup>.

Im Kreis Gießen kam es zu folgenden Ergebnissen <sup>54)</sup>:

	Beteil.	SPD	Landvolk	CDU	KPD	Sonstige <sup>55)</sup>
	77,7%	19 098	9 114	1 150	1 043	3 256
		56,7%	28,0%	3,4%	3,1%	8,8%
Abgeordnete		245	135	11	4	68

Von den 463 gewählten Gemeinderatsmitgliedern gehörten nur 14 der NSDAP nach dem 1. 5. 1937 an, und zwar 7 auf Listen der SPD, 4 auf Listen des Christlichen Landvolks und 3 auf sonstigen Vorschlägen <sup>56)</sup>.

Während die SPD in 66 von insgesamt damals 83 Gemeinden mit einer eigenen Liste vertreten war und dort auch überall zu Vertretern kam, gelang der KPD ein eigenes Auftreten nur in 14 Gemeinden. In Trohe (2), Leihgestern (1) und Staufenberg (1) zogen Kommunisten in die Gemeindeparlamente ein.

Verhältnismäßig schwach waren auch die bürgerlichen Parteien vertreten. Sie vermochten nur dort Listen aufzustellen, wo sich Männer bereitfanden, für ihre Ziele einzutreten. Der Demokratischen Partei gelang es lediglich in Hausen 3 Sitze zu erringen, während die CDU in 4 Dörfern zu Vertretern kam (Garbenteich, Münster, Ruttershausen und Watzenborn-Steinberg). Dagegen hatte das Christliche Landvolk in den vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Gemeinden bereits festen Fuß gefaßt, was vor allem auf die Tätigkeit der von dem Kreislandwirt Fenchel (Ober-Hörgern) inspirierten Ortslandwirte zurückzuführen ist <sup>57)</sup>.

In 36 Gemeinden war eine Einheitsliste aufgestellt worden; in 20 Orten wurde diese von der SPD, in 8 Orten vom Christlichen Landvolk besetzt. In dem Bauerndorf Ober-Hörgern, dem Heimatort des Landvolkführers Fenchel, zeigte sich, im Gegensatz zu den meisten ähnlich strukturierten Gemeinden, eine gewisse Wandlung im Wählerverhalten. Während dieses Dorf seit der Jahrhundertwende fast ausschließlich „rechts“ gewählt hatte — in der Zeit der Weimarer Republik erhielt z. B. die SPD nie mehr als 10 Stimmen — wurden nunmehr bei 194 gültigen Stimmen 83 für die SPD und nur 111 für die Landvolkliste Fenchels abgegeben. Ein Teil der einheimischen Bauernbevölkerung — Heimatvertriebene waren zum Zeit-

<sup>51)</sup> Nach § 3 des Gemeindegewahlgesetzes vom 1. 1. 1946.

<sup>52)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3.

<sup>53)</sup> Giessener Freie Presse vom 18. 1. 1946.

<sup>54)</sup> Giessener Freie Presse vom 22. 1. 1946, Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3, und eigene Errechnungen.

<sup>55)</sup> Unter „Sonstige“ sind auch 0,9% LDP vertreten.

<sup>56)</sup> Großer Rechenschaftsbericht des Landrates Dr. Wagenbach in den Amtlichen Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, Nr. 25—29, vom 25. 6. 1946.

<sup>57)</sup> Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960.

punkt dieser Wahl noch nicht anwesend — hatte mit dieser Wahlentscheidung eine bewußte Abkehr von der deutschvölkisch-nationalistischen Vergangenheit vollzogen. Da diese Entwicklung unter leichten Schwankungen bis zum heutigen Tag angehalten hat, darf hier von einer echten Wandlung gesprochen werden <sup>58)</sup>.

b) Die Kreistagswahl vom 28. 4. 1946

Für die ersten Kreistagswahlen im April 1946 galt das gleiche Wahlrecht wie für die Gemeindewahlen. Neben den vier auf Landesebene zugelassenen politischen Parteien kandidierte im Kreis Gießen auch das Christliche Landvolk wieder mit einer eigenen Liste.

Die zu einem Großteil in den Monaten Februar bis April in den Kreis eingewiesenen Heimatvertriebenen waren noch nicht wahlberechtigt. 6% der Wahlberechtigten blieben aus politischen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Wahlbeteiligung im Kreisgebiet betrug 70,4%. Von den 31 zu wählenden Kreistagsabgeordneten erhielt die SPD 20 und das Christliche Landvolk 11 Vertreter. Die drei anderen Gruppen blieben unter der 15% Grenze. Wie in allen Wahlen des Jahres 1946 erreichte die SPD die absolute Mehrheit aller gültig abgegebenen Stimmen.

Im Kreis kam es zu folgenden Ergebnissen <sup>59)</sup>:

Berecht.	Gült.	SPD	CDU	LDP	Landvolk	KPD	Sonst.
47 481	32 180	16 401	4 213	1 139	8 639	1 788	—
		51,0%	13,1%	3,5%	26,8%	5,6%	—
Hessen		43,2%	36,9%	7,3%	—	9,3%	3,3%

Die SPD wurde in 58 der damals 83 Gemeinden des Kreises stärkste Partei. Dieser große Erfolg war nicht nur die Reaktion eines großen Teils der Bevölkerung auf den Zusammenbruch und die verfehlte Politik des Hitlerregimes, sondern zweifellos auch Ausdruck eines echten Vertrauens, das man der SPD zunächst allgemein entgegenbrachte.

In 22 Gemeinden siegte das Christliche Landvolk, in Dorf-Güll und Queckborn die CDU. In der kleinen Arbeiterwohngemeinde Trohe errang die KPD die meisten Stimmen, was auf eine sehr aktive Ortsgruppenarbeit in diesem Dorf zurückgeführt werden kann <sup>60)</sup>.

Im allgemeinen waren die bürgerlichen Parteien für diese Wahl nur schlecht vorbereitet; sie hatten nur dort höhere Stimmzahlen zu verzeichnen, wo rührige Männer für ihre Interessen eintraten, wie in der Arbeiterwohngemeinde Watzenborn-Steinberg der Pfarrer Gontrum für die CDU (33% der gültigen Stimmen) und in Hausen einige Männer für die LDP (fast 40%). Das Christliche Landvolk wurde in größeren Gemeinden nur in Laubach stärkste Partei, was auf das Wirken des dortigen Ortslandwirts und Bürgermeisters Schmidt zurückgeht; im übrigen erhielt diese Gruppe nur in kleineren, meist landwirtschaftlich bestimmten Orten die Mehrzahl der Stimmen.

<sup>58)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960.

<sup>59)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3, Giessener Freie Presse vom 28. 4. 1946 und eigene Errechnung.

<sup>60)</sup> Gespräch Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960.

c) Die Wahlen zur verfassungberatenden Landesversammlung vom  
30. 6. 1946 und zum Landtag vom 1. 12. 1946

Die ersten beiden Wahlen auf Landesebene wurden wiederum nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführt; die 15% Sperrklausel war durch eine 5% Grenze ersetzt worden. Im Kreisgebiet standen sich lediglich die 4 zugelassenen größeren Parteien gegenüber, die im Vergleich zum Land Hessen folgende Ergebnisse erzielten <sup>61)</sup>:

Kreis 30. Juni 1946							
Berecht.	Gültig	Ungült.	Beteil.	SPD	CDU	LDP	KPD
49 065	32 560	1 335		17 672	11 916	1 327	1 645
		4,0%	69,4%	50,8%	41,2%	3,9%	4,1%
Land 30. 6. 1946							
Hessen		5,2%	71,0%	44,3%	37,3%	8,1%	9,7%
Kreis 1. 12. 1946							
55 726	36 192	2 918		19 074	9 630	5 251	2 237
		7,5%	70,2%	52,7%	26,6%	14,5%	6,2%
Land 1. 12. 1946							
Hessen		7,6%	73,2%	42,7%	30,9%	15,7%	10,7%

Ein Vergleich der beiden Wahlen ist nur bedingt möglich, da im Juni nur ein ganz kleiner Teil, im Dezember aber die überwiegende Mehrzahl der in den Kreis gekommenen Heimatvertriebenen wahlberechtigt war. Dies war auch der Grund der außergewöhnlich hohen Zahl der ungültigen Stimmen im Dezember. Viele Heimatvertriebene sahen in keiner der vorhandenen Parteien eine rechte Vertretung ihrer Interessen. Manche blieben auch überhaupt der Wahl fern <sup>62)</sup>.

Einen gewissen Einfluß auf den Anstieg der ungültigen Stimmen bei den Dezemberwahlen hatte auch die Abwehrhaltung ehemaliger Nationalsozialisten gegenüber dem demokratischen Staat; diesmal waren nur noch 4,8% aus politischen Gründen vom Wahlrecht ausgeschlossen <sup>63)</sup>.

Die Verschiebungen zwischen den Parteien waren für den Zeitraum von 5 Monaten beträchtlich groß. Augenfällig ist der erneute Anstieg der SPD auf 52,7%, obwohl diese Partei im Landesdurchschnitt zurückfiel. Die SPD hatte aber im Landkreis Gießen eine ausgezeichnete Organisation und nahezu in jeder Gemeinde einen eigenen Ortsverein aufgebaut. Ihre Mitgliederzahl betrug zu dieser Zeit zwischen 3 200 und 3 400 <sup>64)</sup>.

<sup>61)</sup> Statistisches Handbuch für Hessen, 1948, S. 263 ff., Hessische Bevölkerungs- und Wirtschaftskunde, 1955, S. 400 f., Giessener Freie Presse vom 1. 7. und 2. 12. 1946 und eigene Errechnungen.

<sup>62)</sup> Gespräch J. Lewy, Allendorf, am 7. 8. 1960. Gespräch Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960.

<sup>63)</sup> Gespräch Landwirt K. G. Philipp am 21. 8. 1960.

<sup>64)</sup> Gespräch Bundesbahnangestellter H. Schäfer am 7. 8. 1960.

Es läßt sich an Hand der Gemeindeergebnisse nachweisen, daß die SPD einen großen Teil der Mehr- und Neuwähler für sich buchen konnte; wo sie Stimmen verlor, kamen diese der KPD zugute, die ebenfalls über eine gute Kreisorganisation verfügte und ausnahmslos in jedem Ort zunahm.

Der starke Zuwachs der LDP ging auf Kosten der CDU. Hier waren es vor allem evangelisch-bäuerliche Kreise, die in der CDU allmählich eine katholische Gefahr und einen Hort der Flüchtlinge sahen und daher die LDP als ihre bessere Interessenvertretung betrachteten, zumal diese Partei damals als einzige entschieden gegen die geplante Verstaatlichung Stellung bezog <sup>65)</sup>. Da die große Mehrzahl der Neubürger katholisch war, konnte die CDU einen Teil der Verluste an die LDP durch Gewinne aus Kreisen der Heimatvertriebenen wettmachen <sup>66)</sup>.

Ein Vergleich mit Wahlen vor 1933 ist kaum sinnvoll. Abgesehen von der 14jährigen Unterbrechung, war die Bevölkerungsstruktur durch die Evakuierten aus den zerstörten Städten und den Zustrom der Vertriebenen und Flüchtlinge stark verändert; auch befand sich ein großer Teil der überlebenden Soldaten noch in Kriegsgefangenschaft, ein kleinerer Teil von Personen war noch vom Wahlrecht ausgeschlossen. Schließlich hatte sich auch die Parteienstruktur entscheidend verändert. Zu den alten Parteien SPD und KPD waren mit CDU und LDP neue Gruppen getreten, die man nicht ohne weiteres als Nachfolgeorganisationen irgendeiner Partei aus der Zeit vor 1933 ansprechen darf.

Gleichwohl zeigt das in der beigelegten Karte verdeutlichte Ergebnis der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 insofern eine gewisse Kontinuität zu dem Wählerverhalten vor 1933, als die vorwiegend gewerblich-industriell bestimmte Westhälfte des Kreises nach wie vor eine starke Basis der SPD darstellt, während die vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Gemeinden im Ostteil den bürgerlichen Parteien größeren Raum gewähren. (Siehe Karte Nr. 8.)

*d) Die Volksentscheide über die Verfassung und den Artikel 41  
der Verfassung vom 1. 12. 1946*

Ein überraschend anderes Bild ergibt sich, wenn wir die Ergebnisse der gleichzeitig mit der Landtagswahl stattgefundenen Volksentscheide betrachten.

Die von der verfassungberatenden Landesversammlung ausgearbeitete und am 29. Oktober 1946 mit den 82 Stimmen von SPD, CDU und KPD gegen die 6 Stimmen der LDP angenommene Verfassung wurde als Ganzes dem Volksentscheid unterworfen; der in den Beratungen hart umkämpfte Art. 41 (Überführung von Bergbau, Montanindustrie, Energiewirtschaft und

---

<sup>65)</sup> Siehe Abschnitt d) Volksentscheide über die Verfassung . . .

<sup>66)</sup> Gespräch J. Lewy, Allendorf, am 7. 8. 1960. Gespräch Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960. Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

an Schiene oder Oberleitung gebundene Verkehrswesen in Gemeineigentum) mußte auf Weisung der Militärregierung einer gesonderten Abstimmung unterzogen werden <sup>67)</sup>.

Da SPD, CDU und KPD die Wähler zur Stimmabgabe für die Verfassung und den Art. 41 aufgerufen hatten, wäre zu erwarten gewesen, daß die Stimmzahl für die Annahme von Verfassung und Art. 41 der Stimmzahl dieser Parteien bei den Landtagswahlen etwa entsprochen hätte. Die Ergebnisse beweisen, daß dem nicht so war <sup>68)</sup>:

Landtagswahl		Verfassung		Art. 41	
SPD/CDU/KPD	LDP	Ja	Nein	Ja	Nein
30 941	5 251	25 593	8 574	24 161	9 969
85,5%	14,5%	73,3%	26,7%	70,9%	29,1%
Land Hessen:					
84,3%	15,7%	76,8%	23,2%	72,0%	28,0%

Da wir unterstellen dürfen, daß die Wähler von SPD und KPD ziemlich geschlossen für die Volksentscheide stimmten, ergibt sich aus dem Ergebnis eindeutig, daß ein großer Teil der CDU-Wähler gegen die Aufforderung der Partei die Verfassung und den Art. 41 abgelehnt hat. Dies galt vor allem für CDU-Wähler aus dem Bauernstand, die hinter der Verstaatlichung von Grundstoffindustrien und der geplanten Bodenreform eine Gefahr für ihr Privateigentum sahen und die damalige, in Übereinstimmung mit dem 1947 beschlossenen Ahlener Programm stehende Sozialisierungstendenz der hessischen Landespartei nicht mitzumachen gewillt waren <sup>68)</sup>. Diese Tendenz wirkte sich in bezug auf den Art. 41 noch stärker aus, was beweist, daß sich in diesem Falle der soziale Standort bäuerlicher CDU-Wähler gegenüber der offiziellen Stellungnahme der seinerzeit „links“ orientierten hessischen CDU durchspielte. Es spricht andererseits für eine gewisse politische Unsicherheit in den Kreisen, die Verfassung und Art. 41 ablehnten, daß bei der Landtagswahl nur ein Teil der „Neinwähler“ für die LDP stimmte.

Von gewissem Einfluß auf diese sich widersprechende Wahlentscheidung war im Kreis Gießen die Tatsache, daß die — politisch nicht festgelegte — „Freiwirtschaftliche Vereinigung“ unter dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Ilau rege Propaganda gegen Verfassung und Art. 41 machte und dabei die Unterstützung einer Reihe in bäuerlichen Kreisen angesehener und einflußreicher Steuerberater und Rechtsanwälte erhielt <sup>69)</sup>. Auch maßgebende Männer des Bauernverbandes lehnten die Verfassung ab <sup>70)</sup>.

<sup>67)</sup> Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Verlag Dr. Gehlen, Bad Homburg 1966, S. 22.

<sup>68)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Notar Dr. L. Schneider am 19. 8. 1960.

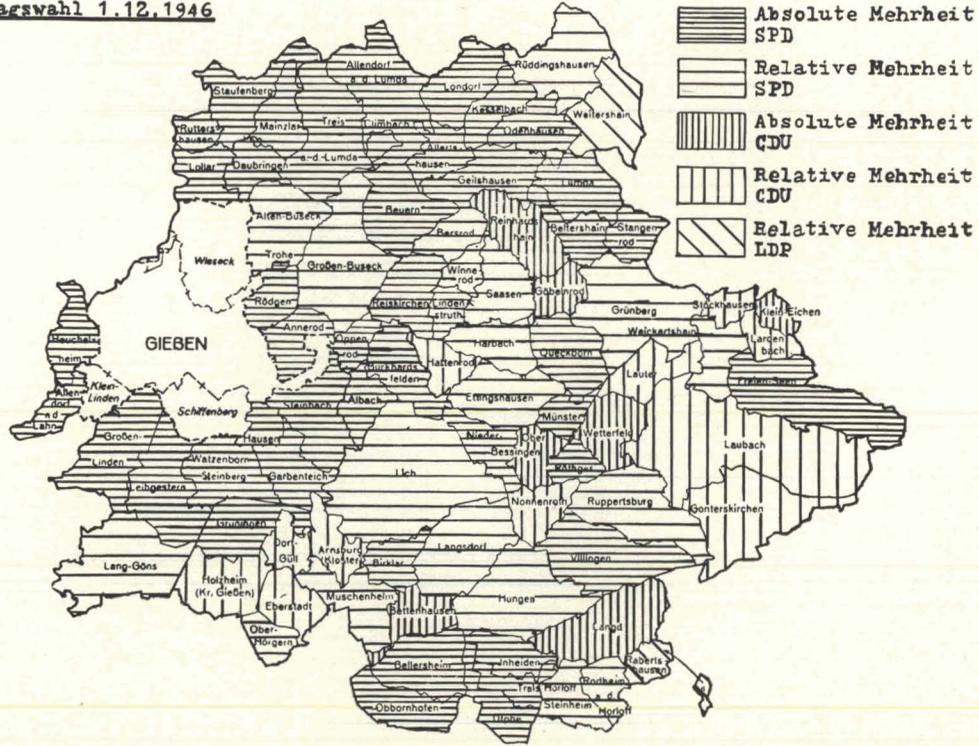
<sup>69)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960. Gespräch Notar J. Fr. Zimmer am 14. 11. 1960.

<sup>70)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960.

# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

## Karte Nr. 8

Landtagswahl 1.12.1946



Vergleich:

Obere Hälfte: Kreistags-

wahl 25. April 1948

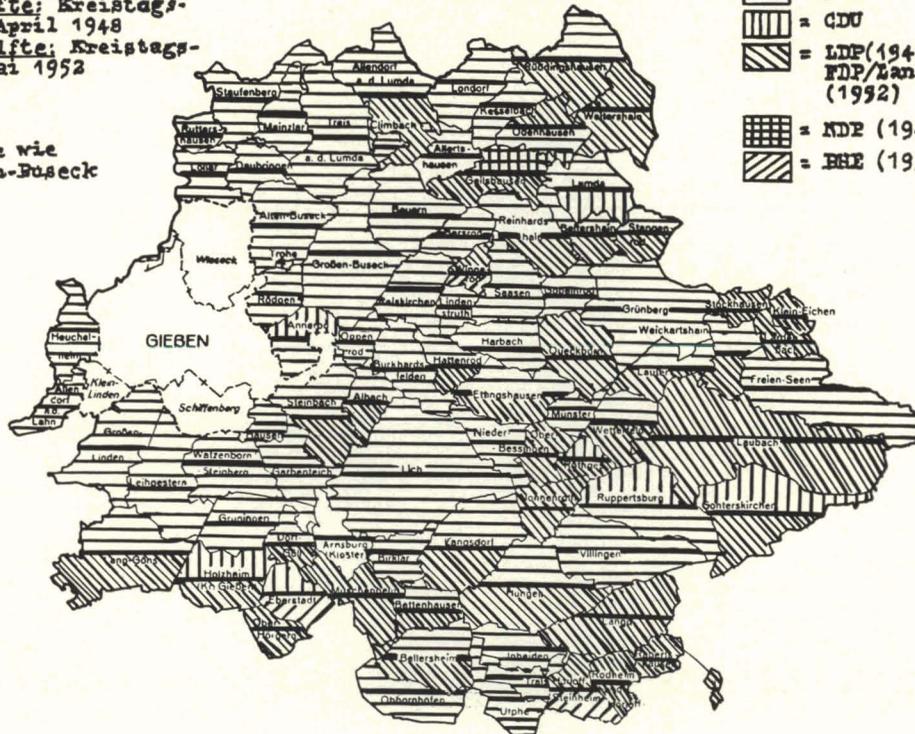
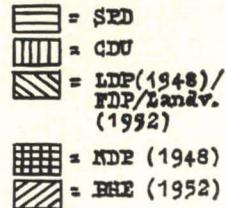
Untere Hälfte: Kreistags-

wahl 4. Mai 1952

1. = Trabe wie  
Alten-Buseck

STADT- u. LANDKREIS GIEBEN Relat. Mehrheit für:

Karte Nr. 8a



Die folgenden Ergebnisse aus den Gemeinden, die einen oder beide Volksentscheide ablehnten bzw. nur eine sehr knappe Mehrheit für den Art. 41 erbrachten, bestätigen diese Einflüsse.

Es handelt sich mit Ausnahme von Lauter durchweg um landwirtschaftlich orientierte Dörfer, die alle weniger als 1 000 Einwohner haben. Man kann dabei feststellen, daß die Zahl der ungültigen Stimmen bei den Volksentscheiden weit höher lag als bei der Landtagswahl. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Informationsmöglichkeiten über den Inhalt von Verfassung und Art. 41 noch sehr beschränkt waren, was sich besonders stark auf dem flachen Lande auswirkte<sup>71)</sup>. (Siehe Karte Nr. 9.)

Gemeinde	Verfassung			Artikel 41			Landtag			
	Ja	Nein	Ung.	Ja	Nein	Ung.	SPD/KP	CDU	LDP	Ung.
Dorf-Güll	98	159	33	95	169	24	65	112	86	22
Hattenrod	88	91	12	76	103	12	58	71	48	9
Klein-Eichen	9	63	7	13	62	4	3	51	14	11
Stockhausen	27	38	15	23	42	15	24	26	17	13
Weitershain	60	124	24	50	143	18	61	40	94	14
Eberstadt	186	141	56	154	180	49	132	140	84	27
Lardenbach	80	69	29	66	85	26	53	58	49	18
Nonnenroth	91	61	28	73	79	28	59	85	31	5
Rabertshausen	34	33	14	30	37	14	28	17	32	4
Wetterfeld	92	61	24	46	110	21	30	88	51	8
Bettenhausen	52	47	36	51	50	13	28	56	24	6
Göbelnrod	86	31	21	62	52	23	37	59	16	10
Langd	151	90	43	124	112	48	91	146	31	16
Lauter	138	78	23	116	98	25	89	97	40	13
Ober-Bessingen	110	47	39	96	66	34	53	104	25	14
Ober-Hörgern	117	82	24	104	91	28	96	77	38	12

Es ist bemerkenswert, daß alle diese Gemeinden bei der Reichspräsidentenwahl 1932 bereits im 1. Wahlgang eine große Mehrheit für Hitler erbrachten, die mit Ausnahme der drei letztgenannten Dörfer sogar absolut war. (Siehe Karte Nr. 7.)

Die Stimmenanteile der NSDAP bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 und der Landtagswahl vom 19. 6. 1932 betragen in diesen Gemeinden durchweg über 70%, in einigen Fällen sogar über 85%. Es wäre verfehlt, aus dieser auffälligen Beziehung ein antidemokratisches Verhalten eines Teils der

<sup>71)</sup> Giessener Freie Presse vom 2. 12. 1946. In dem Bericht von einer Fahrt durch den Wahlbezirk Oberhessen heißt es, daß in viele Dörfer nur einige wenige Zeitungen kämen und Radios kaum zur Verfügung wären. Auch beklagten sich viele Wähler über die Formulierungen „ja“ und „nein“ auf dem Stimmzettel, weil das zu sehr an die Hitlerzeit erinnern würde.

Bevölkerung in den genannten Dörfern ablesen zu wollen. Immerhin darf angenommen werden, daß neben durchaus klaren politischen Vorstellungen über die beabsichtigte Sozialisierung in gewissen Kreisen auch Tendenzen der Ablehnung und des Mißtrauens gegenüber den neuen demokratischen Institutionen lebendig waren<sup>72)</sup>. In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und während der Weimarer Republik waren die Einwohner dieser Dörfer, wie sich aus beigefügten Karten leicht ablesen läßt, stets stark nach rechts orientiert.

#### 4. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 25. April 1948

Durch weiteren Zustrom von Heimatvertriebenen, die Rückkehr vieler Kriegsgefangener und das Hinzutreten zahlreicher Jungwähler war die Zahl der Wahlberechtigten im Kreis auf rd. 67 000 angewachsen. Aus politischen Gründen waren nur noch 1,6% der Wahlberechtigten von der Wahl ausgeschlossen. Im ganzen Land belief sich ihre Zahl noch auf 59 516 oder 2,1%<sup>73)</sup>. Die Wahlbeteiligung im Kreis war mit 83,6% gegenüber 1946 gewaltig angestiegen; allerdings erreichte auch die Zahl der ungültigen Stimmen mit 4 293 oder 7,7% ihren bisher höchsten Stand nach 1945. Hier waren es wiederum ehemalige Nationalsozialisten und ein Teil der Neubürger, die auf diese Weise ihre Ablehnung gegenüber der neuen staatlichen Ordnung kundtaten. Darüber hinaus bestand in den kleineren Dörfern als Folge der Hitlerzeit noch immer eine gewisse Abneigung, sich politisch zu entscheiden. Ein Fernbleiben von der Wahl könnte in der kleinen, überschaubaren Dorfgemeinde Folgen nach sich ziehen, die Abgabe eines ungültigen Stimmzettels nicht. Die Prozentsätze der ungültigen Stimmen bei den Reichstagswahlen vor 1933 lagen jedenfalls wesentlich niedriger (zwischen 0,5 und 2,5%).

Da 1948 insgesamt 32,2% der Bevölkerung des Kreises aus Zugezogenen und Heimatvertriebenen bestand, mußte auch das politische Bild des neuen Kreistags ein anderes Aussehen bekommen als 1946, wo infolge der 15%-Klausel nur SPD und Christliches Landvolk Abgeordnete stellen konnten. Neben den vier Hauptparteien kandidierte im Kreisgebiet auch die NDP, die, wie bereits erwähnt, Ende 1945 von dem früheren Landbundpolitiker Dr. Leuchtgens aus Friedberg gegründet worden war.

Es mußte von entscheidendem Einfluß auf den Ausgang der Wahl sein, welcher Richtung die Bauern und die Neubürger ihre Stimme geben würden. Diesen beiden Bevölkerungsgruppen galt daher auch das besondere Bemühen der Parteien.

Kurz vor der Wahl löste sich das Christliche Landvolk auf, weil eine rein berufsständisch aufgebaute politische Partei bei den Bauern kein genügen-

---

<sup>72)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. 10. 1960.

<sup>73)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3.

<sup>74)</sup> Dies hing vor allem damit zusammen, daß der rein bäuerliche Beruf erheblich zurückgegangen war.

des Echo mehr fand <sup>74)</sup>. Die Bemühungen von CDU und LDP, die Gruppe Fenchel geschlossen auf ihre Seite zu ziehen, scheiterten. Ein Teil der politisch interessierten Bauern schloß sich unter Führung von Fenchel der LDP an, während Altbürgermeister Schmidt (Laubach), der Fraktionsvorsitzende des Christlichen Landvolks im bisherigen Kreistag, zur CDU überging <sup>75)</sup>. Bei diesen Entscheidungen spielten persönliche Motive eine größere Rolle als ideologische oder politische Momente.

Auch die NDP stellte bei insgesamt 19 Kandidaten 15 Bauern für den Kreistag auf und appellierte in ihrem stark national ausgerichteten Programm <sup>76)</sup> vor allem an die alten Rechtskreise und die ehemaligen Mitläufer der NSDAP, die inzwischen zum größten Teil in den Spruchkammerverfahren „entnazifiziert“ worden waren.

Mit unterschiedlichem Erfolg bemühten sich die Parteien auch um die Neubürger. Während es der CDU gelang, eine paritätische Liste von 10 Einheimischen und 10 Heimatvertriebenen zusammenzustellen, gelang es den anderen Parteien nur vereinzelt, Zugezogene zur Kandidatur auf ihren Listen zu bewegen. Teilweise wurden Heimatvertriebene vom Bund vertriebener Deutscher (BvD) auf die Listen der zugelassenen Parteien delegiert, um auf diesem Wege eine Interessenvertretung zu erlangen <sup>77)</sup>.

Während SPD und KPD bei der Auswahl ihrer Kreistagskandidaten in vielen Fällen auf ältere Politiker zurückgreifen konnten, hatten es die bürgerlichen Gruppen im allgemeinen schwer, geeignete Personen zu finden, weil Mittelstand und Bauern nach dem Fiasko der nationalsozialistischen Ära keine Neigung zeigten, sich politisch zu bekennen oder gar tätig zu werden. Die Ergebnisse der Wahlen zum Kreistag verglichen mit den Resultaten des Regierungsbezirks und des Landes <sup>78)</sup>:

	Gült.	Ung.	Beteil.	SPD	CDU	LDP	KPD	NDP
Kreis	51 502	4 293	83,6%	20 442	11 025	12 284	2 466	5 285
			7,7%	39,7%	21,4%	23,8%	4,8%	10,3%
Reg.-Bez. Darmstadt		8,9%	84,6%	39,0%	31,2%	14,8%	9,6%	5,4%
Land Hessen		8,1%	84,4%	36,3%	30,8%	21,6%	7,1%	4,2%

Gegenüber den Kreistagswahlen des Jahres 1946 ergibt sich ein deutlicher Ruck nach rechts; die drei bürgerlich-bäuerlich bestimmten Parteien blieben mit 55,5% der gültigen Stimmen zwar knapp unter dem Landesdurchschnitt, aber beträchtlich über dem des Regierungsbezirks Darmstadt.

<sup>74)</sup> Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960.

<sup>75)</sup> Programm der NDP Deutschlands, gedruckt im Februar 1947 bei der Fa. Bindernagel in Friedberg.

<sup>76)</sup> Gespräch Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960. Eine eigene Partei der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge war zu dieser Zeit von der Militärregierung noch nicht zugelassen.

<sup>77)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3, Gießener Freie Presse vom 27. 4. 1948 und eigene Errechnungen.

Die KPD errang absolut ihre höchste Stimmenzahl in allen Wahlen nach 1945, vermochte aber mit nur 4,8% die 5%-Grenze nicht zu überspringen und konnte so keine Vertreter in den Kreistag entsenden. Die Vermutung, viele Flüchtlinge und Evakuierte könnten aus materieller Not oder seelischer Verzweiflung der KPD ihre Stimme geben, hatte sich nur geringfügig bewahrheitet. In verschiedenen Gemeinden erhielt die KPD allerdings überdurchschnittliche Anteile, so in Londorf 7,8%, Obbornhofen 8,5%, Leihgestern 8,7%, Harbach 8,9%, Saasen 9,3%, Staufenberg 9,5%, Reiskirchen 11,6%, Garbenteich 15,6%, Alten-Buseck 16,8% und Trohe 24,6% (!) der gültigen Stimmen. Auf Grund der geschickt zusammengestellten Kandidatenliste konnte die CDU den größeren Teil der Neubürgerstimmen für sich verbuchen, ein kleinerer Teil kam der SPD zugute. Die vorwiegend bäuerlich orientierte LDP dürfte dagegen nur relativ wenig Stimmen der Heimatvertriebenen auf sich vereinigt haben. Sie hat vielmehr ihren großen Stimmengewinn aus den Anhängern des Christlichen Landvolks Fenchels und einem beträchtlichen Teil der Neuwähler gezogen. Auch ehemalige CDU-Wähler aus evangelischen Kreisen sind zu ihr übergegangen, nachdem die Partei ihre Organisation und Propaganda im Landkreis verbessert hatte <sup>79)</sup>. (Siehe Karte Nr. 8a).

Da von 21 493 wahlberechtigten Evakuierten und Flüchtlingen 18 048, d. h. rd. 84%, ihre Stimme abgegeben hatten, zeigte sich, daß die Neubürger in gleicher Stärke wie die einheimische Bevölkerung an der Wahl teilgenommen hatten <sup>80)</sup>. Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1946 ergibt sich nun, daß bei einem Stimmenzuwachs der SPD von rd. 4 000 und der CDU von rd. 7 000 gegenüber dem 28. 4. 1946, als noch keine Heimatvertriebenen wahlberechtigt waren, am 25. 4. 1948 keineswegs alle Heimatvertriebenen CDU und SPD gewählt haben können. Auch wenn man Verluste einheimischer Wähler bei SPD und CDU in Rechnung stellt, muß gesagt werden, daß ein relativ großer Teil der Neubürger die NDP wählte, einmal, weil eine eigene Flüchtlingsvertretung noch nicht bestand, zum anderen, weil das Programm der NDP den Heimatvertriebenen sehr wohlwollend entgegenkam und ihnen die Rückkehr in die alte Heimat in Aussicht stellte <sup>81)</sup>. Am Wahlergebnis von Weitershain läßt sich die Entscheidung der Neubürger verhältnismäßig leicht nachweisen. Von 434 dort abgegebenen gültigen Stimmen für den Kreistag entfielen 174 auf Neubürger. Da die LDP einen angesehenen Landwirt aus Weitershain an bevorzugter Stelle für den Kreistag nominiert hatte, sind die 198 Stimmen dieser Partei wohl fast durchweg von einheimischen Bauern abgegeben worden. Von den verbleibenden 150 Stimmen der Einheimischen dürfte

---

<sup>79)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

<sup>80)</sup> Aus den Wahlakten des Landratsamtes Gießen.

<sup>81)</sup> Die Erfolge der NDP in den Städten Marburg, Gießen und Wiesbaden bewiesen, daß diese Partei auch andere Bevölkerungskreise anzusprechen verstand. Die anders verlaufene Entwicklung in Stadt und Kreis Marburg zeigen R. Kreß: „Die Wahlen im Kreis Marburg“, S. 30 u. 31, und E. Neusüß-Hunkel: „Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945“, S. 81. (Beide Arbeiten sind im Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg entstanden und liegen dort in Maschenschrift vor.)

doch ein überwiegender Teil auf die 122 Stimmen von SPD, CDU und KPD entfallen sein, so daß über die Hälfte der 100 NDP-Stimmen aus Neubürgerkreisen abgegeben worden ist.

Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Hattenrod, wo die NDP als stärkste Partei aus den Kreistagswahlen hervorging. Dort war nicht nur ein hoher Prozentsatz von Heimatvertriebenen ansässig, sondern ein heimatvertriebener Handwerksmeister aus diesem Dorf kandidierte auch an 4. Stelle der NDP-Liste. Hier die Ergebnisse in den beiden Dörfern <sup>82)</sup>:

	Berecht.	Gültig	SPD	CDU	LDP	KPD	NDP
Hattenrod	479	356	83	54	47	5	167
Weitershain	506	420	47	56	198	19	100

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Ergebnis der Kreistagswahlen die Neigung der Kreisbevölkerung zur Fluktuation offenbarte, die durchaus unklar ließ, wie sich der überwiegende Teil der Wählerschaft in der Zukunft entscheiden würde. Dies galt in besonderem Maße für die Heimatvertriebenen und die Bauern.

Bei den gleichzeitig durchgeführten Gemeindevertreterwahlen waren im Kreis Gießen 42% aller Wahlvorschläge nicht parteipolitisch gebunden (Durchschnitt der Landkreise Hessens: 45%). In 26 kleineren Gemeinden waren Einheitslisten zu wählen. Aus diesem Grund lag die Zahl der ungültigen Stimmen mit 11,1% weit über der Vergleichszahl des Kreistags. Besonders augenfällig wird das in der Gemeinde Rödgen, wo bei Zurückweisung einer überparteilichen Wählergruppe aus formalen Gründen nur die SPD mit einer Liste bei der Gemeindewahl auftrat. Den 329 für die SPD abgegebenen Stimmen standen 340 ungültige Stimmen gegenüber <sup>83)</sup>. Da abgesehen von der SPD von den zugelassenen Parteien nur wenige eigene Listen abgegeben worden waren, waren nicht nur die Stimmenzahlen, sondern auch die Zahl der Abgeordneten für die Parteien sehr gering. Die in der Landbevölkerung vorhandene und zur damaligen Zeit ständig wachsende Abneigung gegen politische Parteien auf dem Dorfe wurde hier deutlich sichtbar <sup>84)</sup>. Im einzelnen führten die Gemeindevertreterwahlen zu folgenden Ergebnissen <sup>85)</sup>:

	SPD	CDU	LDP	KPD	NDP	Unabh.
Kreistagswahl	20 442 39,7%	11 025 21,4%	12 284 23,8%	2 466 4,8%	5 285 10,3%	—
Gemeindewahl	18 144 36,7%	5 595 12,5%	780 1,5%	1 352 3,0%	—	23 985 48,5%
Abgeordnete	228	69	12	8	—	463

<sup>82)</sup> Amtliche Bekanntmachungen für den Landkreis Gießen, 4. Jg., Nr. 26, vom 7. 5. 1948.

<sup>83)</sup> Aus den Wahlakten des Landratsamtes.

<sup>84)</sup> Siehe dazu: R. Mayntz: „Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde“ in Zeitschrift für Politik, 1955, S. 65.

<sup>85)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 3, Mitteilungen des Hessischen Statistischen Landesamtes, Nr. A I d/22/52, vom 28. 3. 1952 und eigene Errechnung.

Im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt schneiden dabei die bürgerlichen Parteien besonders schlecht ab, während die überparteilichen Wählergruppen mit fast 60% der Gemeindevertreter die Vergleichszahl des Landes (50%) weit überragen. In Gemeinden, wo die CDU eigene Listen aufstellte, fällt das teilweise deutliche Auseinanderklaffen der Stimmzahlen dieser Partei für Kreistag und Gemeindevertretung auf, was durch die folgende Gegenüberstellung bewiesen werden soll <sup>85)</sup>:

CDU	Lollar	Reiskirchen	Watzenborn-Steinberg
Gemeindewahl	877	263	780
Kreistagswahl	443	141	605

Dieser auffällige Unterschied ist im Falle von Watzenborn-Steinberg auf das Fehlen einer anderen bürgerlichen Liste, im Falle von Lollar und Reiskirchen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die CDU in diesen Orten ihre Listen mit Einheimischen und Neubürgern im Verhältnis 1:1 besetzt hatte. Im neuen Kreistag waren die Parteien nunmehr mit folgenden Mandaten vertreten:

SPD: 16    CDU: 8    LDP: 10    NDP: 4

Die im Jahre 1948 herrschende politische Tendenz im Kreis ließ eine bürgerliche Koalition erwarten, die dann auch vor allem auf Drängen der bäuerlichen Vertreter zustande kam <sup>86)</sup>. Doch spielte auch die Neuwahl eines Landrates bei dem Zusammengehen von CDU und LDP eine gewichtige Rolle, denn für ihre Unterstützung der LDP bei der Wahl des Oberbürgermeisters Engler in der Stadt Gießen erhielt die CDU die Hilfe der LDP bei der Wahl eines CDU-Landrates, obwohl sie nur die drittstärkste Fraktion im Kreistag war <sup>87)</sup>. Der NDP blieb mit 4 Vertretern ohnehin nur der Weg mit den bürgerlichen Parteien offen.

Infolge tragikomischer bzw. tragischer Ereignisse kam es 1948/49 im Kreis Gießen zu einem „Dreilandrätejahr“. Als Nachfolger des vom 2. 7. 1946 bis zum 30. 6. 1948 amtierenden Landrats Benner (SPD) wurde von der Koalition CDU/LDP/NDP ein Herr „Neumann“ als Heimatvertriebener und CDU-Mitglied mit 22:16 Stimmen zum Landrat gewählt. Neumann war vorher einige Zeit Bürgermeister in Gießen gewesen. Er blieb nur bis zum 30. 7. 1948 im Amt, weil er sich als Hochstapler entpuppte, der mit seinem wirklichen Namen Nowara hieß <sup>88)</sup>. Seine Entlarvung erregte großes Aufsehen in Stadt und Kreis Gießen und hatte heftige Angriffe der SPD und KPD

<sup>85)</sup> Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960. Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960.

<sup>86)</sup> Gespräch MdB Pfarrer Gontrum am 22. 8. 1960. Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

<sup>88)</sup> „Der Fall Neumann-Nowara“, Broschüre gesammelter Flugblätter, Zeitungsberichte und anderer Veröffentlichungen über die Vorgänge des Falles Neumann-Nowara in der Universitätsbibliothek Gießen. Mitteilungsblatt der SPD, 3. Jg., Nr. 30, vom 30. 7. 1948.

zur Folge <sup>89)</sup>. Neumann-Nowara wurde am 15. 11. 1948 wegen Hochstapelei zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt <sup>90)</sup>. Trotz dieser offensichtlichen „Panne“ und erregter Debatten im Kreistag wählte die Koalition am 18. August 1948 den CDU-Politiker Alfred Dingeldey zum neuen Landrat. Er starb nach kurzer Amtszeit am 15. Januar 1949.

Sein Nachfolger wurde durch die Wahl vom 3. April 1949 der Marburger CDU-Vorsitzende Hans Bone v. Schwerin. Er trat am 7. April 1949 seinen Dienst im Landkreis an und behielt infolge seiner sachlichen und gewissenhaften Verwaltungsführung sein Amt über 2 Wahlperioden bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand am 31. März 1961 bei, obwohl seine Partei im Kreistag nie mehr in gleicher Stärke wie 1948 vertreten war.

## 5. Die Bundestagswahl vom 14. 8. 1949

Die Wahlen zum ersten Bundestag brachten im Kreis Gießen eine beträchtliche Änderung des politischen Bildes gegenüber den bisherigen Wahlen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Wahlbeteiligung sank um über 5% gegenüber den Kommunalwahlen von 1948, lag aber mit 78% in der Nähe der Vergleichszahlen im Land (77,3%) und im Bund (78,5%). Dafür verringerte sich die Zahl der ungültigen Stimmen beträchtlich auf 4,2% (Hessen 5,3%, Bund 3,1%).

Nunmehr waren im Kreis insgesamt 69 604 Personen wahlberechtigt. Für die Zunahme um fast 3 000 waren mehrere Gründe maßgebend: Heimgekehrte Kriegsgefangene und Jugendliche ab 21 Jahren bildeten eine große Anzahl Neuwähler. Außerdem verlangte das Bundeswahlgesetz nur noch einen Aufenthalt von 3 Monaten in einem Bundesland, um die Wahlberechtigung zu erhalten. Schließlich betrug der Prozentsatz der wegen ihrer politischen Vergangenheit Ausgeschlossenen im Kreis nur noch 0,3% <sup>91)</sup>.

Gewählt wurde nach einem Wahlsystem, in dem Elemente der relativen Mehrheitswahl und der Verhältniswahl kombiniert waren. In jedem Bundestagswahlkreis wurde ein Bewerber mit einfacher Mehrheit direkt gewählt, doch wurden alle abgegebenen gültigen Stimmen noch einmal auf Landesebene nach dem d'Hondtschen Verhältnissverfahren verrechnet, wobei die Direktmandate in Abzug gebracht wurden.

In der Praxis war dieses Wahlrecht nur eine Geste an die Befürworter des Mehrheitswahlsystems und kam mit geringen Abweichungen (Überhang-

---

<sup>89)</sup> Giessener Freie Presse vom 7. 8. 1948 berichtet über eine öffentliche Kundgebung der KPD auf dem Brandplatz zu Gießen am 28. Juli 1948: „Wer trägt die Schuld am Fall Neumann?“ Bezeichnend war, daß die heftigsten Angriffe der KPD gegen die SPD gerichtet waren, der man vorwarf, durch „arbeiterfeindliche Politik“ in der Stadt Gießen den „Fall Neumann-Nowara“ erst ermöglicht zu haben.

<sup>90)</sup> Giessener Freie Presse vom 16. 11. 1948.

<sup>91)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens, Nr. 29.

mandate) dem reinen Verhältniswahlssystem gleich<sup>92)</sup>. Man versuchte also mit untauglichen Mitteln die nachteiligen Auswirkungen des Proporz der Weimarer Zeit zu vermeiden<sup>93)</sup>. Da bereits ein Direktmandat die 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub>-Klausel außer Kraft setzte, konnten im ersten Bundestag nicht weniger als 12 Parteien und Gruppen Abgeordnete erlangen.

Im Kreisgebiet, das zum Bundestagswahlkreis VIII (Gießen-Stadt, Gießen-Land und Kreis Alsfeld) zählte, bewarb sich außer den 4 größeren Parteien die sogenannte Freie Wählervereinigung um die Gunst der Wahlberechtigten. Sie appellierte vor allem an die Vertriebenen, Evakuierten und Fliegergeschädigten und kann der in anderen hessischen Kreisen aufgetretenen „Demokratischen Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft“ (DWA) gleichgesetzt werden<sup>94)</sup>. Die 1948 so erfolgreiche NDP hatte mit der FDP, wie sich jetzt die bisherige LDP nannte, eine Wahlabsprache getroffen, auf Grund derer ihr Führer Dr. Leuchtgens über die Landesliste in den Bundestag einzog<sup>95)</sup>.

Die Ergebnisse des Kreises Gießen werden im folgenden den Resultaten im gesamten Wahlkreis, im Land Hessen und im Bund gegenübergestellt<sup>96)</sup>. (Siehe Karte Nr. 10a.)

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	KPD	FW
Kreis Gießen	51 957	2 292	78,0%	14 852	4 303	18 633	1 844	12 365
		4,2%		28,6%	8,3%	35,8%	3,5%	23,8%
Wahlkreis		3,7%	76,3%	25,6%	9,9%	39,5%	4,5%	16,0%
Land Hessen		5,3%	77,3%	32,1%	21,3%	28,1%	6,7%	11,8%
Bundesrepublik		3,1%	78,5%	29,2%	31,0%	11,9%	5,7%	11,0%

In 25 Orten des Kreises blieb die SPD stärkste Partei, in 12 Gemeinden siegte die Freie Wählervereinigung, in allen anderen Orten errang die FDP die relative Mehrheit. Dieser außergewöhnlich große Erfolg — es war die einzige Wahl von 1945 bis 1960, in der die SPD nicht stärkste Partei im Kreis Gießen wurde — ist zu einem großen Teil dem Ansehen zuzuschreiben, das der damalige FDP-Kandidat Dr. L. Schneider unter der Landbevölkerung genoß. Er entstammt einer kleinen Arbeiterfamilie, war selbst Arbeiter gewesen und hatte sich zur Position eines Rechtsanwalts und Notars emporgearbeitet. In dieser Eigenschaft verteidigte er in zahllosen Entnazifizierungsverfahren vor den Spruchkammern die vielen „Mitläufer“

<sup>92)</sup> Siehe dazu: K. H. Seifert: „Das Bundeswahlgesetz“, Berlin-Frankfurt 1955; R. Wildenmann: „Partei und Fraktion“, Meisenheim 1955, S. 132 ff.

<sup>93)</sup> Siehe dazu: „Der Wähler, die Hauptperson in der Demokratie.“ Schriften der Deutschen Wählergesellschaft Heidelberg 1947, S. 23 f. Die NSDAP hätte bei relativer Mehrheitswahl 1928 keine und 1930 nur einige wenige Abgeordnete erhalten. Die SPD hätte 1919 bei relativer Mehrheitswahl die absolute Mehrheit erhalten; sie hatte 1912 bei absoluter Mehrheitswahl schon 110, aber 1924 bei dem Proporzsystem nur rd. 100 Reichstagsabgeordnete erhalten.

<sup>94)</sup> E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 84.

<sup>95)</sup> Gespräch Kaufmann O. Conrad am 20. 8. 1960.

<sup>96)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 29. Giessener Freie Presse v. 15. 8. 1949 und eigene Errechnung. Die Parteien nominierten folgende Kandidaten: SPD: Arthur Arzt, FDP: Dr. Ludwig Schneider, CDU: Dr. Hugo Lotz, KPD: Karl Volk, FW: Hans Kalny.

Volkentscheide in Hessen

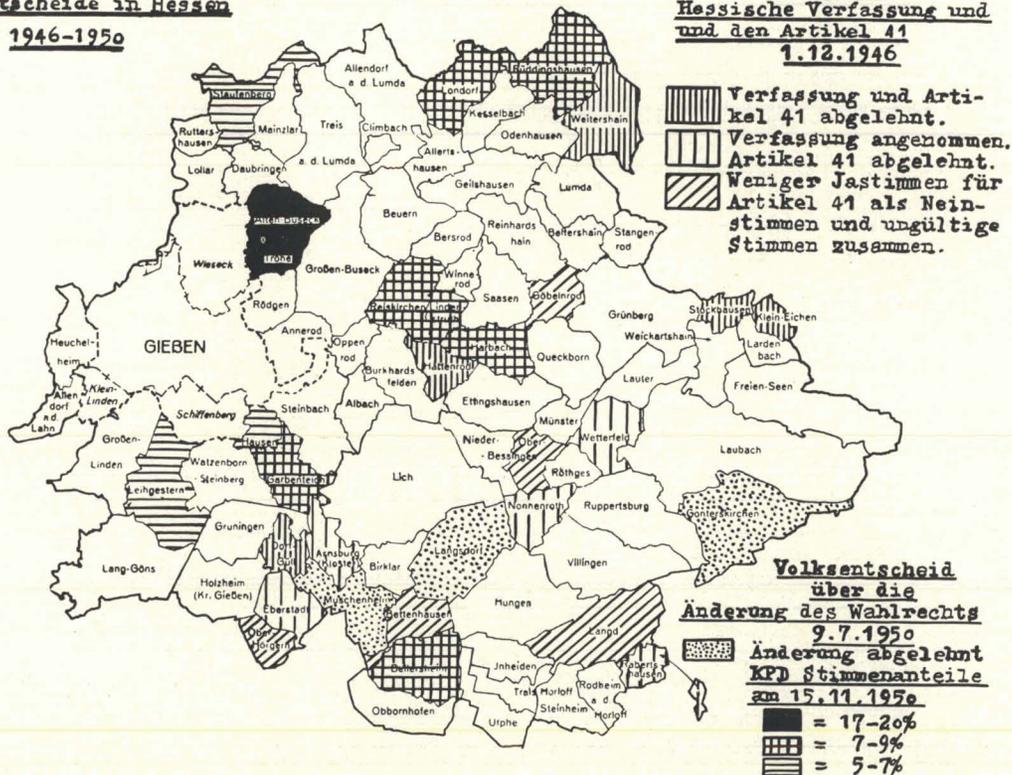
1946-1950

STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

Karte Nr. 9

Volkentscheid

über die  
Hessische Verfassung und  
und den Artikel 41  
1.12.1946

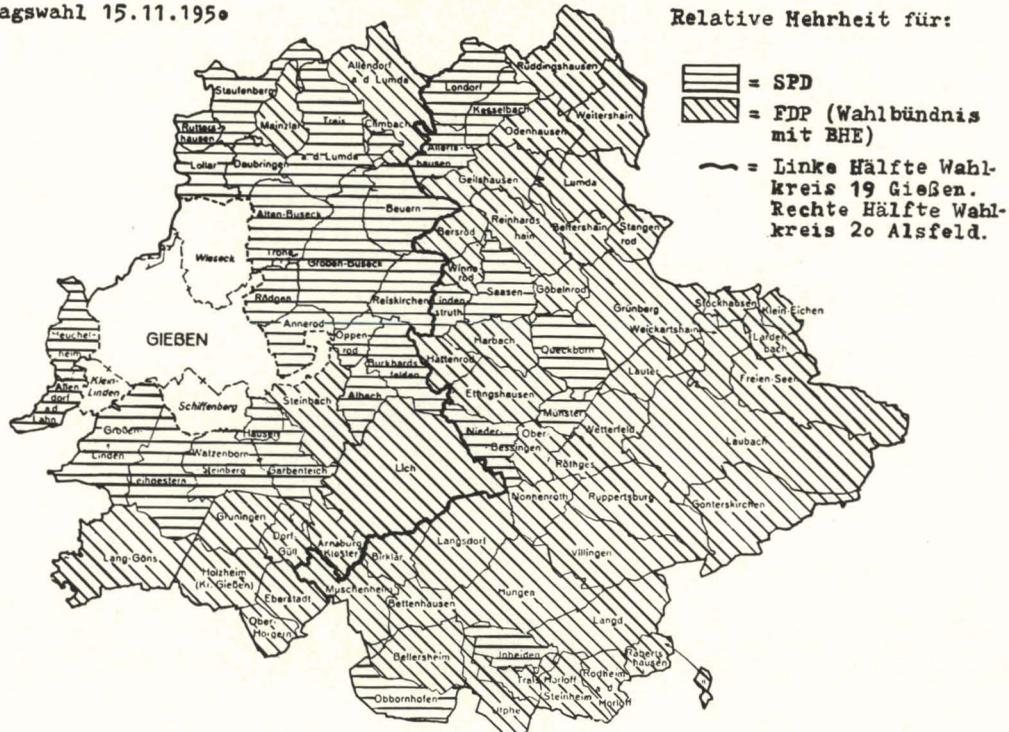


# STADT- u. LANDKREIS GIEßEN

## Karte Nr. 10

Landtagswahl 15.11.1950

Relative Mehrheit für:



und verhalf ihnen zu einer niedrigen Einstufung. Diese Tätigkeit hat ihm in den Kreisen Gießen und Alsfeld große Sympathien eingebracht, und weite Bevölkerungskreise sahen in ihm den rechten Volksvertreter für den Bundestag<sup>97)</sup>. Entgegen allen Erwartungen wirkte sich auch das Bündnis FDP/NDP günstig auf die Wahlentscheidung für die FDP aus, denn sie erhielt trotz geringerer Wahlbeteiligung rd. 2 300 Stimmen mehr, als FDP und NDP zusammen bei der Kreistagswahl 1948 bekommen hatten. Alle anderen Parteien verloren an Stimmen, die teilweise der FW zugute kamen. Ein Teil der Kreisbevölkerung hatte die Vorgänge um die Landratswahl zum Anlaß genommen, den Parteien den Rücken zu kehren. Besonders hohe Stimmenzahlen erreichte die FW in landwirtschaftlich orientierten Gemeinden mit starkem Neubürgeranteil. In der Stadt Gießen erhielt die FW nur 5,7% der gültigen Stimmen. Da Gießen zur damaligen Zeit nur sehr wenig Vertriebene in seinen Mauern hatte, haben im Landkreis zweifellos zahlreiche Neubürger und Evakuierte dem unabhängigen Kandidaten ihre Stimme gegeben, zumal das Fehlen einer eigenen politischen Interessenvertretung der Heimatvertriebenen gerade in der ersten Zeit nach der Währungsreform schmerzlich entbehrt wurde<sup>98)</sup>.

Die KPD verlor weiter an Stimmen und blieb auch prozentual unter den Vergleichszahlen für Land und Bund. Die fortschreitende Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation durch die Währungsreform und die Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes in der hohen Politik (Blockade Berlins) haben diese Entwicklung maßgebend beeinflußt.

Für den gewaltigen Rückgang der CDU, der besonders augenfällig wird, wenn man die Vergleichszahlen für Land und Bund betrachtet, ist nicht nur deren schlechte organisatorische Verankerung in den einzelnen Gemeinden verantwortlich zu machen, sondern das Mißtrauen der einheimischen Bevölkerungsteile gegen die angeblich katholische Tendenz und das zu lautstarke Bemühen der CDU um die Neubürger haben viele Wähler bewogen, den einheimischen, evangelischen Kandidaten der FDP vorzuziehen<sup>99)</sup>.

Bei der SPD, die absolut und prozentual den niedrigsten Stand aller Wahlen nach 1945 verzeichnete, ist der Rückgang vor allem der Tatsache zuzuschreiben, daß seit Mitte 1948 die Mitgliederzahl stark abgesunken war. Mit dem Abschluß der Entnazifizierungsverfahren und der Rückgewinnung wirtschaftlicher Sicherheit verließen viele Opportunisten die Partei. Durch Tod bedingte Abgänge alter Sozialdemokraten konnten nicht durch Eintritt jüngerer Mitglieder ersetzt werden. So ging auch im Kreis Gießen die breit angelegte Organisation der Partei zurück; Ortsvereine blieben nur in wenigen größeren Orten bestehen. Hinzu kam, daß die SPD in dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Arthur Arzt aus Sachsen einen im Kreis Gießen unbekanntem Kandidaten aufgeboten hatte.

---

<sup>97)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960. Kaufmann H. Henkel am 2. 7. 1960.

<sup>98)</sup> Gespräch J. Lewy am 7. 8. 1960. Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

<sup>99)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Dr. Martin am 13. 8. 1960. Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

## 6. Die Wahlrechtsänderung durch Volksentscheid vom 9. 7. 1950

Gegen Ende der ersten Legislaturperiode des hessischen Landtags waren die drei großen Parteien SPD, CDU und FDP übereingekommen, das bisherige Landtagswahlrecht, das nach Art. 75 der hessischen Verfassung das reine Verhältniswahlrecht vorsah, zu modifizieren. Das vom Landtag beschlossene neue Wahlgesetz mußte nach Art. 123 der hessischen Verfassung einem Volksentscheid unterworfen werden, da es nur durch die Änderung der Art. 75 und 137 der Verfassung wirksam werden konnte. Neben der Neueinteilung des Landes in 48 Wahlkreise und der Einführung der 5%-Klausel brachte das neue Gesetz die Bestimmung, daß in jedem Wahlkreis ein Bewerber mit einfacher Mehrheit gewählt wurde, während die Reststimmen über Landeslisten nach dem Proporzsystem verrechnet wurden<sup>100</sup>). Dies bedeutete eine wesentliche Annäherung an das Bundeswahlgesetz.

Die drei befürwortenden Parteien traten wärmstens für diese Wahlrechtsänderung ein und behaupteten übereinstimmend, das neue Wahlrecht werde das Funktionärwesen eindämmen und kleinere Interessengruppen ausschalten<sup>101</sup>). Auch die Landesregierung äußerte, die neue Form des Wahlrechts werde das demokratische Bewußtsein stärken und Mißhelligkeiten der Weimarer Zeit verhüten<sup>102</sup>).

In der breiten Masse der Bevölkerung fanden diese doch recht schwer überschaubaren Wahlrechtsmanipulationen kein großes Echo. Dazu fehlte es an der notwendigen eingehenden Aufklärung durch Parteien und Regierung. Da nach der Verfassung nur die Mehrheit der Abstimmenden für die Annahme des Volksentscheids notwendig war, glaubte man, des Erfolges sicher zu sein.

Die Wahlbeteiligung im Kreis Gießen betrug nur 29,2% und blieb damit noch unter der des Landes (33,9%). Hinzu kamen auch noch 4,8% ungültige Stimmen. 80,3% entschieden sich für und 19,7% gegen die Verfassungsänderung, was ungefähr den Ergebnissen im Lande entsprach (78,4% für und 21,6% gegen die Verfassungsänderung)<sup>103</sup>).

Da sich als einzige Partei die KPD gegen die Verfassungsänderung ausgesprochen hatte, liegt es auf der Hand, daß es nicht nur Kommunisten gewesen sein können, die gegen die Verfassungsänderung stimmten. Dies wird besonders an der Tatsache deutlich, daß in drei ausgesprochenen Bauerndörfern des Kreises, nämlich in Gonterskirchen, Langsdorf und Muschenheim, mehr Nein- als Jastimmen abgegeben wurden. In der kleinen Bauerngemeinde Rabertshausen war das Ergebnis 55:55. Es bleibt unerfindlich, was die Wähler in diesen Orten zu ihrer Entscheidung getrieben haben mag, wenn man nicht ein bewußtes Mißtrauensvotum gegen die Institutionen der parlamentarischen Demokratie herauslesen will. (Siehe Karte Nr. 9.)

<sup>100</sup>) Das Landtagswahlgesetz wurde am 15. 7. 1954 und am 21. 7. 1958 erneut geändert.

<sup>101</sup>) Giessener Freie Presse vom 7. 7. und 8. 7. 1950.

<sup>102</sup>) Innenminister H. Zinnkann: „Warum Volksabstimmung?“ in Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 24 vom 17. 6. 1950. Siehe hierzu auch die Anmerkungen 92 und 93.

<sup>103</sup>) Giessener Freie Presse vom 10. 7. 1950 und eigene Errechnung.

Die folgenden Ergebnisse aus drei der vier erwähnten Gemeinden sollen nichts mehr und nichts weniger beweisen, als daß der Aufruf der KPD für die Ablehnung des Volksentscheids nicht maßgebend war <sup>104)</sup>.

Wahlen					
Langsdorf					
	NS	LDP/NDP	FDP	FW	KPD
14. 9. 30	393 = 63,0%	—	—	—	6 = 1,1%
5. 3. 33	444 = 83,0%	—	—	—	1 = 0,2%
25. 4. 48	—	318 = 40,0%	—	—	22 = 2,7%
14. 8. 49	—	—	302 = 43,0%	231 = 33,0%	4 = 0,5%

Muschenheim					
	NS	LDP/NDP	FDP	FW	KPD
14. 9. 30	272 = 71,5%	—	—	—	3 = 1,1%
5. 3. 33	310 = 81,6%	—	—	—	—
25. 4. 48	—	216 = 50,5%	—	—	14 = 3,2%
14. 8. 49	—	—	182 = 36,0%	177 = 35,0%	4 = 0,8%

Rabertshausen					
	NS	LDP/NDP	FDP	FW	KPD
14. 9. 30	91 = 92,0%	—	—	—	—
5. 3. 33	105 = 100%	—	—	—	—
25. 4. 48	—	73 = 44,0%	—	—	3 = 0,2%
14. 8. 49	—	—	87 = 45,0%	94 = 48,5%	3 = 0,1%

In allen anderen Gemeinden des Kreises wurde die Verfassungsänderung mit mehr oder weniger großer Mehrheit bejaht <sup>105)</sup>.

### 7. Die Landtagswahl vom 19. 11. 1950

Bei den Landtagswahlen von 1950 erreichte die Wahlbeteiligung — wie überall im Lande — im Kreis Gießen ihren niedrigsten Stand nach 1945. Mit 66,4% blieb sie aber noch knapp über dem Durchschnitt des Landes Hessen (64,9%). Auch die Zahl der ungültigen Stimmen ging weiter zurück; sie betrug noch 1 605 oder 3,5% der abgegebenen Stimmen <sup>106)</sup>. Von den gültigen Stimmen entfielen auf <sup>106)</sup>:

Gültige Stimmen	Wahlbet.	SPD	CDU	FDP (mit BHE)	KPD
44 698		18 880	5 595	18 871	1 352
96,5%	66,4%	42,3%	12,5%	42,2%	3,0%

Damit wurde die SPD mit einem Vorsprung von 9 Stimmen im Kreisgebiet wieder stärkste Partei und gewann gegenüber der Bundestagswahl 1949 erheblich an Boden.

<sup>104)</sup> Eigene Zusammenstellung und Errechnung.

<sup>105)</sup> Die Wahlbeteiligung war bei dieser Volksabstimmung in überwiegend gewerblich orientierten Dörfern relativ sehr hoch (Lollar 63,3% und Heuchelheim 60,1%), während sie in kleineren Bauerngemeinden unter 20% lag (Eberstadt 14,3%, Stockhausen 12,4% und Lardenbach 10,3%).

<sup>106)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 39. Giessener Freie Presse vom 20. 11. 1950 und eigene Errechnung.

Von der Neueinteilung der Landtagswahlkreise war auch der politische Kreis Gießen betroffen worden. Die Westhälfte mit 33 Gemeinden bildete mit der Stadt Gießen zusammen den Wahlkreis 19 Gießen. Die Osthälfte mit 50 Gemeinden kam zum Wahlkreis 20 Alsfeld. Wie die Karte zeigt, wurde damit auch in der Bevölkerungsstruktur eine gewisse Trennung vollzogen, da — von Ausnahmen abgesehen — in der westlichen Hälfte die vorwiegend gewerblich orientierten Orte und die Arbeiterwohngemeinden liegen, während der östliche Teil des Kreises landwirtschaftlich bebaut ist.

In beiden Kreishälften vollziehen sich — was wir in Teil II und III dieser Arbeit nachgewiesen haben — infolge ihrer verschiedenartigen Struktur mehr oder weniger stark voneinander abweichende Entscheidungen bei politischen Wahlen. Die folgende Aufstellung macht deutlich, daß das auch 1950 nicht anders gewesen ist. (Siehe Karte Nr. 10.)<sup>107)</sup>.

	Wahlbeteil.	SPD	CDU	FDP	KPD
Wahlkreis 19: Stadt u. Gießen Land/West	65,3%	43,6%	12,9%	38,9%	4,6%
Wahlkreis 20: Alsfeld u. Gießen Land/Ost	63,3%	33,5%	10,4%	53,5%	2,6%

Im Kreisgebiet war in 33 Gemeinden die SPD stärkste Partei. In den übrigen 50 Gemeinden erreichte die FDP wieder die relative Mehrheit. (Siehe Karte Nr. 10.)

Die CDU erlebte einen absoluten und relativen Zugang, der von der Entwicklung im Land und in Nachbarkreisen abweicht<sup>107)</sup>. Da sie aber in der Stadt Gießen an Stimmen verlor, ist dieser Zuwachs im Kreisgebiet in Anbetracht der geringen Wahlbeteiligung erstaunlich. Es darf auf Grund der weiter unten dargestellten Veränderungen in der Stimmzahl seit der Bundestagswahl von 1949 angenommen werden, daß ein gewisser Prozentsatz der Freien Wählervereinigung, vor allem katholische Heimatvertriebene, in Ermangelung einer eigenen Interessenvertretung der CDU die Stimme gegeben hat; andererseits hatten sich einheimische FDP-Wähler von dem Bündnis dieser Partei mit dem neugegründeten BHE hintergangen gefühlt und wählten die CDU, deren evangelischer Landrat in den 1½ Jahren seiner Tätigkeit große Sympathien bei der Landbevölkerung gewonnen hatte<sup>108)</sup>.

Der Wahlerfolg der FDP war geringer, als man nach der politischen Entwicklung erwarten durfte. In erster Linie war er wohl der Tatsache zuzuschreiben, daß die bisher im Kreisgebiet so erfolgreiche NDP nicht mehr mit einer eigenen Kandidatur auftrat, vielmehr ihren Anhängern empfahl, die FDP zu wählen<sup>109)</sup>. Von relativ geringem Einfluß auf den kleinen Zuwachs der FDP seit 1949 war dagegen das Bündnis mit dem BHE, das aus wahltaktischen Gründen auf Landesebene geschlossen worden war.

<sup>107)</sup> R. Kress: a. a. O., S. 35.

<sup>108)</sup> Gespräch Landwirt H. Schmidt am 16. 7. 1960. Angestellter H. Stein, Laubach, am 10. 10. 1960.

<sup>109)</sup> Gespräch Kaufmann O. Conrad am 6. 8. 1960.

Das Bündnis war nicht natürlich und wurde vor allem von den Heimatvertriebenen abgelehnt, die sich in vielen Fällen der Stimme enthielten <sup>110)</sup>. Die Stimmenanteile von FDP und FW (Vorläufer des BHE) betrug 1949 rd. 60%, während die FDP im Wahlbündnis mit dem BHE nur etwa 42% der gültigen Stimmen erreichte. Das Ressentiment einheimischer FDP-Wähler gegenüber den „Flüchtlingen“ wirkte sich in der östlichen Kreishälfte deshalb nicht so stark aus, weil dort der schon aus der Weimarer Zeit bekannte und angesehene Bauernpolitiker Stein aus Stumpertenrod (Kr. Alsfeld) als Wahlkreisbewerber der FDP kandidierte und auch gewählt wurde. In der Westhälfte des Kreises dagegen blieben auch viele einheimische Wähler der FDP der Wahl fern oder gaben anderen Parteien ihre Stimme. Hier gelang es dem FDP-Kandidaten, dem Gießener Bürgermeister Dr. Elsner, als Ortsfremdem nicht, den angesehenen SPD-Politiker Dr. Gumbel aus Gießen zu schlagen. Lediglich in der Stadt Gießen behielt Dr. Elsner, dessen ausgezeichnete Verwaltungsarbeit damit ihre Anerkennung fand, eine knappe Mehrheit <sup>111)</sup>.

Die Veränderungen gegenüber der Bundestagswahl von 1949 mag folgende Aufstellung verdeutlichen:

	Abgegeb.	Nichtw.	SPD	CDU	FDP	KPD	FW
Wahl 1950	46 303	23 428	18 880	5 595	18 871	1 352	—
Änderungen	— 7 986	+ 8 113	+ 4 028	+ 1 192	+ 238	— 492	— 12 365

Der Gewinn der SPD ist nicht nur der Tätigkeit der Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Zinn und dem Ansehen ihres heimischen Landtagskandidaten Dr. Gumbel zu verdanken, sondern rührt auch daher, daß ein großer Teil der früheren Wähler der „Freien Wählervereinigung“ sich der SPD als der Partei zuwandte, in der man eine energische Interessenvertretung aller sozial schwachen Schichten am ehesten vermutete. Daneben kamen der SPD auch die Verluste der KPD zugute.

Im ganzen gesehen zeigt diese Wahl zum erstenmal nach dem 30. 6. 1946 wieder eine deutliche Konzentration der politischen Kräfte, wobei die FDP an die Stelle der CDU getreten ist: SPD und FDP verfügen zusammen über 84,5% aller gültigen Stimmen. Der Wählerstamm der SPD erscheint allerdings wesentlich stärker und gefestigter als derjenige der FDP.

In der gewerblich-landwirtschaftlichen Mischgemeinde Leihgestern wurden 1950 die Männer- und Frauenstimmen getrennt ausgezählt, was in der folgenden Übersicht dargestellt werden soll <sup>112)</sup>:

	Gült. Stimm.	SPD	CDU	FDP	KPD
Männer	615	296 = 48,1%	54 = 8,8%	222 = 36,1%	43 = 7,0%
Frauen	517	233 = 45,1%	55 = 10,6%	196 = 37,9%	33 = 6,4%

<sup>110)</sup> Gespräch J. Lewy, Allendorf, am 7. 8. 1960. R. Kress: a. a. O., S. 35, berichtet, daß der Verband der Heimatvertriebenen in Marburg damals von einem Bund zwischen „Gebenden“ und „Fordernden“ sprach.

<sup>111)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 65.

<sup>112)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 39.

Ähnlich wie 1928 bevorzugten die Frauen stärker die bürgerlichen Parteien, während SPD und KPD einen geringeren Anteil an Frauenstimmen aufzuweisen haben <sup>113)</sup>.

## 8. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 4. Mai 1952

Zur 3. hessischen Kreistagswahl traten wiederum neue Parteigruppierungen im Kreisgebiet auf. Diesmal gelang der FDP eine Listenverbindung mit der Landvolkorganisation, deren damals führender Mann, der Landwirt Fenchel aus Ober-Hörgern, an die erste Stelle des Wahlvorschlags gesetzt wurde.

Die bedeutsamste Änderung aber war das erstmalige eigene Auftreten des BHE, dessen Kreisverband bereits im April 1950 von Heimatvertriebenen aus dem Kreis Gießen gegründet worden war. Er hatte inzwischen mit Hilfe der Vertriebenenorganisationen und unter der tatkräftigen Leitung seines Kreisvorsitzenden, des heutigen hessischen Wirtschaftsministers Gotthard Franke, seine Stellung im Kreis stark verankern können <sup>114)</sup>.

Die Wahlbeteiligung erfuhr eine sprunghafte Steigerung auf 84,4% und lag damit höher als im Landesdurchschnitt. Aus politischen Gründen war niemand mehr von der Wahl ausgeschlossen. Die Ergebnisse werden in der folgenden Übersicht denen des Landes gegenübergestellt <sup>115)</sup>.

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	FDP	CDU	BHE	KPD	Sonst.
Kreis	55 604	2 904	84,4%	20 981	16 636	5 242	11 232	1 513	—
	95,0%	5,0%		37,8%	29,9%	9,4%	20,2%	2,7%	
Land	94,4%	5,6%	82,5%	37,7%	13,0%	17,3%	10,5%	4,0%	17,5%

Da nach den gesetzlichen Vorschriften für die Gemeinde- und Kreistagswahlen in Hessen das reine Verhältniswahlrecht gilt und die Abgeordneten nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ermittelt werden <sup>116)</sup>, erhielten auf Grund der Ergebnisse die SPD 15, die FDP 12, die CDU 3 und der BHE 8 Mandate für den Kreistag. Da die KPD die 5%-Sperrklausel nicht überschritt, ging sie erneut leer aus.

Das augenfälligste Ergebnis der Kreistagswahlen war das gute Abschneiden des BHE. Mit 20,2% der gültigen Stimmen stand die neue Partei an führender Stelle der hessischen Landkreise. Es ergibt sich eine natürliche Erklärung für diesen großen Wahlerfolg, wenn wir berücksichtigen, daß 1952 der Anteil der Vertriebenen an der Kreisbevölkerung 23,7% betragen

<sup>113)</sup> Weitere getrennte Auszählungen wurden im Kreis Gießen nicht durchgeführt. Siehe dazu: G. Bremme: „Die politische Rolle der Frau in Deutschland“, Göttingen 1956.

<sup>114)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960. Als Gründungstag für die Bundespartei des BHE gilt der 27./28. Januar 1951 (Wildenmann: a. a. O., S. 116).

<sup>115)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 52. Hessische Bevölkerungs- und Wirtschaftskunde 1955, S. 400 f. Giessener Freie Presse und Gießener Anzeiger vom 5. 5. und 6. 5. 1952 und eigene Errechnung.

<sup>116)</sup> Hessisches Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vom 25. 2. 1952 §§ 1 und 21.

hat. Dies war der zweithöchste Anteil in einem hessischen Landkreis. Da sich der BHE in der ersten Zeit seines Auftretens fast ausschließlich als Interessenvertretung der Vertriebenen und Evakuierten betrachtete, dürfen wir annehmen, daß er im wesentlichen aus diesem Bevölkerungskreis seine Stimmen erhielt. Die Vertriebenen folgten offensichtlich ziemlich geschlossen den Aufrufen des BHE, wobei ein großer Teil der von den bestehenden Parteien inzwischen aktivierten Kräfte aus den Reihen der Vertriebenen ebenfalls mitzog; nur Vereinzelte blieben bei den älteren Parteien in der aktiven politischen Arbeit<sup>117)</sup>.

Hier wirkten also die Bindungen an das Volkstum, an die gemeinsame, nun verlorene Heimat und die Forderung nach sozialpolitisch gerechter Behandlung stärker als alte politische oder religiöse Bande. Insbesondere wurde die katholische Konfession, der fast  $\frac{4}{5}$  der Heimatvertriebenen des Kreises angehören, in der alten Heimat (meist Sudetengebiete) anders praktiziert und anders empfunden als in den katholischen Gegenden Westdeutschlands<sup>117)</sup>. Dadurch entfiel trotz intensiver und aufrichtig gemeinter Bemühungen der Ansatzpunkt für die CDU, die überwiegende Mehrheit der Heimatvertriebenen an sich zu binden. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bund vertriebener Deutscher (BvD) und dem BHE tat ein übriges, daß der überwiegende Teil der Flüchtlinge dem BHE seine Stimme gab. Unter seinen Wählern waren viele, die sich 1950 der Stimme enthalten hatten.

Die FDP konnte zusammen mit dem Landvolk<sup>118)</sup> ihre hohe Stimmenzahl von 1949/50 nicht halten und bekam nur noch rd. 30% der gültigen Stimmen. Sie hatte keinen Heimatvertriebenen mehr auf ihrer Liste stehen und vertrat in ihrer engen Verbindung mit dem Landvolk einseitig die einheimische bäuerlich orientierte Bevölkerung. Ihr Verlust kam zum größten Teil dem BHE zugute, doch muß auch eine gewisse Fluktuation von FDP-Wählern zur SPD angenommen werden. Doch ist dies in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich und hängt oft eng damit zusammen, ob angesehene Männer aus den Dörfern an aussichtsreicher Stelle für den Kreistag kandidieren. Geringe Verluste hatte auch die CDU zu verzeichnen, obwohl sie 6 Flüchtlinge und 18 Bauern auf ihrer Kandidatenliste hatte. Mit diesem schlechten Ergebnis hatte die Partei schon deshalb nicht gerechnet, weil ihr Landrat in den drei Jahren seiner Amtstätigkeit gute Verwaltungsarbeit geleistet hatte, worauf man in einem Appell an die Wähler auch besonders hinwies<sup>119)</sup>. Doch hatten sich in ihrer Mehrheit sowohl die einheimischen Bauern der FDP als auch die katholischen Vertriebenen dem BHE angeschlossen, wie überhaupt die Wahl bewies, daß die CDU im Landkreis einen außerordentlich schweren Stand hat, weil auf der einen Seite der Wählerstamm einheimischer Katholiken fehlt, anderer-

<sup>117)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960. J. Lewy am 7. 8. 1960. Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960.

<sup>118)</sup> Das Landvolk war keine politische Partei, sondern lediglich die Berufsorganisation der Bauern.

<sup>119)</sup> Gießener Anzeiger vom 28. 4. 1952.

seits die konservativen Kreise einschließlich der Bauern der CDU mit großer Zurückhaltung gegenüberstehen <sup>120)</sup>.

Die SPD erhöhte ihre absolute Stimmenzahl erneut um über 2 000 Stimmen, verlor aber infolge der erhöhten Wahlbeteiligung prozentual und zog auch mit einem Abgeordneten weniger in den Kreistag ein. Sie hatte 5 Flüchtlinge auf ihrer Kreistagswahlliste unterbringen können, und ihr Verlust an Stimmen der Heimatvertriebenen war nicht so groß gewesen als derjenige bei FDP und CDU. Zahlreiche Vertriebene waren als Sozialdemokraten schon in der alten Heimat aktiv oder standen der Partei nahe. So wurde beispielsweise eine geschlossene Gruppe von ehemaligen SPD-Mitgliedern aus dem Industriegebiet von Aussig im Sudetenland nach Watenborn-Steinberg eingewiesen <sup>121)</sup>. Die früheren Bindungen an die SPD wurden natürlich in der neuen Heimat aufrechterhalten, zumal mit Wenzel Jaksch ein führender heimatvertriebener SPD-Mann im politischen Leben des Landes Hessen tätig war. Es ist bezeichnend, daß der BHE in Watenborn-Steinberg als einzigem größeren Ort im Kreis Gießen noch keine Ortsgruppe gründen konnte <sup>122)</sup>.

In 45 Gemeinden war die SPD, in 35 Gemeinden die FDP mit dem Landvolk stärkste Partei, aber in drei Orten erhielt auch der BHE eine relative Mehrheit (Eberstadt, Steinheim und Winnerod). Die CDU siegte lediglich in Lumda, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß dort der Kreislandwirt Fabel, einer der Spitzenkandidaten der CDU für den Kreistag, behemtet war. (Siehe Karte Nr. 8a.)

Bei den Gemeindewahlen zeigte sich mit 59,5% Vertretern aus überparteilichen Wählervereinigungen eine weitere Abkehr von parteigebundenen Listen, die vor allem mit dem allgemeinen Rückgang der Mitgliederzahlen in allen Parteien seit Mitte 1948 und dem daraus resultierenden Nachlassen der Aktivität in den Kreisverbänden zusammenhängt. Lediglich der BHE trat sofort in einer großen Anzahl von Orten mit eigenen Listen auf, wobei ihm das schon seit der Einweisung in den Dörfern gepflegte Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen zugute kam.

Im Vergleich zur Kreistagswahl kam es bei den Gemeindewahlen im Kreis Gießen zu folgenden Ergebnissen <sup>123)</sup>:

	Gült.	Ung.	SPD	FDP	CDU	BHE	KPD	Fr.Gr.
Kreistagswahl	55 604	2 904	20 981	16 636	5 242	11 232	1 513	—
	95,0%	5,0%	37,8%	29,9%	9,4%	20,2%	2,7%	—
Gemeindewahlen	55 149	3 141	15 398	331	1 018	5 362	255	32 785
	94,6%	5,4%	27,9%	0,6%	1,8%	9,7%	0,5%	59,5%
Land Hessen			28,1%	4,0%	10,4%	5,5%	2,7%	49,0%
Ortslisten im Kreis			42	1	3	26	6	—
Sitze in Ortsparlamenten			175	3	8	62	3	571
			21,3%	0,4%	0,9%	7,5%	0,4%	69,5%

<sup>120)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Pfarrer Gontrum 22. 8. 60. Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960. Kaufmann H. Henkel am 2. 7. 1960. Notar Dr. Schneider 19. 8. 1960.

<sup>121)</sup> Gespräch Landwirt K. G. Philipp am 21. 8. 1960. Angestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

<sup>122)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

<sup>123)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 52. Aus den Akten des Wahlamtes beim Landratsamt Gießen. Giessener Freie Presse vom 5. 5. 1952 und eigene Errechnung.





Von dem Rückgang an parteigebundenen Listen in den Gemeinden des Kreises wurden vor allem wieder CDU und FDP betroffen, aber auch die SPD blieb davon nicht verschont, obwohl sie sich als einzige Partei in der Nähe des Landesdurchschnitts halten konnte.

Der Anteil des BHE, der 4,2% über der Vergleichszahl des Landes liegt, unterstreicht dessen starke Stellung im Kreisgebiet.

### 9. Die Bundestagswahl vom 6. 9. 1953

Für die Bundestagswahlen 1953 war das Wahlgesetz dergestalt geändert worden, daß nunmehr jeder Wähler zwei Stimmen abgeben konnte. Mit der Erststimme wurde in jedem Wahlkreis ein Direktmandat nach dem System der relativen Mehrheitswahl vergeben, mit der Zweitstimme wurden die Kandidaten der einzelnen Parteien über eine Landesliste nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren verteilt.

Neben den Kandidaten der großen Parteien, dem bisherigen Abgeordneten des Wahlkreises 133 Gießen-Alsfeld Dr. Schneider von der FDP, dem SPD-Bewerber Otto Bepler, der für den ursprünglich vorgesehenen, aber dann schwer erkrankten Dr. Gumbel in letzter Minute eingesprungen war, dem CDU-Kreisvorsitzenden Pfarrer Gontrum und dem KPD-Kreissekretär Volk stellte sich für den BHE Gotthard Franke und für die neugegründete GVP des ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Heinemann die Studienrätin Annette Stöhr aus Gießen zur Wahl. Der 7. Kandidat, Klinkowström (DP), hatte 2 Tage vor der Wahl seine Bewerbung zurückgezogen.

Die Ergebnisse der Erststimme im Kreis Gießen vergleichen wir im folgenden mit denen in der Stadt und im gesamten Bundestagswahlkreis 133 Gießen-Alsfeld <sup>124)</sup>:

	Wahlberechtigte	Beteil.	Gültig	Ungültig
Kreis Gießen	68 445	87,7%	58 590	1 440
Stadt Gießen	35 538	84,0%	29 164	2 651
Wahlkreis 133	144 094	86,2%	121 444	2 594

	Bepler SPD	Schneider FDP	Gontrum CDU	Franke BHE	Volk KPD	Stöhr GVP	Klink. DP
Kreis Gießen	21 522 36,7%	17 172 29,3%	9 261 15,8%	8 844 15,2%	690 1,2%	826 1,4%	275 0,4%
Stadt Gießen	8 498 29,1%	10 151 34,8%	7 296 25,0%	1 587 5,9%	912 3,1%	594 2,5%	134 1,3%
Wahlkreis	39 033 32,1%	41 460 34,1%	21 944 18,1%	14 863 12,2%	1 866 1,6%	1 711 1,4%	592 0,5%

<sup>124)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 64. Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 100. Giessener Freie Presse vom 7. 9. 1953 und eigene Errechnung. Der DP-Kandidat Klinkowström blieb trotz seiner Verzichtserklärung natürlich auf den Stimmzetteln und wurde so auch vereinzelt gewählt.

Der Sieg des FDP-Kandidaten Dr. Schneider im Wahlkreis 133 darf in erster Linie als ein Vertrauensbeweis für seine Person und seine vierjährige Tätigkeit im Bundestag angesehen werden, obwohl man nicht übersehen darf, daß er im Kreis Gießen über 4 000 Stimmen weniger erhielt als der in der Kommunalpolitik sehr rührige SPD-Bewerber Beppler aus Heuchelheim. Den Ausschlag für den Sieg Dr. Schneiders gaben neben der Stadt Gießen vor allem die ländlichen Gebiete des Kreises Alsfeld. Im Kreis Gießen behielt Dr. Schneider in 34 und Beppler in den restlichen 49 Gemeinden die Oberhand. Mit Ausnahme des BHE-Kandidaten Franke, der im wesentlichen die Stimmen der Heimatvertriebenen auf sich vereinigte, blieben die übrigen Bewerber ohne nennenswerte Stimmenzahl. Die Wähler des Kreises hatten die ungewohnte Abgabe von 2 Stimmen recht gut verstanden und soviel politisches Einsehen gezeigt, daß sie aussichtslosen Kandidaten weniger Erststimmen gaben als mit der Zweitstimme den Parteien.

Dies wird besonders deutlich an dem nun folgenden Vergleich mit den Zweitstimmen. Hier lag die SPD in 52 Gemeinden an der Spitze, während die FDP in 30 Orten die relative Mehrheit behielt; lediglich in Gonterskirchen wurde die CDU stärkste Partei. (Siehe Karte Nr. 11.)

Die rege Wahlbeteiligung im Kreis Gießen übertraf noch die ebenfalls hohen Vergleichszahlen in Bund, Land und Wahlkreis. Obwohl die Zahl der ungültigen Stimmen gegenüber der Erststimmenabgabe leicht erhöht war, hatte der Wahlkreis 133 den niedrigsten Prozentsatz aller Wahlkreise Hessens. Dies ist neben der hohen Wahlbeteiligung ein Zeichen für politisches Verständnis und Aufgeschlossenheit der Bevölkerung.

Die Ergebnisse der Erst- und Zweitstimmen im Kreis Gießen werden hier den Zweitstimmenergebnissen in Bund, Land und Wahlkreis 133 gegenübergestellt <sup>124)</sup>:

	Gült.	Ung.	Bet.	SPD	FDP	CDU	BHE	KPD	DP
Erststimme	58 590	1 440	87,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	21 522	17 172	9 261	8 844	690	275
Kreis	97,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		36,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	29,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	15,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	15,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	0,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Zweitstimme	58 169	1 861	87,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	21 136	14 643	11 285	8 792	718	620
Kreis	96,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	3,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		36,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	25,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	15,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Wahlkreis		2,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	86,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	31,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	27,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	23,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	12,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Land Hessen		4,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	86,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	33,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	19,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	33,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	6,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Bundesrepublik		2,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	86,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	28,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	9,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	45,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	5,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	3,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) erhielt 975 Zweitstimmen oder 1,7<sup>0</sup>/<sub>0</sub> im Kreis Gießen; denselben Prozentsatz erreichte sie im Wahlkreis und im Land Hessen, während sie im Bundesgebiet nur auf 1,2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> kam.

Berücksichtigt man die gegenüber der Erststimme etwas geringere Zahl von gültigen Zweitstimmen, so ergeben sich bei SPD und BHE im Kreis Gießen keine nennenswerten Unterschiede. Dagegen läßt sich ziemlich klar ablesen, daß rd. 2 000 Wähler, die Dr. Schneider ihre Erststimme gaben,

mit der Zweitstimme CDU wählten. Den Rest der Verluste der FDP gewann die DP.

Gegenüber den Ergebnissen in Land und Bund ergeben sich im Kreis außerordentlich starke Positionen der SPD, FDP und des BHE. Dagegen konnte die CDU trotz ihres großen Wahlerfolges im Bundesgebiet nur knapp 20% der Stimmen im Kreis auf sich vereinigen. In breiten Kreisen der Bevölkerung bestand nach wie vor eine gewisse Abneigung gegen die CDU, die man als Katholikenpartei ansah, obwohl ihre führenden Repräsentanten, der Kreisvorsitzende der Partei u. MdB Pfarrer Gontrum und der Landrat v. Schwerin, überzeugte Protestanten sind.

Man glaubte sich in bürgerlichen und auch bürgerlichen Kreisen sehr gut von der FDP vertreten, die durch ihre führenden Männer in den Jahren vorher am entschiedensten für den Abschluß der Entnazifizierung eingetreten war und als Nachfolgerin der früheren Rechts- bzw. Bauernparteien angesehen wurde<sup>125)</sup>. Allerdings hatte die Partei ihren Höhepunkt von 1949 längst überschritten und konnte nur noch  $\frac{1}{4}$  der gültigen Stimmen auf sich vereinigen.

Wie bei der Erststimme, so blieben auch bei der Zweitstimme die Zahlen für KPD, GVP und DP bedeutungslos.

Ein Vergleich mit zurückliegenden Wahlen in einem Gesamtüberblick bietet sich nicht an, da es einmal in der Bundestagswahl 1953 um andere politische Fragen und Entscheidungen ging als bei den Kommunalwahlen 1952, zum andern bei der Landtagswahl von 1950 der BHE als eigene Partei noch nicht in Erscheinung getreten war. Dagegen ist es aufschlußreich, die Landtagswahl von 1954 mit den Ergebnissen von 1953 zu vergleichen.

## 10. Die Landtagswahl vom 28. 11. 1954

Der Vergleich zwischen den Wahlen von 1953 und 1954 ist deshalb angebracht, weil in dieser Zeit die Entwicklung der Parteien im Kreis — wenn auch nur für eine kurze Spanne — zur Ruhe gekommen war. Der BHE hatte sich zu einer verhältnismäßig konstanten politischen Kraft entwickelt. Seine Krise auf Bundesebene war ebenso wie die der FDP noch nicht erfolgt, und die Parteien rechts von der FDP waren entweder verschwunden (NDP) oder noch nicht wieder aufgetaucht (DP, FVP, DRP). Auch die KPD war noch legal, wenn auch ihre Aktivität bereits weitgehend durch Restriktionsmaßnahmen der Regierung eingengt wurde und ihre Mitgliederzahl durch zahlreiche Austritte im Schwinden begriffen war<sup>126)</sup>.

<sup>125)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

<sup>126)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Deeg am 12. 10. 1960. Hausfrau Maria Deeg am 10. 10. 1960. Bereits kurz nach der Währungsreform war im Zusammenhang mit der Berliner Blockade und der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes eine Fragebogenaktion unter den öffentlich Bediensteten durchgeführt worden, die eine Austrittsbewegung aus KPD und VVN auslöste. Siehe auch H. Kluth, a. a. O., S. 36 ff.

Der Bundestagswahlkampf von 1953 war im Kreisgebiet relativ ruhig verlaufen; um so heftiger wurde 1954 um die Gunst der Wähler gestritten. Während die SPD ihrerseits auf die Erfolge ihrer seit 1950 amtierenden Alleinregierung unter Ministerpräsident Zinn hinweisen konnte und dabei vor allem dem 1953 zu beobachtenden Trend zu CDU und FDP entgegenzutreten suchte, war es den bürgerlichen Parteien darum zu tun, die absolute Mehrheit der SPD in Hessen zu brechen. In einem Bericht vom 25. 11. 1954 heißt es, daß zahlreiche Wahlversammlungen im Kreisgebiet von 100 und mehr Leuten besucht worden seien <sup>127)</sup>.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1954 im Kreis Gießen und in Hessen im Vergleich zu den Zweitstimmen von 1953 <sup>128)</sup>:

	Gült.	Ung.	Bet.	SPD	CDU	FDP	BHE	KPD	DP
Bundestag	58 169	1 861	87,7%	21 136	11 285	14 643	8 792	718	620
Zweitstimme		3,1%		36,3%	19,4%	25,2%	15,1%	1,2%	1,1%
Landtag 1954	55 632	1 149	83,2%	24 517	6 656	14 206	8 710	1 280	263
Kreis		2,0%		44,1%	12,0%	25,5%	15,6%	2,3%	0,5%
Landtag 1954									
Land Hessen		2,3%	82,4%	42,6%	24,1%	20,5%	7,7%	3,4%	1,2%

Die Landtagswahlen brachten der SPD im Kreis nicht nur einen absoluten, sondern im Gegensatz zum Landesdurchschnitt auch einen prozentualen Zuwachs. Besonders deutlich wird das bei dem Vergleich mit der Bundestagswahl von 1953. Sie erwies sich damit nach wie vor als die stärkste und stabilste politische Kraft im Kreis Gießen.

Alle anderen Parteien — mit Ausnahme der KPD — verloren an Stimmen, wobei man die geringen Verluste von FDP und BHE auf das Konto der geringeren Wahlbeteiligung buchen kann. Die beiden Parteien konnten ihre Prozentanteile sogar leicht erhöhen und blieben nach wie vor weit über dem Landesdurchschnitt, was erneut zeigt, daß sie zur damaligen Zeit über einen verhältnismäßig festen Wählerstamm im Kreis verfügten. Größere Verluste gegenüber 1953 mußte die CDU hinnehmen. Sie vermochte im Gegensatz zur Entwicklung im Land nicht einmal ihren Prozentanteil von 1950 zu halten. Das beweist, daß der CDU-Trend des Jahres 1953 in erster Linie ein Votum für die Politik von Adenauer und Erhard gewesen ist, während die Partei für die Landespolitik keine echte Alternative zur Regierung Zinn anzubieten hatte. Die Verluste der CDU können nicht allein mit der geringeren Wahlbeteiligung erklärt werden; vielmehr ist in einzelnen Gemeinden eine deutliche Fluktuation von CDU-Wählern zur SPD festzustellen.

<sup>127)</sup> Aus den Wahlakten des Landratsamtes Gießen.

<sup>128)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 72. Statistisches Handbuch für das Land Hessen 1958. Giessener Freie Presse vom 29. 11. 1954 und eigene Errechnung.

Im Gegensatz zu 1950 wurde diesmal die SPD in 60 Gemeinden des Kreises stärkste Partei; in den restlichen 25 Orten behielt die FDP die relative Mehrheit. (Siehe Karte Nr. 11.)

Nur drei der Orte, in denen die FDP siegte, nämlich Dorf-Güll, Eberstadt und Ober-Hörgern, liegen im Wahlkreis 19 (Gießen-Stadt und -Land/West). Aber auch in den 51 Gemeinden des Kreises, die zum Wahlkreis 20 (Kr. Alsfeld und Gießen-Land/Ost) zählen, erhielt die SPD fast 1 300 Stimmen mehr als die FDP <sup>129)</sup>. In den beiden Wahlkreisen wurden daher die SPD-Kandidaten A. Osswald (Gießen) und R. Börger (Alsfeld) als Landtags-abgeordnete gewählt.

Für den Erfolg der SPD, der im Kreisgebiet größer war als im Landes-durchschnitt und die Partei auch in Orten zur stärksten politischen Kraft werden ließ, die bis dahin in den Wahlen nach 1945 stets eine Mehrheit für das Landvolk bzw. die FDP hatten, sind neben der Landespolitik auch die damals heiß umstrittenen außenpolitischen Fragen wie. z. B. das Saar-statut und die Wiederbewaffnung von Einfluß gewesen <sup>130)</sup>. Auch die KPD verdankt einer intensiven Propaganda gegen die CDU/FDP-Politik ihren Stimmengewinn <sup>131)</sup>. Die Wähler der GVP Dr. Heinemanns von 1953 sind sicher fast vollständig zur SPD übergegangen.

Ein kommunales Ereignis jener Zeit ist ebenfalls nicht ohne Einfluß auf den bedeutenden Wahlerfolg der SPD geblieben und hat ihr Stimmen aus Wählerschichten verschafft, die ihr bisher reserviert gegenüberstanden: Am 30. 10. 1954, also nur 4 Wochen vor der Landtagswahl, war der seit dem 1. 4. 1949 amtierende CDU-Landrat v. Schwerin mit 36 von 38 Stimmen durch den Kreistag in seinem Amt für weitere 6 Jahre bestätigt worden, obwohl seine Partei nur 3 Kreistagsabgeordnete hatte. Selbst wenn man unterstellen will, daß die 2 Neinstimmen aus den Reihen der damals schon stärksten Fraktion (15) der SPD kamen, was durchaus nicht sicher ist, so war diese Haltung der SPD doch politisch klug und sehr tolerant und gewann ihr manche Sympathien. Entscheidend für die Wiederwahl des Landrats v. Schwerin war natürlich bei dem damaligen Stärkeverhältnis <sup>132)</sup> das gemeinsame Vorgehen von FDP und BHE, die deshalb für v. Schwerin eintraten, weil er sachliche, gediegene Verwaltungsarbeit geleistet und sich als CDU-Mitglied nicht parteitaktisch exponiert hatte. Allerdings hatte der BHE bis zuletzt mit der Möglichkeit geliebäugelt, durch eine Unterstützung der SPD, ihren damaligen Kreisvorsitzenden Franke zum Landrat wählen zu können. Erst als das die SPD-Fraktion im Kreistag ablehnte, einigte man sich auf die Wiederwahl des Landrats v. Schwerin.

---

<sup>129)</sup> Inzwischen war die Zahl der Gemeinden des Kreises durch die Verselbständigung von Arnsburg am 1. 4. 1953 auf insgesamt 85 angewachsen.

<sup>130)</sup> Auch die Einflüsse von innenpolitischen Auseinandersetzungen, wie diejenige um das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, dürfen nicht übersehen werden. Die zugkräftigste Parole der SPD war jedoch ebenso wie 1950 die Ablehnung der Remilitarisierung der Bundesrepublik.

<sup>131)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Deeg am 12. 10. 1960.

<sup>132)</sup> Siehe Seite 102.

## 11. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 28. Oktober 1956

Noch vor den hessischen Kommunalwahlen waren im Bundesgebiet bedeutsame Veränderungen in der Parteienentwicklung vor sich gegangen, die sich mehr oder weniger stark auch auf das Kreisgebiet auswirkten.

Am 17. August 1956 war die KPD als verfassungswidrig verboten worden. Da die Partei im Kreis Gießen nur ganz selten einmal über 5% der Stimmen erreicht hatte<sup>133)</sup>, waren durch dieses Verbot keine größeren Veränderungen in den Wahlergebnissen zu erwarten.

Schwerwiegender war die Spaltung der FDP und die Neugründung der FVP am 23./24. Juni 1956 in Bochum. Dieses Ereignis schwächte die bis dahin relativ starke Stellung der FDP im Kreis entscheidend, was sich besonders bei den Wahlen von 1957 und 1958 auswirken sollte. Obwohl einzelne Ortsverbände wie Gießen-Stadt und Laubach standhielten, verlor die FDP doch zwischen 40 und 50% ihrer Mitglieder im Kreis<sup>134)</sup>. Wesentlich war, daß einer der profiliertesten Männer der FDP, der bereits zweimal als Direktkandidat des Gießener Wahlkreises in den Bundestag gewählte Dr. Schneider, den Übertritt zur FVP als einer ihrer Gründer mitmachte. Bei dem Ansehen, das Dr. Schneider als Politiker und als Rechtsanwalt und Notar in weiten Kreisen genoß, war es nicht erstaunlich, daß die neue Partei eine verhältnismäßig starke Kreisorganisation aufbauen konnte.

Auch der BHE mußte 1955 eine Krise durchstehen, da einige seiner führenden Männer im Bundesgebiet, u. a. die Minister Kraft und Oberländer, zur CDU übertraten. Dank seiner ausgezeichneten Kreisorganisation, die nach dem Weggang des zum Staatsminister ernannten bisherigen Kreisvorsitzenden Franke von dem Verwaltungsangestellten R. Mai (Lollar) geführt wurde, gelang es dem BHE, seine Position im Kreisgebiet einigermaßen zu behaupten.

Die bürgerlichen Parteien CDU, FDP, FVP und das Landvolk bildeten für die Kreistagswahl eine Gemeinschaftsliste, von der man sich große Erfolge erhoffte. Allerdings blieb ein Teil der politischen Kräfte aus der bürgerlichen Bevölkerung dieser Verbindung fern.

Der von großem politischem Eifer erfüllte Landwirt Fenchel aus Oberhörgern, der einige Jahre nach dem Krieg selbst führend in der Landvolkorganisation tätig gewesen war, stellte einen eigenen Wahlvorschlag unter dem Namen „Überparteiliches Landvolk“ zusammen. Er sammelte darin die in Opposition zu dem offiziellen Bauernverband stehenden ländlichen Kreise unter der Parole der parteifreien, rein berufsständischen Bauernvertretung im Kreistag<sup>135)</sup>.

<sup>133)</sup> Die KPD erhielt am 6. 11. 1932 8% und am 1. 12. 1946 6,2%.

<sup>134)</sup> Gespräch Rechtsanwalt Deetjen am 20. 8. 1960. Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960. Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider am 19. 8. 1960.

<sup>135)</sup> Gespräch Landwirt H. Fenchel am 15. 10. 1960.

Die Ergebnisse im Vergleich zur Kreistagswahl von 1952 <sup>136)</sup>:

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP/FVP	BHE	ÜL
Kreistag 1952	55 604	2 904	84,4%	20 981	5 242	16 636	11 232	—
		5,0%		37,8%	9,4%	29,9%	20,2%	—
Kreistag 1956	53 230	2 251		25 267		16 216	8 818	2 921
		4,1%	80,8%	47,5%		30,5%	16,5%	5,5%
Hessen 1956		4,6%	81,5%	46,3%	20,1%	7,5%	1,5%	9,9%
								—

Bei geringerer Wahlbeteiligung als 1952 gelang der SPD ein unerwarteter und überzeugender Erfolg; sie gewann 18 von insgesamt 38 Mandaten. Den größten Zuwachs erzielte die Partei in Gemeinden, die bisher als Domäne der FDP bzw. des Landvolks galten. Sie konnte dort vor allem in kleinbäuerliche Wählerschichten eindringen, d. h. Familien erfassen, von denen ein oder mehrere Glieder — meist als Pendler — in abhängiger Arbeit stehen <sup>137)</sup>.

Der Mißerfolg der Gemeinschaftsliste ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen: Aus gegenseitigem Mißtrauen hielt man im Kreisgebiet keine Wahlversammlungen ab <sup>138)</sup>. Die Propaganda erschöpfte sich in einem massiven Flugblatt gegen die politischen Praktiken des Landwirts Fenchel, das aber keinen durchschlagenden Erfolg erbrachte und lediglich ein gerichtetes Nachspiel hatte. Viele Wähler konnten es auch nicht verstehen, daß sich Parteien — wie FDP und FVP — in einer Sammeliste fanden, die sich kurz vorher auf Bundesebene noch heftig befehdet hatten. Außerdem vermochte die Gemeinschaftsliste kein klares politisches Programm für die Kreispolitik vorzulegen <sup>139)</sup>. Darauf ist auch die geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen, die zum erstenmal seit 1948 wieder niedriger lag als im Landesdurchschnitt. Bisherige Anhänger bürgerlicher Parteien zogen es entweder vor, der Wahl fernzubleiben oder gaben — in bewußter Ablehnung der Gemeinschaftsliste — der SPD ihre Stimmen.

Die Gemeinschaftsliste aus CDU/FDP/FVP/Landvolk konnte nur 12 Mandate erringen, eine Zahl, die 1952 die FDP in ihrer damaligen Verbindung mit dem Landvolk allein erreicht hatte. Das überparteiliche Landvolk Fenchels erhielt knapp über 5% der gültigen Stimmen und kam zu 2 Mandaten. Viele Bauern glaubten sich in dieser parteifreien Liste besser vertreten, vor allem, weil sie in dem Konglomerat der Gemeinschaftsliste keine sie ansprechende politische Richtung erkennen konnten. In Fenchels Heimatort Ober-Hörgern siegte seine Gruppe mit relativer Mehrheit, was darauf hindeutet, daß auch Fenchels Persönlichkeit von einigem Einfluß auf seinen Wahlerfolg gewesen ist.

<sup>136)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 36. Giessener Freie Presse vom 29. 10. 1956 und eigene Errechnung. Auf die Ergebnisse der KPD von 1952 (1513 = 2,7%) wurde hier verzichtet. Im Lande Hessen kamen überparteiliche Listen auf 14,7%. In diesem Prozentsatz ist allerdings die bürgerliche Gemeinschaftsliste des Kreises Gießen enthalten.

<sup>137)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. 10. 1960. Aus Einzelergebnissen von Bauerngemeinden ermittelt.

<sup>138)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider 19. 8. 1960.

<sup>139)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Pfarrer Gontrum am 22. 8. 1960.

Der BHE konnte weder seine Stimmzahl noch seinen Prozentsatz von 1952 halten, behauptete sich aber gegenüber der Landtagswahl recht gut. Seine Verluste seit 1952 beruhen weniger auf der Krise der Partei im Bundesgebiet als auf der Tatsache, daß die Zahl der Vertriebenen im Kreisgebiet von 24,2% (1952) auf 22,8% (1956) zurückgegangen war. Außerdem hatte die fortschreitende materielle Eingliederung die Bindungen an die Vertriebenenorganisationen gelockert<sup>140)</sup>. In Eberstadt, einem Ort mit starkem Vertriebenenanteil, behielt der BHE die relative Mehrheit. Im übrigen wurde die SPD in 58 und die Gemeinschaftsliste in 25 Gemeinden stärkste Partei. (Siehe Karte Nr. 17.)

Bei den Wahlen zu den Gemeindeparlamenten zeigte sich gegenüber 1952 wieder ein leichtes Nachlassen der parteifreien Wählergruppen im Verhältnis zu den parteigebundenen Listen. In 29 kleineren Orten des Kreises waren Einheitswahlvorschläge eingereicht worden<sup>141)</sup>.

In der folgenden Aufstellung bezeichnet jeweils die erste Zeile die Ergebnisse der Gemeindevahlen von 1952 und die zweite Zeile die von 1956<sup>142)</sup>:

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	BHE	Parteifrei
Gemeinde-	55 149	3 141	84,4%	15 398	1 018	331	5 362	32 785
wahlen 1952		5,4%		27,9%	1,8%	0,6%	9,7%	52,1%
Gemeinde-	52 147	3 209		18 529	1 066	299	5 072	27 181
wahlen 1956		5,8%	80,8%	35,5%	2,1%	0,6%	9,7%	52,1%
Ortslisten		1952		42	3	1	26	
im Kreis Gießen		1956		37	3	1	28	
Sitze in den		1952		175	8	8	62	571
Gemeindeparlament.		1956		199	7	3	54	536

Während den bürgerlichen Parteien und dem BHE im wesentlichen weder eine Ausweitung ihrer Ortslisten und Mandatszahlen noch eine Erhöhung ihrer Stimmen gegenüber 1952 gelang, konnte die SPD auch auf Gemeindeebene einen beachtlichen Erfolg erringen. Ihre Stimmzahl übertrifft sogar den Landesdurchschnitt (33,9%) um 1,6%. Trotz großer Verluste liegen aber auch die parteifreien Wählergruppen im Kreis Gießen mit 52,1% weit über dem Prozentsatz des Landes (45,6%). Der Erfolg des BHE zeigt dessen starke Verankerung im Landkreis, die es ihm erlaubte, in rd.  $\frac{1}{3}$  aller Gemeinden mit eigenen Listen zu kandidieren.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse in den Gemeinden mit Wahlvorschlägen der SPD ergibt sich eine deutliche Fluktuation von bisherigen Wählern parteifreier Gruppen zur SPD. An dieser Tendenz der Abkehr von politisch nicht bestimmbareren Wählergruppen, die sich 1960 noch verstärken sollte, konnten die bürgerlichen Parteien schon deshalb keinen Anteil haben, weil sie 1956 nur mit insgesamt vier Ortslisten im Kreisgebiet in Erscheinung getreten waren.

<sup>140)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

<sup>141)</sup> Von diesen Orten hatten nur Burkhardtsfelden (624) und Freienseen (659) über 600 Wahlberechtigte.

<sup>142)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 52 und 86. Mitteilungen des Hessischen Statistischen Landesamtes B III 3/60 — 1 vom 3. 10. 1960. Giessener Freie Presse vom 6. 5. 1952 und 29. 10. 1956 und eigene Errechnungen.



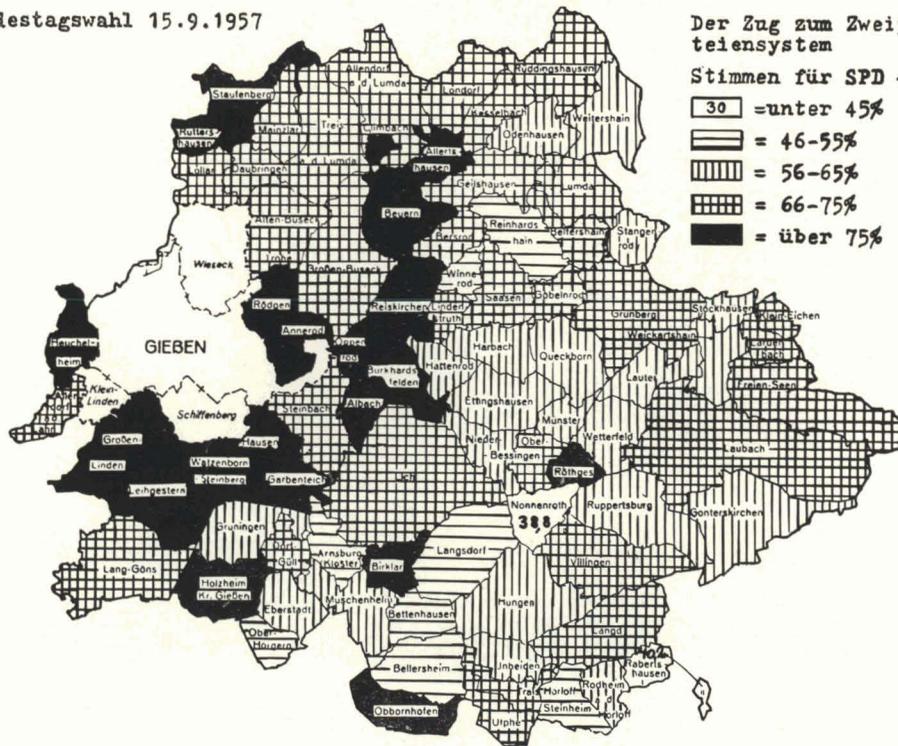
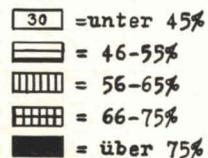
# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

Karte Nr. 13

Bundestagswahl 15.9.1957

Der Zug zum Zweiparteiensystem

Stimmen für SPD + CDU



# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

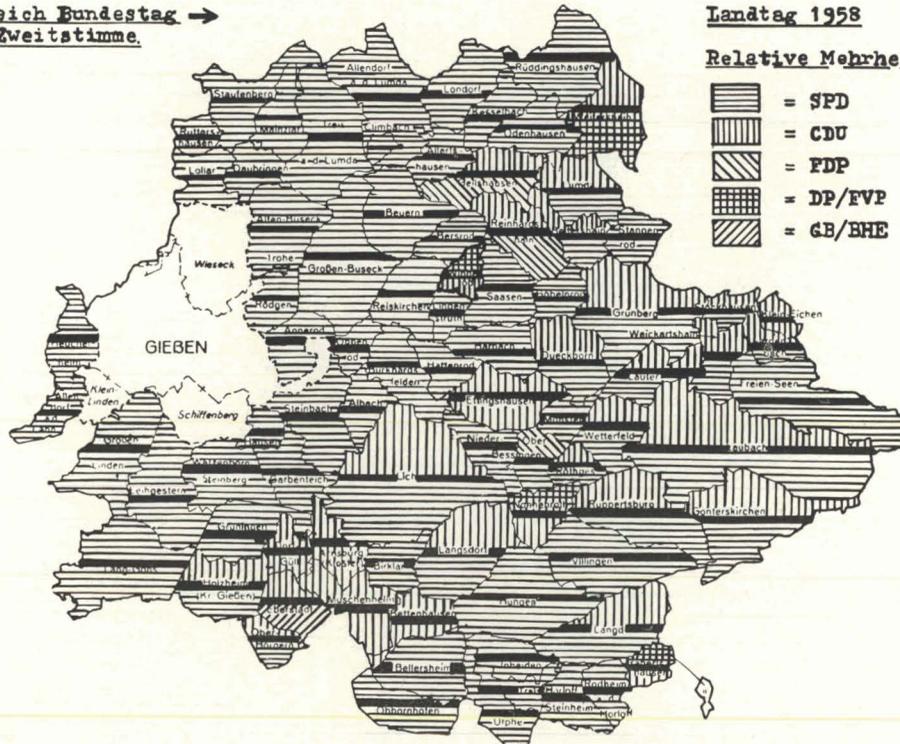
Karte Nr. 14

Vergleich Bundestag →  
1957 Zweitstimme.

Landtag 1958

Relative Mehrheit für:

-  = SPD
-  = CDU
-  = FDP
-  = DP/FVP
-  = GB/BHE





## 12. Die Bundestagswahl vom 15. September 1957

Für die Wahlen zum dritten Bundestag blieben die Grundzüge des Wahlverfahrens von 1953 gültig. Das neue Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 in Verbindung mit der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 brachte lediglich eine Änderung der Sitzermittlung und die Einführung der Briefwahl, was für unsere Untersuchung von geringer Bedeutung ist<sup>143)</sup>. Im Bundestagswahlkreis 133 Gießen-Alsfeld stellten die Parteien folgende Kandidaten heraus:

SPD	Pfarrer a. D. H. Merten
FDP	Landwirt K. v. Kühlmann-Stumm
BHE	Staatsminister G. Franke
DP/FVP	Rechtsanwalt und Notar Dr. L. Schneider
DRP	Landwirt R. Cost

Die CDU mußte auf höhere Weisung der Aufstellung eines eigenen Kandidaten entsagen, da der Wahlkreis Gießen-Alsfeld einer der Wahlkreise war, die man nach einer Absprache auf Bundesebene der DP, dem Koalitionspartner der CDU, zur Verfügung stellte<sup>144)</sup>. Mit der Erststimme unterstützten daher die CDU den DP-Bewerber Dr. Schneider, der bereits zweimal als Direktkandidat der FDP im Gießener Wahlkreis für den Bundestag gewählt worden war.

Im Gegensatz zu dem benachbarten Wahlkreis 131 Marburg, in dem eine ähnliche Situation mit dem DP-Direktkandidaten Dr. Preiß gegeben war, gelang es den Bonner Koalitionsparteien im Wahlkreis 133 nicht, ihren gemeinsamen Bewerber durchzubringen<sup>145)</sup>. Dies kam für den unbefangenen Beobachter um so überraschender, als die Zweitstimme eine beträchtliche Mehrheit für die Regierungsparteien erbrachte, wie die nachfolgende Übersicht zeigt<sup>146)</sup>:

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	DP	BHE	DRP
Kreis	57 777	4 708		24 456	—	6 298	18 401	7 487	1 135
Erststimme		7,5%	90,6%	42,3%		10,9%	31,8%	13,0%	2,0%
Kreis	59 761	2 724		23 129	19 318	5 237	4 994	6 170	833
Zweitstimme		4,4%	90,6%	38,7%	32,3%	8,8%	8,4%	10,3%	1,4%
Wahlkr.	122 881	9 534		47 049	—	12 978	46 961	13 657	2 236
Erststimme		7,2%	89,3%	38,3%		10,6%	38,2%	11,1%	1,4%
Wahlkr.	127 335	5 029		44 272	48 233	11 073	10 894	11 306	1 381
Zweitstimme		3,8%	89,3%	34,8%	37,9%	8,7%	8,5%	8,9%	1,1%
Hessen Zweitst.		4,7%	89,1%	38,0%	40,9%	8,5%	5,5%	5,6%	1,3%
Bund Zweitst.		3,8%	88,2%	31,8%	50,2%	7,7%	3,4%	4,6%	1,5%

<sup>143)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 91.

<sup>144)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Gontrum am 22. 8. 1960. Die DP, die im Bundesgebiet kaum Aussicht hatte, die 5%-Klausel zu überspringen, konnte nur dann wieder in den Bundestag einziehen, wenn sie mindestens 3 Direktmandate errang.

<sup>145)</sup> E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 163 ff.

<sup>146)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 91. Giessener Freie Presse vom 16. 9. 1957 und eigene Errechnung. Der BdD kam im Kreis Gießen auf 80 Zweitstimmen.

Die Ergebnisse geben einige besonders aufschlußreiche Einblicke in das Wählerverhalten der Kreisbevölkerung.

Im Gesamtwahlkreis 133 siegte der Bewerber der SPD mit 92 Stimmen Vorsprung vor dem DP/CDU Kandidaten. Bei der Zweitstimme dagegen hat die CDU allein rd. 4 000 Stimmen mehr als die SPD, mit der DP zusammen sogar rd. 15 000 Stimmen mehr. Da man unterstellen darf, daß die DP-Zweitstimmenwähler ausnahmslos ihrem Kandidaten Dr. Schneider auch die Erststimme gaben, müssen fast 6 000 Stimmen von CDU-Wählern — entgegen den Anweisungen der Partei — anderen Bewerbern zugefallen sein. Ein Teil dieser für Dr. Schneider verlorenen Erststimmen ging allerdings auf das Konto der unverhältnismäßig hohen Anzahl ungültiger Erststimmen. Es ist bezeichnend, daß ihr Prozentsatz von 7,2% (Kreis Gießen allein sogar 7,5%) mit Ausnahme vom Wahlkreis Marburg (8,8%), wo ja ähnliche Verhältnisse vorlagen, der höchste aller Wahlkreise in Hessen war. Umgekehrt beweist der in Hessen niedrigste Prozentsatz an ungültigen Zweitstimmen eindeutig, daß diese so unterschiedlichen Stimmabgaben nicht auf Unkenntnis oder Unsicherheit der Wähler zurückzuführen sind. Ein großer Teil von CDU-Wählern war vielmehr nicht bereit, den Wahlmanipulationen der Partei zu folgen und gab keine Erststimme ab.

Da die anderen Parteien FDP, BHE und auch die DRP jeweils etwas mehr Erst- als Zweitstimmen auf sich vereinigen konnten, ist kaum anzunehmen, daß dem SPD-Kandidaten aus diesen Wählerkreisen eine wesentliche Zahl von Erststimmen zugeflossen ist. Die erstaunliche Stimmendifferenz zwischen SPD und CDU in Erst- und Zweitstimmen beruht also in weit überwiegenderem Maße auf einer Fluktuation von Wählern dieser beiden Parteien. Wer bei der Stimmenaushählung 1957 anwesend war, fand diese Tatsache durch die relativ hohe Anzahl von Stimmzetteln bestätigt, auf denen mit der Erststimme Pfarrer Merten und mit der Zweitstimme CDU gewählt worden war<sup>147)</sup>. Nach unseren Feststellungen, die auf der Befragung zahlreicher Wähler und Mitglieder von Parteien beruht, waren es vor allem CDU-Wähler aus positiv christlichen Kreisen beider Konfessionen, die dem durch seine Arbeit in der Kriegsgefangenenfürsorge und Heimkehrerbetreuung weithin bekannten Pfarrer Merten von der SPD den Vorzug gaben. Den Ausschlag für die knappe Niederlage Dr. Schneiders im Wahlkreis 133 gab dabei der Landkreis Gießen, in dem die SPD auch bei der Zweitstimme einen Vorsprung von fast 4 000 Stimmen vor der CDU behauptete, während das Ergebnis in den restlichen Teilen des Wahlkreises, dem Kreis Alsfeld und vor allem der Stadt Gießen, ganz anders aussah, wie die nachfolgende Übersicht zeigt<sup>148)</sup>:

		Kreis Gießen	Kreis Alsfeld	Stadt Gießen
SPD	Erststimme	24 456 = 42,3%	10 568 = 33,7%	12 035 = 35,6%
	Zweitstimme	23 129 = 38,7%	10 074 = 31,2%	11 069 = 31,3%
DP	Erststimme	18 401 = 31,8%	13 341 = 42,5%	15 225 = 45,1%
CDU	Zweitstimme	19 318 = 32,3%	11 806 = 36,6%	17 109 = 48,5%

<sup>147)</sup> Eigene Feststellungen bei der Stimmenaushählung 1957.

<sup>148)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 91 und eigene Errechnung.

Für das Scheitern des DP/CDU-Kandidaten müssen noch einige weitere Gründe genannt werden.

Dr. Schneiders Übertritt von der FDP zur FVP, die sich Anfang 1957 mit der DP vereinigte, hatte im Kreis Gießen eine deutliche Spaltung der bis dahin geschlossenen liberalen Wählerschaft gebracht. Nur etwa 40% waren Dr. Schneider gefolgt; die anderen hielten der FDP die Treue<sup>149)</sup>. Der von der FDP als Direktkandidat herausgestellte Landwirt v. Kühlmann-Stumm erreichte im Landkreis Gießen immerhin 10,9% der gültigen Erststimmen und bekam sogar in drei überwiegend landwirtschaftlich orientierten Orten die relative Mehrheit. Doch nicht nur diese FDP-Stimmen gingen Dr. Schneider verloren, auch der Bewerber des BHE, der im Kreis Gießen durch seine frühere Tätigkeit bekannte und bis 1957 in Mainzlar ansässige hessische Wirtschaftsminister Franke, konnte im Wahlkreis 133 11,1% und im Kreis Gießen sogar 13,0% der Erststimmen auf sich vereinigen. Bei der Zweitstimme erhielt der BHE hier über 1 300 Stimmen weniger als Franke mit der Erststimme auf sich vereinigen konnte.

Zu allem Überfluß hatte auch die rechtsextremistische DRP einen Landwirt als Kandidaten aufgestellt, der im Landkreis 833 Stimmen errang und in einzelnen Bauerndörfern auf einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz kam, so in Hattenrod (23,5%), Eittingshausen (17,5%) und Oberhörgerm (12,4%).

Die beigefügte Karte zeigt deutlich die Entscheidung in den einzelnen Gemeinden. Es fällt vor allem auf, daß Dr. Schneider in keiner der stadtnahen Gemeinden eine relative Mehrheit erringen konnte, obwohl ihm doch die Stadt selbst ein so überwältigendes Votum gegeben hatte. Aber auch in den landwirtschaftlich betonten Gemeinden gelang es ihm nicht überall, die Mehrheit der Wähler auf sich zu vereinigen. Es läßt sich ferner konstatieren, daß der DP/CDU-Kandidat im wesentlichen nur in solchen Orten siegte, die abseits der Hauptstrecken der Bundesbahn bzw. der größeren Durchgangsstraßen liegen<sup>150)</sup>. (Siehe Karte Nr. 12.)

Bei einem Vergleich der Zweitstimmenergebnisse des Landkreises Gießen mit denen des Landesdurchschnitts zeigt sich eine etwa gleichstarke Stellung der SPD, während die CDU trotz großer Stimmengewinne gegenüber früheren Wahlen weit unter dem Landesdurchschnitt rangiert. Abgesehen von den bereits erwähnten allgemeinen Schwierigkeiten, die der CDU im Landkreis Gießen begegnen, erklärt sich ihr relativ niedriger Stimmenanteil durch den verhältnismäßig hohen Anteil der anderen bürgerlichen Parteien und vor allem des BHE. Durch die Direktkandidatur ihres Vorsitzenden Dr. Schneider hat auch die DP manche Zweitstimme im Kreis gewonnen, die ihr sonst nicht zugefallen wäre.

<sup>149)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960. Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider am 19. 8. 1960. Rechtsanwalt Deetjen am 20. 8. 1960.

<sup>150)</sup> Alle Orte an der B 3 und der B 49 außer Grünberg (DP) und mit Ausnahme von Langsdorf (FDP) und Grünberg auch alle Gemeinden an den größeren Bundesbahnlinien Gießen—Gelnhausen, Gießen—Alsfeld und Frankfurt—Kassel hatten eine Mehrheit für die SPD.

Doch hat die CDU — wenn man die rd. 2 000 Wähler die nur eine Zweitstimme abgegeben haben, einmal ausklammert — rd. 4 000 Zweitstimmen von den Erststimmenwählern der anderen Parteien hinzugewonnen, was dem allgemeinen Trend zur CDU — wenn auch in vermindertem Ausmaß — entspricht.

Die nachstehende Aufstellung veranschaulicht sehr eindrucksvoll, daß nach Abrechnung der DP-Zweitstimmen im Kreis 13 407 Wähler der CDU übrigbleiben, die für Dr. Schneider gestimmt haben. Wenn wir zu ihnen das Mehr an ungültigen Erststimmen (1 984) gegenüber den ungültigen Zweitstimmen hinzuzählen und außerdem die Differenzen der übrigen Parteien in Höhe von insgesamt 4 007 addieren, erhalten wir annähernd den tatsächlichen Zweitstimmenanteil der CDU <sup>151)</sup>:

	SPD	FDP	BHE	DRP	DP
Erststimmen	24 456	6 298	7 487	1 135	18 401
Zweitstimmen	—23 129	—5 237	—6 170	—833	—4 994
	1 327	1 061	1 317	302	13 407

Daraus errechnen sich nun die angenommenen Zweitstimmen für die CDU wie folgt:

	13 407 = CDU-Wähler für Dr. Schneider
	4 007 = Differenzbeträge der übrigen Parteien
+	1 984 = Mehr an ungültigen Erststimmen
	19 398 = Angenommene CDU-Zweitstimmen
	19 318 = Tatsächliche CDU-Zweitstimmen

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Analyse lediglich ein Wählerverhalten innerhalb des gegebenen ziffermäßigen Rahmens verdeutlichen kann, ohne die möglichen und tatsächlichen personellen Verschiebungen zwischen den Parteien zu berücksichtigen. So berührten die bei der Stimmenauszählung 1957 beobachteten unerwarteten und eigenartigen Kombinationen von Erst- und Zweitstimmen nicht die allgemeine Tendenz, die in erheblichem Auseinanderfallen von CDU-Erst- und Zweitstimmen zum Ausdruck kommt <sup>152)</sup>.

Trotz ihres gegenüber den Vergleichszahlen in Land und Bund etwas höheren Stimmenanteils im Kreis war die FDP der große Verlierer dieser Wahl. Bei fast 1 600 Mehrwählern verlor die Partei gegenüber 1953 rd. 10 000 Stimmen im Kreis. Ein großer Teil der bisherigen FDP-Wähler war von der Bundespolitik der Partei enttäuscht und fürchtete eine Verbindung mit der SPD, wie sie in Nordrhein-Westfalen und Bayern eingegangen worden war. Einen gewissen Einfluß auf die Abwanderung von FDP-Wählern hatten auch die Vorgänge in der Stadt Gießen ausgeübt, wo wenige Monate vorher nach erregten Auseinandersetzungen der CDU-Oberbürgermeister Dr. Lotz durch eine Koalition von SPD, FDP und BHE

<sup>151)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 91 und eigene Zusammenstellung.

<sup>152)</sup> Die Kombinationen FDP—SPD, DRP—SPD, DP—SPD waren nicht selten festzustellen; hier handelte es sich aber meist um ungewollte bzw. unbewußte Stimmabgaben.

abgewählt worden war<sup>153)</sup>. So blieben meist nur die liberalen Wähler der FDP treu, während die rechtsliberalen und rechtsstehenden Kreise sich einer der beiden Bonner Koalitionsparteien (CDU oder DP) zuwandten<sup>154)</sup>. Der Rückgang des BHE um über 2 500 Stimmen gegenüber den letzten drei Wahlen 1953—1956 ist weniger auf den langsam abnehmenden Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen als auf die Furcht vieler BHE-Wähler, daß ihre Partei die 5%-Hürde nicht überspringen könnte und damit die Stimmen nutzlos abgegeben wären. Die hessische Landtagswahl von 1958 brachte dem BHE, der seit 1954 eine Koalitionsregierung mit der SPD bildet, einen bedeutenden Anstieg auf 14,5%. (Siehe unten.) Im ganzen gesehen bildeten FDP/DP und BHE auch bei dieser Wahl eine relativ starke dritte Kraft neben den beiden großen Parteien. Obwohl auch im Kreis Gießen der Zug zu SPD und CDU, d. h. mit anderen Worten zu einem Zweiparteiensystem, unverkennbar war, blieben doch die Prozentzahlen der beiden großen Parteien zusammen weit unter denen des Landes und Bundes, was die folgende Übersicht beweist (siehe Karte Nr. 13)<sup>155)</sup>:

	SPD/CDU	FDP/DP/BHE
Bund 1949	60,2%	22,9%
Hessen 1949	53,4%	39,9%
Kr. Gießen 1949	36,9%	59,6%
Bund 1953	74,0%	18,7%
Hessen 1953	66,9%	28,9%
Kr. Gießen 1953	55,7%	42,0%
Bund 1957	82,0%	15,7%
Hessen 1957	78,9%	19,6%
Kr. Gießen 1957	71,0%	27,5%

Die SPD hatte erstmals seit 1949 einen Verlust an absoluten Stimmen hinnehmen müssen, obwohl die Bundestagswahl 1957 mit 90,6% die höchste Wahlbeteiligung seit 1945 im Kreis Gießen gebracht hatte. Es wurde bereits erwähnt, daß zwischen CDU und SPD eine deutliche Fluktuation von Wählern zu beobachten ist. Es ergibt sich bei genauem Vergleich der einzelnen Wahlergebnisse ein enger Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung insofern, als bei der CDU die Stimmenzahlen immer dann stark anstiegen, wenn eine besonders hohe Wahlbeteiligung festzustellen war. Dies traf vor allem bei den bisherigen Bundestagswahlen zu, während die SPD stets bei den Landtags- und Kommunalwahlen mit regelmäßig etwas geringerer Wahlbeteiligung ihre großen Erfolge erringen konnte. Es muß also zwischen den großen Parteien eine gewisse labile Wählerschicht — wohl meist aus jüngeren Menschen und Frauen — existieren, die bei Bundestagswahlen von der CDU angezogen wird, bei den übrigen Wahlen aber

<sup>153)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 84 f.

<sup>154)</sup> Gespräch Rechtsanwalt und Notar J. F. Zimmer am 14. 11. 1960. Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960. Rechtsanwalt D. Deetjen am 20. 8. 1960.

<sup>155)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 29, 64, 91 und eigene Errechnung.

entweder ganz fernbleibt oder der SPD ihre Stimme gibt<sup>156)</sup>. Von außerordentlich starkem Einfluß ist hierbei die Ausrichtung eines großen Teils der Wählerschaft an einer volkstümlichen, dauerhaften und erfolgreichen Regierung, die im Bund seit 1949 von Adenauer und Erhard, in Hessen seit 1950 vom Ministerpräsidenten Zinn verkörpert wird<sup>157)</sup>. Die Bundestagswahl 1961 wird zeigen, ob das seit 1949 zu beobachtende Auf und Ab zwischen CDU und SPD je nach Art der Wahl anhält oder ob die Neigung der Wähler dieser beiden großen Parteien zur Fluktuation aufgehört hat.

Über die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Wähler im Kreisgebiet gibt die beigelegte graphische Darstellung einigen Aufschluß. Vor allem läßt sich daraus ablesen, wie sehr verschieden das Wählerverhalten der Bevölkerung des Kreises Gießen bei den bisherigen Bundestagswahlen im Vergleich zum gesamten Wahlkreis, dem Land Hessen und dem Bund gewesen ist. (Siehe graph. Darstellung Nr. 5)

### 13. Die Landtagswahl vom 23. November 1958

Bei den vierten hessischen Landtagswahlen bewarben sich im Kreisgebiet SPD, CDU, FDP, BHE und DP um die Stimmen der Wähler. Dabei kam es zu folgenden Ergebnissen<sup>158)</sup>:

	Gültig	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	BHE	DP
Kreis	57 986	978	85,3%	27 150	12 132	6 663	8 423	3 287
		1,7%		46,8%	20,9%	11,5%	14,5%	5,7%
Hessen		1,7%	82,3%	46,9%	32,0%	9,5%	7,4%	3,5%

Gegenüber den Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen von 1957 ergaben sich folgende Veränderungen im Kreis<sup>159)</sup>:

	Bet.	Gültig	SPD	CDU	FDP	BHE	DP
Bundestag 1957	90,6%	59 761	23 129	19 318	5 237	6 170	4 994
Landtag 1958	85,3%	57 986	27 150	12 132	6 663	8 423	3 287
	-5,3%	-1 775	+4 021	-7 186	+1 426	+2 253	-1 707

Es läßt sich leicht erkennen, daß bei SPD und CDU die stärksten Verschiebungen nach oben oder unten erfolgten. Die Verluste der CDU seit der Bundestagswahl von 1957 setzen sich zusammen aus BHE-Wählern, die 1957 vor allem die 5%-Grenze gefürchtet haben und jenem schon beschrie-

<sup>156)</sup> E. Neusüß-Hunkel: a. a. O., S. 161 ff.

<sup>157)</sup> Kaum eine Wahlparole hatte in der Zeit nach 1945 eine so große Wirkung wie die der CDU von 1957 „Keine Experimente“. Die Bundestagswahl 1957 darf daher — ähnlich wie die von 1953 — als Akklamationsplebiszit zu den bestehenden Verhältnissen angesehen werden.

<sup>158)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 107. Giessener Freie Presse vom 24. 11. 1958 und eigene Errechnung.

<sup>159)</sup> Eigene Zusammenstellung und Errechnung.

benen Wählerkreis, der, in seiner Haltung durchaus labil, entweder der Wahl fernbleibt oder der SPD zuneigt, wenn es sich um keine Bundestagswahl handelt. Die Gegenüberstellung zeigt sehr deutlich, daß die SPD kaum von einer anderen Partei als der CDU Stimmen gewonnen haben kann, da BHE und FDP trotz wesentlich niedrigerer Wahlbeteiligung (— 5,3%) recht ansehnliche Gewinne verbuchten, während die Verluste der DP in ihrer überwiegenden Mehrheit zur FDP zurückgeflossen sind <sup>160)</sup>. Das Stärkeverhältnis von CDU und FDP hatte sich durch die parteiinternen Vorgänge in der FDP und die besondere Haltung dieser Partei in der Stadt Gießen seit der letzten Landtagswahl von 1954 wesentlich zu Gunsten der CDU verschoben, wie es die nachstehende Aufstellung zeigt <sup>161)</sup>:

Landtag 1954	CDU: 6 656 = 12,0%	FDP: 14 206 = 25,5%
Landtag 1958	CDU: 12 132 = 20,9%	FDP: 6 663 = 11,5%

Während die CDU ihren Anteil um 82,3% erhöhen konnte und eine absolute Stimmenzahl gewann, die sie — abgesehen von der Bundestagswahl von 1957 — in keiner Wahl seit 1946 erreicht hatte, sank die FDP um 53,1% ab. Die SPD errang ihre bis dahin höchste absolute Stimmenzahl aller Wahlen seit 1946 und gleichzeitig damit eine überragende Stellung, wie sie — außer der NSDAP ab Juli 1932 — nie eine einzelne Partei im Landkreis Gießen hatte. Allerdings war ihr absoluter und relativer Stimmengewinn gegenüber der letzten Landtagswahl geringer als derjenige der CDU, was damit erklärt werden kann, daß das Wählerreservoir der SPD im Landkreis bei rd. 69 000 Wahlberechtigten mit 27 000 bis 28 000 Stimmen und einem Anteil zwischen 46 und 50% zunächst wohl erschöpft ist. Damit ist ihr Raum einer Ausweitung gegenüber den schwächeren Parteien eingeengt <sup>162)</sup>. Zählt man überdies die KPD-Wähler von 1954 zur SPD, dann beträgt ihr Zuwachs nur rd. 1 300 Stimmen oder 5,2% <sup>163)</sup>.

Recht gut erholt seit 1957 zeigte sich der BHE, der nur um knapp 300 Stimmen unter seinem Ergebnis von 1954 blieb, obwohl doch der Vertriebenenanteil inzwischen zurückgegangen war <sup>164)</sup>. Sein Stimmenanteil von 14,5% war der höchste von allen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten <sup>165)</sup>. Dieser weit über dem Landesdurchschnitt stehende Erfolg ist neben der Mitbeteiligung an der Landesregierung vor allem der ausgezeichneten

<sup>160)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider am 19. 8. 1960. Rechtsanwalt Deetjen am 20. 8. 1960.

<sup>161)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 72 und 107 und eigene Errechnung.

<sup>162)</sup> Ähnliche Gedanken äußerte der hessische Ministerpräsident G. A. Zinn (SPD) nach den Kommunalwahlen am 24. 10. 1960 in bezug auf das Abschneiden seiner Partei im gesamthessischen Raum.

<sup>163)</sup> Da für Anhänger der verbotenen KPD keine ihr adäquate Wahlmöglichkeit mehr vorhanden war, blieb nur die Alternative, die SPD zu wählen oder der Wahl fernzubleiben. Eine ähnliche Situation für die KPD-Wähler lag schon 1957 und 1958 vor. Siehe dazu: H. Kluth: „Die KPD in der Bundesrepublik“, Köln 1959, S. 53 ff.

<sup>164)</sup> Siehe Übersicht im Teil I dieser Arbeit und graphische Darstellung Nr. 6.

<sup>165)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 107.

Kreisorganisation der Partei und der Arbeit ihres Landtagskandidaten Mai zu verdanken. Darüber hinaus besteht im Kreis ein besonders enges Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen, das durch die Arbeit des BvD auch auf kulturellem Gebiet sehr gefördert wird<sup>166</sup>). Hinzu kommt, daß über 75% aller Heimatvertriebenen im Kreisgebiet aus dem Sudetenland stammen und in der gemeinsamen katholischen Konfession stets eine Art Abwehrhaltung gegenüber der einheimischen protestantischen Bevölkerung eingenommen haben. Die Religion aber wurde von den Vertriebenen streng von der Politik getrennt, so daß die Anlehnung an die CDU, wie sie durch diese in den ersten Jahren nach der Einweisung angestrebt worden war, entweder gar nicht erfolgte oder nur kurze Zeit dauerte. Aus der beigegebenen graphischen Darstellung wird ersichtlich, daß — im Gegensatz zu anderen Gebieten Hessens und der Bundesrepublik — im Kreis Gießen der Vertriebenenanteil des BHE verhältnismäßig hoch ist, während die Stimmzahlen der CDU von dem Prozentsatz der Katholiken und der Heimatvertriebenen noch weitgehend unabhängig sind, was an der ungewöhnlich sprunghaften Kurve der CDU abgelesen werden kann. (Siehe graphische Darstellung Nr. 6.)

FDP und DP verfügten gemeinsam 1958 — ebenso wie 1957 — nur noch über 17,2% aller gültigen Stimmen und hatten damit seit dem 1. Dezember 1946 einen absoluten Tiefstand erreicht. Doch lag ihr Stimmenanteil noch immer weit über dem Landesdurchschnitt, so daß die mehr oder weniger liberalen Wählerschichten im Landkreis keine bedeutungslose Minderheit darstellen. Es gilt abzuwarten, ob durch eine einhellige und entschiedene Politik die früher so starke Position des liberalen Elements im Kreis Gießen zurückgewonnen werden kann.

Die Möglichkeiten dazu sind, wie die Entwicklung der politischen Kräfte im Kreis Gießen zeigt, durchaus gegeben, da die CDU eine besonders labile Wählerschaft hat, die sich in früheren Wahlen zwischen 1948 und 1952 weitgehend für die FDP entschied. Aber auch die mit fortschreitender materieller und geistiger Eingliederung der Vertriebenen einhergehenden Verluste des BHE könnten von einer zielsicheren dritten Kraft aufgefangen werden, wenn die Verhältnisse nicht ohnehin zu einer Vereinigung aller demokratischen Parteien neben SPD und CDU drängen.

<sup>166</sup>) In der folgenden Übersicht werden für drei verschiedene Wahljahre die Zahl der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung den absoluten Stimmen des BHE und seinem Prozentanteil im Landkreis Gießen gegenübergestellt:

Jahr	Heimatvertriebene	in %	BHE-Stimmen	in %
1952	24 667	24,2	11 232	20,2
1956	23 123	23,3	8 818	16,5
1958	21 719	21,5	8 423	14,5

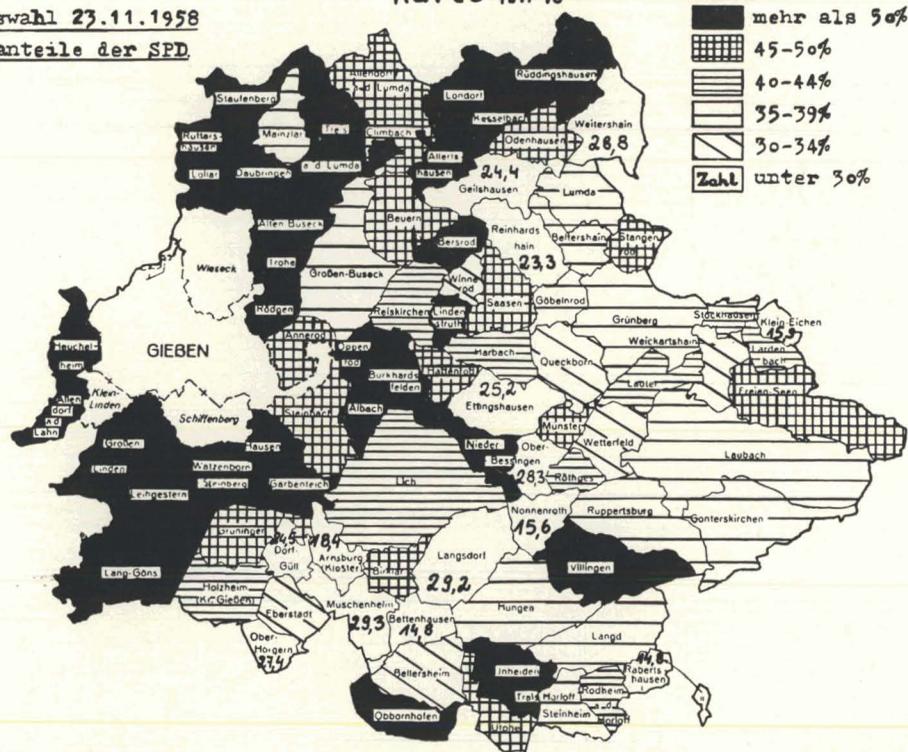
An diesen Zahlen wird deutlich, daß im Gegensatz zu Ergebnissen, die G. Bremme: a. a. O., S. 94 ff und 207, Anmerkung 109, in anderen Gegenden der Bundesrepublik ermittelt hat, im Landkreis Gießen zwischen 65 und 80% der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge den BHE gewählt hat.

# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

## Karte Nr. 16

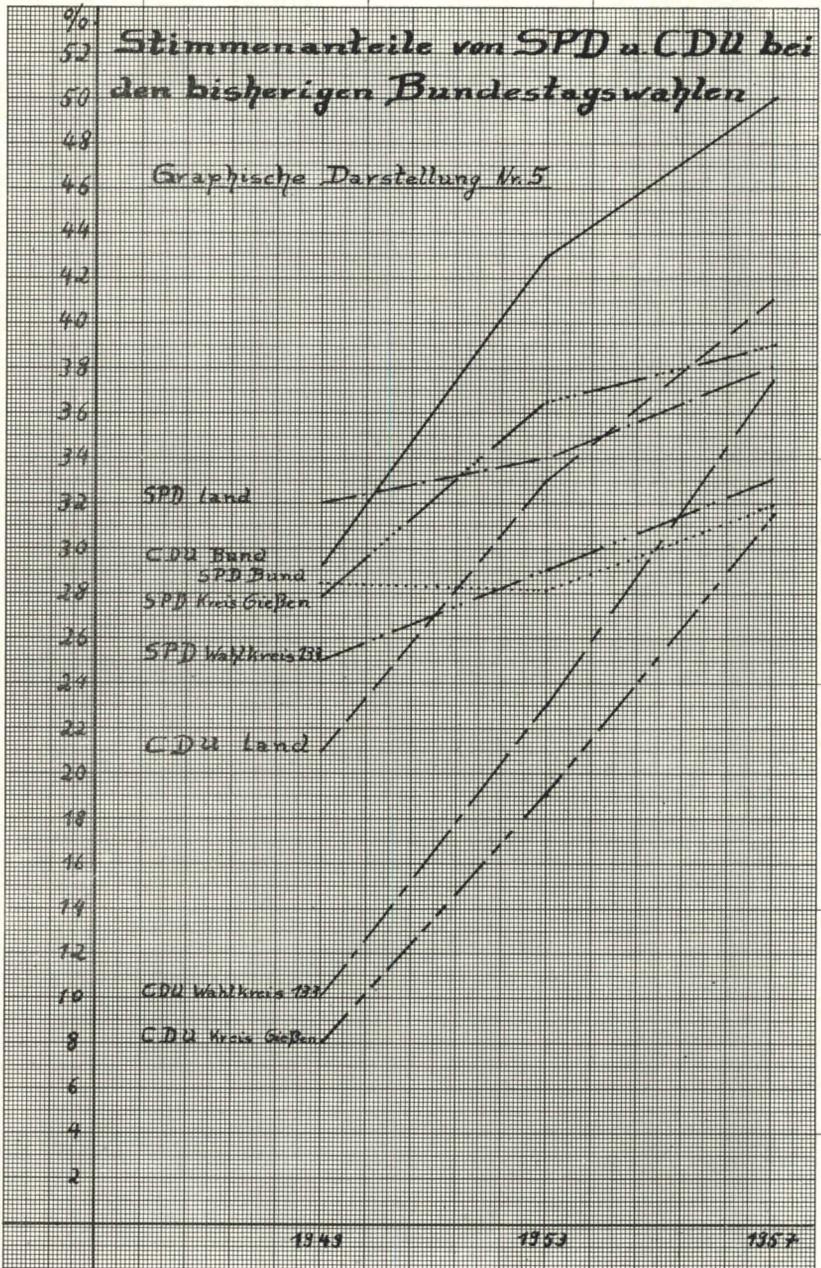
Landtagswahl 23.11.1958

Stimmenanteile der SPD



# Stimmenanteile von SPD u CDU bei den bisherigen Bundestagswahlen

Graphische Darstellung Nr. 5





# STADT- u. LANDKREIS GIEBEN

Karte Nr. 18

Die Verankerung der politischen Parteien in den einzelnen Orten.

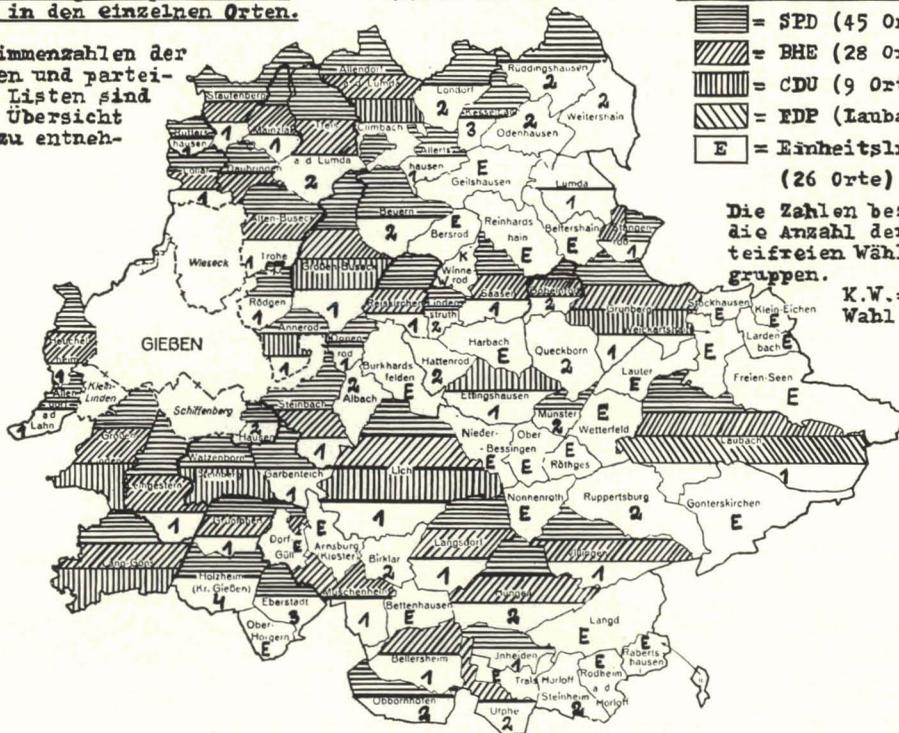
Die Stimmzahlen der Parteien und parteifreien Listen sind dieser Übersicht nicht zu entnehmen.

Gemeindevahlen 23.10.1960

-  = SPD (45 Orte)
-  = BHE (28 Orte)
-  = CDU (9 Orte)
-  = FDP (Laubach)
-  = Einheitslisten (26 Orte)

Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der parteifreien Wählergruppen.

K.W. = Keine Wahl (1 Ort)



In den beiden Wahlkreisen, zu denen die Orte des Kreises gehören, siegen in der Direktwahl wiederum die beiden SPD-Kandidaten Albert Osswald (Gießen) und Börger (Alsfeld) mit relativer Mehrheit<sup>167)</sup>:

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	BHE	DP
Wahlkreis 19	69 592	1 259		32 072	20 301	7 256	7 271	2 692
Gießen/Land-West		1,8%	85,3%	46,1%	29,2%	10,4%	10,4%	3,9%
Wahlkreis 20	53 314	559		21 447	9 892	5 604	7 343	8 541
Alsfeld/Gießen-Land-Ost		1%	81,2%	40,2%	18,6%	10,5%	13,8%	16%

Am eindrucksvollsten zeigt die Karte der relativen Mehrheiten in den einzelnen Orten des Landkreises die Verschiebungen von der Bundestagswahl 1957 zur Landtagswahl 1958: Während 1957 die SPD in 53, die CDU in 28, die DP in 3 Gemeinden und die FDP in 1 Gemeinde stärkste Parteien waren, verblieb der CDU 1958 nur noch in 9, der FDP in 2 Orten, der DP und dem BHE in je einem Ort die relative Mehrheit. Die SPD aber behielt in 72 Gemeinden die Oberhand. Besonders aufschlußreich sind dabei die Verschiebungen in Geilshausen und Reinhardshain (CDU zu FDP), Weitershain (CDU zu DP), Eberstadt (CDU zu BHE), Nonnenroth und Rabertshausen (DP zu CDU) und Ober-Bessingen (FDP zu SPD). Im übrigen gab es 17 mal Veränderungen von der CDU zur SPD als stärkster Partei. (Siehe Karte Nr. 14.)

Zwei weitere Karten, aus denen insbesondere die Schwerpunkte der beiden großen Parteien abzulesen sind, zeigen die Stimmenanteile der CDU bei der Bundestagswahl 1957 und der SPD bei der Landtagswahl 1958 in den einzelnen Gemeinden des Kreises. (Siehe Karten Nr. 15 und 16.)

#### 14. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen vom 23. Oktober 1960

Etwa 9 Wochen vor den hessischen Kommunalwahlen kam es im Kreistag zu erregten Debatten um die Neuwahl eines Landrats. Der seit April 1949 amtierende Landrat v. Schwerin (CDU) hatte aus Gesundheitsgründen auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Ein vom BHE unterstützter Antrag der Gemeinschaftsfraktion CDU/FDP/DP/Landvolk auf Vorverlegung der Ausschreibungsfrist vom 30. September auf 31. August 1960 fand keine Mehrheit. Diese Vorverlegung hätte die Möglichkeit eröffnet, den neuen Landrat noch vor den Kreistagswahlen mit den bisherigen Mehrheitsverhältnissen zu wählen.

Da den 18 Stimmen der Antragsteller bei der Abstimmung die 18 SPD-Stimmen entgegenstanden, mußten die 2 Abgeordneten des Überparteilichen Landvolks den Ausschlag geben. Einer der beiden Landwirte war zur Sitzung nicht erschienen; so hing die Entscheidung allein an dem Abge-

<sup>167)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 107. Giessener Freie Presse vom 24. 11. 1958 und eigene Errechnung.

ordneten Fenchel. Er enthielt sich, wie er sagte, aus Gewissensgründen der Stimme und brachte damit den Antrag zu Fall<sup>168)</sup>. Die Wahl eines Nachfolgers für den Landrat v. Schwerin konnte daher erst durch die Entscheidung der Wähler nach dem 23. Oktober mit neuen Mehrheitsverhältnissen erfolgen.

Infolge von Auseinandersetzungen innerhalb der bürgerlichen Parteien, die allerdings größtenteils auf höheren Ebene stattfanden, und auch aus wahltaktischen Überlegungen kam es diesmal nicht mehr zu einer Gemeinschaftsliste wie 1956. Zunächst erklärte die CDU, die inzwischen ihre Kreisorganisation ausgebaut und erweitert hatte, daß sie auf jeden Fall mit einer eigenen Liste auftreten und auch einen neuen Landratskandidaten benennen wolle<sup>169)</sup>. Die Bemühungen des DP-Vorsitzenden Dr. Schneider, wenigstens eine Verbindung FDP/DP zustande zu bringen, waren ebenfalls zum Scheitern verurteilt, weil man in der Führung der FDP in Kreis und Land nicht bereit war, noch einmal mit Dr. Schneider zusammenzuarbeiten. Hier waren die Vorgänge um die Abspaltung von der FDP im Jahre 1956, an denen Dr. Schneider an verantwortlicher Stelle beteiligt war, noch nicht vergessen. So mußte Dr. Schneider mit einer eigenen DP-Liste auftreten, wenn er überhaupt noch Aussicht haben wollte, in der Kreispolitik zu verbleiben.

Der FDP gelang es, mit der Landvolkorganisation zu einem gemeinsamen Wahlvorschlag zu kommen, während das „Überparteiliche Landvolk“ unter Führung des Landwirts Fenchel wiederum getrennt auftrat.

Neben der SPD und dem BHE gab es also 4 Listen des bürgerlichen Lagers, und es war unschwer vorzusehen, daß diese Zersplitterung einer oder der anderen Gruppe wegen der 5%-Klausel die Rückkehr in den Kreistag unmöglich machen mußte. Die Ergebnisse bestätigten diese Vorausschau, und der Vergleich mit den Landtagswahlen 1958 und der Kreistagswahl 1956 zeigt gleichzeitig die bedeutenden Verschiebungen der Wahlentscheidung im Landkreis Gießen<sup>170)</sup>:

	Gült.	Ungült.	Bet.	SPD	CDU	FDP	DP	BHE	ÜL
Kreistag	53 230	2 251	80,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	25 267	16 216			8 818	2 921
28. 10. 1956		4,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		47,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	30,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>			16,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	5,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Landtag	57 986	978		27 150	12 132	6 663	3 287	8 423	—
23. 11. 1958		1,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	85,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	46,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	20,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	11,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	5,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	14,5 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	—
Kreistag	56 865	1 907		27 646	9 477	9 239	1 372	7 367	1 764
23. 10. 1960		3,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	84,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,7 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	16,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	13,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	3,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

<sup>168)</sup> Giessener Freie Presse vom 16. 8. 1960. Als Landratsbewerber wollten FDP/Landvolk, CDU und BHE den Gießener Oberstudiendirektor H. Stein von der FDP nominieren.

<sup>169)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Pfarrer Gontrum am 22. 8. 1960.

<sup>170)</sup> Beiträge zur Statistik Nr. 86 und 107. Giessener Freie Presse vom 24. 10. 1960 und eigene Errechnung.

Die Wahl brachte einen großen und in dieser Höhe unerwarteten Erfolg für die SPD <sup>171)</sup>, die im Kreis Gießen nicht nur ihre bisher höchste absolute Stimmzahl, sondern mit 48,6% aller gültigen Stimmen beinahe wieder ihre Prozentzahlen aus dem Jahre 1946 erreichte. Ihr Zuwachs um rd. 500 Stimmen gegenüber der Landtagswahl 1958 fällt vor allem deshalb stark ins Gewicht, weil 1960 rd. 1 100 gültige Stimmen weniger abgegeben worden waren.

Die drei bürgerlichen Parteien erhielten annähernd 4 000 Stimmen mehr, als die Gemeinschaftsliste 1956 auf sich vereinigen konnte; allerdings wurden damals etwa 3 500 gültige Stimmen weniger abgegeben, die erfahrungsgemäß in ihrer Mehrheit dem bürgerlichen Lager entstammen. Während CDU und FDP/Landvolk mit einem etwa gleichstarken Stimmenanteil von 16,7 bzw. 16,2% aus der Wahl hervorgingen, blieb die DP mit 2,4% unter der 5%-Klausel und ist somit im neuen Kreistag nicht mehr vertreten.

Auch die Gruppe Fenchel mußte mit 3,1% der gültigen Stimmen auf Kreistagssitze für die kommenden vier Jahre verzichten.

Der leichte Rückgang des BHE entspricht der allgemeinen Entwicklung in den Landkreisen Hessens, die mit der ständig fortschreitenden materiellen und geistigen Eingliederung der Heimatvertriebenen und ihrer wachsenden Herauslösung aus alten Bindungen zusammenhängt. Die Verluste hielten sich aber in Grenzen, und mit 13,0% hat die Partei immer noch einen relativ hohen Stimmenanteil im Kreis. Die an den Ergebnissen abzulesenden Fluktuationen von 1958 bis 1960 <sup>172)</sup> ergaben sich vor allem von der CDU zur FDP/Landvolk. Ein Teil der landwirtschaftlich orientierten Bevölkerung, die bei den größeren Wahlen zur CDU tendiert, vertraut bei den Kreistagswahlen der Partei, die den bäuerlichen Berufsstand im Namen hervorhebt. Doch haben diese Parteien auch Verluste an die SPD erlitten, die aber durch Zuwanderungen von DP-Wählern teilweise wieder ausgeglichen wurden.

Auch die Wähler des „Überparteilichen Landvolks“ hatten in ihrer überwiegenden Mehrheit bei der Landtagswahl 1958 eine der drei bürgerlichen Parteien gewählt und trugen somit zu deren Verlusten seit 1958 bei, was aus der nachfolgenden Übersicht hervorgeht:

1958	1960
CDU/FDP/DP = 22 082	CDU/FDP/DP/FENCHEL = 21 852
	CDU/FDP/DP = 20 088

Gegenüber 1956 hat Fenchels Landvolkgruppe fast 1 200 Stimmen einge-

<sup>171)</sup> Selbst die führenden Funktionäre der SPD hatten nicht mit dieser hohen Stimmzahl und vor allem nicht mit der absoluten Mehrheit im Kreistag gerechnet; sie verhandelten vielmehr vor der Wahl mit dem Spitzenkandidaten des Überparteilichen Landvolks Fenchel über ein Zusammengehen im neuen Kreistag.

<sup>172)</sup> Mit der Kreistagswahl 1956 können Vergleiche nicht durchgeführt werden, weil damals die bürgerlichen Parteien eine Gemeinschaftsliste hatten.

büßt, was beweist, daß ein Teil seiner Anhänger die undurchsichtige politische Haltung ihres Exponenten nicht billigte. Diese Stimmen sind wohl meist der FDP, in geringerem Maße auch der CDU zugeflossen.

Für den Kreistag waren 1960 nur noch 37 statt bisher 38 Abgeordnete zu wählen. Die Tatsache, daß DP und „Überparteiliches Landvolk“ der 5%-Klausel zum Opfer fielen, hat der SPD mit 20 Mandaten (bisher 18) die absolute Mehrheit gebracht. CDU und FDP erhielten je 6 (bisher mit DP zusammen 12) und der BHE 5 (bisher 6) Mandate.

Die Zersplitterung des bürgerlichen Lagers brachte der SPD ferner in 36 Gemeinden die absolute und in weiteren 33 Gemeinden die relative Mehrheit. Nur in 11 Orten wurde die FDP/Landvolk stärkste Partei, während in Dorf-Güll und Winnerod die CDU die meisten Stimmen erhielt. In der Zwerggemeinde Arnsburg teilte sie sich mit je 16 Stimmen den ersten Platz mit der SPD. Wie der BHE wiederum in Eberstadt, so blieb die Gruppe Fenchels in seinem Heimatdorf Ober-Hörgern stärkste Partei, obwohl sie auch dort 30 Stimmen weniger erhielt. (Siehe Karte Nr. 17.)

Besonders kennzeichnend für gewisse Änderungen im Wählerverhalten der Bevölkerung des Kreises Gießen sind die Erfolge der SPD in Dörfern mit überwiegend landwirtschaftlicher Struktur wie Weitershain, Ettingshausen, Bellersheim und Muschenheim, in denen die Partei bis dahin über keinen sehr hohen Stimmenanteil verfügte<sup>173)</sup>.

Bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen gingen wie im Lande Hessen allgemein auch im Kreise Gießen die parteifreien Wählergemeinschaften weiter zurück. Das lag vor allem an der stärkeren Verankerung der politischen Parteien in den Gemeinden. (Siehe Karte Nr. 18.)

Die Veränderungen werden besonders deutlich, wenn wir die Ergebnisse mit denen des Jahres 1956 vergleichen. In der nachfolgenden Übersicht werden in der ersten Zeile die Ergebnisse von 1956 und in der zweiten Zeile diejenigen von 1960 wiedergegeben (siehe Seite 112)<sup>174)</sup>:

<sup>173)</sup> Aus eigenen Errechnungen an Hand der amtlichen Wahlergebnisse ergeben sich in den letzten vier Wahlen folgende Stimmenanteile für die SPD bzw. für die bürgerlichen Parteien CDU/FDP/DP/ÜL:

Gemeinde	SPD				CDU/FDP/DP/ÜL			
	1956	1957	1958	1960	1956	1957	1958	1960
Bellersheim	28,8	28,4	30,8	35,2	37,8	52,4	38,3	47,5
Ettingshausen	28,2	10,2	25,2	31,6	48,1	60,1	46,2	56,4
Muschenheim	28,8	20,7	29,2	34,6	48,8	65,5	48,4	46,6
Weitershain	25,8	20,4	28,8	33,6	56,2	76,2	67,5	61,6

Bei den Wahlen der Jahre 1956, 1958 und 1960 kamen die an 100% fehlenden Stimmenanteile dem BHE zugute; bei den Bundestagswahlen 1957 waren daneben auch der BdD und die DRP mit geringen Anteilen vertreten.

<sup>174)</sup> Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 86. Giessener Freie Presse vom 29. 10. 1956 und 24. 10. 1960. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 11. 1960. Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes B III 3/60 — 1 vom 3. 10. 1960. Mitteilungen des Wahlamtes beim Landratsamt Gießen. Eigene Errechnungen. In der Aufstellung sind nur die Parteien berücksichtigt, die auch Listen im Kreisgebiet hatten.

		Gült.	Ung.	Bet.	SPD	CDU	FDP	BHE	Parteifreie
Gemeinde- wahlen im	1956	52 147	3 209		18 529	1 066	299	5 072	27 181
			5,8%	80,8%	35,5%	2,1%	0,6%	9,7%	52,1%
Kreis Gießen	1960	54 900	3 457		21 605	3 029	432	5 994	23 840
			5,9%	84,2%	39,4%	5,5%	0,8%	10,5%	43,8%
Land Hessen	1956		4,6%	78,0%	38,9%	15,9%	5,5%	4,6%	33,2%
	1960		4,5%	80,0%	40,4%	19,5%	6,2%	5,2%	28,1%
Ortslisten im Kreis Gießen	1956				37	3	1	28	
	1960				45	9	1	26	
Sitze in den Gemeinde- parlamenten	1956				199	7	3	54	536
	1960				232	21	3	59	479

Ein Vergleich mit den Durchschnittszahlen des Landes macht deutlich, daß abgesehen vom BHE der Rückstand der parteigebundenen Listen noch beträchtlich ist. Andererseits zeigt die Entwicklung seit den Kommunalwahlen 1952 eine für die politischen Parteien positive Tendenz, da in diesem Zeitraum der Stimmenanteil der freien Wählergruppen von 59,5% auf 43,8% zurückgegangen ist. Im Jahre 1960 gelang vor allem wieder der SPD und in geringerem Ausmaß auch der CDU eine Ausweitung ihrer Position. Die Zahl der Gemeinden mit Einheitslisten ging ebenfalls um 3 zurück. Sie betrug im Jahre 1960 noch 26, von denen nur Lauter (514), Freienseen (578) und Burkhardtsfelden (626) über 500 Wahlberechtigte hatten.

Wie wenig diese Einheitslisten dem Willen der Wähler entgegenkommen, eine echte Auswahl von Menschen ihres Vertrauens selbst treffen zu können, sollen die folgenden Gegenüberstellungen der Anzahl der ungültigen Stimmen bei den Kreistags- bzw. Gemeindewahlen in einigen Orten mit Einheitslisten beweisen <sup>175)</sup>:

	Wahlberecht.	Abgegeben	Kreistag Ungültig	Gemeindew. Ungültig
Bersrod	407	334	5 = 1,5%	73 = 21,8%
Burkhardtsfelden	626	431	9 = 2,1%	106 = 24,8%
Harbach	400	278	2 = 1,3%	61 = 21,9%
Nonnenroth	285	232	0 = 0,0%	48 = 20,6%
Rabertshausen	156	110	0 = 0,0%	44 = 40,2%
Röthges	200	147	0 = 0,0%	30 = 20,4%
Weickartshain	404	240	0 = 0,0%	35 = 14,6%
Trais-Horloff	449	340	13 = 3,8%	79 = 23,2%

Die Zahl der ungültigen Stimmen in den Gemeinden mit mehr als einem Wahlvorschlag war wesentlich niedriger und lag nirgends über 10%; in den weitaus meisten Fällen blieb sie sogar unter 5%, was auf eine verhältnismäßig wache politische Anteilnahme der Bevölkerung schließen läßt.

<sup>175)</sup> Giessener Freie Presse vom 24. 10. 1960. Mitteilungen des Wahlamtes beim Landratsamt Gießen. Eigene Errechnungen.

Bezeichnend für die allgemein herrschende Einstellung gegenüber der politischen Betätigung der Frau ist die Tatsache, daß im gesamten Kreisgebiet nur zwei Frauen in ein Gemeindeparlament gewählt worden sind <sup>176)</sup>. Im neuen Kreistag sind wenigstens 3 Frauen vertreten (SPD 2, CDU 1). Ein ganz anderes Bild zeigt die kreisfreie Stadt Gießen, die unter ihren 48 Stadtverordneten 11 Frauen (SPD 4, CDU 4, FDP 1, BHE 1, Freie Wählergruppe 1) hat, was dem städtischen Prozentsatz von 23% entspricht.

Bei einer Gegenüberstellung der Ergebnisse für Kreistag bzw. Gemeindevertretung in den Orten mit Listen der SPD und des BHE ergibt sich, daß die Differenz der Stimmen für Kreistag und Gemeindeparlament beim BHE am geringsten ist.

Es soll im folgenden an den Einzelergebnissen einiger Gemeinden des Kreises mit eigenen BHE-Wahlvorschlägen nachgewiesen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Heimatvertriebenen dem BHE ihre Stimme gegeben hat, und zwar für die Gemeindevwahl noch in etwas stärkerem Ausmaß als für die Kreistagswahl <sup>177)</sup>:

Ort	Von d. Wohnbevölkerung waren		Stimmen für BHE	
	Ende 1959	Vertriebene	Kreistag	Gemeindev.
Daubringen	350	= 21,8%	193 = 20,2%	313 = 38,7%
Großen-Buseck	885	= 26,6%	271 = 13,1%	287 = 13,6%
Hungen	1 094	= 33,7%	559 = 28,7%	570 = 29,8%
Lich	997	= 20,3%	493 = 18,1%	511 = 18,5%
Lollar	832	= 19,2%	437 = 16,4%	515 = 19,7%
Reiskirchen	280	= 16,7%	124 = 14,1%	148 = 16,9%
Saasen	170	= 18,4%	91 = 19,3%	121 = 27,3%
Treis/Lumda	453	= 24,7%	167 = 15,1%	199 = 17,9%

Da die hier dargestellten Verhältnisse mit geringen Abweichungen in allen Gemeinden vorliegen, die 1960 eigene BHE-Listen hatten, lassen sich in bezug auf das Wählerverhalten der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Stellung des BHE im Kreis Gießen folgende Schlüsse ziehen:

In allen Orten, in denen der BHE eigene Wahlvorschläge für die Gemeindevwahl aufstellen konnte, gewann er 1960 — unabhängig davon, ob der Vertriebenenanteil höher oder niedriger als der Kreisdurchschnitt war — im allgemeinen wesentlich höhere Stimmenanteile für die Kreistagswahl als die Partei im Durchschnitt aller Orte erringen konnte. Ferner ist deutlich zu erkennen, daß zwischen 65 und 85% der Vertriebenen dem BHE ihre Stimmen für den Kreistag gegeben haben <sup>178)</sup>. Schließlich läßt sich feststellen, daß es dem BHE gelungen ist, mit seinen Wahlvor-

<sup>176)</sup> In Großen-Buseck und in Lollar. Siehe dazu auch: G. Bremme: a. a. O., S. 102.

<sup>177)</sup> Giessener Freie Presse vom 24. 10. 1960 und eigene Errechnung. Mitteilungen des Statistischen Amtes und des Wahlamtes beim Landratsamt Gießen.

<sup>178)</sup> Knapp 60% der Wohnbevölkerung des Landkreises, also auch der Heimatvertriebenen hat abgestimmt.

schlagen bei der Gemeindewahl über die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge hinaus auch andere Bevölkerungskreise anzusprechen<sup>179)</sup>.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in den Gemeinden mit SPD-Listen für die Gemeindewahl. Dort erhielt die SPD, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wesentlich mehr Stimmen bei der Kreistagswahl als die Parteiliste für die Gemeinderatswahl erringen konnte, was im folgenden am Beispiel von 6 der 45 Gemeinden mit SPD-Listen gezeigt werden soll<sup>180)</sup>:

	Kreistagswahl			Gemeindewahl		
	Gült.	SPD	Kreis in %	Gült.	SPD	Kreis in %
Allertshausen	272	197		267	96	
		72,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		36,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Annerod	618	317		612	265	
		51,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		43,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Alten-Buseck	1 105	523		1 130	363	
		47,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		32,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Londorf	951	495		965	283	
		52,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		29,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Reiskirchen	883	423		873	372	
		47,9 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		42,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>
Rüddingshausen	574	310		572	172	
		54,1 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	48,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>		30,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	39,4 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>

Die teilweise erstaunlich hohen Differenzen zwischen Kreistags- und Gemeindewahl lassen sich in erster Linie damit erklären, daß es die SPD nicht verstanden hat, in diesen Orten Menschen, die allgemeines Vertrauen genießen, in der Parteiorganisation bzw. auf den Wahlvorschlägen herauszustellen<sup>180)</sup>. Im Bereich der Gemeinde gilt nicht so sehr Mitgliedschaft oder Verdienst in der Partei, als vielmehr die persönliche Integrität des Kandidaten<sup>181)</sup>. Nicht das höhere Interesse einer Partei, sondern das örtliche Anliegen, nicht die Fraktion, sondern die Person bestimmen die Entscheidung der Wähler für den Gemeinderat. Wie stark sich diese Einstellung auf die Gemeindewahl auswirken kann, soll abschließend an den besonderen Vorgängen in Londorf manifestiert werden<sup>182)</sup>. Hier ging es bei den Gemeinderatswahlen 1960 um die vorweggenommene Entscheidung der Besetzung des Bürgermeisterpostens. Die Frage, die indirekt auf den

<sup>179)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960. In mehreren Gemeinden waren auf den BHE-Listen auch Evakuierte und Einheimische aufgestellt.

<sup>180)</sup> Eigene Zusammenstellung und Errechnung.

<sup>181)</sup> R. Mayntz: a. a. O., S. 66 ff.

<sup>182)</sup> Die Ergebnisse der Gemeindewahlen in Londorf seit 1952 einschließlich der Sitzverteilung für den Gemeinderat:

Jahr	Bet.	Ungült.	SPD	Aller Schaffenden	Dorfgem.	Fr. Wähler
1952	89,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,0 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	—	297 = 4	254 = 3	346 = 5
1956	83,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,8 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	318 = 4	219 = 3	—	330 = 5
1960	88,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	2,6 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	278 = 4	209 = 2	—	472 = 6
1961	92,3 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	1,2 <sup>0</sup> / <sub>0</sub>	263 = 3	179 = 2	—	593 = 7

Wahlzetteln stand, lautete: Sollte mit Unterstützung der „Freien Wählergemeinschaft“ der seit 1945 amtierende Bürgermeister Wißner im Amt verbleiben oder sollte der von der SPD und der Liste „Aller Schaffenden“ unterstützte Kandidat sein Nachfolger werden<sup>183)</sup>? Ähnliche Verhältnisse hatten schon bei den Gemeindewahlen von 1952 und 1956 vorgelegen. Die politisch undurchsichtige Gruppe „Aller Schaffenden“ spielte dabei in den dörflichen Auseinandersetzungen stets eine große Rolle<sup>184)</sup>. Da die Wahl vom 23. 10. 1960 keine Entscheidung brachte<sup>185)</sup>, kam es am 8. 1. 1961 zu einer Wiederholung der Gemeindewahl in Londorf. Bei einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 92,2<sup>0</sup>% erbrachte dieses Personalplebiszit einen eindeutigen Erfolg für die „Freie Wählergemeinschaft“ und damit eine Entscheidung der Bevölkerung für Bürgermeister Wißner<sup>182)</sup>.

## 15. Zusammenfassende Betrachtung der Parteienentwicklung und des Wählerverhaltens im Kreis Gießen in der Zeit von 1945—1960

Überblicken wir alle Ergebnisse der nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführten Wahlen und verfolgen wir die Entwicklung der politischen Parteien und Gruppen im Kreis Gießen während dieser Zeit und stellen wir dann die so gewonnenen Erkenntnisse der Entwicklung in Land und Bund gegenüber, so zeigen sich neben zahlreichen Parallelen einige überraschende und teilweise für den Kreis Gießen typische Abweichungen. Es muß bei dieser Betrachtung noch einmal einschränkend gesagt werden, daß die Wahlen auf Landes- und Bundesebene mit den Wahlen zum Kreistag nur bedingt zu vergleichen sind, weil hier die Entscheidung der Wähler weit-

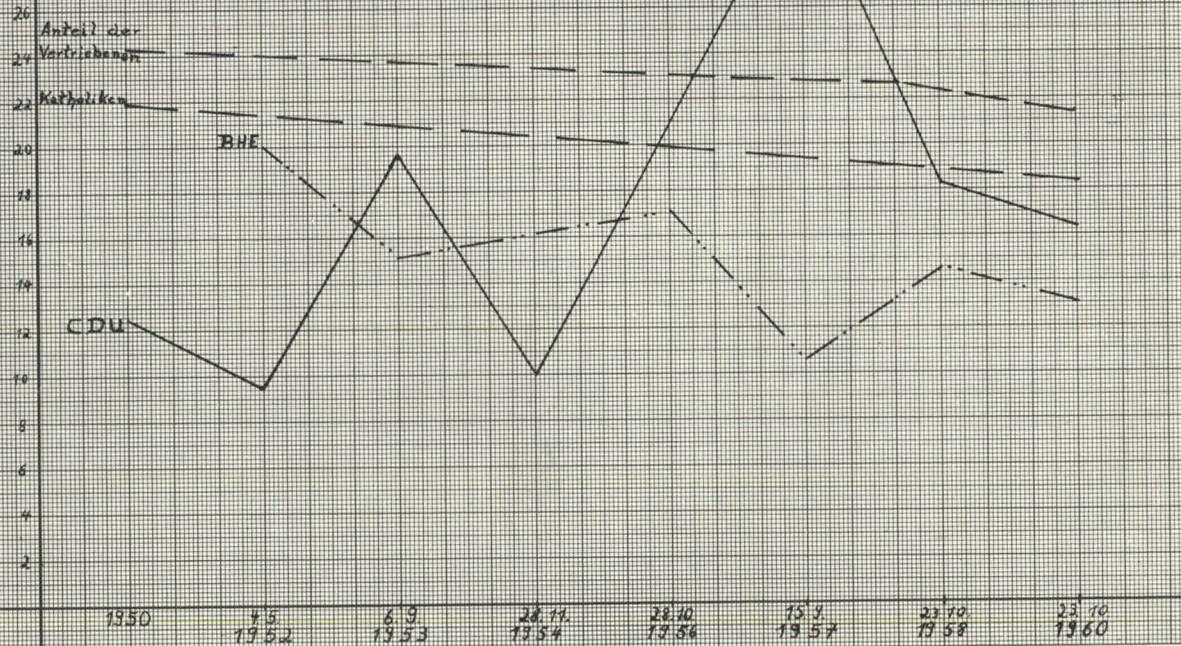
---

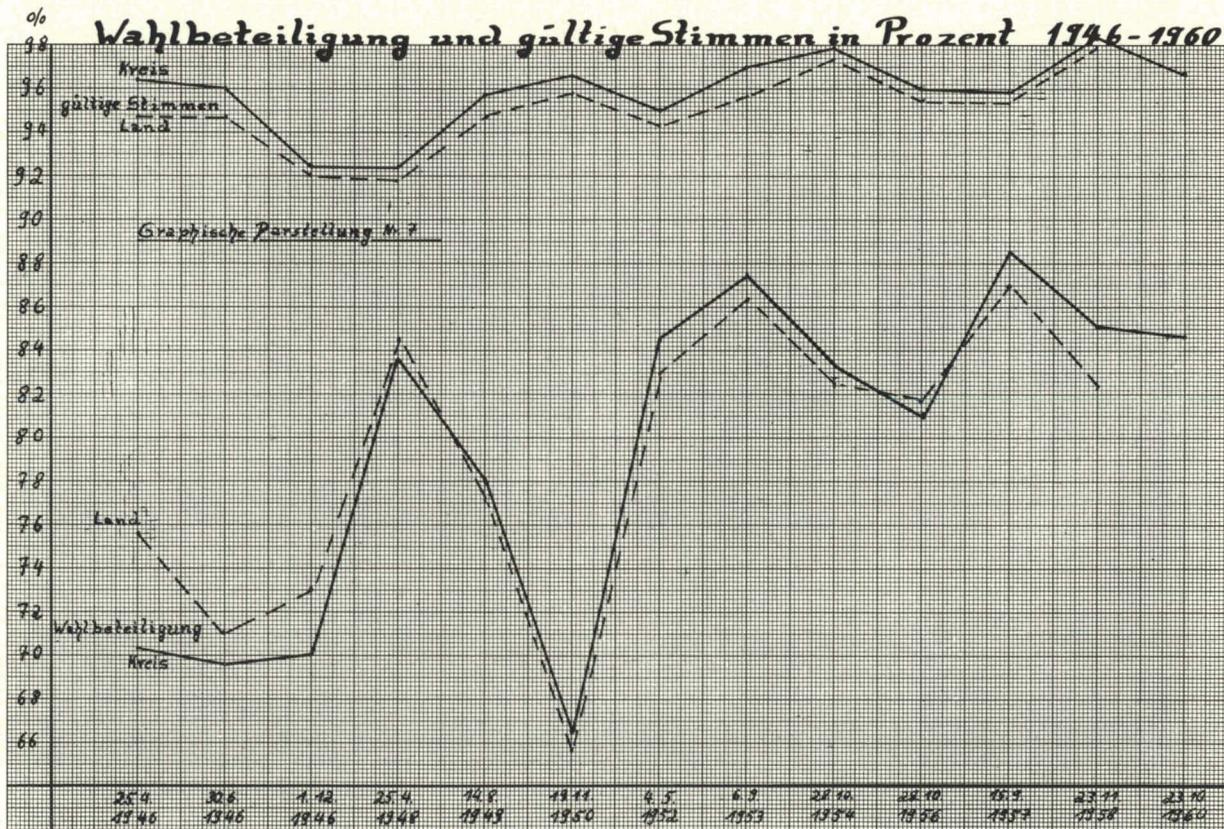
<sup>183)</sup> Bürgermeister Wißner, schon vor 1933 aktives Mitglied der SPD und 1946 Kandidat für die verfassungsberatende Landesversammlung, schied aus der Partei aus, als schon vor einigen Jahren die örtliche Organisation der SPD mit Hilfe der Gruppe „Aller Schaffenden“ versuchte, ihn aus seinem Amte als Bürgermeister abzuwählen.

<sup>184)</sup> In dieser Gruppe waren seit 1952 Anhänger und Mitglieder der KPD mit Sozialdemokraten vereinigt. Sie stand sowohl in Opposition zur örtlichen SPD-Organisation als auch zu den bürgerlichen überparteilichen Wählergemeinschaften. Nachdem der SPD mehrfach vorgeworfen worden war, mit Kommunisten in Londorf gemeinsame Sache zu machen, mußte sie sich offiziell von dieser Gruppe distanzieren.

<sup>185)</sup> Sechs der gewählten Gemeinderatsmitglieder standen als Angehörige der Freien Wählergemeinschaft für und vier der SPD sowie zwei der Gruppe Aller Schaffenden standen gegen die Neuwahl Bürgermeister Wißners. Da die Wahl nun unter Umständen durch das Los hätte entschieden werden müssen, traten die sechs Abgeordneten der Freien Wählergemeinschaft zurück und erzwangen so die Neuwahl vom 8. 1. 1961 und damit eine klare Entscheidung der Bevölkerung über die Neubesetzung des Bürgermeisterpostens. Das Beispiel der Londorfer Vorgänge beweist, in welch starkem Maße örtliche Interessen und Probleme und die Persönlichkeiten der Kandidaten die Gemeindewahlen beeinflussen können. Ähnliche Verhältnisse lagen in Garbenteich vor, wo ebenfalls eine Neuwahl der Gemeindevertretung durchgeführt werden mußte.

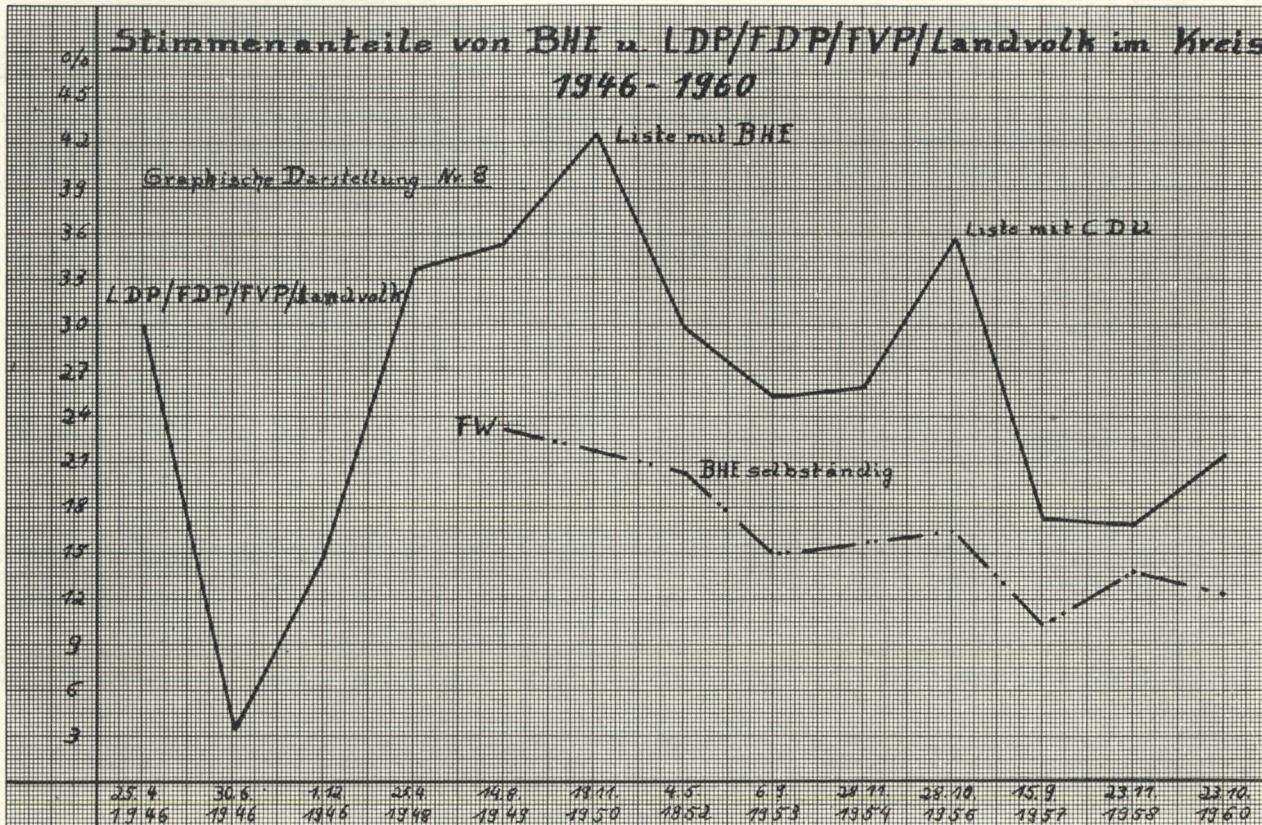
**% Heimatvertriebene u. Katholiken im Verhältnis zu BHE u. CDU Stimmenanteilen im Kreis 1950-60**  
Graphische Darstellung Nr. 6





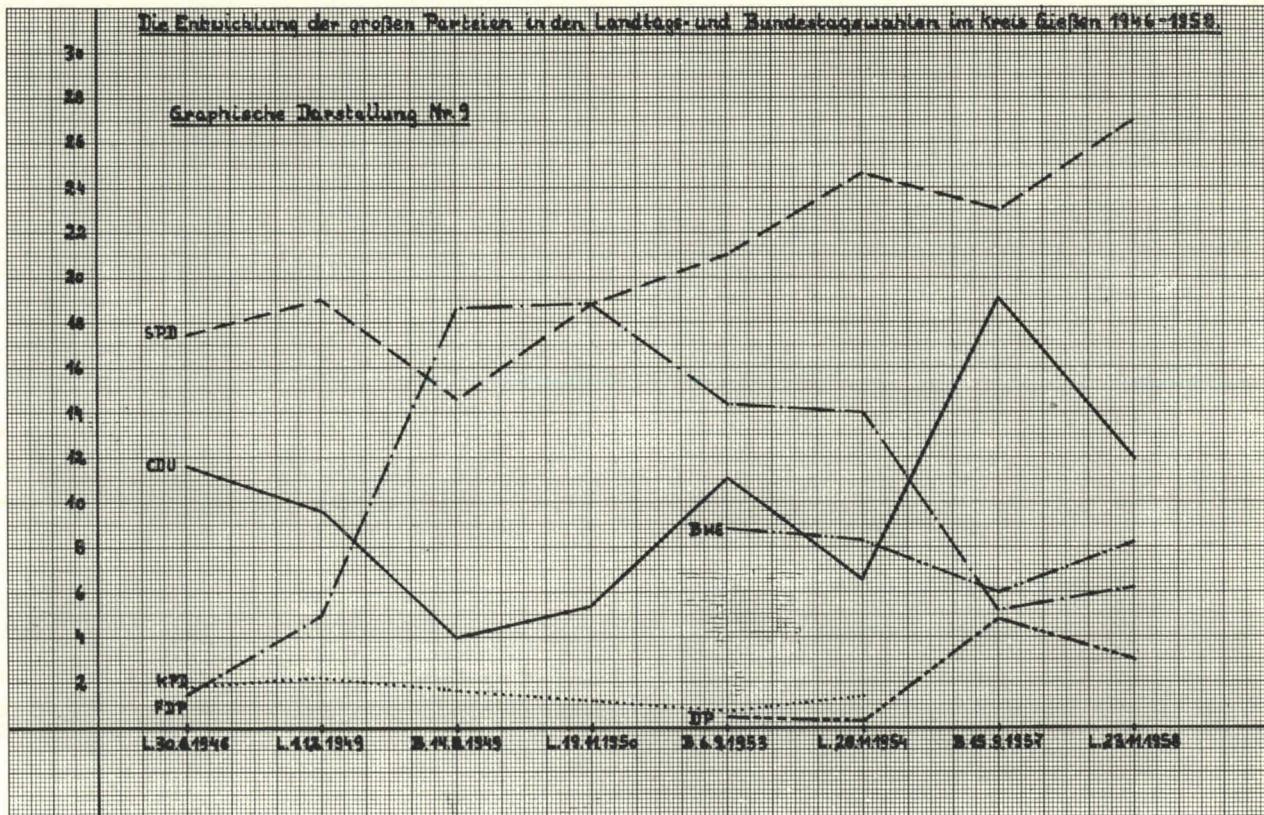
# Stimmenanteile von BHE u. LDP/FDP/FVP/Landvolk im Kreis 1946-1960

Graphische Darstellung Nr. 8



Die Entwicklung der großen Parteien in den Landtags- und Bundestagswahlen im Kreis Gießen 1946-1958.

Graphische Darstellung Nr. 9



gehend von lokalen Einflüssen und Gesichtspunkten abhängig ist. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Parteien immer stärker versuchen, die Kommunalwahlen unter die Erfordernisse der hohen Politik zu stellen. Diesem Versuch diente z. B. das Auftreten prominenter Persönlichkeiten der großen Parteien in der kreisfreien Stadt Gießen vor der Wahl vom 23. 10. 1960<sup>186)</sup>.

Wenn wir im folgenden versuchen wollen, ein allgemein gültiges Bild des Wählerverhaltens der Kreisbevölkerung zu entwerfen und dabei für den Kreis Gießen spezifische Verhältnisse herauszuarbeiten, so müssen wir notwendigerweise lokal bedingte Sonderentwicklungen ausklammern. Soweit diese nicht bereits bei der Betrachtung der einzelnen Wahlen gezeigt und analysiert werden konnten, bedürfte es zu ihrer Erklärung einer speziellen Untersuchung von Einflüssen und Gegebenheiten, die in einer Gemeinde wirksam sind. Doch sollte hierbei nicht übersehen werden, daß vielfach irrationale Faktoren das Wählerverhalten bestimmen, die sich einer noch so sorgfältig durchgeführten Analyse entziehen. Die wesentlichen und überschaubaren Entwicklungen und Tendenzen im Kreis Gießen lassen sich in 10 Punkten zusammenfassen:

1. Mit geringen Ausnahmen hat sich die Bevölkerung des Kreises prozentual stärker an den Wahlen beteiligt als der Landesdurchschnitt. In allen 13 Wahlen war der Anteil der gültigen Stimmen größer als im Land Hessen. (Siehe graphische Darstellung Nr. 7.)

Diese beiden Ergebnisse geben ein klares Zeugnis für die politische Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und die Bereitschaft, sich zumindest mit der Stimmabgabe politisch zu entscheiden.

Die Wahlbeteiligung lag im allgemeinen auch etwas höher als bei den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik. Es ist bemerkenswert, daß der Kreis Gießen bei der Bundestagswahl 1957 mit 90,6% eine höhere Wahlbeteiligung aufwies als bei der nicht mehr ganz frei und unbeeinflußt durchgeführten Wahl vom 5. März 1933 mit 89,2%<sup>187)</sup>.

2. Die SPD hat mit einer Ausnahme (Bundestagswahl 1949) stets die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen können. Sie stützt sich nicht nur auf die Masse der Arbeiterschaft, sondern hat auch immer größere Einbrüche in Kreise des Bürgertums und der Kleinbauern vollzogen. Ihre höchsten Stimmzahlen erzielte sie bei den Landtagswahlen, was dem allgemeinen Trend der Wählerschaft in Hessen zur SPD entspricht. Diese Wählerentscheidung darf sowohl als Personalplebiszit für den hessischen Ministerpräsidenten Zinn als auch als Sachplebiszit für die hessische Regierungspolitik seit 1946 angesehen werden. Die SPD verfügt über einen relativ hohen Wählerstamm und hat ihre Stellung gegenüber der Zeit der Weimarer Republik wesentlich verbessern können.

---

<sup>186)</sup> In Gießen sprachen am gleichen Abend: Bundesaußenminister v. Brentano (CDU) und der Regierende Bürgermeister von Berlin Brandt (SPD)!

<sup>187)</sup> Siehe Teil III dieser Arbeit Seite 69.

3. Die CDU hatte im Kreis abgesehen von den besonderen Verhältnissen des Jahres 1946 bisher einen schweren Stand, weil der alteingesessene katholische Bevölkerungsteil fehlt, die meist katholischen Heimatvertriebenen in erster Linie zum BHE neigen und die einheimischen evangelischen Wähler in ihrer überwiegenden Mehrheit zunächst anderen bürgerlichen Parteien den Vorzug gaben. Lediglich bei den Bundestagswahlen 1953 und 1957 gelang es der Partei, größere Stimmenzahlen zu erreichen, die aber bei den Landtags- und Kreistagswahlen wieder um 40 bis 60% abnahmen. Das macht deutlich, daß auch die Wählerschaft des Kreises sich in stärkerem Maße mit der Politik der CDU im Bund und ihren großen Namen (Adenauer, Erhard) identifiziert und dem überall zu beobachtenden Zug zur CDU bei Bundestagswahlen gefolgt ist. Allerdings ist dieser Trend bei weitem nicht so stark wie in benachbarten Kreisen und im Landes- oder Bundesdurchschnitt.

Im Kreis Gießen kann sich die CDU nur auf einen verhältnismäßig kleinen festen Wählerkreis gründen, der erst seit 1958 etwas stärker erscheint, während der größere Teil ihrer Wähler zur Fluktuation neigt.

4. Der in Bund und Land ständig gewachsene Zug zum Zweiparteiensystem war im Kreisgebiet sehr viel weniger stark wirksam und erreichte bisher — von der Situation des Jahres 1946 abgesehen — erst 1957 71% (Bund 82%, Hessen 78,9%), um 1958 wieder auf 67,7% (Hessen 78,9%) zu sinken. Das zeigt eindrucksvoll, daß im Kreis Gießen noch andere politische Kräfte von beachtenswerter Stärke vorhanden sind.

5. Die FDP ist die einzige Partei, die bei einer Wahl einmal die SPD von der Position der stärksten Partei verdrängen konnte. Dies gelang ihr vor allem durch den zugkräftigen Kandidaten Dr. Schneider, der es verstand, fast alle Bauern und Bürger hinter sich zu bringen, die früher liberal, deutschnational oder Landvolkgruppen bis hin zur NSDAP gewählt hatten; ebenso konnte er durch geschickte Agitation auch bisherige Anhänger der SPD und Jungwähler für sich aktivieren<sup>188</sup>). Auch die Landtagswahl von 1950 brachte der FDP einen ähnlich großen Erfolg.

Erst die weitere Entwicklung der Bundespolitik und vor allem die Spaltung der Partei im Jahre 1956 brachten der FDP einen entscheidenden Rückgang, von dem sie sich bis heute nur soweit wieder erholt hat, als Wähler von der abgespaltenen FVP/DP wieder zu ihr zurückströmten. Ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler aus den Jahren 1948 bis 1954 aber hat sich inzwischen anders orientiert und sich vor allem bei den Bundestagswahlen der CDU angeschlossen.

Mit dem im Laufe des Jahres 1961 zu erwartenden völligen Verschwinden der DP bzw. ihrer Fusion mit dem BHE dürfte es der FDP bei ihrer verhältnismäßig starken Verankerung in der evangelischen Bevölkerung unter Bauern und Gewerbetreibenden doch auch in der Zukunft gelingen, ihre Position als dritte Kraft neben SPD und CDU im Kreis zu behaupten.

<sup>188</sup>) An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, daß die erste Bundestagswahl zu einer Zeit stattfand, in der die SPD an Mitgliederzahl und Anhängerschaft einen gewissen Rückgang zu verzeichnen hatte.

6. Radikale Parteien und Gruppen wie die KPD und die DRP haben im Kreis Gießen bei keiner Wahl größere Erfolge erzielen können.

Auch kleinere Parteien wie die GVP und der BdD blieben bedeutungslos und sind meist nach dem ersten Auftreten wieder verschwunden.

Gewisse Erfolge stark rechtsorientierter Parteien wie 1948 der NDP und 1957/58 der FVP/DP ebnten schon nach kurzer Zeit ab und gingen in den übrigen bürgerlichen Parteien auf.

7. Der BHE hat im Kreis Gießen eine im Verhältnis zum Landes- und Bundesdurchschnitt sehr starke Position. Hinter ihm stehen 65 bis 85% der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die hier ein festes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt haben und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bei rd. 20% liegt.

Bei den geringen absoluten und prozentualen Verlusten von 1952 bis 1960, die mehr dem natürlichen Abgang durch Tod und Wegzug als einer echten Abwanderung von Wählern zuzurechnen sind, läßt sich noch nicht absehen, welche Entwicklung die Partei in der Zukunft nehmen wird. Es muß vor allen Dingen abgewartet werden, wie sich die angebahnte Fusion mit der DP auf die BHE-Wähler im Kreis Gießen auswirkt. Gegenwärtig jedenfalls ist der BHE noch eine weitere politische Kraft neben den großen Parteien, der sich im Kreisgebiet auf einen festen Wählerstamm gründet. (Siehe graphische Darstellung Nr. 8.)

8. Die Bauern- bzw. Landvolkorganisation versuchte seit 1946 stets — ähnlich wie vor 1933 — in der Politik mitzubestimmen, ohne sich allerdings allzu stark zu binden oder zu exponieren. In den meisten Fällen bestand eine enge Anlehnung an die FDP, bei der man die bäuerlichen Interessen am besten vertreten glaubte. Diese Haltung führte zu Spannungen gegenüber den Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirten, die sich deswegen in der Mehrzahl der SPD zuwandten und zu deren steigenden Stimmenanteilen beitrugen. Eine eigenständige Bauernpartei wie vor 1933 hat sich nicht mehr durchsetzen können. Die Bemühungen des Landwirts Fenchel, in Opposition zum Bauernverband in einer selbständigen Gruppe politisch aktiv zu werden, hatten lediglich 1956 einen geringen Erfolg zu verzeichnen.

9. Eine Abhängigkeit der CDU-Stimmen von dem Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung besteht im Kreis bisher nicht, da rd. 90% der Katholiken Heimatvertriebene sind und der Anteil der Vertriebenen den der Katholiken an der Gesamtbevölkerung seit 1946 immer nur um etwa 2% überragt hat. (Siehe graphische Darstellung Nr. 6.)

Dagegen ergibt sich eine deutliche Korrelation der BHE-Stimmen mit dem Prozentsatz der Heimatvertriebenen, auf die bereits im Punkt 7 hingewiesen wurde<sup>189)</sup>.

---

<sup>189)</sup> V. d. Heydte-Sacherl: „Soziologie der deutschen Parteien.“ S. 266 ff. In anderen Teilen der Bundesrepublik wurde nicht dieser enge Zusammenhang festgestellt.

10. Der Kreis Gießen zeigte bisher in seiner Wählerentscheidung eine deutliche Zweiteilung, deren Trennungslinie ungefähr von Lang-Göns im Südwesten über Grüningen, Lich, Hattenrod, Bersrod, Geilshausen bis Weitershain im Nordosten diagonal durch den Kreis verläuft. Dabei kann man — von Ausnahmen abgesehen — nach v. d. Heydte-Sacherl<sup>190)</sup> den westlichen Teil als stabilen und den östlichen Teil als labilen Wahlkreis bezeichnen. Während im Westen die SPD schon seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg über einen festen Wählerstamm verfügt, den sie nach 1945 ständig erweitern konnte, zeigte der Ostteil des Kreises in den Wahlen nach dem zweiten Weltkrieg eine größere Neigung der Wähler zur Fluktuation, die sich einerseits innerhalb der bürgerlichen Parteien vollzog, andererseits aber auch zwischen CDU und SPD stattfand. Im Gebiet des Kreises Gießen gehört also die überwiegend bäuerliche Bevölkerung nicht dem stabilen Wahlkreis an<sup>190)</sup>. Ähnlich gelagert waren schon die Verhältnisse vor 1933 gewesen, als der östliche meist bäuerlich bestimmte Teil des Kreises — die Trennungslinie ist damals teilweise etwas weiter westlich verlaufen — sehr leicht von den bürgerlichen und bäuerlichen Parteigruppierungen zum Nationalsozialismus überging, während im Westen des Kreises die nähere Umgebung der Stadt Gießen mit ihren relativ hohen SPD-Stimmenanteilen der NSDAP bis über den 5. 3. 1933 hinaus großen Widerstand entgegensetzte.

Die Zweiteilung im Wählerverhalten und das Vorhandensein von „stabilen“ und „labilen“ Gemeinden im Kreis lassen sich eindrucksvoll an einer Reihe der dieser Arbeit beigefügten Karten ablesen.

---

<sup>190)</sup> V. d. Heydte-Sacherl: a. a. O., S. 163

### Wahlergebnisse im Bundesland Hessen 1946—1960

	GEMEINDEWAHLEN					KREISTAGSWAHLEN*				
	1946	1948	1952	1956	1960	1946	1948	1952	1956	1960
Wahlberechtigte	2 032 800	2 737 300	3 030 800	3 139 700	3 307 416	1 442 200	1 941 100	2 052 300	2 078 800	2 177 176
Abgegebene Stimmen	1 666 700	2 222 500	2 328 000	2 447 900	2 646 933	1 091 100	1 638 800	1 693 900	1 694 100	1 820 359
Wahlbeteiligung	82,0%	81,2%	76,8%	78,0%	80,0%	75,7%	84,4%	82,5%	81,5%	83,6%
Gültige Stimmen	1 579 100	2 035 200	2 206 600	2 335 700	2 527 825	1 034 500	1 506 100	1 599 200	1 615 800	1 754 410
	97,7%	91,6%	94,8%	95,4%	95,5%	94,8%	91,9%	94,4%	95,3%	96,4%
SPD	687 600	663 800	697 900	909 800	1 021 784	455 700	546 700	603 600	747 700	828 935
	43,6%	32,8%	31,6%	38,9%	40,4%	44,1%	36,3%	37,7%	46,3%	47,2%
CDU	506 000	466 000	284 200	371 200	494 004	392 800	464 100	276 100	324 600	453 318
	32,0%	22,9%	12,9%	15,9%	19,5%	38,0%	30,8%	17,3%	20,1%	25,8%
FDP	76 000	261 800	186 300	127 800	156 034	64 500	325 600	207 900	122 100	162 420
	4,8%	12,9%	8,4%	5,5%	6,2%	6,2%	21,6%	13,0%	7,5%	9,3%
GB/BHE			121 600	106 600	130 008			167 900	159 400	159 236
			5,5%	4,6%	5,2%			10,5%	9,9%	9,1%
KPD	117 600	142 400	72 800			86 300	106 500	63 400		
	7,5%	7,0%	3,3%			8,3%	7,1%	4,0%		
Sonstige Parteien	13 600	59 300	53 200	59 200	17 514	33 800	53 200	42 300	24 700	13 648
	0,8%	2,9%	2,5%	2,6%	0,6%	3,3%	3,5%	2,6%	1,5%	0,7%
Übrige Vorschläge	178 300	436 900	790 600	761 100	708 481	1 400	10 000	238 000	237 300	136 853
	11,3%	21,5%	35,8%	32,6%	28,1%	0,1%	0,7%	14,9%	14,7%	7,9%

Es handelt sich mit Ausnahme des Jahres 1960 um abgerundete Zahlen, die den amtlichen Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes entnommen sind.

\* Die Ergebnisse der kreisfreien Städte sind in diesen Zahlen nicht enthalten!

### Wahlergebnisse im Bundesland Hessen 1946—1960

	LANDTAGSWAHLEN						BUNDESTAGSWAHLEN		
	Verfassungs- Landesvers. 1946	Landtag 1946	Landtag 1950	Landtag 1954	Landtag 1958	Bundestag 1949	Bundestag 1953	Bundestag 1957	
Wahlberechtigt	2 192 900	2 380 100	2 985 000	3 105 100	3 257 513	2 906 200	3 081 800	3 214 900	
Abgegebene Stimmen	1 556 400	1 741 400	1 936 800	2 559 400	2 680 548	2 247 400	2 672 100	2 863 100	
Wahlbeteiligung	71,0%	73,2%	64,9%	82,4%	82,3%	77,3%	86,7%	89,1%	
Gültige Stimmen	1 476 000 94,8%	1 609 400 92,4%	1 851 100 95,6%	2 501 300 97,7%	2 633 857 98,2%	2 128 300 94,7%	2 556 900 95,7%	2 727 300 95,3%	
SPD	653 600 44,3%	687 400 42,7%	821 300 44,4%	1 065 700 42,6%	1 235 361 46,9%	684 100 32,1%	862 700 33,7%	1 037 100 38,0%	
CDU	550 300 37,3%	498 200 30,9%	348 100 18,8%	603 700 24,1%	843 041 32,0%	454 400 21,3%	849 100 33,2%	1 116 500 40,9%	
FDP	119 500 8,1%	252 200 15,7%	588 700 31,8%	513 400 20,5%	250 310 9,5%	597 100 28,1%	502 600 19,7%	232 900 8,5%	
KPD	144 000 9,7%	171 600 10,7%	87 900 4,7%	84 000 3,4%		142 500 6,7%	63 900 2,5%		
DP/FVP					93 260 3,5%		70 700 2,8%	148 800 5,5%	
DRP					16 178 0,6%			33 900 1,3%	
BdD								6 100 0,2%	
GVP							44 400 1,7%		
BHE				192 400 7,7%	193 996 7,4%		163 500 6,4%	152 000 5,6%	
Sonstige Parteien	8 600 0,6%	5 100 0,3%		42 100 1,8%	1 711 0,7%	244 360 11,5%			

Es handelt sich mit Ausnahme des Jahres 1958 um abgerundete Zahlen, die den amtlichen Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes entnommen sind.

# Erkurs:

## V. ORGANISATION UND STRUKTUR DER GRÖßEREN POLITISCHEN PARTEIEN IM LANDKREIS GIESSEN

Eine wesentliche Ergänzung der im IV. Teil dieser Untersuchung vorgenommenen Analyse des politischen Lebens und des Wählerverhaltens im Landkreis Gießen nach 1945 bietet ein Blick in die Parteiorganisationen und ihre Entwicklung auf Kreisebene. Erfolge oder Mißerfolge der Parteien hängen — vor allem bei Gemeinde- und Kreistagswahlen — nicht selten davon ab, inwieweit es gelingt, sich auch im lokalen Rahmen institutionell in gewisser Stärke und Breite zu etablieren.

In erster Linie ist hier die soziale Struktur der Mitgliedschaft geeignet, gewisse Aufschlüsse darüber zu geben, welche Bevölkerungskreise bzw. Berufsgruppen sich mit einer bestimmten politischen Partei vornehmlich identifizieren. Leider vermochten die Kreisverbände der befragten Parteien hierüber nur sehr lückenhaft Auskunft zu erteilen, weil in den meisten Fällen solche Durchleuchtungen des inneren Gefüges noch nicht durchgeführt waren. Da dem Bearbeiter die Mitgliederkarteien für eine sorgfältige Strukturanalyse der Mitgliedschaft nicht zugänglich waren, mußte er sich im allgemeinen mit sehr kursorischen und teils unbestimmten Angaben begnügen, die ihm von den Funktionären und Kreisvorsitzenden der Parteien gemacht worden sind <sup>1)</sup>.

Über die Masse der Mitglieder hinaus erhalten wir auch durch eine Aufstellung der für die Kreistagswahlen nominierten und gewählten Kandidaten wertvolle Aufschlüsse für die Soziologie der lokalen Parteiorganisationen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß weder die Kandidatenliste mit der Gesamtmitgliedschaft noch die Mitgliedschaft mit den Wählern einer Partei ohne weiteres gleichzusetzen sind <sup>2)</sup>. Doch können trotz dieser Einschränkung und der oben angedeuteten Unsicherheitsfaktoren die folgenden Angaben und Übersichten der Gesamtkonzeption und dem Anliegen dieser Arbeit durchaus dienlich sein. Insbesondere werden durch sie gewisse Zusammenhänge zwischen innerer Struktur und organisatorischer Entwicklung der Parteien und dem Wählerverhalten der Bevölkerung des Landkreises Gießen in der Zeit von 1946 bis 1960 deutlich sichtbar <sup>2)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Siehe dazu die Liste der Personen, mit denen der Bearbeiter in der Zeit von Juli bis Dezember 1960 Gespräche geführt hat.

<sup>2)</sup> Es hat sich auch gezeigt, daß nicht nur gute Parteiorganisation auf lokaler Ebene und breite Basis in Form einer zahlreichen und aktiven Mitgliedschaft den Wahlerfolg begünstigt, sondern daß umgekehrt auch Stimmengewinne bei Wahlen nicht selten einen beträchtlichen Zuwachs an Mitgliedern im Gefolge haben. Siehe dazu: M. G. Lange: „Parteien in der Bundesrepublik“, Stuttgart-Düsseldorf 1955. R. Wildenmann: „Partei und Fraktion“, Meisenheim 1954. R. Michels: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Berlin 1925.

## 1. Die SPD

Der Partei gelang es schon sehr bald nach der Wiedezulassung im September 1945, eine ausgedehnte Organisation im Kreisgebiet aufzubauen. Mit Ortsgruppen oder Stützpunkten war sie in den meisten Kreisgemeinden vertreten. Die Ortsvereine wurden bis 1948 regelmäßig zwei- bis dreimal im Jahr aufgesucht und vom Kreissekretariat betreut. In zahlreichen Versammlungen versuchte man durch Vorträge und Diskussionen die Menschen wegen der materiellen Not für eine politische Mitarbeit am Wiederaufbau zu gewinnen. Diese Bemühungen fielen vor allem in den überwiegend gewerblich orientierten Gemeinden auf recht fruchtbaren Boden. Die Mitgliederzahl schwankte damals zwischen 3 200 und 3 400, betrug also rd. 15% der SPD-Wähler von 1946/48 <sup>3)</sup>). Nach der Währungsreform ging mit der langsamen Gesundung der Wirtschaft und der Gewinnung eines höheren Lebensstandards, vor allem aber mit der Normalisierung der staatlich-politischen Situation durch die Institution der Bundesrepublik, die Mitgliederzahl der SPD — diese Erscheinung war nicht auf den Landkreis Gießen beschränkt — stark zurück.

Mitglieder, die sich von der SPD berufliche Vorteile oder Hilfen im Entnazifizierungsverfahren erhofft und nicht selten auch erhalten hatten, verließen jetzt die Partei. In anderen Fällen waren Mann und Frau Mitglied gewesen, was man nun im allgemeinen nicht mehr für nötig erachtete. Da die SPD zahlreiche ältere, schon vor 1933 der Partei angehörige Mitglieder hatte, riß auch der Tod manche Lücke. Schließlich sind auch durch Umsiedlung bzw. Wohnsitzverlegung viele Austritte erfolgt <sup>4)</sup>).

Die rückläufige Entwicklung hielt bis 1954 an; die Zahl der Ortsgruppen ging auf rd. 40 zurück <sup>5)</sup>. Seit dieser Zeit ist wieder ein langsamer Anstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen, der sich unter der Tätigkeit des Parteisekretärs Beese seit 1957 noch verstärkte. Die Mitgliederzahl, die 1954 auf rd. 1 200 abgesunken war und 1957 etwa 1 500 betrug, war bis zur Jahreswende 1960/61 auf über 1 700 angewachsen. Auch die Zahl der Ortsgruppen konnte im Laufe der letzten fünf Jahre wieder auf 58 erhöht werden. Vorsitzender der Kreisorganisation, die ab 1. 1. 1961 vom Stadtkreis Gießen getrennt worden ist und dem Unterbezirk Gießen Stadt und Land angehört, ist seit 1958 der Verwaltungsjurist Dr. Maraun aus Heuchelheim <sup>6)</sup>. Dem Unterbezirk steht z. Z. O. Bepler, ebenfalls aus Heuchelheim, vor, der bis 1955 auch den Kreisvorsitz innehatte <sup>7)</sup>.

---

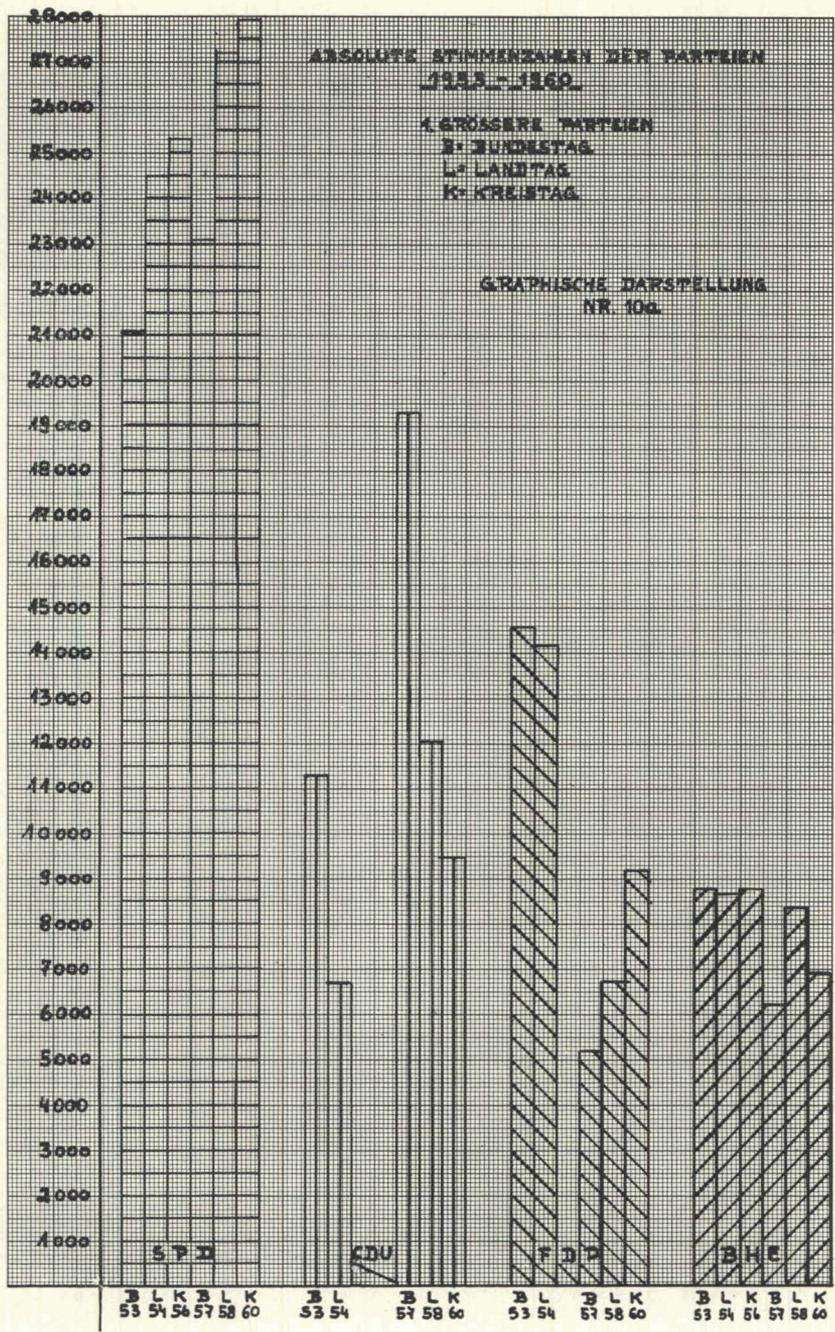
<sup>3)</sup> Gespräch Bundesbahnangestellter H. Schäfer am 7. 8. 1960.

<sup>4)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Zeug am 16. 10. 1960.

<sup>5)</sup> Gespräch Parteisekretär H. Beese am 23. 8. 1960.

<sup>6)</sup> Dr. Maraun wurde am 25. Januar 1961 vom Kreistag mit 21 von 37 Stimmen zum neuen Landrat des Landkreises Gießen gewählt. Er trat am 1. 4. 61 sein Amt an.

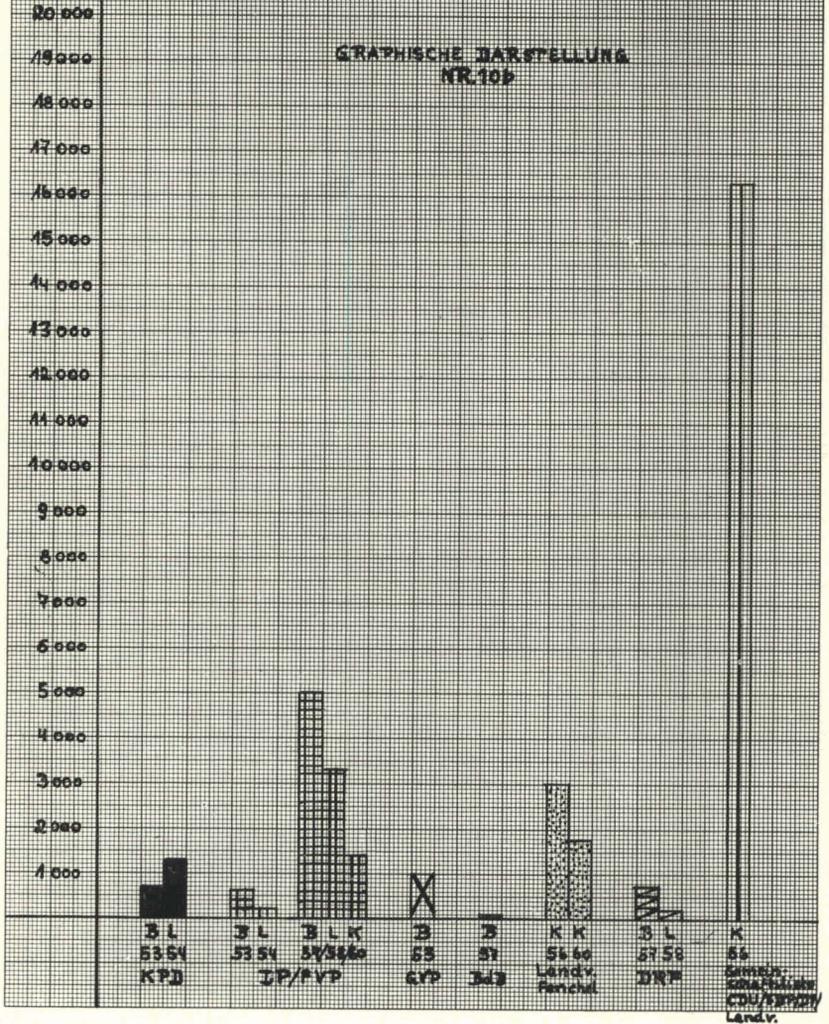
<sup>7)</sup> Nachfolger Beplers im Amt des Kreisvorsitzenden waren W. Zeug, Lollar, und A. Gerlach, Großen-Linden. Nach der Wahl von Dr. Maraun zum Landrat wurde O. Bepler wieder Vorsitzender der SPD im Kreis Gießen.



ABSOLUTE STIMMENZAHLEN DER PARTeien IM KREIS GIESSEN  
1953-1959.

2. KLEINERE PARTeien UND ANDERE GRUPPEN  
 B = BUNDESTAG  
 L = LANDTAG  
 K = KREISTAG

GRAPHISCHE DARSTELLUNG  
NR. 109



Die Berufsstruktur der SPD-Mitgliederschaft unterscheidet sich grundlegend von der in der Stadt Gießen<sup>8)</sup>. Etwa 90% aller Mitglieder befinden sich in abhängigem Arbeitsverhältnis, wobei der Anteil der Arbeiter dominiert. Nur knapp über 10% sind freiberuflich oder als Landwirte tätig<sup>9)</sup>. Die Jugendorganisation der Partei, die Jungsozialisten, ist bisher nur in der Stadt Gießen selbst vertreten. Einige Mitglieder aus dem Landkreis beteiligen sich an den Veranstaltungen der Gießener Ortsgruppe<sup>9)</sup>.

## 2. Die CDU

Die Parteiorganisation der CDU hatte es viel schwerer als die SPD, im Landkreis Fuß zu fassen. Das Fehlen eines einheimischen katholischen Bevölkerungsteils, der enge Zusammenhalt der meisten Heimatvertriebenen in BvD und BHE, die Anlehnung der Mehrheit der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung an die FDP bzw. FVP/DP ließen der CDU jahrelang nur wenig Raum.

Die Partei hatte in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg nie mehr als 100 Mitglieder im Landkreis, deren Zahl bis 1953 ähnlich wie bei der SPD stetig zurückging. Ortsgruppen waren bis dahin nur in wenigen größeren Orten vorhanden<sup>10)</sup>. In den Jahren 1953—1957 hielten sich Austritte und Neuzugänge etwa die Waage. Von der Bundestagswahl 1957 bis zum Herbst 1959 zeigte die Mitgliederbewegung eine langsame Aufwärtsbewegung, die sich im Laufe des Jahres 1960 verstärkte und erstmals auch die bäuerlichen Kreise erfaßte<sup>11)</sup>.

Die CDU hat seit 1952 für den gemeinsam organisierten Stadt- und Landkreis Gießen einen hauptamtlichen Geschäftsführer, dem es gelungen ist, einige neue Ortsgruppen und Stützpunkte im Landkreis ins Leben zu rufen. Insgesamt bestanden um die Jahreswende 1960/61 16 Ortsverbände, wobei meist mehrere Gemeinden in einem Ortsverband zusammengefaßt sind. Daneben gab es 34 Stützpunkte, d. h. Orte, in denen weniger als 7 Mitglieder wohnen.

Als einzige der befragten Parteien konnte die CDU genaue Angaben über ihre Mitgliederstruktur im Landkreis Gießen machen<sup>12)</sup>.

<sup>8)</sup> E. Wiele: a. a. O., S. 95.

<sup>9)</sup> Genauere Angaben konnte der Parteisekretär der SPD nicht machen. Gespräch Parteisekretär H. Beese am 23. 8. 1960.

<sup>10)</sup> Watzenborn-Steinberg, Grünberg und Allendorf/Lda.

<sup>11)</sup> Gespräch Geschäftsführer D. Hildebrandt am 12. 12. 1960. Siehe über den allgemeinen Mitgliederzuwachs der politischen Parteien in der Bundesrepublik den Aufsatz „Neuer Zustrom zu den Parteien“ in der Wochenschrift „Christ u. Welt“, XIII. Jg., Nr. 32 vom 4. 8. 1960, in dem für die drei größten Parteien der Bundesrepublik folgende Gesamtmitgliedernzahlen angegeben werden:

SPD: Ende 1959: 634 000                      Ende April 1960: 655 000

CDU: Ende 1959: 247 717

FDP: Ende 1959: 80 000—90 000.

<sup>12)</sup> Gespräch Geschäftsführer D. Hildebrandt am 6. 7. 1960.

Danach waren 1960 von rd. 300 Mitgliedern 60% Protestanten und 40% Katholiken, 87% Männer und 13% Frauen. Der Anteil der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge betrug 35%. Nach dem Alter waren 25% vor 1900 geboren, 39% zwischen 1901 und 1920, 24% zwischen 1921 und 1930 und 12% nach 1930.

Die Anteile der Berufe verteilten sich wie folgt: Arbeiter 19%, Angestellte 22%, Beamte 7%, Selbständige (Handwerker, Kaufleute, Unternehmer) 5%, Landwirte 8%, Freie Berufe 4%, Geistliche beider Konfessionen 4%, Rentner und Pensionäre 13%, Studenten und Schüler 5%, Hausfrauen und Sonstige 13%.

Kreisvorsitzender der CDU ist der evangelische Pfarrer und derzeitige Bundestagsabgeordnete Gontrum aus Watzenborn-Steinberg.

Die „Junge Union“ begann im Oktober 1958 im Landkreis mit ihrer politischen Arbeit. Bis Anfang 1960 war ein langsamer Anstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen, die z. Z. etwa 150 beträgt<sup>13)</sup>. Zwischen 80 und 90% der Mitglieder sind katholische Heimatvertriebene, was eine stärkere Ausweitung der Organisation auf die einheimische evangelische Jugend sehr erschwert.

### 3. Die FDP

Auch die Kreisorganisation der FDP leidet unter der geringen Neigung der bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung, sich als Mitglied zu einer politischen Partei zu bekennen. Besonders schwer waren für die Partei die Jahre bis 1949. Bis dahin hatte die FDP im Kreisgebiet nur knapp 50 Mitglieder. Erst als mit der Wahl ihres Kandidaten Dr. Schneider in den Bundestag die FDP den Rang der stärksten Partei im Landkreis erreichte, konnte sie ihre Basis verbreitern. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf rd. 180. Durch die enge Verbindung von FDP und BHE bei der Landtagswahl 1950 waren auch Heimatvertriebene darunter, die aber nach der Konstituierung des BHE im Bundesgebiet in ihrer überwiegenden Mehrheit zu dieser Partei abwanderten<sup>14)</sup>.

Größere Veränderungen in der Mitgliedschaft brachte die Abspaltung der FVP im Jahre 1956, vor allem, weil der bisherige Repräsentant der FDP im Kreis Gießen, Dr. Schneider, der neuen Partei als Bundestagsabgeordneter beitrug. Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Stadt Gießen, wo nur vereinzelte Austritte erfolgten, verlor die FDP im Landkreis rd. 40% ihrer Mitglieder<sup>15)</sup>. Seit 1957 konnte sich die Partei wieder konsolidieren und ihren Mitgliederbestand geringfügig erhöhen; er betrug vor den Kommunalwahlen 1960 150—160 Mitglieder. Ortsverbände der FDP bestanden zu dieser Zeit in Laubach, Lich, Hungen, Großen-Linden, Kesselbach, Rüdtingshausen und Gonterskirchen<sup>16)</sup>.

Kreisvorsitzender der Partei ist z. Z. der Verwaltungsangestellte H. Stein aus Gießen-Klein-Linden.

<sup>13)</sup> Gespräch stud. rer. pol. Rössler, Großen-Buseck, am 21. 8. 1960.

<sup>14)</sup> Gespräch Kreisamtmann Nemeč am 22. 8. 1960.

<sup>15)</sup> Gespräch Kaufmann H. Henkel am 2. 7. 1960. Rechtsanwalt D. Deetjen am 20. 8. 1960. Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

<sup>16)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter H. Stein am 23. 8. 1960.

Die „Jungdemokraten“ waren zu Beginn der fünfziger Jahre die aktivste politische Jugendorganisation im Landkreis Gießen mit rd. 100 Mitgliedern. Ihr damaliger Vorsitzender Henkel aus Londorf führte gleichzeitig den Landesverband Hessen<sup>17)</sup>. Von der Spaltung der FDP wurde auch die Jugendorganisation betroffen. Gegenwärtig bestehen im Kreisgebiet keine besonderen Zellen mehr. Die rd. 50 Mitglieder, die zerstreut im Landkreis wohnhaft sind, treffen sich mit der Gießener Ortsgruppe zu gelegentlichen Veranstaltungen<sup>18)</sup>.

#### 4. Der BHE

Die Gründung des BHE für den Stadt- und Landkreis Gießen erfolgte im April 1950 in Gießen. In enger Anlehnung an die Heimatverbände der Vertriebenen gelang es der neuen Partei, im Landkreis Gießen eine breitfundierte Organisation aufzubauen. Der Zustrom an Mitgliedern nahm bis 1955 ständig zu; darunter waren zahlreiche Heimatvertriebene, die bis dahin in den alten Parteien politisch tätig gewesen waren. Die relativ großen Erfolge bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen von 1952, an denen sich der BHE zum erstenmal mit eigenen Listen beteiligte, verschafften der Partei eine gute Ausgangssituation für die weitere politische Arbeit, die bis 1954 von dem heutigen hessischen Staatsminister Franke und seit dieser Zeit von dem derzeitigen Kreisvorsitzenden R. Mai aus Lollar getragen wurde<sup>19)</sup>.

Die Krise des BHE auf Bundesebene 1955 konnte der Organisation auf Kreisebene und dem Mitgliederbestand nur verhältnismäßig wenig anhaben. Nach kurzem Stillstand nahm die Zahl der Mitglieder — im Gegensatz zur Stadt Gießen — weiter zu; sie betrug zu Beginn des Jahres 1961 rd. 800. Darunter befanden sich 80 bis 85% Heimatvertriebene<sup>19)</sup>.

Gemessen an der Zahl der für den BHE bei der Kreistagswahl 1960 abgegebenen Stimmen ist er derzeit die stärkste Mitgliederpartei im Landkreis Gießen, was durch die nachfolgende Aufstellung verdeutlicht wird<sup>20)</sup>.

	SPD	CDU	BHE
Stimmen Kreistag	27 600	9 400	7 300
Mitgliederzahlen			
absolut u. in % d. Stimmen	1 700 = 6,1%	300 = 3,2%	800 = 11,0%

Nach der beruflichen Struktur waren 1960 die meisten Mitglieder Angestellte, Bauern oder Rentner. Der Altersaufbau ist deshalb sehr ungünstig, weil jüngere Menschen nach Angabe des Kreisvorsitzenden Mai nur selten bereit sind, in der Partei mitzuarbeiten. Die Mehrzahl der Mitglieder hatte 1946 die Vertreibung bewußt erlebt. Nun bemüht sich der BHE, im Landkreis eine Jugendorganisation zu gründen.

Im Herbst 1960 bestanden im Kreis Gießen 38 Ortsverbände des BHE<sup>19)</sup>. Inzwischen ist durch die Verbindung des BHE mit der DP auf Bundesebene die neue Gesamtdeutsche Partei (GDP) entstanden. Im Kreis Gießen hat die DP allerdings die Fusion mit dem BHE mit Mehrheit abgelehnt.

<sup>17)</sup> Gespräch Kaufmann H. Henkel am 2. 7. 1960.

<sup>18)</sup> Mitteilung Frl. E. M. Rilka, Hungen.

<sup>19)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter R. Mai am 13. 8. 1960.

<sup>20)</sup> Eigene Zusammenstellung und Errechnung aus den Wahlergebnissen und den Angaben der Parteien. Die Zahlen sind abgerundet.

### 5. Die DP

Eine eigene Kreisorganisation der DP entstand im Landkreis erst, als die von der FDP im Jahre 1956 abgespaltene FVP im Frühjahr 1957 zur DP übertrat. Die neue Partei hatte zunächst gewisse Erfolge in den Gemeinden zu verzeichnen, in denen führende Mitglieder der FDP zur FVP gewechselt waren. Die Zahl der Mitglieder betrug 1957 rd. 100 und ist bis zum Jahresende 1960 auf rd. 50 abgesunken <sup>21)</sup>.

Die Krise der Partei auf Bundesebene im Juli 1960 und die gegen Ende des Jahres 1960 angebahnte Fusion der DP mit dem BHE hatte sich bis zum Januar 1961 im Kreisgebiet noch nicht auf die Mitgliederbewegung ausgewirkt, da der Landesvorsitzende Dr. Schneider den Übertritt einiger Bundestagsabgeordneter und der Bundesminister der DP zur CDU nicht mitmachte und bisher auch den Fusionsbestrebungen abwartend gegenübersteht. Ob sich allerdings die Partei nach ihrem Mißerfolg bei den Kreistagswahlen 1960 noch als eigenständige Gruppe halten kann, ist mehr als zweifelhaft. Die Entwicklung, die weitgehend von den Beschlüssen der höheren Parteigremien abhängt, ist z. Z. noch im Fluß. Innerhalb der Kreisorganisation der DP verspürt man anscheinend bisher nur wenig Neigung, die Verbindung mit dem BHE einzugehen <sup>22)</sup>.

Kreisvorsitzender der DP ist z. Z. der Gießener Rechtsanwalt Deetjen, der auch den Bezirksverband Mittelhessen der DP führt. Die Partei hatte im Kreisgebiet gewisse Schwerpunkte in Lollar (Heimatort Dr. Schneiders) und im Raum Hungen. Ihre Mitglieder gehörten zumeist dem bürgerlichen Mittelstand und dem Bauernstand an.

### 6. Die KPD

Die KPD hatte im Landkreis Gießen ihren höchsten Mitgliederstand in den ersten Nachkriegsjahren bis zur Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1949 hatte sie rd. 200 Mitglieder und unterhielt 10 Ortsgruppen. Durch verschiedene Behördenerlasse und die seit der Berliner Krise 1948/49 veränderte politische Weltlage hatten viele KPD-Mitglieder ihre Partei bereits vor dem offiziellen Verbot im Sommer 1956 verlassen <sup>23)</sup>. Ein Teil ging zur SPD über, eine kleinere Zahl schloß sich dem BdD des Altreichskanzlers Wirth an. Die meisten aber blieben dem aktiven politischen Leben fern <sup>24)</sup>.

<sup>21)</sup> Gespräch Rechtsanwalt D. Deetjen am 20. 8. 1960.

<sup>22)</sup> Gespräch Bundestagsabgeordneter Dr. Schneider am 19. 8. 1960. Siehe auch: Frankfurter Rundschau vom 24. 1. 1961, S. 3. — Dr. Schneider ist Anfang Mai 1961 der Bundestagsfraktion der CDU beigetreten. Der DP-Kreisverband hat sich am 19. 5. 61 aufgelöst.

<sup>23)</sup> Gespräch Frau Maria Deeg am 10. 10. 1960.

<sup>24)</sup> Gespräch Verwaltungsangestellter W. Deeg am 12. 10. 1960. Nach dem gedruckten Programm einer Gedächtnisfeier der VVN vom 14. 9. 1947 wurden in Stadt- und Landkreis Gießen während der Hitlertdiktatur wegen Betätigung gegen den nationalsozialistischen Staat 72 Personen zu 104 Jahren, 4 Monaten Gefängnis verurteilt; 24 Personen zu 80 Jahren, 2 Monaten Zuchthaus verurteilt; 1 Person zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt; 38 Personen für 116 Jahre, 7 Monate ins Konzentrationslager verbracht; 6 Personen fanden den Tod (Judendeportationen nicht gerechnet): Heinrich Will, Kunstmaler, Liesel Will, Pfarrer Steiner, Professor Soetbeer, Hans Rosenbaum, Frau Falkenberg. In Gießen lebten am 1. 1. 1933 = 1100 Juden; 13. 3. 1939 = 333 Juden; 1. 7. 1941 = 190 Juden; 1. 11. 1945 = 14 Juden.

Zahlreiche in der Hitlerzeit verfolgte Kommunisten waren nach dem Krieg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes beigetreten, einer 1947 gegründeten Organisation, die in Hessen bis heute eine rührige politische Aktivität entfaltet. Ihre Organisation hatte 1950 einen erheblichen Rückschlag erlitten, als die im Dritten Reich verfolgten Sozialdemokraten die VVN wegen angeblich kommunistischer Unterwanderung verließen und eine eigene Verfolgungsgemeinschaft begründeten. Die VVN hat z. Z. im Raume Gießen noch rd. 80 Mitglieder <sup>24)</sup>.

7. Für die Kreistagswahlen 1948—1960 aufgestellte und gewählte Kandidaten der einzelnen Parteien nach Berufszweigen

In der folgenden Übersicht bedeutet jeweils die erste Zahl aufgestellte und die zweite Zahl gewählte Abgeordnete <sup>25)</sup>:

Jahr und Partei		Heimatvertr. Kandidaten	Bauern	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Handwerker	Selbständige +	Selbständige Berufslose	Frauen
SPD	1958 (40/16)	—	4/3	6/3	7/1	10/4	3/1	7/3	3/1	
SPD	1952 (36/15)	5	4/1	4/3	10/1	9/3	5/4	2/2	2/1	
SPD	1956 (36/18)	3	3/1	12/6	7/4	7/3	3/1	2/2	2/1	
SPD	1960 (45/20)	4	3/1	14/9	12/5	7/3	5/—	1/—	4/2	
CDU	1948 (20/8 )	—	4/3	4/2	3/1	2/—	3/—	4/2	—/—	
CDU	1952 (32/3 )	6	18/1	4/1	1/—	2/1	3/—	2/—	2/—	
CDU	1956 (Keine eigene Liste)									
CDU	1960 (34/6 )	12	9/1	8/3	10/1	2/—	—/—	5/1	4/1	
FDP	1948 (29/10)	—	13/4	3/2	2/—	1/—	3/—	7/4	—/—	
FDP	1952 (46/12)	—	27/6	4/2	4/1	—/—	3/—	4/2	4/1	
FDP	1956 (Keine eigene Liste)									
FDP	1960 (35/6 )	3	14/2	4/2	6/—	1/—	—/—	10/2	1/—	
BHE	1948 (Keine eigene Liste)									
BHE	1952 (27/8 )	20	3/—	1/1	8/2	4/2	4/—	7/2	1/1	
BHE	1956 (44/6 )	40	5/1	3/—	7/3	11/1	9/—	8/1	2/—	
BHE	1960 (18/5 )	16	2/—	—/—	5/2	3/—	2/—	6/3	—/—	
KPD	1948 (16/—)	—	2/—	1/—	2/—	6/—	2/—	2/—	1/—	
KPD	1952 (10/—)	—	—/—	—/—	2/—	6/—	2/—	—/—	—/—	
ÜL	1956 ( 5/2 )	—	5/2	—/—	—/—	—/—	—/—	—/—	—/—	
ÜL	1960 ( 8/—)	—	8/—	—/—	—/—	—/—	—/—	—/—	—/—	
DP	1960 (12/—)	—	6/—	—/—	—/—	1/—	—/—	4/—	1/—	
CDU/FDP/DP/Land- volk	1956 (40/12)	4	17/15	5/3	5/1	1/—	1/—	11/3	—/—	

<sup>25)</sup> Aus den Veröffentlichungen der Presse und den Wahllakten des Landratsamtes Gießen zusammengestellt.

Die Bauern und Landwirte sind natürlich dort in der Mehrzahl, wo ihre Interessen am deutlichsten vertreten werden. Abgesehen von der „Fenchelgruppe“, in der nur Bauern sind, ist das vor allem die FDP und die DP. Es kann nicht überraschen, daß gerade bei diesen Parteien die Heimatvertriebenen am wenigsten zum Zuge kommen. Auch die CDU vermochte verhältnismäßig viele Bauern aufzustellen.

Es ist auffällig, daß bei der SPD der Anteil der Beamten am höchsten ist. Das hängt damit zusammen, daß die Bürgermeister, von denen die SPD eine verhältnismäßig große Zahl in ihren Reihen hat, zu dieser Berufsgruppe gerechnet wurden. Auch die Angestellten sind bei der SPD am stärksten vertreten, doch hat auch der BHE zahlreiche Angestellte nominiert. SPD und BHE stellen auch die meisten Arbeiter und Handwerker, doch fällt ins Auge, daß diese Berufsgruppen gegenüber der früheren Struktur bei der SPD nur relativ schwach vertreten sind. Der Anteil dieser Berufszweige entspricht weder bei den aufgestellten noch bei den gewählten Kandidaten dem tatsächlichen Anteil der Arbeiter und Handwerker an der Wählerschaft der SPD. Dies hängt einmal allgemein an der veränderten Einstellung zu unseren Lebensverhältnissen, in denen nur wenige Menschen noch Arbeiter genannt werden wollen, zum andern aber in erster Linie wohl daran, daß heute für die Stellung und Tätigkeit eines Kreistagsabgeordneten außer der persönlichen Integrität auch ein gewisser Bildungsgrad und die Kenntnis kommunalpolitischer Probleme notwendig sind, wenn eine fruchtbare Mitarbeit gewährleistet sein soll<sup>26)</sup>.

Der Anteil der Arbeiter und Handwerker ist bei CDU und FDP sehr gering, was vor allem 1956 deutlich wird, als alle bürgerlichen Kräfte in einer Gemeinschaftsliste vereinigt waren. Die Selbständigen sind bei SPD und CDU relativ schwach, bei der FDP stark vertreten. Die hohe Zahl Selbständiger beim BHE ist dadurch zu erklären, daß einmal die Rentner unter diese Gruppe zu zählen waren, andererseits viele Heimatvertriebene mit Hilfe der Ausgleichsdarlehen eine selbständige Existenz aufgebaut hatten. Den Hauptanteil der Vertriebenen stellt verständlicherweise der BHE, doch gelang es auch stets der CDU, einige Neubürger als Kandidaten zu nominieren. In der Mitte hält sich die SPD, während es der FDP/Landvolk, der DP und dem ÜL kaum einmal gelingt, einen Vertreter der Heimatvertriebenen als Kandidaten zu gewinnen, weil sie als reine Interessensparteien der Einheimischen betrachtet werden.

Allgemein gesehen ist es für die bürgerlichen Parteien schwierig, geeignete Kandidaten zu finden<sup>27)</sup>, da ihre Parteiorganisationen auf Kreisebene noch nicht so ausgebaut sind, wie das bei SPD und BHE der Fall ist. Außerdem begegnet man im bürgerlichen und vor allem im bäuerlichen Lager noch immer großer Zurückhaltung und Abneigung, sich irgendwie politisch zu binden oder zu exponieren.

<sup>26)</sup> Von den Gesprächspartnern der SPD und auch der anderen Parteien übereinstimmend bestätigt.

<sup>27)</sup> Besonders schwer fällt es den Parteien, Frauen zu einer Kandidatur für den Kreistag zu gewinnen. Dies liegt, entsprechend den Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden, an der allgemeinen Abneigung innerhalb der Bevölkerung, Frauen an dem politischen Geschehen teilnehmen zu lassen. Diese Einstellung ist sowohl bei der Mehrzahl der Männer, als auch bei den Frauen vorherrschend.

## Verzeichnis der Quellen und Darstellungen

### A. Quellen:

1. Vierteljahrshefte z. Statistik d. Deutschen Reiches 1893/IV — 1898/III — 1899/I — 1903/III u. IV — 1904/I — 1907/I, III u. IV — 1919 1. Ergänzungsheft.
2. Statistik d. Deutschen Reiches Bd. 250/51 — 291 — 314/15 — 372 — 382 — 401 — 405 — 408 — 434 — 449 — 451 — 456/57.
3. Mitteilungen d. Hessischen Landesstatistischen Amtes im Volksstaat Hessen Bd. 60 bis 66, 71.
4. Mitteilungen der hessischen Zentralstelle f. d. Landesstatistik im Volksstaat Hessen.
5. Statistisches Handbuch f. d. Volksstaat Hessen, Darmstadt 1929.
6. Gemeindeverzeichnisse des Volksstaates Hessen nach den Volkszählungen vom 1. 12. 1910 u. 16. 6. 1925, herausgegeben v. Hess. Landesstatistisches Amt Darmstadt.
7. Statistisches Jahrbuch f. d. Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1959.
8. Statistik d. Bundesrepublik Deutschland Bd. 10 — 100 — 199.
9. Statistisches Handbuch f. d. Land Hessen 1953 und 1958.
10. Hessische Gemeindestatistik, Wiesbaden 1958.
11. Die hessischen Landkreise u. kreisfreien Städte, Wiesbaden 1958.
12. Hessische Bevölkerungs- und Wirtschaftskunde, Wiesbaden 1955.
13. Amtliches Verzeichnis der Gemeinden in Hessen Mai 1946 — Mai 1948 — Juli 1951 — November 1957, herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden.
14. Statistische Berichte d. Hessischen Statistischen Landesamtes „Bevölkerungsvorgänge in Hessen“ (Fortschreibung) 1951—1959.
15. „Staat und Wirtschaft in Hessen“, Zeitschrift 1.—15. Jg. 1946 bis 1960, herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden.
16. Hessische Kreiszahlen, Beilage z. Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“, 3. Heft/1959.
17. Beiträge zur Statistik Hessens Nr. 3 — 12 — 18 — 29 — 39 — 48 (Heft 1—4) — 52 — 64 — 72 — 86 — 91 — 107. Herausgeber Hessisches Statistisches Landesamt Wiesbaden.
18. Beiträge zur Statistik Hessens, Sonderreihe Berufszählung, Sonderreihe Volkszählung.
19. Akten des Wahlamtes beim Landratsamt Gießen.
20. Erhebungen und Berichte des Statistischen Amtes beim Landratsamt Gießen.
21. Heimatvertriebenen- und Evakuiertenstatistik des Landratsamts Gießen.
22. Akten des Stadtarchivs Gießen.
23. Schematismus der Diözese Mainz, Mainz 1960.
24. Hessische Gemeindeordnung, Hessische Landkreisordnung, Hessisches Gemeinde- und Kreiswahlgesetz, veröffentlicht in Gesetz- und Verordnungsblatt f. d. Land Hessen Nr. 4 vom 4. März 1952.
25. Durchführungsverordnung zum Hessischen Gemeinde- und Kreiswahlgesetz, veröffentlicht in Gesetz- u. Verordnungsblatt f. d. Land Hessen Nr. 5 v. 12. März 1952.
26. Gießener Anzeiger 1890 bis 1912, 1918 bis 1933 und 1950 bis 1960.
27. Giessener Freie Presse 1946 bis 1960.
28. Amtliche Bekanntmachungen f. d. Landkreis Gießen 1945 bis 1960.
29. Hessen im Wandel der letzten 100 Jahre 1860—1960, Wiesbaden 1960.

## B. Darstellungen:

1. W. Abendroth: „Aufgaben und Methoden einer deutschen historischen Wahlsoziologie“ in Zeitschrift Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, 5. Jg., 1957, S. 300—306.
2. H. Arendt: Ursprünge und Elemente totalitärer Herrschaft, Frankfurt 1955.
3. L. Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1952
4. L. Bergsträsser: Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland, Laupheim 1954.
5. K. D. Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, Düsseldorf 1955.
6. G. Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956.
7. K. Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953.
8. W. Conze: „Wahlsoziologie und Parteigeschichte“ in Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor Bergsträsser, Düsseldorf 1954.
9. O. Dascher: Politischer Antisemitismus im Marburger Raum. Staatsexamensarbeit im Institut f. wissenschaftliche Politik, Marburg 1960.
10. W. Dittmann: Das politische Deutschland vor Hitler, Zürich 1945.
11. A. Dix: Die Reichstagswahlen 1871 bis 1930, Tübingen 1930.
12. G. Franz: Politische Wahlen in Niedersachsen, Bremen 1951.
13. O. H. v. d. Gablentz: Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, Berlin 1952.
14. H. Graf: Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund. Schriftenreihe d. Instituts f. wissenschaftliche Politik, Marburg Nr. 5, Frankfurt 1958.
15. Br. Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, „Die Zeit der Weltkriege“, Stuttgart 1959.
16. M. Hagmann: Der Weg ins Verhängnis, Reichstagswahlergebnisse 1919—1933, München 1946.
17. W. Haseloff: Die politischen Parteien und Wahlen in Waldeck 1867—1953, Dissertation, Marburg 1955.
18. v. d. Heydte-Sacherl: Soziologie der deutschen Parteien, München 1955.
19. Hirsch-Weber/Schütz: Wähler und Gewählte, Bd. 7 d. Schriftenreihe d. Berliner Instituts f. Politische Wissenschaften, Berlin 1957.
20. K. Hornung: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
21. E. Huber: Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd. 2, Tübingen 1951.
22. H. Kluth: Die KPD in der Bundesrepublik, Köln 1949.
23. R. Kress: Die Wahlen im Kreis Marburg, Staatsexamensarbeit im Institut f. wissenschaftliche Politik, Marburg 1959.
24. M. G. Lange: Parteien in der Bundesrepublik, Bd. 6 der Schriftenreihe des Berliner Instituts f. Politische Wissenschaften, Stuttgart-Düsseldorf 1955.
25. W. Liebe: Die DNVP 1918 bis 1924, Düsseldorf 1956.
26. P. W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1959.
27. E. Matthias und R. Morsey: Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960.
28. R. Mayntz: „Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde“ in Zeitschrift f. Politik, 1955, S. 59 ff.
29. R. Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Berlin 1925.
30. W. Mommsen: Deutsche Parteiprogramme, München 1952.
31. Münke — Gurland: Wahlkampf und Machtverschiebung, Bd. 1 der Schriftenreihe d. Berliner Instituts f. Politische Wissenschaften, Berlin 1952.

32. S. Neumann: Die deutschen Parteien, Berlin 1932.
33. E. Neusüss-Hunkel: Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945. Forschungsarbeit im Institut f. wissenschaftliche Politik Marburg, Marburg 1957.
34. E. Noelle: Auskunft über die Parteien. Untersuchungen d. Instituts f. Demoskopie, Allensbach 1955.
35. E. Richter: Politisches ABC-Buch, 7. Jg., Berlin 1892.
36. A. Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1955.
37. F. Schmahl und W. Seipel: Entwicklung der völkischen Bewegung, Gießen 1933.
38. L. Schwering: Die Entstehung der CDU, Köln 1946.
39. K. H. Seifert: Das Bundeswahlgesetz, Kommentar, Berlin-Frankfurt 1955.
40. F. Stampfer: Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg 1953.
41. K. Wawrzinek: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873—1890, Bd. 168 d. Histor. Studien, Berlin 1927.
42. H. G. Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.
43. H. G. Wieck: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958.
44. E. Wiele: Entwicklung der politischen Parteien und Wahlen in der Stadt Gießen 1945—1958. Staatsexamensarbeit im Institut f. wissenschaftliche Politik Marburg, Marburg 1959.
45. R. Wildenmann: Partei und Fraktion. Ein Beitrag zur Analyse d. politischen Willensbildung u. d. Parteiensysteme i. d. Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1954.
46. O. Willms: Aufgabe und Verantwortung der politischen Parteien, Karlsruhe 1958.
47. Zinn — Stein: Die Verfassung des Landes Hessen, Kommentar, Berlin 1954.

---

### C. Spezial-Literatur für den Landkreis Gießen

1. K. Demandt: Geschichte des Landes Hessen, Wiesbaden 1959.
2. G. Heß: Die Bevölkerung der Provinz Oberhessen und deren berufliche Gliederung, dargestellt in ihrer Entwicklung während der letzten 150 Jahre. Dissertation Gießen 1932.
3. Fr. Heymann: Langsdorfer Heimatbuch 1937.
4. E. Keyser: Hessisches Städtebuch, Stuttgart 1957.
5. K. Löw: Die Stadt Gießen und ihre Umgebung in siedlungsgeographischer Entwicklung, Dissertation Gießen 1937.
6. W. Müller: Die althessischen Ämter im Kreise Gießen. Geschichte ihrer territorialen Entwicklung, Dissertation Marburg 1940.
7. G. Nordmann: Der Kreis Gießen. Eine Strukturuntersuchung. Maschinenschrift im Landratsamt Gießen, Gießen 1950.
8. H. B. v. Schwerin: Wirtschafts- und Behördenhandbuch f. d. Landkreis Gießen, Gießen 1950.
9. H. B. v. Schwerin: Handbuch für den Landkreis Gießen, Gießen 1953.
10. Kreis Gießen: Zehnjahresbericht des Landkreises Gießen, Gießen 1957.
11. Kreis Gießen: Verwaltungsbericht des Landkreises Gießen 1. 4. 1957 — 31. 3. 1960.
12. Hessische Heimatkreise: Gießen Stadt und Land, Frankfurt 1953, zusammengestellt von Dr. Viktor Aschenbrenner.

#### D. Mündlich befragte Personen

1. H. Beese, Gießen. Partelsekretär der SPD seit 1957. 23. 8. 1960
2. O. Conrad, Kaufmann, Gießen. Geschäftsführender Vorsitzender der NDP und Kreistagsabgeordneter 1948—1952 6. 8. 1960 20. 8. 1960
3. Frau M. Deeg, Gießen-Wieseck. Stadtverordnete der KPD bis 1956, Leiterin der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte in Stadt- und Landkreis Gießen 1945—1951 10. 10. 1960
4. W. Deeg, Verwaltungsangestellter, Gießen-Wieseck. Mitglied der KPD vor 1933 und 1945—1954, Verfolgter des Nazi-Regimes 12. 10. 1960
5. D. Deetjen, Rechtsanwalt, Gießen. Vorsitzender der DP in der Stadt Gießen und im Bezirk Mittelhessen, Stadtverordneter in Gießen 20. 8. 1960
6. H. Fenchel, Landwirt. Vor 1933 Mitglied des Hessischen Bauernverbandes, Mitgründer des Christlichen Landvolks 1946 und des Überparteilichen Landvolks (Gruppe Fenchel) 1956 15. 10. 1960
7. W. Gontrum, Pfarrer, Watzenborn-Steinberg. Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Gießen, Bundestagsabgeordneter seit 1953 22. 8. 1960
8. H. Henkel, Kaufmann, Londorf. Kreistagsabgeordneter der FDP 1952—1956, bis 1952 Landesvorsitzender der Jungdemokraten in Hessen 2. 7. 1960
9. D. Hildebrandt, Gießen. Geschäftsführer der CDU für den Stadt- und Landkreis Gießen, Stadtrat in Gießen seit 1957 12. 12. 1960
10. H. Krausch, Rektor i. R., Gießen. Vor 1933 führendes Mitglied des Jungdeutschen Ordens im Gießener Bezirk 9. 12. 1960
11. H. Kümmer, Betriebsleiter, Wißmar. Langjähriges Mitglied der SPD, Kenner des Pressewesens im Gießener Raum seit 1910 24. 10. 1960
12. J. Lewy, Bahnarbeiter, Allendorf/Lda. Seit 1946 Mitglied der CDU, Kreistagsabgeordneter 1948—1956, Heimatvertriebener 7. 8. 1960
13. Dr. H. F. Heymann, Pfarrer, Gießen. Heimatforscher und Volkskundler † 15. 6. 1961 17. 12. 1960
14. Dr. B. Martin, Medizinalrat, Gießen. Mitgründer der CDU in der Stadt Gießen, Bundestagsabgeordneter seit 1953 13. 8. 1960
15. R. Mai, Verwaltungsangestellter, Lollar. Mitgründer, Geschäftsführer und Vorsitzender des BHE im Landkreis Gießen 13. 8. 1960

- 15a. J. Nemeč, Kreisamtmann, Gießen. Heimatvertriebener, langjähriges Mitglied der FDP 22. 8. 1960
16. K. G. Philipp, Landwirt, Watzenborn-Steinberg. Abgeordneter der CDU in der verfassunggebenden Landesversammlung Hessen 1946 21. 8. 1960
17. K. Rößler, Student, Großen-Buseck. Mitgründer und Leiter der Kreisgruppe Gießen der Jungen Union 21. 8. 1960
- 17a. H. Stein, Oberstudiendirektor, Garbenteich. Seit 1952 Mitglied des Kreistages, Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag 18. 12. 1960
18. H. Stein, Geschäftsführer, Laubach. Bis 31. 12. 1960 Leiter des Statistischen Amtes beim Landratsamt Gießen, Mitglied der FDP 10. 10. 1960 24. 11. 1960
19. H. Stein, Verwaltungsangestellter, Gießen. Geschäftsführender Vorsitzender der FDP für Stadt- und Landkreis Gießen, Stadtverordneter 23. 8. 1960
20. H. Schäfer, Lok.-Führer, Londorf. Seit 1919 Mitglied der SPD, langjähriger Gewerkschaftssekretär, vom 1. 11. 1945—19. 3. 1948 Parteisekretär der SPD für Stadt und Kreis Gießen 7. 8. 1960
21. H. Schmidt, Landwirt, Laubach. Gründungsmitglied des Christlichen Landvolks 1945, von 1946—1952 Kreistagsabgeordneter und Kreisausschußmitglied 16. 7. 1960
22. Dr. L. Schneider, Rechtsanwalt und Notar, Lollar. Seit 1949 Bundestagsabgeordneter (bis 1956 FDP, dann FVP/DP), 1948—1960 Kreistagsabgeordneter, Landesvorsitzender der DP in Hessen seit 1957 19. 8. 1960
23. Dr. Wagenbach, Landrat, Hofheim/Taunus. Erster Landrat des Landkreises Gießen nach dem Zusammenbruch, Mitglied der CDU seit 1945 17. 8. 1960
24. Th. Weber, Regierungsrat i. R., Gießen. Kommissarischer Landrat des Landkreises Gießen im Jahre 1945 17. 7. 1960
25. Adolf Weller, Verleger, Gießen-Wieseck, † 22. November 1960. Schon vor dem 1. Weltkrieg Mitglied der SPD, nach dem 2. Weltkrieg an der Wiedergründung der SPD beteiligt, langjähriges Mitglied der Gewerkschaft, bis zu seinem Tod im November 1960 Stadtverordneter in Gießen  
11. 7. 1960 24. 8. 1960 18. 10. 1960
26. Prof. Dr. Werner, Gießen, † 5. März 1961. Mitglied des Deutschen Reichstags von 1911—1918 und 1924—1928, Angehöriger der deutschvölkischen Bewegung, der DNVP von 1919—1930, der NSDAP ab 1930, März 1933 — September 1933 Staatspräsident von Hessen 20. 8. 1960 27. 8. 1960
27. W. Zeug, Verwaltungsangestellter, Lollar. Seit 1946 Mitglied der SPD, langjähriger Leiter der Betreuungsstelle für Verfolgte des Naziregimes, 1955—1957 Vorsitzender des Kreisverbandes Gießen der SPD, Mitglied des Kreistages seit 1954 16. 10. 1960 27. 11. 1960
28. J. F. Zimmer, Rechtsanwalt und Notar, Gießen. Vor 1933 Mitglied der DNVP, nach 1945 Mitglied der FDP, Stadtverordneter in Gießen 14. 11. 1960

## I. Allgemeines

Alle nicht gezeichneten Beiträge vom Herausgeber

*Blätter für deutsche Landesgeschichte*, hsg. v. G. W. Sante u. O. Renkhoff, 95. u. 96. Jahrg., Wiesbaden. 1959, 1960.

Die für die Heimatforschung unentbehrlichen Bände bringen wieder die landesgeschichtliche Zeitschriftenschau aus ganz Deutschland, Österreich, der Schweiz und das Wichtigste aus allgemeinen Zeitschriften. Die Einzelbesprechungen aus der Feder von besonderen Sachkennern behandeln die Arbeiten über Wappen und Siegel, Genealogie, Universitäten, Kunst, Volkstum und Namenkunde; ferner über die Länder Baden, Westfalen und Schlesien. Von den Abhandlungen bietet H. Weigels Ostfranken im frühen Mittelalter lehrreiche Parallelen für uns. (Dazu vgl. man noch K. Bosl, Franken um 800, mit Karten, 144 S., 10 DM.) Bd. 60 bringt die Sammelbesprechung der Bücher über Volks- und über Namenkunde, sowie über das Rheinland. Von den Abhandlungen sei notiert: E. G. Franz, Burkb. Graf zu Ziegenhain, Propst zu Fritzlar, Wetzlar, Weilburg, Erzbischof v. Salzburg († 1247).

Ein Verzeichnis aller Aufsätze, auch in den Veröffentlichungen der örtlichen Vereine, die besonders in der nassauischen Nachbarschaft zahlreich sind, bieten die *Nassauer Annalen*.

*Handbuch der historischen Stätten Deutschlands*, Vierter Band, *Hessen*. Herausgegeben von Dr. Georg Wilhelm Sante. Stuttgart 1960. 15 Stadtpläne, 7 Karten, 5 Stammtafeln. LVII und 496 S., 15 DM.

Im heutigen Lande Hessen kann die landesgeschichtliche Forschung auf eine lange Tradition zurückblicken, die sich über die Romantik hinaus bis ins 18. Jh. zurückverfolgen läßt. Nach der Sammlung und Sichtung der Fakten in der Zeit des Historismus trugen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts an hessischen Universitäten wirkende Lehrer und Forscher Entscheidendes bei zu den neuen Fragestellungen und Methoden der Landesgeschichte, zu ihrem Rang als Wissenschaft.

1959 gab Karl E. Demandt eine erste grundlegende Zusammenfassung der Einzelergebnisse der auf Hessen bezogenen landesgeschichtlichen Arbeit und der aus ihr gewonnenen Leitlinien.

In dem vorliegenden Bande, der ein Jahr nach Demandts Werk erschien, bauen Georg Wilhelm Sante und seine Mitarbeiter das Bild der Geschichte des heutigen Landes Hessen und seiner Teilbezirke von der Ortstopographie her auf. Wirkung und Rückwirkung verflechten sich dabei aufs engste. Jede der größeren und kleineren Energiezellen trägt das Ihre zu dem Gesamtbild der Landesgeschichte bei; in Mikroprojektion aber wird

auch in jeder von ihnen etwas sichtbar von den großen historischen Energieströmen, die Hessen durchfluten, von den „Potenzen“, wie sie Sante nennt, von ihren Wirkungen über die Grenzen der historischen Landschaft hinaus wie von dem Einströmen großer historischer Bewegungen nach Hessen hinein. Die Ortsgeschichte wird damit endgültig befreit von der Beschränkung auf die Kirchturmschau, das lokalhistorische Werden fügt sich ein in das Werden der großen Geschichte. Anders läßt sie sich als Wissenschaft heute auch nicht mehr rechtfertigen. Sante wird bei dem von ihm herausgegebenen und mitverfaßten Buche von einer großen Zahl sachkundiger, qualifizierter Mitarbeiter unterstützt. Jeder der alphabetisch angeordneten Ortsbeiträge ist mit dem Namenszeichen des Bearbeiters und einem Hinweis auf die Gebietskarten im Anhang versehen, ebenso mit der Angabe der grundlegenden Literatur.

Der Band wird eingeleitet durch ein Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen. Es folgt dann — vor dem Ortskatalog — ein Überblick über die „geographischen Grundlagen und historischen Wandlungen des hessischen Raums“ aus der Feder des Herausgebers. Die am Schluß dem Bande beigegebenen Stammtafeln der hessischen Landgrafen und der Hauptlinien der Grafen von Nassau werden ebenso begrüßt werden wie das ausführliche, grundlegende Literaturverzeichnis zur hessischen Landesgeschichte und die „Erläuterungen rechts- und wirtschaftsgeschichtlicher Ausdrücke“, die dem Werke beigelegt sind. Trotz der Beschränkung auf das Wesentliche, trotz der straffen Konzeption im ganzen wie im einzelnen, wird eine Fülle von Material ausgebreitet. Im Sinne unserer heutigen Auffassung wird die Geschichte als Ganzes gesehen, zu dem ebenso das politisch Bedeutsame gehört wie das wirtschaftlich, sozial, rechtlich, religiös, kulturell, künstlerisch und geistesgeschichtlich Wichtige. Diese weitumfassende Zielsetzung läßt die hessische Landesgeschichte in der ganzen Farbigkeit des Zeit- und Ortskolorits aufleuchten, im Einmaligen wie im Typischen. Es macht Freude, in dem Bande zu blättern, man liest sich fest, entdeckt Vertrautes und Unbekanntes, man erfährt Neues oder findet eigene Beobachtung und eigenes Wissen bestätigt, alles aber auf zuverlässige und überzeugende Weise. Die Möglichkeit, die sich vom Lokalen her bietet, aus Denkmal und Quelle, scheinbar statisch Gewordenes, Vergangenes wieder mit Leben zu füllen, dynamisch zu machen, ist in vorbildlicher Weise — im ganzen gesehen — gelungen.

Die Zielsetzung des Werkes, der heimatgeschichtliche Aspekt, berechtigt uns, dem engeren Heimatbezirk genauere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von da aus gesehen, ist vor allem erwähnenswert der Beitrag unseres Vorsitzenden Karl Glöckner über die Stadt Gießen. Lage und Gründung der Wasserburg Gießen auf hochwasserfreiem Gelände oberhalb der Lahn-niederung markieren die Kreuzungsstelle alter Höhenstraßen zum Main, zur Weser, zum Mittelrhein und Niederrhein. (Dabei wäre eine Kleinigkeit zu verbessern: Die Straße vom Gießener Becken zum Niederrhein und zur Ruhr lief nicht über Siegen sondern über die Sieg.) Durch frühe Eingemeindungen und landesherrliche Gunst vergrößerte sich die Stadt. An den (leider nur in geringem Maße) erhaltenen alten Bauwerken verfolgt

Glöckner die Geschichte Gießens weiter, über die Festungsstadt Philipps des Großmütigen, die „geistliche Burg“, die lutherische Kampfuniversität, bis zur modernen Universitätsstadt, der Stadt der Naturwissenschaft und der Medizin.

Dem Abschnitt über Gießen ist vorausgestellt eine Notiz von Werner Jorns über die Vor- und Frühgeschichte des späteren Stadt- und Gemarkungsbezirks. Dabei wird auch das spätkarolingische Kastell auf dem Schiffenberg erwähnt. Vielleicht hätte allerdings der Schiffenberg, dessen Bedeutung nicht nur in seiner Beziehung zu Gießen und zum Gleiberg besteht, eine etwas ausführlichere Erwähnung verdient, z. B. als östlichster kirchlicher Stützpunkt der mittelalterlichen Erzdiözese Trier oder als Niederlassung des deutschen Ordens, ganz abgesehen von seiner kunstgeschichtlichen Bedeutung. Es ließe sich als Wunsch für eine Neuauflage.

Überblickt man an Hand der Übersichtskarten (S. 494/495) die behandelten Orte der Bezirke III u. IV, so fällt auf, daß im Gebiet der ehemals hessen-darmstädtischen Provinz Oberhessen im Vergleich zu anderen Bezirken verhältnismäßig wenig Orte aufgeführt sind. Es teilt das mit dem der Rhön. Aber die Lage ist doch in Oberhessen etwas anders. Der siedlungsarme und siedlungsfreie Raum des Vogelsbergs ist weniger ausgedehnt als der entsprechende der Rhön. Prüft man genauer nach, so stellt man fest, daß zwar der eine oder andere Ort summarisch in den zusammenfassend orientierenden Artikeln (wie z. B. Limes, alte Straßen, Busecker Tal) erwähnt ist, daß aber doch anderes, nicht Unwichtiges, fehlt. Um bei der Umgebung von Gießen zu bleiben, so vermißt man beispielsweise einen so wichtigen Ort wie Großen-Linden oder Leihgestern mit seinem fränkischen Kastell, ebenso die prähistorischen Nekropolen und Fundstätten von Eberstadt und Muschenheim (mit dem „Heiligen Stein“, einem der südlichsten Großsteingräber Deutschlands) oder die karolingische Schanze des Gronauer „Alten Schlosses“ (im Krofdorfer Wald). Wünschenswert wäre auch die Notierung von Londorf als Vorort einer wichtigen Mark und Zehnt, ebenso wegen seiner verfassungsgeschichtlichen Bedeutung durch die Stellung des Londorfer Gerichts zwischen dem Landesherren und der Patrimonialgerichtsbarkeit der Freiherrn v. Nordeck zur Rabenau.

Diese kleinen Wünsche, die übrigbleiben — auch für andere Gegenden Hessens mögen sie vielleicht geäußert werden — schmälern nicht den Wert der Gesamtkonzeption und des Erreichten. Durch dieses neue historische Ortslexikon, das auch die letzten gesicherten Forschungsergebnisse für seine Zwecke berücksichtigt, ist eine oft sehr empfundene Lücke geschlossen. Um seiner Vorzüge willen, wegen der Fülle orientierenden Wissens, die es vermittelt, wegen der Übersichtlichkeit der Anordnung des Stoffes, nicht zuletzt wegen der Anschaulichkeit und Faßbarkeit der Darstellung, sei es allen unseren Mitgliedern sehr empfohlen. Es ist ebenso ein Buch für den großen Kreis der Freunde der hessischen Heimat wie für den wissenschaftlichen Benutzer.

Hermann Otto Vaubel

W. Schleiermacher, *Der römische Limes in Deutschland*. Berlin, Mann 1959, 243 S., 12 DM.

Die reiche Literatur über den Limes ist nur noch für Spezialisten überschaubar. Das vorliegende zusammenfassende handliche Buch ist also allen, auch den Historikern, sehr willkommen. Nach einem einleitenden Blick über Forschungsgeschichte, römische Verwaltung und militärische Bauten hebt der erste Hauptteil für den Autofahrer die wichtigen mit dem Wagen erreichbaren Punkte und Strecken heraus (S. 42—68), der zweite führt den Fußwanderer von einem Kastell und Turm zum anderen (S. 68—205); auch die Odenwald- und Neckarlinie und rückwärtige Kastelle sind behandelt. Gut ausgewählte Bilder schärfen den Blick im Gelände. Der Verfasser kennt auch unseren Limesabschnitt sehr genau — nicht einmal der Lindenbaum im Kastell Arnsburg ist vergessen. — Für die sicher zu erwartende neue Auflage drei Wünsche: 1. Die Seiten für den Autofahrer interessieren auch den Wanderer, und umgekehrt. Die Verweise von einem zum anderen Kapitel sollten dichter werden. 2. S. 109 wünscht man die Lagen östlich und westlich der Horloff deutlicher unterschieden. 3. Wir möchten nicht ausschließlich am Limes festgehalten sein. Warum bei Butzbach an den *cannabae*, bei Miltenberg (wo der Toutonenstein schon erwähnt ist) vorbeigehen an allem anderen Römischen, das mindestens so interessant ist als die Grenze selbst? — Das Buch ist bei Wanderungen, insbesondere für Schulen, ganz unentbehrlich, nützlich auch für den Schreibtisch. Es erweckt den Wunsch nach mehr: Wer bringt den für uns wichtigsten Band des Limeswerkes, die Streckenbeschreibung der Straßen und Kulturanlagen der Wetterau, in brauchbarer Form neu heraus?

K. Demandt, *Geschichte des Landes Hessen*. Kassel, Bärenreiter. 1959. 529 Seiten.

Es ist reizvoll, wie dies Buch die Brücke schlägt von dem buntscheckigen historischen Vielerlei unsres Landes zu der Einheit, die doch schon da war, ehe die Besatzungsmächte 1945 sie aus der Taufe hoben. Allerdings ist Hessen ein Durchgangsland, wo ähnlich wie im Kanal die Fluten bald von einen, bald von andern herein- und hindurchdrängen und die politischen Kräfte eher fremden als einheimischen Ursprungs sind: So die Chatten selber, in vorgeschichtlicher Zeit von Norden her zugewandert; so auch die Vorarbeiter am Aus- und Aufbau Hessens, die alten Klostergründer, die Grafenhäuser der karolingischen Rupertiner, die Konradiner, Glei Berger, Nassauer, die Werner, die man jüngst als Südaemannen angesprochen hat, die Niddaer, Nüringe, die Thüringer Landgrafen, ja das Haus Hessen-Brabant selbst, ausgenommen vielleicht unsere Nachbarn, die Solmser, als deren Ahnenerbe ich die Mark Bensburg am Dünsberg erwiesen habe (Mitteil. 1953). Hängt damit nicht zusammen, daß Hessen keine Stadt als Mitte hat und seine Hauptorte, Kassel und Darmstadt/Wiesbaden, am Rande liegen? Das grundlegende Gemeinsame zeigen die ersten großen Abschnitte des Buches: Eben das Durchgangsland mit seinen Straßen, die chattisch-römische Frühzeit, die Christianisierung, die Eingliederung ins

fränkische Reich mit der Einrichtung der Grafschaften, mit deren Auflösung etwa seit d. J. 1000 die Bildung der vielen Länder und Ländchen beginnt. Hier, am richtigen Platze, schaltet der Verfasser die Geschichte der Territorien ein. Den Landgrafen, die zumeist durch Krieg und Fehde, dann durch Heirat, Leihe, Kauf, Verhandlungen, juristische Deduktionen, aber auch durch moralische Eroberungen als oberste Rechtshüter im Landgericht, als Nachkommen St. Elisabeths, als Förderer der Reformation eine erfolgreiche Expansion betreiben, folgen die anderen Herren, Länder und Ländchen — vielleicht der wertvollste, auf umfassender, kritischer Kenntnis beruhende Teil des Buches. Der letzte große Hauptabschnitt vom Beginn des 19. Jahrhunderts leitet dann den Prozeß der Konzentration in die moderne Einheit über. — Kein Mensch, am wenigsten der Verfasser, wird Zustimmung zu jedem Einzelurteil erwarten; aber jeder wird ihm danken für den Führer durch die gesamthessische Geschichte, den einzigen, den wir haben und so dringend brauchen. Eingehendes Register erleichtert die Benützung, niedriger Preis (Ganzleinen 21,50 DM. Dank Bärenreiter!) die Anschaffung.

*E. E. Stengel*, Abhandlungen und Untersuchungen z. hess. Geschichte (Veröff. d. Hist. Komm. f. Hessen, Bd. 26, Marburg. 1960).

Die Sammlung dieser an verschiedenen Orten veröffentlichten Studien ist eine willkommene Hilfe bei der Arbeit, zumal da der Verfasser durch Zusatz von Anmerkungen seine Untersuchungen weitergeführt hat. Wer den nun abgeschlossenen Band des Fuld. Urkundenbuches benützt, freut sich, die kritischen Grundlagen beisammen zur Hand zu haben. An diesen größeren ersten Teil schließen sich die bekannten Hassiaca, so über die Beziehungen zwischen Hessen und Franken und „Die fränkische Wurzel der mittelalterlichen Stadt“, Abhandlungen, die auch in der weiteren Öffentlichkeit Interesse und Diskussion erweckten, übrigens auch im Texte interessante Korrekturen erfahren haben. Mit der Arbeit und der Neuausgabe von „W. Dilichs Landtafeln“ — sie sind leider lange vergriffen — hat Stengel s. Z. Pionierarbeit geleistet für das, was heute der Bärenreiter-Verlag und andre unternehmen; die Entstehung, das Schicksal des Werkes und seines Meisters Dilich könnten dankenswerten Stoff für einen historischen Roman abgeben!

*W. Meyer-Bar'hausen*, Die karol. Klosterkirche zu Fulda in ihren Beziehungen zu Rom. Hess. Jahrb. 10, 1960.

Der Vortrag, den uns der Heimgegangene nicht mehr halten konnte, liegt hier gedruckt vor. Die merkwürdige T-Form des Grundrisses, die Lage des Märtyrergrabes im Westchor, die gradlinigen Architravbalken (nicht Bogen!) über den Säulenreihen nach den Seitenschiffen, Einzelheiten der Kapitelle weisen auf römische Muster.

*M. E. Fritze-Becker*, Wandmalereien der Stiftskirche *Altenberg*. Hess. Jahrb. 10, 1960.

Die früher kaum sichtbaren Malereien erweisen sich nach ihrer Freilegung als bedeutende Werke spätromanischer Kunst, die nach der ersten Bauperiode (1270) der gotischen Kirche geschaffen wurden.

*H. Büttner*, Das Erzstift *Mainz* und das Reich im 12. Jahrhundert. Hess. Jahrb. 9, 1959.

Eine gedankenreiche Untersuchung, die auch das politische Leben unsres Raumes erhellt: Die Idee Erzbischof Adalberts I., Grafen v. Saarbrücken (1109—1137), daß neben und mit dem Kaiser die Fürsten, deren Führer er selbst als Erzkanzler war, die Leitung des Reiches ausüben, widersprach scharf den Anschauungen des Kaisers von Kaiserrecht und Reichslehre, im besonderen auch dem Plan Barbarossas von der Schaffung eines staufischen Territoriums im deutschen Südwesten mit Oberrhein und Wetterau. Zwei Erzbischöfe, die dem Kaiser widerstrebten, Heinrich (1153) und Konrad v. Wittelsbach (1165), müssen zurücktreten, den Schützling des Kaisers aus niederem Adel, Arnold, erschlagen die Mainzer, worauf der Kaiser ihr Stadtrecht aufhebt und den Aufstieg des kaiserlichen Frankfurt mit kaisertreuem Patriziat, in dem es natürlich keinen widerspenstigen Hochadel gab, förderte. Während der neue Erzkanzler Christian in Italien ganz im kaiserlichen Dienst aufging, wurde daheim die Wetterau fast staufisch: Seligenstadt, Gelnhausen mit Büdingen, Friedberg, die unvollendete Glauburg, Münzenberg mit dem Nüringer Erbe. In Nordhessen drängen die kaiserfreundlichen Thüringer Landgrafen vor und sperren mit der neuen landgräflichen Burg Grünberg (1180) dem Mainzer den besten Weg zu seinen wichtigen Besitzungen sowohl dort wie in Thüringen und Sachsen. Schon ist das erste Glied der entstehenden Sperrkette zwischen Vogelsberg und Westerwald, von Homberg a. d. Ohm bis Herborn, fertig; als weiteres, fast gleichzeitiges habe ich in „Mittel.“ 1959, bes. S. 8, die unvollendete Stadtgründung auf dem Reichsboden Buseck eingefügt; später kommt bekanntlich Gießen dazu. Als Konrad v. Wittelsbach 1183 auf den Mainzer Stuhl zurückkehren durfte, wird die Heilung der Schäden sein Ziel; er besetzt Grünberg, sichert sich die Freundschaft des Peilsteiner Grafen in Buseck, d. h. die Benützung der Busecker Straße. — Ein schönes Beispiel, wie die Landesgeschichte vom Reiche her ihren Sinn erhält!

*Chr. Rauch*, Geschichte der Ingelheimer Königs- und Kaiserpfalz. Beiträge z. Ingelheimer Gesch. 11, Ingelheim 1960.

Bietet eine sorgfältige Sammlung aller auf die Pfalz bezüglicher Quellenstellen aus Urkunden und Chroniken, setzt mit ihnen den von Rauch aufgedeckten Baugrundriß in Beziehung (spätestens 807 in allem wesentlichen fertig), verfolgt dann die wichtige Stellung der Pfalz als Stütze der Ottonen am Rhein, ihren Niedergang seit den salischen Kaisern und trotz einer in der Grabung gefundenen romanischen Befestigung unter Barbarossa, die man mit dessen Burgenbauten gegen Mainz — vgl. die Besprechung von Büttners Studie — in Zusammenhang bringen darf, die aber den Umschwung der politischen Lage und mit dem Aufstieg der Pfalz Frankfurt den Rückgang Ingelheims nicht ändern konnte.

H. F. Friederichs, *Das Patriziat der Reichsstädte in der Wetterau, Hess.* Jahrb. 9, 1959, weist nach, daß in Frankfurt viele Patrizier der Stauferzeit reichsdienstmännlicher Herkunft oder Versippung sind, daß auch die Dienstmannen selber Handelsgeschäfte treiben. Sie leiten die Ritterkultur zur bürgerlichen über, werden von den Staufern als Stützen ihrer Politik gefördert. — Eine ältere, in die Salierzeit zurückreichende *altfreie* Kaufmannsgruppe steht, anfangs getrennt, neben ihnen. Das „Mitt.“ 1959, S. 103, besprochene Buch *Altenlimpurg* von Frz. Lerner (nicht Lersner) hielt, ohne näher darauf einzugehen, die Patrizier insgesamt für freier Herkunft. Anscheinend versteht Friederichs unter „frei“ etwas anderes als Lerner, der sich über die Herkunft der Patrizier nur beiläufig, freilich mißverständlich äußerte.

W. H. Struck, *Quellen z. Geschichte der Stifte a. d. mittleren Lahn*, Bd. 2 (darin auch *Weilburg*). Wiesbaden. 1959.

Das mit Recht gerühmte Werk enthält auch die Regesten des Stifts Weilburg, das bekanntlich über seine letzten Nutznießer, die Grafen von Nassau, zurückgeht auf das Bistum Worms, das Haus Ottos d. Gr. und Konrads I. Von den Konradinern her war die Weilburger Kirche, der die Speyerer erst später folgte, auch in unsrer Nähe im Hinterland und Kreis Wetzlar begütert.

E. Kleberger, *Territorialgeschichte des hinteren Odenwaldes*. Darmstadt, Hist. Kommission, 1959.

Ein typisches, auch uns interessierendes Stück deutscher Geschichte: Am Anfang die karolingischen Königsgüter und Forste von Heppenheim, Michelstadt und Großumstadt: sodann die Erschließung ihres Hinterlandes durch die königlichen Klöster Lorsch und Fulda; schließlich dessen Umwandlung in die Territorien Erbach und Breuberg durch die Vögte. Aus eigener Wurzel erwächst die Herrschaft Fränkisch Crumbach. Gute Karten erleichtern Verständnis und Vergleichung der Marken- und Wildbanngrenzen. Bezüglich der Heppenheimer Forstgrenze meint die Verfasserin S. 18, „es werde noch nachzuweisen sein, daß die ins Jahr 773 angesetzte Fassung eine jüngere Bearbeitung der von 795, und zwar aus dem Anfang des 11. Jahrhunderts darstellt“. Nun wird freilich das Jahr 773 in den beiden Fassungen gar nicht genannt, sondern ist bloß durch einen modernen Irrtum in die erste hineingedeutet worden. Von der 2. aber unter dem Datum des Gerichtstages von 795 schreibt meine Ausgabe des Codex Laur., S. 278: „... kaum später als 800, vielleicht am Placitum selbst aufgezeichnet. In der Klosterkanzlei wurde diese älteste Skizze der Grenzen später in die Form der Limites (von der Verf. ‚von 773‘ genannt) gegossen, die sich der Wildbanngrenze von 1012 nähert.“ Was die Verf. nachweisen will, ist also aus dem Codex lange bekannt; auch die Gleichberge, für die sie Schumachers Siedlungsgeschichte zitiert — wo aber nichts davon steht —, werden im Codex III, S. 296, bei Lindenfels nachgewiesen.

E. Krömer, Staatsrechtliche Grundgedanken K. v. Dalbergs. Köln (Diss.) 1958. Das Wirtschaftsprogramm des Gießener Professors F. W. Crome, der nach einem größeren Wirtschaftsraume strebte, als ihn die Kleinstaaten boten, erscheint uns heute nicht mehr als Landesverrat wie vielen der Zeitgenossen. So erfährt hier auch das politische Programm des Kurerzkanzlers des Rheinbundes von Napoleons Gnaden eine gerechtere Würdigung, ganz abgesehen von den philanthropischen Bemühungen des menschenfreundlichen Herrn, die z. B. unsrer Nachbarstadt Wetzlar zugute kamen. In seiner Innenpolitik war und blieb D. ein Vertreter des aufgeklärten Absolutismus.

G. Franz, Die agrarische Bewegung 1848, Hess. Jahrb. 9, 1959, behandelt den Anteil Oberhessens zwar kurz, ist aber als Zusammenfassung für das Verständnis des Ganzen wertvoll.

H. John, Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes im Raume Marburg und Gießen. Hess. Jahrb. 9, 1959, zeigt, wie die Verbindung Kassel-Frankfurt über das Fulda-Kinzigtal in jahrelangen Verhandlungen den kürzeren zog gegenüber der Route über Marburg-Gießen, weil die Darmstädter Regierung sehr eifrig, die Propaganda auch in Gießen lebhaft und die Wünsche Preußens nach Wegen ins rheinische Preußen dringend waren.

## II. Geographie, Volkskunde

W. Braun, Berg- und Gebirgsnamen Oberhessens. Wett. Geschichtsbl. 7/8, Friedberg, 1959. — Umsichtige Deutungen, unter denen der „Taufstein“ als Volksetymologie für Tauchstein, wasserdurchlässiger Basalt, neu und beachtenswert ist.

Fr. Schunder, Der Kreis Fritzlar-Homberg. Marburg, Trautvetter u. Fischer. 1960. 167 S., 12 DM.

Das durch den jungen, infolge der Zusammenlegung 1932 entstandenen Kreis veranlaßte, von einem Kenner der hessischen Verwaltungsgeschichte geschriebene Buch, ist eines der wenigen über die Entwicklung der mittleren Verwaltungsbehörden. Herausgehoben sei besonders das Kapitel über die landgräfliche Amtsverwaltung in Homberg, über das unruhige 19. Jahrhundert, wo die Verwaltungs- fast zur kurhessischen Verfassungsgeschichte wird, und vor allem der letzte, umfangreichste Abschnitt über die Grundlegung und über die praktische Arbeit der Selbstverwaltung im Kreise; er ist Bericht, der zugleich ein Programm erkennen läßt.

Aus dem wertvollen, Prof. Dr. B. Martin, dem Nachfolger H. Hepdings im Vorsitz der Hess. Vereinigung f. Volkskunde, gewidmeten Bande, seien hervorgehoben der mit Beispielen belegte Nachweis K. Löbers, daß der nördliche Dillkreis mit Westfalen auch das zweite Gesicht teilt. (Die Schlacht an der Kalteiche, eher Vorgehör als Vorgesicht!). K. Rumpf bietet in „Gefäßformen hess. Töpferei“ lehrreiche Parallelen zu W. Bauers Aufsatz in Bd. 44 der „Mitt.“. W. Winters „Mittelalterl. Bürgerhäuser“ berichtet Walbes Untersuchung des *Leibschens Hauses*, nachdem die Bomben die Konstruktion freigelegt haben. Der Steinunterbau wird noch der alten Burg angehören, der Fachwerküberbau aber der Zeit, wo — nach 1350 — die Burg keinen Verteidigungswert mehr hatte. Das abgebrochene Haus in *Lich*, Untergasse 4, hatte im Erdgeschoß ursprünglich einen Saalraum (mit Herdfeuer) und ein Gemach.

W. Lücking u. M. Hain, *Hessen* (= Trachtenleben in Deutschland, hsg. v. Lücking) Berlin, Akademie 1959, sei hier erwähnt, da M. von einem Vortrag und ihrem wertvollen Buch über Mardorf bei uns bekannt ist. Von den einfarbigen Bildern lassen einige zu wünschen übrig.

A. Blöcher, *Das Hinterland*. Verlag Stephani, Biedenkopf.

Obwohl das Büchlein schon 7 Jahre alt ist, sei es unsern Lesern doch als Reisebegleiter noch warm empfohlen, zugleich auch als Ergänzung zu dem neuen Kunstdenkmälerband Kr. Biedenkopf. Das „Hinterland“, 1650 von der hessischen Erbteilungspolitik für Darmstadt geschaffen, ein historisches Monstrum von 65 km Länge und — am Krumbacher Hals — von 5 km Breite, wurde 1821 zerteilt, 1832 wiedervereint, kam 1866 von H.-Darmstadt an Preußen, 1932 als Kreis ganz beseitigt, 1935 aber wiederhergestellt, wenn auch unser Nachbar, das Biebertal, dabei zu Wetzlar fiel. Darmstadt hat um 1830 dem Lande seine Nordsüdachse gegeben, die schöne Straße Gießen-Gladenbach-Biedenkopf-Battenberg, und wir fahren darauf gerne zum Hause Lenz oder zur Posterholung. Wir lieben das Hinterländchen noch heute, denn es ist voll von tiefen Wäldern (50%), anmutigen Tälern, in denen selbst die Eisenhütten harmlos aussehen. Es hat noch schlichte, treue Menschen, altersgraue Kirchen, merkwürdige Bäume, Volksbräuche mitsamt Hexen, Goldkisten und Glöcknern, die nächstens ihre Pfarrer huckepack tragen — und über all das und vieles andre gibt Frau Blöcher trefflich näheren Bescheid.

A. Meimborn, *Wandlungen der dörflichen Gemeinschaft im hess. Hinterland* (Marburger Geogr. Schriften, 12). Marburg, 1959. 208 S., 30 Kart. u. Abb., 7.50 DM.

Nach Skizzierung der geographischen und geschichtlichen Grundlagen bestimmt die Verf. ihre Aufgabe dahin, zunächst die *Wandlungen* in Bevöl-

kerung und Wirtschaft der untersuchten 6 Dörfer im südlichen Breitenbacher Grund in geographischer Sicht festzustellen, sodann volkskundlich die Änderungen von Sitte und Brauch in den Bezirken des Jahresablaufs, des Lebenslaufes, der ländlichen Lebens- und Arbeitsweise nach Umfang und Ursachen zu bestimmen. Dabei wird das 19. Jahrhundert für sich allein behandelt, weil es, abgesehen von belanglosem Einzelzerfall und dem Schwund der Männertracht seit etwa 1870, trotz der beginnenden Industrialisierung im ganzen am alten Brauchtum festhielt (S. 59). Noch 1909 wird mehr als die Hälfte der Ehen zwischen Angehörigen desselben Dorfs geschlossen, wobei erbbiologische Überzeugungen entscheidend mit-sprechen (S. 67, 71); aber das Gemeinschaftsbewußtsein des Dorfes zieht sich dann in die enge Nachbarschaft zurück, das Brauchtum der ländlichen Arbeit geht ein, anderes wird nur noch von Kindern, Gruppen, Burschenschaften weitergeführt. Andererseits zeigen sich Ansätze zu neuem. — Die Gesichtspunkte der Verf. verdienen ernste Beachtung. — Einen Glückwunsch dem Herausgeber der Schriftenreihe, daß er den schönen preiswerten Offsetdruck gewählt hat!

### III. Lokales

W. Küther, *Trais-Münzenberg* (Dorf u. Kirche im Mittelalter). Wett. Gesch. Bl. 7/8, 1959.

Der Verfasser untersucht die Verdichtung des Pfarreinetzes von den Urfarreien zu den alten und den jüngeren Pfarrkirchen und erklärt das zwar geplante, aber nicht ausgeführte südliche Seitenschiff der Traiser Kirche mit der Einschränkung des ursprünglichen Bauplans infolge der Absplittierungen von der Pfarrei, wobei es naheliegt, an die neue Gemeinde in der Münzenberger Neustadt zu denken. Gut dokumentiert ist die Geschichte derer v. Treis, Dienstmannen zu den Burgen Arnsburg-Münzenberg, wenn auch schon im Besitz von Allod nahe der alten Burg. Ältester Beleg von Münzenberg scheint mir in der Güterliste der Propstei St. Michael in Fulda vorzuliegen (Dronke, Tradit. Kap. 27), wo M. als deren Zubehör genannt wird, wohl aus Abt Rutharts (Ende 11. Jahrhundert) Zeit. — Da einige Belegreihen zur karolingischen Geschichte, wie der Kundige sieht, den Zusammenstellungen aus dem Register meines Cod. Lauresh. entnommen sind, seien die Versehen, die sich besonders in dem aus dem Texte zugefügten Datum eingeschlichen haben, an diesen nachgeprüften Stellen verbessert: S. 21, Anm. 33, ist zu lesen statt Urkunde 3729b / vielmehr 3739b; statt 786 Sept. / 768 Sept.; statt 771 Sept. 29 / 770 Sept. 26; statt Nov. 2 / Nov. 25. In Anm. 34 ist in 3762 b, c das b zu streichen; statt 777 Febr. 1 / Febr. 11. In Anm. 35 statt 772 Mai 2 / Mai 25. Dagegen stimmen die Nachweise für den angesehenen Swicger in den Anm. 62—67 u. 69 richtig zu meiner Zusammenstellung aus den Lorscher und Fuldaer Urkunden unter der Nr. 3371.

Hessische Ortsbeschreibungen: *Eschwege*, von W. W. und Wilh. Eckhardt; *Witzenhausen* von Wilh. Eckhardt. Jedes Heft 1.80 DM.

Als s. Z. unser Mitglied E. E. Becker die Salbücher des Kreises Alsfeld von 1573 dank der Unterstützung des Verlegers Ehrenklauf der Oberhess. Zeitung zunächst als Beilage dieses Blattes herausbringen konnte, haben wir das Werk als Grundlage der Heimatforschung lebhaft begrüßt, und wiederholt, leider vergebens, habe ich nach Fortsetzern für den Kreis Gießen gerufen. Den Ausgangspunkt, den die junge Generation Eckhardt gewählt hat, der hess. Kataster von 1769, enthält ähnliche, unsrer Zeit und Anschauung näherliegende Angaben wie ein Salbuch. Anmerkungen und Wörterverzeichnis helfen dem minder Erfahrenen.

In der Reihe Große Baudenkmäler des Deutschen Kunstverlages, München, erschienen die Hefte: Dom zu *Limburg*; Schloß *Weilburg*; Stiftsruine *Hersfeld* von W. Meyer-Barkhausen; Schloß *Fasanerie* (Adolphseck b. Fulda). Ebenda auch Schloß *Homburg*, amtlicher Führer von E. Frh. Schenk zu Schweinsberg.

Der *Magistrat* der Stadt *Gießen* legt einen erfreulichen Rechenschaftsbericht „*Gießen*, 15 Jahre nach der Stunde Null“ vor, mit sehr interessanten Daten (Gewerbesteuer in 9 Jahren mehr als verdreifacht, S. 25) und vortrefflichen Bildern. Zur Hochschule für Lehrerbildung, S. 45, eine Bemerkung: Bereits Anfang 1947 beauftragte der Ministerialreferent einen hiesigen Direktor, beim Magistrat den Raumbedarf für die damals in Gießen geplante neue Lehrerhochschule anzumelden. Unsere entscheidende Stelle, in Sorgen um die Zukunft der Stadt, wies damals das Angebot zurück.

#### IV. Biographisches

*K. Brethauer, Ernst Koch*, Dichter des „Prinz Rosa Stramin“. Marburg, Trautvetter 1960. 2 DM. — Zur selben Zeit wie Koch seinen romantischen Prinzen drüben in Kurhessen, schrieb Büchner unter uns sein frühkommunistisches Manifest, den „Landboten“. Welch ungeheure Kontraste, in denen auch irgendwie der Kontrast Marburg/Gießen sich spiegelt. Liest man aber diese Biographie Brethauers, so tauchen Gemeinsamkeiten auf: Auch Koch hatte eine liberale Epoche, sein Weidig hieß Silvester Jordan, er scheiterte wie Büchner in der Heimat, flüchtete in die Fremde, wo ihn freilich das Heimweh überwältigte. — Wer hat Interesse an einer Neuausgabe des heimat- und jugendfrohen Prinzen? Der Verlag erbittet Zuschriften.

*Marie Balser*, Ost- und westliches Gelände. Münchow, Gießen, 1958.

Kaum noch 50 Exemplare sind beim Verlag vorhanden, aber gerade deshalb seien unsre Leser darauf hingewiesen. Ein durchaus persönliches Buch: Wir begleiten Gen.-Konsul Balser mit seiner Gattin mehrere Jahrzehnte hindurch in Diensten des Reiches. Auf der sibirischen Bahn und zur See fahren wir ein dutzendmal in den Fernen Osten und zurück, wohnen in der Datscha am Amur, machen Bekanntschaft mit eindrucksvollen Menschenbildern aus vielerlei Völkern und Ständen. Welch eine Fülle von außergewöhnlichen Menschen und Schicksalen gehen durch das Haus des deutschen Konsuls, wo anregende Geselligkeit, Freundschaft, Hilfe ihnen entgegenkommt, Hilfe, die gerade deshalb zum Anwalt der Deutschen wird, weil sie sich nicht auf die Deutschen beschränkt, und nur aus menschlichen, nicht aus diplomatischen Rücksichten gegeben wird. Die Zeit wurde auch draußen schwer und schwerer: Bomben, offene Gräber, Internierungslager . . . Aber so lebensvoll die Darstellung ist, nie wird sie zur Sensation, zur Schaustellung des Schmerzes für literarische oder politische Zwecke. Jammer, Existenzialismus, Haß werden überwunden durch den tätigen Einsatz für die anderen, der dem Leben seinen Sinn und Wert gibt. Ein sehr wertvolles Buch, zumal für die heranwachsende Jugend!

*Marie Balser*, Kennst Du Deine Ahnen? Gießen, Druckerei Münchow. Mit Stammtafel 2.50 DM.

Ein Geschenk der Verf. an ihre Enkel, an dem aber auch andre sich erfreuen werden, nicht nur diejenigen, die als Nachkommen der Balser, Buchner, Dieffenbach, Theobald, Ortelli unter uns wandeln, sondern auch alle, die gerne einmal eine Stunde im alten Gießen und im Kreise seiner lebenswerten und bedeutenden Menschen zubringen. Versteht sich, daß zwischen jung und alt auch der Humor zu seinem Rechte kommt, vom Brüderchen angefangen, das vom Klapperstorch absolut zu der kinderlieben Lisbeth gebracht sein wollte, bis zu dem großen Julius Cäsar, den in Behaghels Haustheater Liesel B. so großartig spielte und Marie Balser (als Brutus) erdolchte. Mit besonderer Wärme erzählt die Verf. von ihrem Großvater Otto Buchner, dem Naturwissenschaftler des Realgymnasiums, unsrem früheren Vorsitzenden.

G. Faber, unser † Mitglied und Mitarbeiter, veröffentlichte in der Hess. Familienkunde 1959: Die Heiraten Auswärtiger in *Steinbach*. Die Fortsetzung dieser Arbeit in anderen Gemeinden wäre erwünscht. — Wir erinnern nach dem Heimgang unsres verdienten Mitarbeiters an seine früheren ähnlichen Veröffentlichungen: Die Leihgesterner Familien 1492—1900 (1950, Privatdruck). Die Einwohner Ls. 1470—1700 (1955, Heimatbuch Leihgestern). Die Familien in Watzenborn-Steinberg 1502—1900 (1955, Mitteilungen Bd. 40). Der Name Wenzel und die Kirchenpforte in Großen-Linden (1959, Mitt. Bd. 43). Die Auswärtigen in Leihgestern 1639—1807 (Hess. Familienkunde 1958. Ebd.: H. Orth († 1622) u. Nachkommen in Steinberg.

Der Oberhessische Geschichtsverein  
beklagt den Tod seiner langjährigen Mitglieder:

**Oberstudiendirektor a. D. Dr. Georg Faber**  
**Pfarrer i. R. Dr. Hugo Friedrich Heymann**

Er begrüßt seine neuen Mitglieder 1959/60:

Allendörfer, W., Lehrer, Lollar  
Böhm, Frau, Dr., Gießen  
Börner, H., Prof. Dr., Großen-Buseck  
Buhl, Frl., Gertrud, Gießen  
Deibel, Frl., Minna, Gießen  
Helwig, H., Landmaschinenhandlung, Laubach  
Heuson, H. V., Lehrer, Büdingen  
Hülensberg, Dr., H., Oberlandwirtschaftsrat, Lollar  
Kahl, Dr., H., Gießen  
Kaufeld, Frau, G., Gießen  
Kratz, H., cand. phil., Lich  
Küther, W., Pfarrer, Hungen  
Laubach, Paul-Gerhardt-Gymnasium  
Lippert, E., Dr. med., Gießen  
Lotz, Dr., H., Reg.-Präsident a. D., Gießen  
Ludat, H., Prof. Dr., Gießen  
Marburg, Staatsarchiv  
Mayer, Hans, Gießen  
Meyer-Barkhausen, Frau, Irmgard, Gießen  
Müller, J., Landgerichtsrat, Gießen  
Opper, Pfarrer, Dr., Kirchgöns  
Rötter, O., Lehrer, Watzenborn-Steinberg  
Teipel, Frl., Gießen  
Theunis, Dr., Nordeck, Landschulheim  
Zschaack, Frau, Erna, Gießen

Herr Hauptlehrer O. Stumpf, Garbenteich, ist als Nachfolger von Oberstudiendirektor Faber zum Vorsitzenden der Familiengesch. Vereinigung Gießen gewählt worden. Wir wünschen Glück dazu und hoffen auf weitere gute Mit- und Zusammenarbeit.